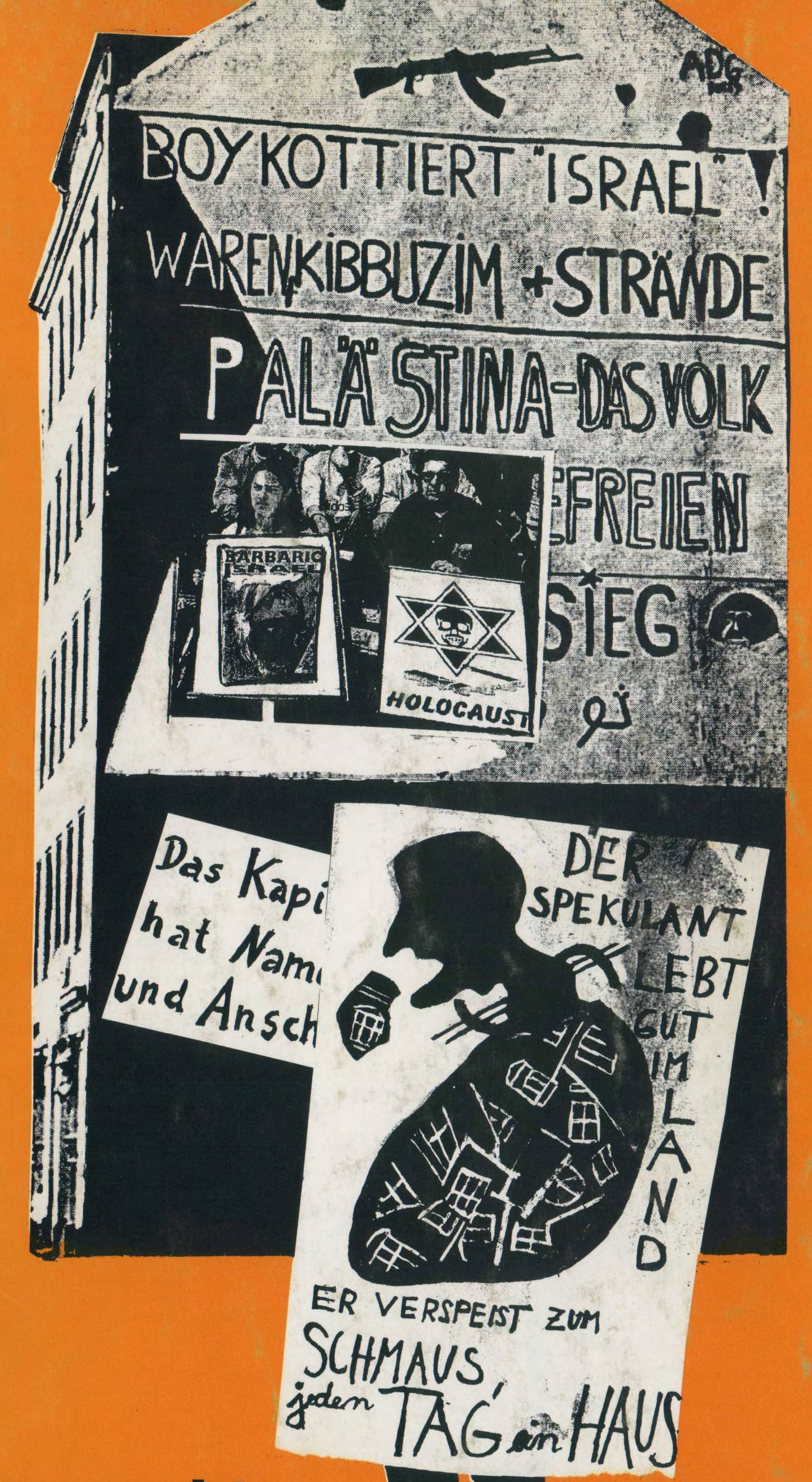
BAHAMAS

Nr.20 Sommer 1996 6 DM



Schwerpunkt:
Elemente des Antisemitismus

Deutsche Intelligenz ▪ Kommunitarismus ▪

Inhalt

Impressum

Die Bahamas erscheint ca. alle 3 Monate.
Redaktion: Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030 / 623 69 44
http://www.berlinet.de/trend/
Preis: Einzelheft 6 DM, Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto:
E.Müller, Berliner Volksbank
Kto.:12005270, BLZ:: 100 900 00
Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu.
V.i.S.d.P.:Karl Nele
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne diese Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abobestellung

Hiermit bestelle ich die *Bahamas*. Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Das Abo kostet zur Zeit 18 DM für 3 Ausgaben, bei Rechnungsstellung und Mahnung berechnen wir 2 DM mehr. Für je 5 Exemplare *einer Ausgabe* gibt es eines gratis dazu.

Abobeginn mit Nr.: ..... **Ich will ...... Exemplare / .... mal 5+1 Exemplare**

Name:

☐ **Ich will ein Förderabo für 30 DM**

Straße:

☐ **Ich zahle per Einzugsermächtigung**

PLZ/Ort:

☐ **Ich habe das Geld überwiesen**

Hiermit ermächtige ich E. Müller jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* im Voraus von meinem Konto abzubuchen (ab 5 Exemplaren buchen wir auf Wunsch ausgabenweise ab).

KontoinhaberIn: **Konto Nr.:**

Bank: **Bankleitzahl:**

Ort/Datum: **Unterschrift:**

Editorial

Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe, Antisemitismus, hatten wir nicht geplant, es wurde uns von den aktuellen Deutschen Verhältnissen aufgedrängt. In erschreckendem Einverständnis hat sich die deutsche Öffentlichkeit, von der „jungen Welt“ bis zur FAZ an der „Judenfrage“ abgearbeitet. Die Ereignisse in und um Israel nahm sie zum Anlaß, ganz im Zeichen der Friedenssehnsucht den „zionistischen“ jüdischen Staat als den Fremdkörper und damit Friedensstörer im Nahen Osten anzuprangern. Parallel dazu war das Erscheinen von Goldhagens Buch „Hitler's willing executioners“ Anlaß, eine ideologische Abwehrschlacht zu inszenieren. Aus dem Bedürfnis auf die Ereignisse zu reagieren ergab sich eine fast selbstläufige Gestaltung des Schwerpunkts. Das hatte auch zur Folge, daß wichtige Aspekte des Themas nicht oder nur ungenügend behandelt werden. Die Kritik des Antisemitismus als integraler Bestandteil jeder National-Ideologie wird uns auch weiterhin beschäftigen.

Deutsche Politik will Normalisierung: im Verhältnis zu allen anderen Staaten und im Umgang mit der eigenen Geschichte. In den letzten 6 Jahren wurden die gesetzten Ziele fast durchgängig erreicht. Rücksichtnahmen auf allierte Siegermächte sind nicht mehr nötig. Eine sehr eigenständige Außenpolitik ist auf den Weg gebracht und ein Geschichtsverständnis etabliert, nach dem es zwei Diktaturen nicht gelungen sei, die Mehrheit der ganz normalen Deutschen in ihre gleich schmutzigen Verbrechen zu involvieren.

Nur noch ein Staat nimmt sich heraus, unter dauerndem Verweis auf die Geschichte, sich in Deutsche Belange einzumischen: Israel. Bis 1989 hatte man Wiedergutmachungszahlungen zu leisten, unangenehme Rituale des Schuldeingeständnis zu veranstalten und selbst die traditionell proarabische Außenpolitik teilweise auf Eis zu legen. Damit ist nun Schluß. Unverhohlen positioniert sich Deutschland auf Seiten des arabischen Lagers und macht die palästinensiche Sache zur eigenen. Die Palästinenser gelten in der deutschen Öffentlichkeit seit kurzem als unterdrücktes und entrechtetes Volk, gleich den bosnischen Moslems oder den Deutschen selbst. Israelische Politiker, die Rentenzahlungen an Überlebende des Holocaust fordern, vor Antisemitismus in Deutschland warnen und wegen Auschwitz außenpolitisches Wohlverhalten fordern, möchte man nicht mehr dulden. Der Wahlsieg der israelischen Rechten gibt Gelegenheit, „Sonderwünsche“ endgültig zurückzuweisen und nun selbst die Rolle des Mahners zu übernehmen. Israel müsse aufhören, „aus dem schlechten Gewissen der Deutschen Geld zu prägen“ meint etwa die FAZ. Stattdessen solle es besser Friedenswillen demonstrieren.

Die deutsche Linke kennt seit 1967 ein palästinensisches "Volk", dem die Errichtung eines eigenen Volksstaates zugestanden wird. Für Israelis, die wahlweise als „Siedler“, „Kolonisten“ oder „Zionisten“ bezeichnet werden, gilt das nicht. Offenbar kann den Juden wegen erheblicher Zweifel am genuinen Blut- und Bodenzusammenhang ein Rechtsanspruch auf einen Staat nicht zuerkannt werden. Mehr als ein „zionistisches Gebilde“ kommt da nicht heraus.

Wegen der überall lauernden „Antisemitismus-Entlarver“, die nicht einmal ein harmloses „Boykottiert Israel!“ durchgehen lassen wollten und der Tatsache, daß es den Staat Israel seit 50 Jahren nun einmal gibt, suchte sich das antiisraelische Ressentiment der Linken neue Wege. Jetzt geht es auch ihnen nur noch um Frieden und Gerechtigkeit für die Region. Energischer noch als die offizielle Politik sieht die antizionistische Linke Israel als Verursacher allen Elends in der Bringschuld. Jeder ermordete Jude wird mit der mangelnden Friedensbereitschaft seines Staates und in letzter Konsequenz mit dessen unrechtmäßiger Existenz erklärt; jedes israelische Vorgehen gegen Hisbollah oder Hamas dagegen als ein Anschlag auf den Friedensprozeß verteufelt. Siehe die Artikel, „Es geht um Israel“, S. 20, „Vom linken Antizionismus zum deutschen Antiimperialismus“, S. 24 und „Die Wiederkehr des 'ewigen Juden'“, S. 29.

Die deutsche Linke ist über die antideutsche Parole „Keine Träne für Dresden!“ nie hinweggekommen. Sorgfältig untersuchte sie, wer in den Dresdner Bombennächten ums Leben gekommen war und fand Menschen schuldunfähigen Alters, einige kommunistische Widerstandskämpfer und sogar russische Zwangsarbeiter unter den Opfern. Von einem Täterkollektiv, so der Befund, könne also nicht undifferenziert geredet werden. Das war im Frühjahr 1995, als sich die antideutsche Linke mit ihrer 8.Mai-Kampagne für viele Bewegungs-Linke zur Bedrohung auswuchs. Bedroht schien der Glaube an einen guten, weil igendwie widerständigen Kern der Deutschen.

Ein Jahr später widerfährt eine ähnliche Anfechtung der ganzen Nation. Ein amerikanischer Autor, dazu offensichtlich Jude, unterstellt nicht nur den Dresdnern „Hitler's willing executioners“ gewesen zu sein, sondern dem ganzen deutschen Volk. Noch im Frühjahr 1945, als der Nazi-Staat in Trümmern lag und damit der organisierende Rahmen für die Fortsetzung des Mordens weggefallen war, hätte das deutsche Nationalkollektiv freiwillig das Vernichtungswerk fortgesetzt, bis buchstäblich zum 8.Mai.

Wo Linke noch des Hinweises auf die Existenz von Antifaschisten bedurften, verweisen andere Freunde des deutschen Volkes unter Berufung auf ihren jüdischen Kronzeugen Viktor Klemperer auf ganz normale Deutsche, die selbst dann, als dieser schon den gelben Stern tragen mußte, ihn artig mit „Guten Tag, Herr Professor“ gegrüßt hätten. Von einem Täterkollektiv kann also keine Rede sein. Stattdessen geht der Vorwurf an Goldhagen zurück. Er teile den „Irrwahn einer kollektiven Verurteilung in seinem Verdikt über die Deutschen.“ Wahnhaft ist jedoch nicht die Verurteilung der deutschen Verbrechen, sondern die zwanghafte Abwehr eines nicht erhobenen Vorwurfs, „die Kollektivschuld-These“. Dazu Horst Pankow auf S. 40.

„The foundational concept for German popular political thought, The Volk, was conceptionally linked to and partly dependent upon, a definition of Jews as the Volk's antithesis.“ Dieser Einsicht Goldhagens stimmen Stefan Vogt und Andreas Benl in „No Germans no Holocaust“, S. 42 zu, kritisieren aber Golhagens Antisemitismus-Definition, die den Zusammenhang von kapitaler Vergesellschaftung und modernem Antisemitismus nicht sieht, ohne den der Wahn völkischer Identität aber nicht zu erklären ist.

„Der Fisch stinkt also vom Kopf her“ (1)

Deutschen Intellektuellen mißfällt Dayton

„Die NATO kämpft für Izetbegovic“, hat der TAZ-Redakteur Erich Rathfelder im Oktober 1995 einen Artikel überschrieben. Während der UNO-Vermittler Akashi und der EG-Unterhändler Carl Bildt ihr Fett wegbekommen, erscheinen die USA im umso glänzenderen Licht. „Nein, nicht die ewig nachgebende UNO und die unentschlossenen, widersprüchlichen Europäer sind es, die jetzt über die Zukunft Bosniens bestimmen. Spätestens im August dieses Jahres haben die USA das Zepter in die Hand genommen.“ Einen Monat bevor die drei bosnischen Kriegsparteien unter dem Druck der USA in Dayton das Abkommen unterschrieben, das seitdem die politische Entwicklung in der exjugoslawischen Republik bestimmt, wußte Rathfelder genau wie die politische Marschroute aussieht: „In Bosnien darf es keinen serbischen Teilstaat geben. Diese Ansicht vertreten fast alle serbischen, kroatischen und muslimischen Politiker in Sarajevo. Und auch die USA unterstützen immer deutlicher die bosnische Regierung.“ (2) Begeistert von der militärischen Gewaltanwendung der NATO in Bosnien schien vergessen, daß vor nur 2–3 Jahren nicht nur der CSUler Otto v. Habsburg von der Paneuropa-Union die USA aufgefordert hatte, sich aus Jugoslawien herauszuhalten, da sie von den dortigen Gegebenheiten nichts verstünden. Auch in der TAZ wurde Anfang 1993 noch vor einer „Belgrad-Connection in Washington“ gewarnt. Finanzielle und geopolitische Interessen hätten die NATO-Führungsmacht auf eine eindeutige Unterstützung Serbiens festgelegt. Wie die Spinne im Netz säße dabei Henry Kissinger im Hintergrund und zöge die entscheidenden Fäden in einem „Geheimplan“. Kissinger kontrolliere dabei nicht nur die wichtigsten, von der TAZ gehaßten, westlichen Politiker, die sich mit Jugoslawien beschäftigten, wie den EG-Unterhändler Carrington und den Niederländer van den Broek, sondern hätte auch ein eindeutiges Ziel vor Augen: Die „Einkreisung Deutschlands“ zu organisieren (schön wärs-d.S.).

Auf der anderen Seite scheint auch im Lager der Restlinken mit den NATO-Bomben auf Pale das zarte Pflänzchen antideutscher und antinationaler Kritik wieder zu verdorren und im traditionellen Antiimperialismus der 70er und 80er Jahre zu versinken. Ganz im Gegensatz zum realen Verlauf der Ereignisse behauptet Sean Gervasi in KONKRET, daß nicht nur Deutschland, sondern auch die USA Ende 1991 die EG-Staaten zur Anerkennung Kroatiens und Sloweniens drängten. (3) Die USA erscheinen als die eigentlich treibende Kraft hinter dem Krieg auf dem Balkan. Das Ziel der US-Politik wird dabei ganz im Stil der Friedensbewegung der 80er Jahre definiert: Aneignung der Ressourcen der 3. Welt und die Ausschaltung der europäischen Konkurrenz, England, Frankreich und vor allem Deutschland. (4) Deutschland übernimmt dabei lediglich die Rolle eines Hilfssheriffs der USA. Die politischen Ziele, die Gervasi der amerikanischen Regierung unterstellt, haben entsprechend weniger Ähnlichkeit mit dem klassischen Imperialismus der USA der letzten 40 Jahre, als vielmehr mit einer territorialen Neuordnung Südosteuropas im Stile der deutschen Nationalsozialisten. Die gesamte territoriale und staatliche Gestaltung Südosteuropas wird grundlegend umgekrempelt und neugeordnet. Alle Staatsgrenzen werden neu gezogen. Nicht nur daß die Ziele der US-Politik damit völlig willkürlich und widersprüchlich bestimmt werden. Einmal geht es um die „Förderung eines muslimsich geführten Einheitsstaates in Bosnien-Herzegowina“ und dann wieder um sein genaues Gegenteil, „die Bildung von Groß-Kroatien unter Einschluß der kroatischen Gebiete Bosniens“. (5) Mit der Politik, wie sie seit Dayton umgesetzt wird, hat dies nichts tun.

„Fast Food à l'américaine“ (6)

Die Zustimmung, die Artikel, wie die des KONKRET-Autors Gervasi in der Linken finden, ist nicht zuletzt eine Folge der Weigerung, die wachsende Konkurrenz zwischen den formell verbündeten NATO-Staaten überhaupt wahrzunehmen. Die nationalistische Formierung der deutschen Gesellschaft wird in ihrer Bedeutung völlig unterschätzt. Eine genauere Analyse der politischen Verarbeitung des Friedensabkommens von Dayton in Deutschland zeigt aber, daß die Unterstützung der US-Politik in Bosnien viel weniger eindeutig ist, als es das obige Zitat des TAZ-Journalisten Rathfelder nahelegt. Der Prozeß von Dayton findet in Deutschland nämlich nur in einem Punkt Zustimmung. Begeistert gefeiert worden sind hier nur die NATO-Bombardements aus dem Sommer und Herbst 1995, die das Abkommen von Dayton tatsächlich (oder auch nur scheinbar) ermöglicht haben. (7)

Das konkrete Abkommen selbst wird einer teils versteckten, teils offenen Kritik unterzogen. Die ganze Stoßrichtung von Dayton paßt den Deutschen nicht. Zwar ist seit dem Herbst 1995 nicht nur das Territorium, sondern auch der politische Einfluß der bosnisch-serbischen Politiker deutlich reduziert worden. Auf der anderen Seite fand aber eine Aufwertung von Slobodan Milosevic statt. (8) Der politische Teil von Dayton ist in erster Linie in der Kooperation der USA mit Milosevic auf den Weg gebracht worden. Mit der Aufhebung der Sanktionen und der Anerkennung der Bundesrepublik Jugoslawien ist die regionale und internationale Isolierung Jugoslawiens aufgehoben. Milosevic kann es sich als Erfolg anrechnen, die seit der Unabhängigkeitsbestrebungen in Slowenien und Kroatien drohende Peripherisierung Serbiens zumindest abgeschwächt zu haben. Seitdem die Europa-Euphorie nicht nur in Bulgarien sondern selbst im Musterland Slowenien, wo wieder eine verstärkte Orientierung auf den jugoslawischen Markt erfolgt (9), deutlich abgeschwächt ist, kann Serbien wieder auf eine stärkere regionale Wirtschaftskooperation anstelle einer illusorischen EG-Mitgliedschaft setzen. Milosevic hat bereits frühzeitig auf diese, seit dem Comeback der Kommunisten in Bulgarien deutlicher werdende Tendenz reagiert. Seit spätestens 1993 hat er sich vom serbischen Nationalismus als politischer Legitimationsideologie verabschiedet und

diesen durch einen neuen Jugoslawismus und das Werben um verstärkte regionale, politische und ökonomische Kooperation auf dem Balkan abgelöst. Gerade diese Orientierung von Milosevic um eine verstärkte Form irgendeiner Reintegration der Ex-jugoslawischen Staaten macht diesen für die US-Politik attraktiv.

Die Aufwertung von Milosevic ist dagegen den Deutschen ein Dorn im Auge. „Plötzlich gilt jedoch unter Friedensverhandlern", mault der ZDF-Journalist Michael Schmitz „der eigentliche Kriegstreiber Slobodan Milosevic wieder als respektierter Partner." (10) Die Tatsache, daß die Bundesrepublik Jugoslawien im südosteuropäischen Staatensystem wieder eine politische Rolle spielt, empfinden die Deutschen, die „Serbien in die Knie zwingen" wollten, als Affront gegen die eigenen nationalen Interessen. Während Milosevic vor allem auf die ökonomische Karte setzt bei dem Versuch, die exjugoslawischen Staaten stärker an sich zu binden, geht der Schützling Deutschlands, Kroatien, einen ganz anderen Weg. Kroatien erhebt seit der Eroberung der Krajina den Anspruch, als militärische Ordnungsmacht im jugoslawischen Raum aufzutreten.

Zum anderen hat die Ordnung von Dayton wenig mit dem zu tun, was in Deutschland als „Selbstbestimmungsrecht der Völker" propagiert wird. Der bosnische Staat, wie er in Dayton fixiert wurde, ist mehr Fiktion als Realität. Tatsächliche Regierungsgewalt übt die Izetbegovic-Regierung nur in den Gebieten aus, in der die muslimische Armee steht. Das ist gerade mal ein Viertel des bosnischen Territoriums. (11) Der bosnische Staat der jetzt entstanden ist, wird noch deutlicher als der ursprünglich von Izetbegovic anvisierte Staat ein Anhängsel seiner Nachbarn sein, entweder Kroatiens oder Serbiens. (12)

Während die Bundesregierung realpolitische Zurückhaltung übt, wird aus den unteren Chargen der Politik und der Presse Dayton als „Fast Food à l'américaine" beschimpft. Vor allem in der TAZ werden die „Zivilgesellschaftlichen Nationalisten" nicht müde, nach Wegen zu suchen, mit denen Dayton gekippt werden kann. Die ganzen „Enthüllungen" in der TAZ über die Verwicklung von Milosevic in die Eroberung und die Massaker von Srebrenica zeigen deutlich, daß in den Berliner Redaktionsetagen das Propagandagetöse gegen die angebliche „Belgrad-Connection in Washington" kein Relikt der Vergangenheit ist. Indem auf Milosevic als angeblichen Urheber der Eroberung von Srebrenica gezeigt wird, soll die ganze Architektur von Dayton zum Einsturz gebracht werden. Da ist ihnen jeder Anlaß recht. „Die Anklageerhebung gegen den bosnisch-serbischen General Djorde Djukic vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag bringt Milosevic wieder in die Schußlinie." freut sich Georg Baltissen. „Ein Umstand, der Politiker und Diplomaten ins Schwitzen bringen dürfte, ist Milosevic für sie doch der Garant für die Umsetzung des Dayton-Abkommens und die Disziplinierung der bosnischen Serben." (13) Zur gleichen Zeit wurden die USA beschuldigt, bewußt alle Informationen über die bevorstehende Eroberung Srebrenicas zurückgehalten zu haben, um keine Diskussion über ein NATO-Eingreifen zu provozieren. Die Kampagnen der letzten Monate – Srebrenica, die von der „Gesellschaft für bedrohte Völker" organisierte Rückführung muslimischer Flüchtlinge auf serbisches Gebiet, die Forderung nach einer Verschiebung der Wahlen – dienen allein dem Zweck, den Kompromißcharakter von Dayton auszuhöhlen.

Dayton = Vance/Owen-Plan plus zwei Jahre mehr Krieg

Die Ablehnung von Dayton kann nicht verwundern, vergleicht man das Abkommen, mit den früheren UN- und EG-Vermittlungsbemühungen. In der deutschen Doktrin vom „nationalen Selbstbestimmungsrecht" hat das übliche Instrumentarium des zwischenstaatlichen Umgangs und des imperialistischen Krisenmanagements, wie Verträge und Kompromisse über strittige Fragen, keinen Platz. Solche Herrschaftskompromisse gelten hierzulande als Verrat an existenziellen nationalen Interessen. Entsprechend sind alle Vermittlungsbemühungen von EU und UNO in Jugoslawien aufs schärfste bekämpft worden. So erging es dem Lissaboner Abkommen vom Frühjahr 1992, das einen internen Herrschaftskompromiß in Bosnien vorsah auf Grundlage der Kantonisierung des Landes. Die von Kroaten und Serben geforderte Kantonisierung wurde hier als blanker Faschismus gegeißelt, obwohl diese nichts anderes bedeutete als die in Deutschland ansonsten populären „Autonomie-Modelle" für nationale Minderheiten.

Die schärfste Kritik aber traf den sog. Vance/Owen-Plan von 1993. Während die Bundesregierung hier realpolitische Solidarität mit den anderen EG-Staaten übte, überboten sich Presse und Fernsehen in vernichtender Kritik. Vor allem vom grün-alternativen Spektrum und in der TAZ wurden Vance/Owen als Vertreter serbischer Interessen, als Urheber ethnischer Säuberungen kritisiert, die in der Tradition westlichen Appeasements von München 1938 agieren würden. Gerade so, als hätte man nicht selbst beim Zerfall Jugoslawiens das nationale Selbstbestimmungsrecht propagiert wurden Engländer und Amerikaner als Erfinder des ethnischen Prinzips in der internationalen Politik gegeißelt. Vance und Owen wurden zudem beschuldigt, daß sie mit ihrem Plan den muslimisch-kroatischen Krieg ausgelöst hätten. Dabei war auch dieser letztlich nichts anderes als ein Ausfluß zweier letztlich unvereinbarer nationaler Interessen. (14)

Gescheitert ist der Vance/Owen-Plan letztlich am Veto der USA. Angeblich weil der die muslimische Seite benachteiligt hätte, tatsächlich aber um sich gegenüber den Europäern wieder als weltweite Ordnungsmacht zu etablieren, brachten die USA den Plan zu Fall. Das Dayton-Abkommen unterscheidet sich von Vance/Owen nur dadurch, daß zwischen beiden Abkommen zwei weitere Jahre Krieg liegen. Trotz der promuslimischen Rhetorik der USA hatte die Belgrader Zeitung recht, die schrieb: „Es klingt paradox, aber die Angriffe gegen die Serben hatten eigentlich das Ziel, die Moslems an den Verhandlungstisch zu bringen." (15) Im Unterschied zu den Verfechtern des nationalen Selbstbestimmungsrechtes hatten die USA erkannt, daß ein Staat, wie ihn sich Ali Izetbegovic vorstellt nur mit brutaler Gewalt und dauerhaftem Engagement der Großmächte zusammengehalten werden kann. Die Unterstützung für die bosnische Regierung resultierte nicht aus dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung wie in Deutschland, sondern aus den gleichen Gründen, die zur Ablehnung der kroatischen und slowenischen Unabhängigkeitsbestrebungen führten: die Furcht, daß Jugoslawien in immer kleinere Mini- und Miniaturstaaten zerfällt, die letztlich ganz Südosteuropa in einen Krieg um neue Grenzen führt.

Das Problem der USA bestand darin, den fiktiven Staat Bosnien zu zerlegen, ohne daß dieses etwa von den Albanern im Kosovo als eine Einladung zum Anschluß an Albanien aufgefaßt wird. Im Unterschied zur deutschen Politik haben die USA, die mittlerweile Albanien fest an sich gebunden haben, nie einen Zweifel daran gelassen, daß der Kosovo fester Bestandteil der Bundesrepublik Jugoslawien bleiben soll. Die Formel, die die USA nun für diese Lösung gefunden haben unterscheidet sich kaum vom Vance/Owen-Plan. Ein Gebilde namens Bosnien-Herzegowina, das über kein wirkliches staatliches Gewaltmonopol verfügt, soll über zwei bis drei tatsächliche Staaten gestülpt werden,

die nur nicht so genannt werden. Wie wenig die USA sich dabei von dem in Deutschland so beliebten ethnischen Prinzip leiten lassen, zeigt die konkrete Gebietsaufteilung in Bosnien. Weil die Muslime so schwach waren mußten ihnen die Serben ein Stück Gebiet abtreten. Diese wurden dafür durch ein von den Kroaten gehaltenes Gebiet entschädigt.

Es war nicht in erster Linie die Gewalt der NATO, die Dayton erzwungen hat. Weit eher als die NATO-Bomben hat die Tolerierung des kroatischen Vorgehens in der Krajina die Neuaufteilung der Territorien in Bosnien vorangetrieben. Zu kritisieren ist das Dayton-Abkommen im Vergleich zu Vance/Owen gerade in diesem Punkt. Die USA haben, in Erkenntnis der muslimischen Schwäche, ihre Politik seit 1994 gegenüber dem notorischen Antisemiten Tudjman grundlegend geändert und auf eine Unterstützung Kroatiens umgeschaltet. Die NATO-Gewalt selbst war eher symbolisch. Wären die Serben nicht schon vorher kompromißbereit gewesen, dann hätte sich bald die Frage nach einem weiteren Eskalationsschritt aufgedrängt. Dieser aber hätte nur in Bodentruppen bestehen können. Nicht nur, daß die USA dies auf keinen Fall wollen, Bodentruppen hätten die Differenzen innerhalb der NATO wieder offen aufbrechen lassen, worauf Georg Kenney, ein vom ehemaligen Muslim-Freund zum scharfen Kritiker der Bosnien-Liebhaber gewandelter US-Politiker zu recht hinweist. (16) Und tatsächlich hat der im Zusammenhang mit den NATO-Angriffen stehende Vormarsch der Kroaten und Muslime auf Banja Luka auch zu heftigem Streit im NATO-Bündnis geführt. „Eine Steigerung der Luftangriffe", schrieb die NZZ „hätte wahrscheinlich bald einmal die schon sichtbaren Risse im Nordatlantikpakt vertieft." (17) Eine politische Lösung für Bosnien konnten die USA nur durchsetzen, weil sie das 1995 völlig zerstrittene und paralysierte Lager der NATO-Staaten wieder unter eine Führung pressen konnte.

In völliger Umkehrung der realen Verhältnisse wird dagegen in Deutschland die Gewalt bejubelt und die politische Lösung bekämpft.

Heinz Willemsen

Anmerkungen:

1) Die TAZ v. 4.6.96 zum Dayton-Abkommen in einem Interview mit dem deutschen Vertreter in der internationalen Kontaktgruppe, Michael Steiner

2) TAZ v. 6.10.1995

3) Sean Gervasi: Vietnam II: Die USA auf dem Balkan, in: KONKRET 9/95, S. 36-45, hier S 40, letzter Abschnit

4) „7. Institutionalisierung des amerikanischen Einflusses in Südosteuropa und dem Mittelmeerraum, um den Zugang der Europäischen Union oder Deutschlands zu den islamischen Märkten oder den natürlichen (!) Ressourcen des Orients zu blockieren." Ebd., S. 39. Noch schärfer betont Gervasi das US-Interesse am Krieg auf dem Balkan in einem Interview mit der JUNGEN WELT: „Abgesehen davon hatte das Anheizen des Krieges eine höchst positive Funktion für die USA: die Einigung Westeuropas, ihres wichtigsten Konkurrenten, wurde gestoppt." Wird der Balkan für die USA zum zweiten Vietnam, Interview mit Sean Gervasi in JUNGE WELT v. 22.7.95. Ohne daß der Interviewer, Jürgen Elsässer, widerspricht oder auch nur kritisch nachfragt, wird der Grund für das Scheitern der „gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU" nicht mehr in der Anerkennungspolitik Deutschlands ausgemacht, sondern in der Politik der USA.

5) Ebd. S. 39

6) Die CDU-Abgeordnete im Europa-Parlament Pack, FAZ v. 20.6.1996

7) Im allgemeinen gilt das Abkommen, in dem die bosnischen Serben Milosevic als alleinigen Verhandlungsführer der serbischen Seite akzeptierten, als wichtigster diplomatischer Meilenstein für Dayton. Das Abkommen gilt wiederum als Folge der erneuten NATO-Luftangriffe seit dem 30.8.95 nach dem Massaker an 17 Zivilisten in Sarajevo am 28.8.95. Richard Hoolbrooke hat diese offizielle Version bei seinem Eintreffen in Belgrad am 30.8.95 verkündet und von den meisten Medien ist sie auch so übernommen worden. In der oppositionellen Belgrader Zeitung Vreme vom 4.9.1995 haben aber die beiden Journalisten Ivan Radovanovic und Ljiljana Smajlovic (Savez Jednog, S. 8-10) darauf hingewiesen, daß Milosevic zwar am 29.8. das Abkommen öffentlich bekanntgemacht hat. Abgeschlossen wurde es aber am 27.8., also einen Tag vor dem Anschlag in Sarajevo und drei Tage vor den NATO-Luftangriffen. Vgl. Obrad Kesic: Politics, Power, and Decision Making in the Serb Republic, in: Problems of Post-Communism, 2/1996 (März-April), S. 56-64, hier S. 64, Anm. 15.

8) Anders als Tudjman und die bosnischen Kroaten, waren Milosevic und die bosnischen Serben immer politische Gegner. Während Milosevic die Funktionäre der ehemaligen KP repräsentiert, waren die Politiker der bosnischen Serben immer fanatische Antikommunisten. Ihre Bündnispartner in Serbien waren immer die nationalistischen und liberalen Oppositionsparteien.

9) „Mit Ausnahme der Christlichen Demokraten sprechen sich inzwischen alle Parteien mehr oder weniger deutlich gegen die EU aus, obschon beinahe alle, von Präsident Kucan bis zum parlamentarischen Hinterbänkler, die Einheit Europas unter Einschluß Sloweniens im Munde führen." Reinhard Olt: Slowenische Eigenarten, in: FAZ 5.12.95 Seit ca. 1 1/2 Jahre nwird Slowenien in der überwiegenden Mehrzahl der FAZ-Artikel wegen jugo-kommunistischer Nostalgie heftig kritisiert.

10) M. Schmitz: Gesucht: Eine neue Außenpolitik, in: DIE ZEIT v. 13.10.95

11) Von den Gebietsgewinnen 1995 gingen ca. 70% auf das Konto der bosnischen Kroaten und nur 15% auf das der Muslime, ungefähr genausoviel wie ihnen die Serben an anderer Stelle wieder abgenommen haben. Und auch diese 15% schafften sie nur mit der Hilfe der mit ihnen verbündeten Konkurrenten, der Kroaten.

12) In der Türkei gibt es eine Strömung unter den islamischen Fundamentalisten, die ein Zusammengehen zwischen Muslimen und Serben gegen den Westen befürwortet und die in letzter Zeit öfters bei Izetbegovic weilten. In der taz v. 2.5.96 fürchtet E. Rathfelder schon: „Es wird jetzt sogar zunehmend über die Möglichkeit einer Koalition zwischen den Muslimen und Serben gegen die Kroaten gesprochen."

13) G. Baltissen: „Alle Finger zeigen auf Milosevic", TAZ v. 2./3.3.96

14) Ideologisch war die Gegnerschaft zwischen Muslimen und Kroaten bereits in den 80er Jahren, wie in den Schriften von Tudjman erkennbar ist, angelegt. Zudem sind die ersten Kämpfe zwischen beiden Parteien schon im Oktober 1992, also lange vor der Formulierung des Vance/Owen-Planes ausgebrochen. Die aufbrechende Feindschaft zwischen den beiden Gruppen ist auch keine Folge ihrer gemeinsamen Niederlage wie dies taz und FAZ immer wieder behauptet haben. Sowohl 1992, als die Kroaten die Serben in Mostar besiegten, als auch im Herbst 1995 brechen die Streitigkeiten zwischen Muslimen und Kroaten als Folge ihrer Siege, beim Streit um die Beute aus.

15) Zit. n.: M. Glenny: Uncle Sam bringt Frieden in: Profil 36/1995, S. 49. Zur US-Haltung gegenüber dem Vance/Owen-Plan schreibt David Owen: Balkan-Odysee, S. 237 „Bedenkenlos hatten sie den Plan zunächst als antimuslimisch kritisiert und dann mehr Gebiete für die Serben gefordert."

16) „Denn dieses Szenario (US-Truppen zur Organisierung eines UNO-Rückzuges) würde meiner Meinung nach eine Krise im Nordatlantischen Bündnis mit weitaus größeren Erschütterungen als die Suez-Krise hervorrufen." Georg Kenney im taz-Interview v. 6.6.95

17) NZZ v. 15.9.95, davor FAZ v. 15.9.95

Gesellschaftliches Beisammensein

Nationale Erneuerung als soziale Frage

Als „unaggressiv, hilfesuchend, versöhnlich" und als „gesellschaftliches Beisammensein" schildert DIE ZEIT (21.6.96) die 350.000-Demonstration in Bonn gegen die Sparpläne der Regierung. Um etwa vorhandene Zweifel darüber, ob denn nun in Deutschland französische Verhältnisse ausgebrochen sind zu zerstreuen, wird im „Tagesspiegel" (17.6.) – nach der Devise: man kennt ja seine Pappenheimer – über die selbe Demonstration folgendermaßen berichtet: „Daß die Straßen der Innenstadt für den Verkehr gesperrt sind, hält die Demonstranten nicht ab, vorsichtshalber an roten Ampeln zu warten." Weiterhin wird darauf verwiesen, daß es den *Prinzen* gelang, mit ihrem selbstmitleidigen Stück übers Besudeln beim Mitmachen-müssen im Kapitalismus, „Du mußt ein Schwein sein ... ", die Stimmung im Hofgarten anzuheben. Während in der Sozialpolitik die Grenzen von Armuts- und Arbeitspolitik zunehmend aufgehoben werden, war es dort auch an der Zeit, das Bündnis mit der Kirche – in Person einer Hamburger Bischöfin – zu bekräftigen.

Aus guten Gründen fühlte sich die Tagespresse also dazu aufgerufen, gegen die kalkulierte Kohlsche Diffamierung vom „Druck der Straße gegen gewählte Parlamentarier", das Demonstrationsrecht zu verteidigen. „Die Friedfertigkeit und der Ernst der Veranstaltung auf der Hofgartenwiese lassen den Schluß zu, daß sich die Gewerkschaften und ihre Klientel der ohne Zweifel notwendigen Neuordnung der sozialen Marktwirtschaft nicht verweigern. Sie wollen sich dabei nicht einfach Gesetze verordnen lassen, sondern sie aktiv mitgestalten – so wie die Verfassung es vorsieht." (TSP 17.6.96) An dieser zutreffenden Einschätzung ist nur zu beanstanden, daß so getan wird, als sei dies erst auf der Demo deutlich geworden. Die rückhaltlose Bereitschaft der Gewerkschaften und ihrer Klientel, den „Standort Deutschland" aktiv mitzugestalten, wurde aber mit den „Bündnissen für Arbeit" sowie der Hatz auf vermeintliche Schwarzarbeiter auf Baustellen – natürlich allesamt „Ausländer" – bereits hinlänglich unter Beweis gestellt.

Doch es gibt auch Versuche, innerhalb der Gewerkschaften eine gegen deren offizielle Linie gerichtete Opposition zu sammeln und zu mobilisieren. Seit der Berliner HBV-Vorstand mit der Berliner Erklärung im Vorfeld des diesjährigen 1. Mai eine Debatte um oppositionelle Gewerkschaftspolitik eröffnete und eine Annäherung an die außergewerkschaftliche Demonstrations-Bewegung (in Berlin ist dies z.B. das Bündnis gegen Sozialleistungskürzungen und Ausgrenzung) für ein „Bündnis von unten" mit „den Beschäftigten, mit den Erwerbslosen, den Mittellosen und den Benachteiligten" suchte, meldet sich verstärkt Protest gegen die Gewerkschaftsspitze. Wurde da in den Berichten über die größte Gewerkschaftsdemo der BRD etwas Wesentliches unterschlagen?

Aufgaben für die Linke

Der DGB ist auf die Bonner Demonstration erst nach der Aufkündigung des „Bündnis für Arbeit" aufgesprungen und hat die ursprünglichen Initiatoren, den „Arbeitskreis Sternmarsch gegen Sozialabbau", schließlich des Terrains verwiesen. Zu Beginn wurde in eben diesem Bündnis das Aufspringen des DGB dahingehend interpretiert, daß unter dem Druck einer unruhigen Basis, wie sie sich schon am 1. Mai in Berlin gezeigt hatte, der DGB aktiv werden und Farbe bekennen müsse. Es wurde eine Chance zur Radikalisierung gewittert und die Ereignisse schienen dem auch noch recht zu geben. Doch war es am Ende wieder wie schon davor. Der DGB hatte kurz vor dem Demotermin das Heft alleine in die Hand genommen und die Zusammenarbeit mit dem Bündnis aufgekündigt. Dennoch war die Opposition gegen den Schulte-Kurs präsent. Nicht nur wurde Empörung laut über die Regierung, der das Scheitern des „Bündnisses für Arbeit" angelastet wurde, und die Ablehnung des Sparpaketes bekräftigt – es wurden auch Transparente gegen Sozialpartnerschaft und mit Kritik am „Bündnis für Arbeit" gezeigt. Wiederum gab es Pfiffe für Schulte. Selbst Chefs von diversen Einzelgewerkschaften sprachen vom Generalstreik. Auf der Demo waren auch ein revolutionärer Block und Antifas vertreten.

Vielleicht, so die allseitige Hoffnung, ist es ja doch möglich, wenigstens in Ansätzen, Verhältnisse wie in Frankreich herbeizuführen. „Diese Demo ist für uns ein weiterer Schritt hin zu einer kämpferischen Bewegung gegen Sozialabbau" hieß es in einer Ankündigung vom 14.5.96 für den revolutionären Block in Bonn. Und wer in alter massenpolitischer Manier diese Möglichkeit heranreifen wähnt, sieht das Pflänzchen auch schon in den Himmel wachsen: Die „soziale Frage" gibt einen Bezugspunkt für verschiedenste linke Teilmengen ab. Genannt seien nur die 1. Mai-Demos in Berlin: Die „revolutionären" davon waren wesentlich größer als spätere antimilitaristische Bündnisdemos, selbst als die Anti-Papst-Demonstration, bei der Linke ein Bündnis mit der kritischen Kirche suchten. Die vorausgehenden Studenten- und Antikahlschlags-Demos des Bündnises gegen Leistungskürzungen und Ausgrenzung waren, was die Mobilisierung betraf, andauernd und bis zu 35.000 Teilnehmer stark. Gewerkschaftsopposition und außergewerkschaftliche Bewegung scheinen sich ideal zu ergänzen. Da kommt Hoffnung auf, denn schließlich, so das Credo, liegt in jeder Bewegung die Chance zur Radikalisierung. Diese scheint nur vom geschickten Agieren der Linken in der sozialen Frage abzuhängen. Hartnäckig legen sich Linke eine Idylle zurecht, in deren Mittelpunkt der kämpferische Prolet steht, der sich die Butter nicht vom Brot nehmen läßt. Zwar nicht unterschlagen aber auch nicht problematisiert wird dabei, daß die Prämisse der derzeitigen Diskussion über den sozialen „Strukturwandel" darin besteht, die soziale Reproduktion an die Bewährungskriterien des „Standort Deutschland" zu koppeln. Es wird in der Gewerkschaftsopposition zwar gegen den „Standort Deutschland" argumentiert und dies auch mit einer Argumentation gegen die Sozialpartnerschaft des „Bündnis für Arbeit" verbunden (1). Vehemente Kritik am korporativistischen „Modell Deutschland", und am „Bündnis für Arbeit" wird in Permanenz aber auch in der FAZ geübt, so z.B. R. Hank: „... der systemerhaltende Quietismus des Korporatismus (ist) unterdessen selbst zum Standorthindernis geworden". (2) Der Gegenstand der Auseinandersetzung ist dabei die Unterwerfung der Arbeitskraft unter die Globalisierung (FAZ) oder deren nationales Abfedern („Bündnis für Arbeit"). Dennoch geht es um zwei sich ergänzende Auffassungen vom „Standort Deutschland". Die gewerkschaftliche Opposition will sich dazwischen nur nicht festlegen.

Unterstellt, es gäbe anhand der sozialen Frage eine nennenswerte Radikalisierung, so würde sie sich auf genau dieser

Grundlage vollziehen. Wenn Schulte rhetorisch der heilige Zorn packt und er, wie noch im Mai, vor dem „Klassenkampf von unten" warnt, Anfang Juni aber bereits von sich gibt: „wenn die Regierung das Sparpaket nicht aufgibt, dann sind die Streiks und Proteste in Frankreich im Winter nur ein müder Abklatsch gegen das, was an Protesten und Wut in Deutschland auf sie zurollt", wird kaum jemand auf die Idee kommen, die klassenkämpferischen Phrasen als Aufscheinen einer Radikalisierung zu interpretieren. Allzu offensichtlich ist das Bemühen zu erkennen, einen Ton zu treffen, der Wirkung zeigt. Doch bereits beim einfachen Gewerkschaftsmitglied wird diese taktische Finesse schon kaum mehr für wahrscheinlich gehalten, denn bei ihm ist mit der sozialen Frage ein vermeintliches objektives Interesse mit im Spiel, daß einem Chef nicht unterstellt wird. Ebenso wie die Gewerkschaftsfunktionäre ihre Rhetorik darauf ausrichten, mit einer sich einstweilen noch zierenden Regierung ins Geschäft zu kommen, hat auch die Demo samt ihrem oppositionellen Anhang nichts anderes im Sinn. Schulte und seine Opposition unterscheiden sich allerdings, was die Präferenzen für die Mittel angeht. Schulte droht mit der tätlichen Auseinandersetzung lieber nur, die Opposition würde sie lieber angehen.

Der „Arbeiter" des ausgehenden 20. Jahrhunderts

Heiner Möller schrieb vor zweieinhalb Jahren in der Bahamas: „Weil die jetzige Welle von Deregulierung und Sozialabbau unwiederbringlich das Ende des bisherigen Wohlfahrtsstaates anzeigt, werden die sozialen Konflikte unzweifelhaft zunehmen. Sie werden aber auf der Basis der prinzipiellen Akzeptanz von D-Mark und deutschen Spitzenprodukten als Quelle des Wohlstands nicht sozialrevolutionäre Energien freisetzen, sondern einen verschärften Konkurrenzkampf um den Platz an den deutschen Versorgungströgen, die vermeintlich Wohlstand garantieren, auslösen." Es sei „ein Comeback all jener Ansätze zu erwarten, die ihre Politik überwiegend sozial definieren. Sei es der sozialpolitisch-sozialarbeiterische Ansatz der PDS (die Jugend von der Straße holen), oder die Strömungen, die in irgendeiner Weise das revolutionäre (oder eher: sozialreformierte) Subjekt Arbeiterklasse, oder weiter gefaßt ‚der Klasse' allgemein (wie es Autonome gern formulieren) wiederentdecken" Er kam zu dem Schluß: „Die Subjekte eines linksradikalen Projekts lassen sich nicht klassenmäßig sozial definieren, sondern nur politisch. Wenn die Arbeiter des 19. Jahrhunderts kein Vaterland hatten (so das ‚Kommunistische Manifest'), dann sind in den imperialistischen Metropolen diejenigen, die kein Vaterland haben (wollen), die ‚Arbeiter' des ausgehenden 20. Jahrhunderts". (3) Spätestens jetzt ist das Comeback da.

Nationalsoziale Frage

Um als legitim zu gelten, muß sich hierzulande jegliches gesellschaftliche Partikularinteresse als Anstrengung zur Hebung des Gemeinwohls ausweisen. Waren es bis in die 80er Jahre noch die „Sachzwänge", denen als eigentlicher Souverän sich jeder zu beugen hatte, so wird mit verschärfter Krise das Gemeinwohl wieder offen nationalistisch definiert. Insbesondere die soziale Frage gibt sich nunmehr offen als nationalsoziale Frage zu erkennen. Das ruft natürlich die Rechten auf den Plan, die sehr wohl wissen, daß die Stiftung eines gesellschaftlichen Konsenses mit den Mitteln der Sozialpolitik konstitutiv für die deutschen Verhältnisse ist und deshalb glauben, von der Krise profitieren zu können. Ein x-beliebiges Beispiel: „Der geplante dramatische Sozialabbau ist Vorbote des nationalen Ausverkaufs auf dem Altar des internationalen Mammons. Nationalstaatliche und regionale Eigenständigkeit sichern Möglichkeiten für mehr soziale Gerechtigkeit." (4) Bei so einer Formulierung ist in der Linken der Optimismus in Bezug auf die Radikalisierung an der sozialen Frage schnell gebrochen. Dann übernehmen die Linken den Part der Warner und Mahner, die den Rechten zugleich mutig und entschlossen das Terrain streitig machen wollen. Genauso heißt es auch heute: man dürfe die soziale Frage nicht den Rechten überlassen.

Ungefähr 15 Jahre ist es her, daß Linke damit begannen, einander reihenweise aufzufordern, sich doch der nationalen Frage anzunehmen, um diese nicht der Rechten zu überlassen. Der Erfolg dieser Bemühungen war, daß nationale Denkformen in einem noch größeren Maße hoffähig wurden, als sie es sowieso schon waren, auf jeden Fall mehr als es den rechtsradikalen Zirkeln hierzulande je gelungen wäre. Jetzt, wo die Bundesregierung bei ihrer Standortpolitik auf den Resultaten der nationalen Mobilmachung aufbauen kann, wenn sie gesellschaftliche Prozesse nach den Erfordernissen deutscher Selbstbehauptung neu formiert, besinnen sich Linke plötzlich wieder auf die soziale Frage. Und wieder ist es die Beschwörung einer drohenden „Gefahr von rechts", die dem Aufruf zum Handeln und Eingreifen vorangeht. Das ist gleich doppelt unsinnig, denn zum einen ist die „Vereinnahmung" der „sozialen" durch die nationale Frage nichts, was von den Rechten heute erst forciert wird, sondern eine Tatsache, an deren Entstehung die Linken maßgeblich beteiligt waren. Zum anderen ist die Warnung davor, den „kostbarsten Standortfaktor", den „sozialen Frieden", zugunsten eines „Manchester-Kapitalismus" zu opfern, keine exklusive Angelegenheit der Rechten, sondern eine nationalistische Agitation, die konsensual von den Sozialausschüssen der CDU über die SPD, den DGB, die Grünen bis hin zur PDS betrieben wird. Insofern nehmen sich die DSU, von der das oben angeführte Zitat stammt, und der DGB in ihrer politischen Ausrichtung überhaupt nichts. Die Annahme, unter diesen Vorgaben die „soziale Frage" von links „besetzen" zu können, erfordert, daß man sich blind und taub stellt oder das Wahrgenommene so zurechtlegt, daß es paßt. Meistens wird sich für zweiteres entschieden, z.B. für die Leugnung oder Schönfärbung des Rassismus bei Arbeitern. Fast überall in der Linken gab es ein seichtes Umgehen, teilweises Verschweigen und verspätetes Wahrnehmen, was den proletarischen Rassismus auf dem Bau betrifft. Einige Freunde des wiederentdeckten revolutionären Subjekts rufen wegen der Erfolglosigkeit ihrer Agitation bei den Proleten „die sonst so verbalforschen antideutschen Gruppen" zu Hilfe, wie in einem Fall Richard Rother (5). Ausgerechnet die wenigen Linken, die sich der ewigen Subjekt-Sucherei nicht subsumieren, werden nun von den verhinderten Freunden des Proletariats für die Misere haftbar gemacht. Als in der vorletzten Juniwoche 80 italienische Bauarbeiter in Berlin-Friedrichshain ihre Baustelle besetzten, um ihre seit 3 Monaten ausstehenden Lohnzahlungen einzufordern, fühlte sich nicht nur die IG-Bau als nicht zuständig. Wärend der mehrere Tage anhaltenden Aktion und einem größeren Polizeieinsatz war auch keine Gewerkschaftsopposition wahrzunehmen, als die Geprellten ohne Lohn ins Flugzeug gesetzt wurden.

Am 9.6. gab die Antifa Bonn/Rhein-Sieg als Mitaufruferin zum Revolutionären Block bei der Bonn-Demo eine Pressemitteilung heraus. „Für Neonazis bietet das Thema Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ein willkommenes Agitationsfeld. Die rassistischen Auswüchse gegen ausländische Arbeitnehmer nach dem Scheitern der Verhandlungen für einen Mindestlohn auf Baustellen zeigen, daß die Argumente der Neofaschisten bei Teilen der Arbeitnehmerschaft auf ein offenes Ohr stoßen (werden)." Hier führt das Vorhaben, ein Bündnis mit dem DGB einzugehen, dazu, daß die Mitinitiatoren der Razzien in den Gewerkschaften, die beileibe nicht erst nach dem Scheitern der Verhandlungen zum

Entsendegesetz stattfanden, mit pädagogischen Mitteln in einen antirassistischen Konsens gezogen werden soll, anstatt an ihnen die fällige radikale Kritik zu üben. „Wir fordern den DGB dazu auf, Stellung zu beziehen gegen die Teilnahme neofaschistischer Gruppierungen oder Einzelpersonen ... Neofaschistische Propaganda lenkt von der Krise des kapitalistischen Systems ab. Wer dieser Propaganda Raum läßt, ist mitverantwortlich für eine zunehmend rassistische Stimmung in dieser Gesellschaft", heißt es in der Erkärung. In ihr wird nicht nur der Kern nicht getroffen, sondern verschleiert. Die neofaschistische Propaganda, von der sich der DGB distanzieren soll, lenkt nicht von der Krise ab, sondern propagiert die Krisenlösung, für die der DGB selber steht: die der nationalen Arbeit.

Sachwalter der nationalen Arbeit

Die Gewerkschaften sehen sich mehr an den nationalen Rahmen gebunden als das Kapital, das sich im Prinzip auch anderswo verwerten kann. Das Auswandern von Anlagekapital wird als Verrat an der einheimischen Arbeit von ihnen bekämpft, ebenso wie das Zuwandern billiger Arbeitskraft. Als Sachwalter der nationalen Arbeit tritt der DGB nicht nur gegenüber dem Kapital, sondern auch gegenüber der Regierung auf, so z.B. wenn er ein „Bündnis für Arbeit ... in den neuen Bundesländern" vorschlägt. Darin bringt sich der DGB als unverzichtbarer Teil der nationalen Führung unter Kohl ins Gespräch, indem er die Verwirklichung von dessen Gärtnerprosa einklagt, auf daß „aus den blühenden Inseln denn doch blühende Landschaften werden". Zum BRD-weiten Bündnis für Arbeit heißt es: „Es gilt, dem Standort Deutschland neue Impulse zu geben, die Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb zu stärken." Die Gewerkschaften übernehmen Verantwortung fürs nationale Ganze im Projekt deutscher Vorherrschaft und wollen darin eine Beschäftigungsoption verwirklichen. Sie fordern die optimale Nutzung der vorhandenen nationalen oder regionalen Ressourcen, um „den internationalen Standortwettbewerb erfolgreich zu bestehen". Die Gewerkschaft übernimmt am Standort das Co-Management.

Im Osten hat sich das Co-Management parallel zu den staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen etabliert. Co-Management sei nötig, so der Bevollmächtigte der IGM in Halle, Günter Lorenz, denn „die Unternehmen wären nie auf die Idee gekommen, sich nach regionalen Gesichtspunkten zusammenzuschließen ... Oft werden Marktchancen im besten oder übelsten kapitalistischen Sinn nicht genutzt, die sich aus dem Potential der Zusammenarbeit in der Region ergeben, die regionalwirtschaftliche oder volkswirtschaftliche Komponente ist nicht in ihrer Denke ... Die IGM redet nicht nur von Mitbestimmung, sondern will auch Wirtschafts- und Sozialräte als Steuerungsinstrumente in der Region installieren ... Wir machen nichts anderes, als innerhalb der Kapitallogik die Prozesse zu optimieren". (6)

Im Westen setzt ein Manager des variablen Kapitals auf die Kooperation mit „modernen" Chefs in Betrieben und Verbänden. Der entsprechende Gewerkschaftsfunktionär will kein Arbeitertümler mehr sein. Der erste Bevollmächtigte der IGM in Nürnberg Gerd Lobodda hat das Wort: „Wenn ich meinen Zuständigkeitsbereich ansehe, sind es aber keine zwanzig Prozent der Betriebe, die umstrukturieren ... keine zwanzig Prozent. Das haben wir durch eine Untersuchung in 109 Betrieben herausbekommen. Das ist für uns ein Alarmsignal. Die Konsequenz ist für mich klar: Ich werde mich ab sofort mit meinen Sekretären auf den Weg machen, in jeden dieser Betriebe gehen und einklagen, daß er sich modernisiert. ... Diese Betriebe sind in zwei, drei Jahren die Konkursbetriebe. Es ist unverantwortlich von denen, nicht auf neue Prozeßstrukturen umzustellen." (7) Sehr ist die Frage, ob die Betriebe diese Art von Einmischung schätzen.

Nach der Absage des „Bündnis für Arbeit" mußte der DGB die eigene Unverzichtbarkeit für den sozialen Frieden gegenüber der Regierung aufzeigen. Angesichts verschärfter Kriterien, sich als verläßlicher Teil des nationalen Ganzen auszuweisen, ist die Zuarbeit der Gewerkschaften zum Gemeinwohl derzeit so billig zu haben wie noch nie. Das Ziel des DGB sind von der Regierung gesetzte Rahmenbedingungen, in die die regionalen Regelungsvariationen eingebettet sind. Die Quasi-Abschaffung von Flächentarifverträgen, ihre Ersetzung durch Regelwerke mit wenigen Eckpunkten, wird deshalb auch die Zustimmung der Gewerkschaften finden, zumal faktisch deren Gültigkeit bereits ausgehöhlt ist. Durch die tarifvertragliche Absicherung der Differenzierung zwischen den einzelnen Betrieben werden die Arbeitsbedingungen selbst zum Gegenstand der betrieblichen Konkurrenz. Darüberhinaus gelten für die Möglichkeit sozialer Teilhabe künftig auch gesamtgesellschaftlich härtere Kriterien: Sozialhilfeempfänger müssen Zwangsarbeit leisten und diejenigen, die noch über Einkommen aus Erwerbsarbeit verfügen, müssen private Zusatzversicherungen abschließen. Die Möglichkeit von Arbeit und das jeweilige Reproduktionsniveau wird unmittelbar an den betrieblichen und nationalen Erfolg geknüpft.

Die große Demonstration in Bonn konnte nur stattfinden, weil sie sich im wesentlichen auf den Staat und nicht auf die regional ganz unterschiedlichen betrieblichen Forderungen bezog. Ein Streik wird von der gewerkschaftlichen Basis nicht als taugliches Mittel angesehen, um die eigenen Forderungen an den Staat durchzusetzen, sondern eher als Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes. Die ÖTV, für deren Geschäftsbereich das nicht so stark gilt, hat gerade einem Abschluß zugestimmt, der unterhalb der Erwartungen von Wirtschaftsforschungsinstituten liegt.

Wer sich auf Bündnisebene auf die gewerkschaftlichen Konzepte bezieht, muß diese bei allen Vorbehalten irgendwie auch anerkennen. So schloß das Mobilisierungsflugblatt der Antifa Bonn/Rhein-Sieg und der Antifaschistischen Aktion zum revolutionären Block nach Bonn: „Es gilt jetzt, den Widerstand und die sozialen Kämpfe aufs neue zu organisieren, und das international. Reformen oder revolutionäre Gesellschaftsumbrüche auf nationaler Ebene können nur Ansätze sein, aber keine Lösung."

Solange es keine linken Gruppen gibt, die, statt munter drauflos zu organisieren, die Fallen des Nationalismus erkennen, wird es nicht möglich sein, einer nationalistischen Formierung etwas entgegenzusetzen. Statt dem Beschwören der gemeinsamen Interessen ist provokante Klarstellung und der Bruch mit dem Konsens nötig. Unter der Parole der Einheit gibt es derzeit für die Linke keine Perspektive.

Karl Nele

Anmerkungen:

1) Das war nicht durchgängig der Fall. So beklagte der Aufruf „Jetzt kontra Sozialabbruch", des AStA der Uni Bochum: „Die Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Gewerkschaften wird aufgekündigt und durch reine Markt- und Standortlogik ersetzt." Das Flugblatt „Her mit dem schönen Leben!" der Antifa Bonn/Rhein-Sieg versenkt den Korporatismus in einem geistigen Bermudadreieck von Unentschiedenheit, indem davon ausgegangen wird: „Hart erkämpfte soziale Sicherungen werden abgebaut" und gleichzeitig: „Der Sozialstaat, der die Aufgabe der Befriedung der Massen hatte wird ... abgebaut."

2) FAZ 20.4.96

3) Bahamas Nr. 12, Winter 93/94, S.12ff

4) So die DSU in Halle, laut „junge Welt" vom 20.6.96

5) „junge Welt" vom 4.7., Berlin-Zulage

6) Freitag 14.6.96, Beilage

7) Süddeutsche Zeitung vom 15./16.6.96, S.11

Völkische Sehnsucht und soziale Frage

Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Beitrages, den der ak kassiber *auf seiner Veranstaltung „Spurensicherung" am 24.2.1996 in Berlin nach dem Brandanschlag von Lübeck Anfang des Jahres zur (freilich nicht zustandegekommenen) Diskussion gestellt hat.*

Unser Ausgangspunkt ist es, einen Begriff des derzeitigen Stands der völkischen Formierung zu entwickeln, die im Zusammenhang mit den Morden von Lübeck zugleich ihren Ausdruck gefunden als auch *an* Lübeck exemplarisch zelebriert wurde. Zu den wesentlichen Kriterien für die Entwicklung eines solchen politischen Begriffs, der seinerseits Voraussetzung einer eigenen politischen Positionierung zu dieser Entwicklung ist, gehört die Einsicht in den Charakter, die Funktionsweise und die Dynamik jener spezifischen Symbiose aus sozialem und völkischem Rassismus, die konstitutiver Bestandteil des deutschen Sonderwegs ist. Umso bedenklicher erschienen und erscheinen uns die fortgesetzten Bestrebungen relevanter Teile der Restlinken, eben diesen Zusammenhang zu leugnen, die „soziale Frage" hyperobjektivierend als eine, die allen übrigen für die gesellschaftliche Formierung konstitutiven Kriterien, Gesetzmäßigkeiten und Formen der Zurichtung quasi neutral gegenüberstehen soll, zu konstruieren. Diese Konstruktion entspringt bestenfalls Unkenntnis und dem Bedürfnis, in Zeiten, in denen kein relevantes revolutionäres Subjekt mit klarem Klassenstandpunkt *für sich* auszumachen ist, den Anschluß an jene gesellschaftlichen Prozesse, aus denen sich Merkmale einer objektiv gesetzten Klassenzugehörigkeit ableiten ließen, nicht zu verlieren. Allzuoft aber ist das Motiv dieser Konstruktion schlichtweg das, jede Erkenntnis über die Durchdringung aller Lebensbereiche durch den Formierungsprozeß zur Volksgemeinschaft theoretisch neutralisieren und damit leugnen zu können. In dem Maße, wie dieser Formierungsprozeß voranschreitet, kommt die soziale Frage in der Restlinken nochmals zu ungeahnter Beliebtheit. Dabei ist diese erneute Popularität selbst nur ein Produkt des eben nicht zur Kenntnis genommenen oder geleugneten Formierungsprozesses. Die Tatsache, daß die Notwendigkeit sozialer Abwehr-, Verteilungs-, Besitzstandswahrungs- und sonstiger Kämpfe um Zugehörigkeit und Teilhabe so unabweisbar auf der Hand zu liegen scheint, daß Teile der Restlinken schon wieder schwerpunktmäßig die Mobilisierung für diese und das Engagement im Rahmen dieser Kämpfe auf der Tagesordnung stehen sehen, verdankt sich der herrschenden Politik und ihren in der Standortdebatte entwickelten sozialpolitischen Konzepten. Gemeinhin heißt es, daß die politische Entwicklung der letzten Jahre durch Rassismus, Kriegseinsätze der Bundeswehr und Sozialabbau gekennzeichnet sei. Das stimmt natürlich, suggeriert aber auch, es handele sich dabei um Phänomene, die von nennenswerten Teilen der Bevölkerung als zunehmend drückende Last empfunden würden. *Wieviel muß den Menschen noch zugemutet werden, bis sie sich auflehnen*, heißt dann die beliebte Frage. Die Standortdebatte als das zu entlarven, was sie ist, kann aber nicht heißen, sie als bösartiger Manipulation dienendes Trugbild zu denunzieren, das mit der Zuspitzung der Widersprüche zerplatzen werde.

Die Standortdebatte ist nämlich nichts anderes als der Ansatz zur umfassenden Durchdringung aller mit der sozialen Frage verbundenen ökonomischen und gesellschaftlichen Momente nach den Erfordernissen der nationalen Formierung. Sie ist nicht *irgendein* „Instrument" der propagandistischen Manipulation, um möglichen Widerstand gegen Maßnahmen des Sozialabbaus zu kappen, sondern sie ist *spezifisch* Funktion der nationalen Formierung.

Über deutsche Ideologie und ihre Verlockung

Die Standortdebatte beinhaltet all jene Verlockungen und Chimären, die die spezifisch deutsche Ideologie bereithält, um die Entfremdung im Kapitalismus für den Einzelnen handhabbar zu machen. Es ist das Angebot, im Kollektiv so zu leben, als gebe es einen Kapitalismus, in dem „redliche Arbeit" mit „redlichem Geld" entgolten werde (was auch immer das sein soll), in dem die Ehrbarkeit des mit redlicher, eigenhändiger Arbeit geschaffenen Gebrauchswerts seine Korrumpierung durch den Warenwert abstreift, – so in etwa die Vorstellung vom „schaffenden" Kapital – in der sich die kümmerlich, aber redlich ihr Überleben Fristenden moralisch allemal über die stellen können, die real das Geschäft des Kapitals, die Realisierung des Warenwerts betreiben, also die Vorstellung vom „raffenden" Kapital repräsentieren. Daß es den Kapitalismus nur entweder ganz oder eben gar nicht gibt; daß also Spekulation mit fiktiven Werten ein integraler Bestandteil dieser Ökonomie ist; daß die in unregelmäßigen Abständen mit gewaltigem Theaterdonner vorgeführten angeblich betrügerischen Bankrotteure (wie unlängst beispielhaft der Immobilienspekulant Schneider) sich weder moralisch noch ökonomisch von den anderen Exekutoren von Kapitalinteressen unterscheiden, außer, daß die Banken sie publikumswirksam haben fallen und damit haben aufscheinen lassen, daß Profitmaximierung nirgends mehr eine Greifbarkeit, eine „Authentizität" von Gebrauchswerten, von eigenhändiger Produktivität voraussetzt, die sich anschaulich ins Verhältnis setzen ließe zum handfesten Arbeitsalltag derer, die noch das Privileg der Lohnabhängigkeit genießen – all das interessiert bei diesem Angebot der deutschen Ideologie nicht.

Diese bietet eine Erlösung von der Konfrontation mit dem Abstrakten – dem, was den Horizont übersteigt, der sich aus dem Verhaftetsein der Einzelnen im Unmittelbaren ihrer konkreten eigenen Lebensbedingungen ergibt – zugunsten der Partizipation an der Volksgemeinschaft, die sich in der ganzen Bandbreite von profitabler Teilhabe bis zu inbrünstiger Erduldung der eigenen Depravation, schlimmstenfalls der widerstandslosen Hinnahme des eigenen Ausschlusses vollziehen kann, solange dabei stets die Totalität der Volksgemeinschaft unhinterfragt bleibt. Hier liegt denn auch einer der zentralen Knotenpunkte, an denen der Antisemitismus in das Geflecht von völkischer und sozialer Volksvergemeinschaftlichung eingewirkt ist.

Zur vollblütigsten Entfaltung kommt die deutsche Ideologie insbesondere ange-

sichts tiefgreifender ökonomischer Umstrukturierungen im Kapitalinteresse. Diese eskalieren einerseits die Erfahrung von Entfremdung und damit das Bedürfnis, diese ideologisch handhabbar zu machen, und sie erzwingen Maßnahmen, die scheinbar sogar aus Kapitalsicht „unvernünftig" sind. Damit bieten sie andererseits in besonderer Weise Spielräume für einen mit der Formierung in der Volksgemeinschaft überschaubaren Regeln folgenden Abwehrkampf gegen die praktischen Folgen der Umstrukturierung, mitunter sogar für begrenzte antimodernistische, vermeintlich antikapitalistische Modelle in der Produktion und in der Sozialpolitik, die zwar mit Ökonomie real nichts zu tun haben, wohl aber mit dem Wahnbild der deutschen Ideologie. In diese Kategorie gehört zunehmend der zweite Arbeitsmarkt, insbesondere die Unzahl phantasiereicher Auffanggesellschaften, die im Gefolge der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR entstanden sind, ein Modell, das mit dem Voranschreiten umfassender Kahlschlagpolitik im Interesse der Umstrukturierung zunehmend auch in der ehemaligen BRD virulent wird, zuletzt im Zusammenhang mit der Zerschlagung des „Vulkan"-Werften-Verbundes. Kaum war die „Schuld" für die im Kapitalinteresse vollzogene politische Entscheidung zur Vernichtung dieser Branche der formalistischen Pfennigfuchserei der EU-Behörden und einigen wenigen Managern zugeschanzt, die die Vorstellung nicht abzulegen vermocht hatten, auch beim Einsatz von EU-Subventionen sei die Maximierung von Profit, nicht von regionalistischer sozialer Umfeldsicherung ihr Beruf, entstand eine provisorische Nachfolge- und Auffangkonstruktion, die nichts anderes ist als eine vorübergehende, ideologisch motivierte Simulationsübung von wahnwitzigem Ausmaß.

Vor diesem Hintergrund geht es in der Standortdebatte im Ergebnis folgerichtig nicht „nur" um soziale und ökonomische Verteilungsfragen, sondern: jede ökonomische und soziale Kategorie ist in ihr immer auch eine Frage der deutschen Selbstbehauptung, der normativen Kraft des Faktischen oder – etwas deutscher ausgedrückt: der Schicksalhaftigkeit und nicht zuletzt des kollektiven Opferwahns: Sie ist gerichtet auf die Überwindung jener Opferrolle, die unterstellt ist, wenn gesagt wird, daß es um Selbstbehauptung gehe, wie auf die Herstellung gemeinsamer Opferbereitschaft im Dienste eben dieser deutschen Selbstbehauptung.

So kommt auch dieser Teil des Formierungsprozesses nicht ohne die für alle Bereiche der Volksvergemeinschaftlichung charakteristischen rituellen Vollzugshandlungen aus: Lohnersatzleistungen können nicht einfach nur faktisch gekürzt werden, ihre Kürzung muß Ausdruck entschlossenen Durchgreifens gegen Sozialschmarotzer sein, sie muß als Abwehrkampf der redlich im Schweiße ihres Angesichts gleich wie notdürftig ihr Überleben fristenden Teile der Volksgemeinschaft gegen jene Elemente erlebbar werden, die diesem redlichen Kollektiv zuzugehören nicht willens, imstande oder auserkoren sind. Die Ablösung der Einheitsgewerkschaften als tarif- und sozialpolitische Ordnungsmacht durch die volksgemeinschaftliche Verwaltung der Arbeit im nationalen Interesse kann sich nicht einfach faktisch daraus ergeben, daß die Gewerkschaften keine Macht mehr zur Durchsetzung ihrer vormaligen Ziele zu entwickeln vermögen oder daß die zunehmend totale Verfügbarkeit für das Kapital, die sich aus dem permanenten Gerangel einer jeden, eines jeden Einzelnen um die Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft ergibt, ganz praktisch eigene Ordnungskriterien durchsetzt. Vielmehr muß sie erlebbar werden als gemeinsame Anstrengung der sich zum Wohl der Gemeinschaft Bekennenden, als „Bündnis für Arbeit"; nur aus dem Munde des Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft der Welt vor dem Kanzleramt entfaltet die Auferlegung totaler wie total schutzloser Unterwerfung unter die Kapitalinteressen den Charme des für die Nation gläubig dargebrachten Opfers. Die radikalste je vorgetragene gewerkschaftsoffiziöse Kritik an der Standortdebatte bestand in der Aufforderung zum Tanz: *Gerne führen wir die Standortdebatte, dann wird nämlich auch zu klären sein, welche Verantwortung die Managementfehler für die mißliche Lage Deutschlands auf dem Weltmarkt tragen.* Wer ist der Deutscheste im ganzen Land?

Das Bewußtsein derer, die nicht über die Produktionsmittel verfügen, von ihrer eigenen ökonomischen und sozialen Stellung, das in das Bewußtsein von den Verhältnissen und in das ihrer selbst auseinanderfällt, ist nicht minder Ergebnis der gesamtgesellschaftlichen Formierung und Zurichtung, wie es das Bewußtsein in allen anderen Bereichen auch ist. Und in Deutschland ist es eben Produkt jenes spezifischen Bewußtseins vom Verhältnis der Individuen zu Staat und Nation, Ökonomie und Gesellschaft, das der mit der Reichsgründung 1871 konstituierten Staatlichkeit korrespondierte, einer Staatlichkeit, die einer zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen nicht fähigen Bourgeoisie die für die weitere Entfaltung ihrer ökonomischen Interessen notwendigen Rahmenbedingungen bereitstellte, aber zugleich in Abgrenzung zur Tradition bürgerlicher Revolutionen erfolgen mußte und über keinerlei identitätsstiftende Konstruktion von Gemeinwohl außer der über biologische Zugehörigkeit definierten nationalen verfügte. Anders ausgedrückt: dem rassistischen Konsens in diesem Land entsprechen Empfänglichkeit und Engagement für die Standortdebatte und das Bündnis für Arbeit vollauf. Nicht weil die Deutschen aus unerklärlichen Gründen von bösen Dämonen besessen wären, sondern weil die Triebkräfte, die unter den gegebenen Bedingungen auch den Charakter massenhafter, gar militanter sozialer Kämpfe hier bestimmen würden, dieselben sind, die auch die Durchsetzung des rassistischen Konsenses getragen haben, halten wir die Entwicklung eines anhand der Erkenntnisse über den deutschen Sonderweg entwickelten politischen Begriffs der sozialen Frage für absolut unerläßlich, den reduktionistisch-sozialromantischen Appell an massenhafte spontane soziale Kämpfe hingegen für hochgradig unverantwortlich.

Falsches Traumbild vom urwüchsigen Aufbegehren

Der Phantasie von der Neutralität der sozialen Frage entspricht ein Traumbild von der Arbeiterbewegung in ihrer, wie Rosa Luxemburg sagen würde, *waldursprünglichen* Form. Als sei das kommunistische Manifest eben erst geschrieben, als erfolge die gewerkschaftliche Organisierung noch in Geheimzirkeln, befreit von den Erfahrungen aller Kämpfe und Niederlagen der letzten 160 Jahre, unbekümmert um den Reflexionsprozeß über das Verhältnis von politischer Revolution und Klassenkampf, den Karl Marx und Friedrich Engels nach dem Massaker an der Pariser Kommune eingeleitet haben und der in den umfassenden revolutionären Vorstellungen Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und ihrer Genossinnen und Genossen vom Spartakusbund einen bis heute kaum berücksichtigten, geschweige denn fortentwickelten Ausdruck fand; und erst recht ungetrübt von dem Gedanken, auch der Klassenfeind könnte in diesen 160 Jahren etwas dazugelernt haben – so haben wir vor uns den Traum vom ganz authentischen, ganz unmittelbaren Aufbegehren, das durch bloße sinnliche Erfahrung der sozialen Widersprüche urwüchsig hervorbricht, sich zu einem Schrei nach Emanzipation auswächst und voll der Sehnsucht nach revolutionärem Umsturz ist.

Dabei gerät der eigentliche Zusammenhang aus dem Blickfeld: daß nämlich der Klassenkampf, auch der Prozeß der sozialen Revolution, ein politischer ist. Die Bedeutung der unmittelbaren sozialen Kämp-

fe für diesen politischen Prozeß liegt nicht in den *Inhalten* dieser sozialen Kämpfe, also der Wahrnehmung der materiellen Interessen als durch die kapitalistische Produktionsweise objektiv geschaffene Klasse, sondern in ihrer Funktion für die Konstituierung als bewußt um die Überwindung der Klassengesellschaft kämpfende Klasse für sich.

Friedrich Engels schrieb über die frühe Entwicklung der Arbeiterbewegung und insbesondere der Gewerkschaften in England: „Es ist also auch nicht zu verwundern, wenn die so wie Tiere behandelten Arbeiter entweder wirklich zu Tieren werden oder sich nur durch den glühenden Haß, durch fortwährende innere Empörung gegen die machthabende Bourgeoisie das Bewußtsein ihrer Menschheit bewahren können. Sie sind nur Menschen, solange sie den Zorn gegen die herrschende Klasse fühlen; sie werden Tiere, sobald sie sich geduldig in ihr Joch fügen und sich nur das Leben im Joch angenehm zu machen suchen, ohne das Joch selbst brechen zu wollen.“ Grundlegend stellt Engels fest: Nicht „hoher oder niedriger Lohn bestimmt die wirtschaftliche Erniedrigung der Arbeiterklasse,“ sondern „die Tatsache (...), daß die Arbeiterklasse, statt für ihre Arbeit das volle Arbeitsprodukt zu erhalten, sich mit einem Teil ihres eigenen Produkts begnügen muß, den man Lohn nennt.“ Das Lohngesetz – daß also „die durchschnittliche Lohnhöhe (...) der Summe der notwendigen Bedarfsgegenstände, die zur Erhaltung und Fortpflanzung der arbeitenden Bevölkerung (...) ausreichen,“ zu entsprechen habe – werde „durch den gewerkschaftlichen Kampf nicht verletzt; im Gegenteil, er bringt es voll zur Geltung,“ so Engels. „Es ist natürlich, daß alle diese Anstrengungen das Gesetz der Ökonomie nicht ändern können (...). was aber diesen Assoziationen (...) die eigentliche Wichtigkeit gibt, ist das, daß sie der erste Versuch der Arbeiter sind, die Konkurrenz aufzuheben (...). Und gerade weil sie sich, wenn auch nur einseitig, nur auf beschränkte Weise gegen die Konkurrenz, gegen den Lebensnerv der jetzigen sozialen Ordnung richten, gerade deshalb sind sie dieser sozialen Ordnung so gefährlich.“ Engels ging also davon aus, daß die Aufhebung der Konkurrenz ein so konstitutives Kriterium gewerkschaftlicher Kämpfe – als organisierter Form unmittelbarer sozialer Kämpfe – sei, daß in ihnen zwangsläufig ein antagonistischer Gegensatz zur herrschenden Ordnung aufbreche, der den politischen Prozeß hin zum bewußten Klassenkampf mehr oder minder automatisch vorantreibe.

Mit Blick auf Deutschland standen die Dinge von Anbeginn an etwas schwieriger. „In Deutschland ist die universelle Emanzipation *conditio sine qua non* jeder partiellen“, schrieb Karl Marx. Und weiter: „In Deutschland ist die Emanzipation von dem *Mittelalter* nur möglich als die Emanzipation zugleich von der *teilweisen* Überwindung des Mittelalters. In Deutschland kann *keine* Art der Knechtschaft gebrochen werden, ohne *jede* Art der Knechtschaft zu brechen.“ Gleichwohl folgerte auch er aus der Tatsache, daß in Deutschland, „wo das praktische Leben ebenso geistlos als das geistige Leben unpraktisch ist, (...) keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft das Bedürfnis und die Fähigkeit der allgemeinen Emanzipation“ habe, und daß dies solange so bleibe, bis eine Klasse „durch ihre *unmittelbare* Lage, durch die *materielle* Notwendigkeit, durch ihre *Ketten selbst* dazu gezwungen“ werde.

Von diesen zunächst weiterhin einleuchtenden Überlegungen ausgehend, stellt sich für uns mit Blick auf die soziale Frage die Aufgabe, näher zu untersuchen, welche Ursachen dafür maßgeblich waren, daß die in der sozialen Frage zunächst angelegte Dynamik durch die volksgemeinschaftliche Formierung in einem derartigen Ausmaß neutralisiert werden konnte, daß der *Zwang der Ketten selbst* um seine Erfahrbarkeit gebracht und die Aufhebung der Konkurrenz als konstituierendes Moment sozialer Kämpfe mit antagonistischer Sprengkraft außer Kraft gesetzt wurde, um anhand eines auf diesem Wege ableitbaren materialistischen Begriffs von Entfremdung Ansätze zu entwickeln, wie die Reflexion und der notwendige Bruch mit der Entfremdung und über sie konstituierten Normalität aussehen kann und muß, um eine Perspektive auf Befreiung, die nach wie vor die Aufhebung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privatkapitalistischer Aneignung zwingend voraussetzt, überhaupt wieder zu eröffnen. Die Vorstellungen der modernen Volksfreunde, ohne diesen „Umweg“ über die Aneignung eines umfassenden materialistischen Begriffs von Entfremdung und von den Gewaltverhältnissen, die die Aufrechterhaltung der Volksgemeinschaft als spezifisch ausgeformte kapitalistische Gesellschaftsordnung und der ihr innewohnenden spezifischen Destruktivkräfte ermöglichen, konkrete soziale Kämpfe als Feld der Agitation und „Hebung“ der objektiv gesetzten Klasse nutzen zu können, sind nicht mehr und nicht weniger als die Anerkennung volksgemeinschaftlich geprägter und überformter Subjektivität, womit sich diese Vorstellungen entgegen dem behaupteten revolutionären Klassenbezug lediglich als Ausdruck der eigenen völkischen Sehnsucht nach Zugehörigkeit entlarven.

Wir gehen zur Zeit von drei wesentlichen Etappen aus, die für die Neutralisierung der sozialen Frage maßgeblich sind:

1. Die Phase der nationalen Neutralisierung der sozialen Frage zwischen 1871 und Beginn des Ersten Weltkriegs

Der Untersuchung dieser Entwicklung und der Rolle, die die Arbeiterbewegung darin gespielt hat, legen wir als Arbeitsbegriff die „Einvernahme“ der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zugrunde. Dabei geht es uns darum, von allen Kategorien Abstand zu nehmen, in denen dieser Vorgang als eine von Kapital und Staat äußerlich veranstaltete Manipulation begriffen und in der die Wechselwirkung von Einvernahme und Vereinnahmung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf den schnöden Verrat einzelner Spitzenfunktionäre zurückgeführt wird. Verständlich wird die Entwicklung, um die es geht, nur als Einvernahme der sich konstituierenden Arbeiterbewegung durch die sich konstituierende Staatlichkeit. Wie es auch immer im einzelnen abgelaufen sein und gleich, ob und welche Entscheidungsalternativen es für die Arbeiterbewegung jeweils gegeben haben mag: zwischen Reichsgründung 1871 und Beginn des Ersten Weltkriegs wurde das Modell der nationalen Lösung der sozialen Frage in enger praktischer und ideologischer Interaktion von staatlichen Apparaten und Kapital, der opportunistischen Mehrheit in der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und den in ihnen organisierten Massen materiell durchgesetzt.

2. Die Phase zwischen Niederlage der Novemberrevolution und der Machtübergabe an die Nazis

Die Niederlage in den Januarkämpfen 1919 und die Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und unzähligen ihrer Genossinnen und Genossen hat bei der revolutionären Linken bis auf den heutigen Tag tiefe Spuren hinterlassen. Schon die nachfolgenden Abwehrkämpfe bis zur endgültigen Niederlage der Novemberrevolution, auch die militanten und militärischen Auseinandersetzungen und Aufstände der ersten Jahre der Weimarer Republik, vermögen an den offensiven Charakter und die umfassenden revolutionären Vorstellungen, die mit dem revolutionären Bruch, der die Konstituierung des Spartakusbundes und die Gründung der KPD getragen hatte, nicht mehr anzuknüpfen. Wie berechtigt die Annahme der Genossinnen und Genossen der Zentrale der eben gegründeten KPD zu Beginn der Januarkämpfe war, daß ein Zurückweichen vor der Auseinandersetzung trotz der absehba-

ren militärischen Niederlage einer Entwürdigung gleichkomme, die den revolutionären Prozeß als fortschreitenden Bewußtseinsprozeß substantiell zurückwerfen werde, zeigt sich gerade im Ausmaß der dann durch die real erlittene Niederlage angerichteten Zerstörung revolutionärer Vorstellungen und Kräfte. Daß die KPD in ihrer politischen Programmatik, Agitation und Praxis in den folgenden anderthalb Jahrzehnten – beispielsweise unter bewußter Nichtbeachtung der von Clara Zetkin entwickelten Ansätze zur Erklärung der Massenbasis der aufkommenden faschistischen Bewegungen – nicht imstande war, revolutionäre Vorstellungen zu entwickeln, die zugleich die nationale Neutralisierung der sozialen Frage wieder hätte aufbrechen und damit eine Resistenz gegen die fortschreitende Volksvergemeinschaftlichung schaffen können, die nach der Machtübergabe an die Nazis zur ungehemmten Explosion aller in ihr angelegten Destruktivkräfte führte – das Resultat war Auschwitz – ist zuallerletzt mit objektiven Fehlern und subjektiver Unfähigkeit der Parteispitze zu erklären. Vielmehr müssen die Empfänglichkeit der organisierten wie der zu organisierenden Mitgliedschaft für die sehr weitgehend opportunistische, zunehmend nationale, häufig auch offen antisemitische Agitation der KPD und vor allem die realen Hintergründe wie auch die Fehler der Sozialfaschismusthese Gegenstand der Untersuchung sein. Eine Kritik der Sozialfaschismusthese muß sich jenseits ihrer Relevanz für die Fortschreibung der Neutralisierung der sozialen Frage auch gegen die drei Hauptstränge der aktuellen politischen Auseinandersetzung an dieser Frage ausrichten:

a) gegen die Nivellierung bzw. Leugnung der Tatsache, daß die revolutionären Subjekte real mit dem Verrat der Sozialdemokratie konfrontiert waren – von den nachhaltig bewußtseinsprägenden Verwüstungen, die sie durch ihren Verrat an der Internationale angerichtet hatte, bis hin zu ihrer Entscheidung, sich zum politischen Vollzugsorgan der Konterrevolution zu machen – und damit der Gefahr, durch sie und ihre Büttel physisch liquidiert zu werden;

b) gegen den Versuch, die Sozialdemokratie infolge ihrer Verantwortung für die militärische Liquidierung der Novemberrevolution zur eigentlichen Urheberin des im deutschen Sonderweg angelegten Zwangs zur Vernichtung zu machen, diesen Zwang also nicht mehr aus den mit der volksgemeinschaftlichen Formierung verbundenen Destruktivkräften selbst, sondern gleichsam aus deren aus Minderwertigkeitskomplexen und dem Bedürfnis der Sozialdemokratie nach Überkompensation resultierenden Pervertierung zu erklären;

c) gegen den Versuch, die Sozialfaschismusthese gegen die KPD selbst zu richten, als habe nun ausgerechnet die Sozialdemokratie als die eigentliche demokratische und antifaschistische Kraft die Machtübergabe an die Nazis nur deshalb nicht verhindern können, weil die KPD sich so sektiererisch verhalten habe.

3. Die Verdrängung der Shoah als konstitutives Moment des Massenbewußtseins in der BRD nach 1945

Das Wissen vom Ausmaß des mit der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden begangenen Verbrechens selbst, seine Realität und seine Verdrängung waren und sind in enger Wechselwirkung das konstituierende Moment der gesellschaftlichen Formierung und des Massenbewußtseins in der BRD nach 1945. Es liegt, ob latent oder virulent, zu sämtlichen gesellschaftlichen Widersprüchen und Gewaltverhältnissen quer, überformt und bricht sämtliche aus ihnen resultierenden Bewußtseinsprozesse und jede „authentische" Subjektivität. Der Zusammenbruch der DDR hat vor allem deutlich gemacht, wie resistent die individuelle und gesellschaftliche Überformung durch die Besonderheiten der deutschen Entwicklung und ihre in der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden erfolgte Eskalation selbst gegen das Projekt eines antifaschistischen, erst recht eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden nach 1945 war. Der Aufbruch 1968 bezog seine Kraft nicht zuletzt aus der Hoffnung, unter den Bedingungen eines für deutsche Verhältnisse auf hohem Vergesellschaftungsniveau sich vollziehenden Modernisierungsschubes Pflöcke für einen „zivilgesellschaftlichen", bürgerlich-emanzipatorischen Prozeß einschlagen zu können, ohne den schmerzhaften, umfassende Anstrengungen erfordernden und wenig populären, also spontan kaum verbreiterungsfähigen „Umweg" über den bewußten Bruch mit der Kontinuität und Verdrängung der Triebkräfte des deutschen Sonderwegs und des aus ihnen hervorgegangenen einzigartigen Verbrechens der Shoah zu gehen. Hierin war dann auch das Scheitern der „Neuen Linken" vorprogrammiert, und die Notwendigkeit einer präzisen und scharfen Abgrenzung gegen den *mainstream* dieser Traditionslinie liegt darum auch nicht in der brotlosen Debatte darüber begründet, ob denn nun und in welchem Maße einzelne konkrete Teilerfolge reformistisch waren oder über sich selbst revolutionär hinauswiesen, sondern in der Vereinnahmung und mutwilligen Entwertung der Traditionen und Begriffe revolutionärer Kämpfe unter fast durchgängiger Verdrängung genau jenes grundlegenden Bruchs, der Voraussetzung gewesen wäre, an sie überhaupt im Sinne eines vorwärtsweisenden revolutionären Prozesses anknüpfen zu können. Das gleiche gilt für die modernen Volksfreunde und ihren Opportunismus in der sozialen Frage.

Die genannten Untersuchungsgegenstände werden ein wesentlicher Strang von *Aneignung 2* sein, an der wir zur Zeit arbeiten. Ein mögliches Mißverständnis wollen wir aber jetzt schon mit aller Deutlichkeit ausräumen: Unsere Auseinandersetzung mit der sozialen Frage liegt nicht darin begründet, daß wir in einem im Sinne dieser Überlegungen fundierten, reflektierten, genaueren Zugang zur sozialen Frage den Schlüssel zu einem dann unmittelbar verbreiterbaren Kampf um Befreiung sehen. Ohne den umfassenden bewußten Bruch mit der Gesamtheit der Triebkräfte und Mechanismen, die die Nationalisierung des Sozialen ermöglicht, bestimmt und vorangetrieben haben, gibt es in Deutschland überhaupt keinen Zugang zur sozialen Frage, der etwas mit Befreiung zu tun hat. Bei unserer Auseinandersetzung geht es uns darum, diese Entwicklung so genau zu erfassen, daß umfassend bestimmt werden kann, wie der Bruch mit dieser Entwicklung aussehen muß.

Angesichts von Geschichtsrevisionismus, Rassismus und Antisemitismus; angesichts des zwanghaften Drangs zur physischen Vernichtung derer, die nicht zur Volksgemeinschaft gehören; angesichts des Willens zur militärischen Durchsetzung deutscher Interessen muß hier und heute der deutschen Bevölkerung, die die volksgemeinschaftlich organisierte Normalität vollzieht und trägt, das gebotene Maß an Konfrontation und Denunziation entgegengebracht und durchgehalten werden. Die „soziale Frage" stellt sich nicht *als* soziale – und solange dies so bleibt, halten wir diese Frage für so ziemlich die letzte, an der diese Konfrontation aufgemacht werden kann.

ak kassiber

Zu den von uns aufgeworfenen Fragen sind wir für Hinweise, Kritik und Anregungen dankbar: akk, c/o Infoladen M 99, Manteuffelstr. 96, 10999 Berlin

Eins teilt sich in zwei

Hundert Beispiele zur Illustration des Gesetzes von der Einheit der Gegensätze

In der linksradikalen Zeitschriftenlandschaft tobt ein Kleinkrieg um die sogenannte Kulturalisierung der Linken. Dabei wird immer unterstellt, die Neue Linke habe die Kultur erst in jüngster Zeit für sich entdeckt. Diese für den Zeitgeist typische Vermutung soll hier einer radikalen Revision unterzogen werden. Betrachtet man die Geschichte der Neuen Linken unter kulturellen Aspekten, stellt man schnell fest, daß sie sich schon lange vor der deutschen Einheit große Verdienste um die Erneuerung der deutschen (Alltags-, Trink-, Streit- etc.) Kultur erworben hat.

Die Ausgangsthese meiner Überlegungen stammt von dem Grünen Winfried Kretschmann – Insidern vielleicht mit dem Satz „Mao ist tot, Jesus lebt" (oder so ähnlich (2)) bekannt. Anfang der 90er Jahre gibt er über seine politische Vergangenheit zu Protokoll: „Maoistische Gruppen hatten niemals eine Nähe zu diesem deformierten Realsozialismus ... wie er in der Sowjetunion herrschte, von vornherein nicht, es war schon gar kein Einstieg. ... Ein Großteil der ideologischen Arbeit wurde überhaupt darin investiert, sozusagen in den wahren Sozialismus, der sich davon abgrenzte und wo die Chinesen unserer Ansicht nach in ihrer Radikalität mit dieser *Kulturrevolution* Positionen besetzten. ... Das heißt also: Für die maoistischen Gruppen waren kulturelle Paradigmen des Sozialismus schon immer wichtiger als irgend so eine platte Verstaatlichungs- oder Vergesellschaftungstheorie. Deswegen sieht das heute noch ganz anders aus mit den Leuten, die dort oder da herkommen." (3)

Um die ganze Tragweite dieser Aussage zu erfassen und gleichzeitig Einseitigkeiten zu vermeiden, müssen wir allerdings noch weiter zurückblicken und die Vorgeschichte des Maoismus der 70er Jahre betrachten.

Wie alle „großen Erzählungen", so hat auch die Geschichte der sogenannten „Neuen Linken" ihren die weitere Entwicklung bestimmenden (wenn auch kaum bekannten) Urtext. Im Februar 1962 traf bei der deutschen Sektion der „Situationistischen Internationale" eine Bannbulle ein:

„Der Zentralrat der Situationistischen Internationale hat in der Zusammenkunft in Paris am 10. Februar 1962 beschlossen, aus der deutschen Sektion der S.I. die für die Herausgabe der Zeitschrift ‚Spur' verantwortliche Gruppe auszuschließen ... Es ist bewiesen, daß die fraktionistische Aktivität dieser Gruppe auf einem systematischen Mißverständnis der situationistischen Thesen basierte: und daß die Mitglieder dieser Gruppe vollkommen die Disziplin der S.I. mißachtet haben, um als Künstler zu arrivieren. ... Die Zeitschrift ‚Spur' wird durch eine neue Zeitschrift als Organ der S.I. in Deutschland ersetzt.

Für den Zentralrat: G.-E. DEBORD, Attila KOTANYI, Uwe LAUSEN, Raoul VANEIGEM." (4)

Mehr Härte – weniger Reflexion

Derart vom politischen Weltniveau abgeschnitten, machte die „Spur"-Gruppe um Dieter Kunzelmann aus der Not eine Tugend, nahm die Situationisten beim Wort und besann sich fortan auf authentische deutsche Fähigkeiten: Ästhetik, Haltung, Selbstgenuß, Autarkie. Zunächst schienen sich die deutschen Unternehmungen jedoch kaum von denen in anderen Ländern zu unterscheiden. 1963 benannte „Spur" sich in „Subversive Aktion" um. Diese wurde ein Jahr später mit dem Eintritt der DDR-Dissidenten Rudi Dutschke und Bernd Rabehl zur Keimzelle des „Berliner Aktionismus". Die von dieser auch als „Antiautoritäre" bezeichneten Fraktion eingeleiteten kulturrevolutionären Neuerungen, ihre Umgestaltung des Alltagslebens – von der Happening-Kultur bis zu Drogenexperimenten – sind weitgehend bekannt. Der kreative Reichtum dieser Bewegung ging jedoch mit einem Mangel an Stilsicherheit und Formbestimmung einher. 1968 charakterisierte Rudi Dutschke die Antiautoritären mit den Worten eines amerikanischen Autors folgendermaßen: „Es ist keine Zeit nüchterner Reflexion, sondern eine Zeit der Beschwörung. ... Die prägende Literatur jetzt ist die Underground-Literatur, sind die Reden von Malcolm X, die Schriften Fanons, die Songs der Rolling Stones und von Aretha Franklin. Alles übrige klingt wie der Moynihan-Report oder ein Time-Essay, die alles erklären, nichts verstehen und niemanden verändern." (5) Immer drängender stellte sich aber nun die Frage, ob eine deutsche Kulturrevolution, die auch dem Adjektiv des Begriffs einen Sinn geben wollte, sich mit der Kopie ausländischer Konzeptionen zufrieden geben konnte, wo diese doch niemals das lebensphilosophische Niveau der deutschen Jugendbewegung oder von Ernst Jüngers Kampfprosa erreichen konnten. Bereits 1967 hatte die sogenannte Kommune II ein Plädoyer für mehr Härte – weniger Reflexion verfaßt:

„Theodor W. Adorno kommt nach Berlin und spricht über ästhetische Probleme. Wo? An der Freien Universität, wo der totale Klassenkampf – also auch zwischen Autoritäten und Studenten – stattfindet. Er, der große Durchschauer dieser Gesellschaft ... wird druckreife Sätze auskotzen, und alle, alle werden ihm lauschen – dem Teddy –, so glaubt er. ... Doch da ist er ein bißchen zu spät dran. Denn wir lauschen nur noch den Worten des großen Vorsitzenden Mao, den Parolen der Revolution. ...Was soll uns der alte Adorno und seine Theorie, die uns anwidert, weil sie nicht sagt, wie wir diese Scheiß-Uni am besten anzünden und einige Amerikahäuser dazu. ... Weil er keine 1000 Mark für den Vietcong stiftet – das wären ein Hubschrauber + 18 tote GIs + 10 mit ohne Füßen. ... Das aber will er nicht, vielleicht schreibt er dafür in der BZ bald eine Artikelserie über die deutsch-amerikanische Freundschaft und über die Dankbarkeit gegenüber den USA. ... Der Theorie wird Narrenfreiheit gewährt, weiß man doch um ihre Harmlosigkeit. ... Er soll sich zu Tode adornieren ... Seine Worte mögen ihm im Maul verfaulen. (Chinesisches Sprichwort über die Sowjet-Revisionisten)

PS: Vielleicht erlebt ihr heute noch ein wirklich ästhetisches Spektakulum." (6)

Auch ein junges schriftstellerisches Talent aus Berlin, Peter Schneider, hob sich mit seinem dezisionistischen Stil wohltuend von den abgehobenen Theorie-Debatten seiner Zeit ab:

„Ein Vorbild für diese agitatorische Funktion der Kunst hat Mao Tse-tung beschrieben. Auf dem Langen Marsch organisierte die Rote Armee in den Dörfern, durch die sie kam, Versammlungen der Bauern auf dem Dorfplatz. Einer oder mehrere Bauern wurden aufgefordert, ihre persönlichen Wünsche, Bedrückungen, Nöte zu schildern. Die zuhörenden Bauern griffen kritisch in diese Selbstdarstellung ein, ergänzten sie, wenn sie ihnen zu persönlich, korrigierten sie, wenn sie ihnen zu allgemein war, machten daraus eine kollektive Darstellung. Sie nannten das ‚Die große Wehklage'. Die Rote Armee bot sich

dann als politische Organisations- und Kampfform dieser zunächst noch ganz rohen und unpolitischen Bedürfnisse an. Die Form dieser Bedürfnisse war also nicht das Gebet, die Beichte, das Gedicht, der Roman, sondern die Rote Armee." (7)

Ein Anfang war gemacht. Als Ganzes war die Bewegung der Antiautoritären um 1970 jedoch an die Grenzen ihres innovativen Potentials gestoßen und zerfiel deshalb. Bei ihren ehemaligen Mitgliedern breitete sich Ekel aus über den unverbindlichen Eklektizismus der antiautoritären Phase und über die kulturindustrielle Integration der Subkultur. Klaus-Rainer Röhl hatte sich mit seiner Zeitschrift „Konkret" in den 60er Jahren vor allem um die pornographischen Aspekte der neulinken Kultur verdient gemacht. Jetzt sah er sich gezwungen, mit wegweisenden Artikeln wie „Hasch macht dumm!" und „Anarchismus führt zum Faschismus" (8) gegen die geistige Verfettung der Bewegung zu polemisieren. „Wir müssen die große Unordnung beseitigen, die viele von uns so kaputtgemacht hat" (9), war das Motto. So organisierte Röhl u.a. 1972 einen Anti-Drogen-Kongreß, der ein voller Erfolg wurde.

Gegen moralischen und kulturellen Zerfall

Den konsequentesten kulturellen Paradigmenwechsel vollzogen jedoch die Maoisten, auch unter dem Stichwort „ML-Bewegung" bekannt. Wiederum wurde der Künstlervorwurf zum Ausgangspunkt der Abgrenzung gegenüber den Antiautoritären. Die neuen subkulturellen und kollektiven Lebensformen der 60er Jahre wurden nun als „bohemienhaft" disqualifiziert. Es läßt sich jedoch unschwer erkennen, daß dieser Vorwurf nur dem Distinktionsgewinn einer aufstrebenden neuen Generation von KulturträgerInnen dienen sollte. Wie der Name schon sagt, mußten sich auch die Maoisten noch einer ausländischen Theorie bedienen. Sie taten dies aber immerhin mit dem Effekt, sich von allen weiteren undeutschen Einflüssen abzuschließen. Nicht PC, sondern ML war der Punk der frühen 70er Jahre. Der kurzgeschorene, asketisch-maoistische Kader als Gegenbild zum diffusen Hedonismus der Antiautoritären entspricht in etwa dem, was Diedrich Diederichsen einmal als „alien rebel" beschrieben hat: Er „zirkelt seine jeweils angenommene Identität ab, gibt ihr die Grenzen, die sein jeweiliges Aufgabenfeld verlangt. Ihn verlangt es nicht zu verströmen, sondern seine Energie als Bombenladung gezielt anzubringen, bevor er in einen anderen Anzug schlüpft, ein anderes System von Sinnzuweisungen als Kampfplatz erwählt und zu erschüttern trachtet." (10)

Die Maoisten versuchten sich nicht nur ideologisch, sondern auch durch ihren Arbeitsstil vom Antiautoritarismus zu distanzieren. „Einhaltung der Parteidisziplin", „Primat der Politik der Organisation über das Privatleben", „Arbeitseifer und Uneigennützigkeit" (11) hießen die neuen Direktiven. Im Kampf gegen die Verweichlichung der Welt ergaben sich temporär interessante Bündnisse mit den Volksmassen, denen man sich sowieso mimetisch zu nähern versuchte. So schrieb eine Leserin des Hardcore-Fanzines „Roter Morgen" an die Redaktion: „Vor kurzem bekam ich zufällig ihre Zeitung ... in die Hände und hatte auch die Gelegenheit, mit den Verkäufern ... zu sprechen. Und ich war gleich angenehm von der sauberen äußeren Erscheinung dieser jungen Leute überrascht. ... Und auch als ich dann zu Hause Ihre Zeitung las, wie Sie gegen die häßlichen langen Haare bei jungen Menschen und auch gegen die aufreizenden Miniröcke der jungen Gören ... Stellung bezogen haben, war ich angenehm überrascht; auch daß sie Albanien so loben, wo sowas anscheinend nicht zugelassen wird von verantwortungsvollen Staatsführern, hat mich gefreut. In so einem sauberen Staat möchte ich leben."

Die Redaktion kommentierte: „Liebe, neugewonnene Leserin ..., wir haben uns über Ihren Brief sehr gefreut. Er beweist uns, daß die Partei wirklich den Wünschen der Massen entspricht, wenn sie ... den Kampf gegen den bewußt gesteuerten moralischen und kulturellen Zerfall aufnimmt." (12)

Was der einfachen Bevölkerung schon immer klar war, dämmerte nun auch den Maoisten: Die Hauptverantwortlichen für den kulturellen Fehlstart der Antiautoritären in den 60er Jahren saßen in den USA. 1974 schrieb der maoistische Kulturtheoretiker Ernst Aust: „Der sogenannte ‚american way of life', die von den USA-Imperialisten propagierte ‚amerikanische Lebensweise' mit ihrer kulturellen Verflachung und Primitivität, ihrem Konsumdenken ... ihrer Korruptheit soll den Völkern aufgezwungen werden, um deren nationale Eigenart zu verdrängen ... Sei es in den künstlerisch und politisch gleich erbärmlichen, perversen Phantasien eines Henry Miller. Sei es in der Trivialliteratur der Schund- und Groschenhefte. Sei es in der dekadenten L'art pour l'art ... dem abstrakten Gekleckse und den verbogenen Drähten von ihren von kapitalistischen Gönnern geförderten Scharlatanen. Sei es im Hasch- und Drogenkult, dem Porno- Mode- und Reklamerummel, den ... bestialische Mordinstinkte verherrlichenden Filmen und comic strips." (13)

Doch welches waren die Kraftquellen, aus denen sich der Kampf gegen die Dekadenz speiste?

„Wir schöpfen aus der psychischen Wesensart des deutschen Volkes. Wir schöpfen aus seinem Arbeitsfleiß und seinem Ordnungssinn, aus seinem wissenschaftlichen und künstlerischen Genie, das unser Volk in der Geschichte so oft bewiesen hat und das den Ruhm der deutschen Nation begründet. ... Wir schöpfen aus den unvergänglichen Denkmälern, die von der Größe der deutschen Kultur künden, den hochaufstrebenden, in ihrer Schönheit und Linienstrenge unvergleichlichen Domen von Köln und Meißen, der Backsteingotik der nordischen Städte, den Bauwerken der großen Baukünstler des Klassizismus, den Schöpfungen Schlüters und Schinkels, den Bildern der großen Meister der deutschen Renaissance, den unsterblichen Werken Holbeins, Dürers, Riemenschneiders ..." (14)

Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg habt ihr vergessen, möchte man dem Autor zurufen, aber das stammt aus einer anderen Zeit und aus einem anderen Zusammenhang. (15)

Einen weiteren gemeinsamen Gegner fanden Volk und Maoisten in den sowjetischen Revisionisten, die sich wiederum mit antiautoritären Softies verbündet hatten. So heißt es im „Roten Morgen": „Auch an diesem Frontabschnitt dürfen wir nicht zurückweichen. Es ist kein Zufall, daß auch und gerade die modernen Revisionisten lange Haare auf ihren Plakaten propagieren und versuchen, die Jugend mit Beatmusik einzufangen. Diese Herren wissen eben, ... wie man noch am ehesten Verwirrung und Spaltung in die Arbeiterklasse tragen kann." (16) Gegen diese Gefahr konnte nur mit schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden. „Der Maoist", die „Zeitschrift für die Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen auf Deutschland" forderte 1975: „Der sowjetische Sozialimperialismus, seine landesverräterischen und sozialfaschistischen Vasallen in der DDR und seine 5. Kolonne in der BRD, das sind die *Hauptfeinde* der Nation und des Proletariats. ... *Das Proletariat fordert von der Bourgeoisie:*
– die konsequente Verteidigung der Unabhängigkeit der BRD gegen den Sozialimperialismus,
– die Vorbereitung auf den Krieg, ...
– den Kampf für ein einiges, unabhängiges, demokratisches Deutschland". (17)

Es versteht sich fast von selbst, daß auch Personen, die vermeintlich die Kontinuität des Antiautoritarismus repräsentierten, in das Schußfeld des Maoismus gerieten. So schreibt die KBW-Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" 1976 über den damaligen Spontiführer Daniel Cohn-Bendit: „Klar ist aber auch, daß die Arbeiterklasse sich solche Gestalten merken wird. ... Es gibt nur zwei Möglichkei-

ten. Entweder er wird von der Arbeiterklasse eine nützliche Arbeit zugewiesen bekommen, etwa in einer Fischmehlfabrik in Cuxhaven, oder er wird während der Revolution durch die Massen an den nächsten Baum befördert." (18)

Für eine Dialektik von Gefühl und Härte

Hegel sagt: „Die Knospe verschwindet in dem Hervorbrechen der Blüte, und man könnte sagen, daß jene von dieser widerlegt wird; ebenso wird durch die Frucht die Blüte für ein falsches Dasein der Pflanze erklärt, und als ihre Wahrheit tritt jene an die Stelle von dieser. Diese Formen unterscheiden sich nicht nur, sondern verdrängen sich auch als unverträglich miteinander. Aber ihre flüssige Natur macht sie zugleich zu Momenten der organischen Einheit, worin sie sich nicht nur nicht widerstreiten, sondern eins so notwendig als das andere ist, und diese gleiche Notwendigkeit macht erst das Leben des Ganzen aus." (19)

Betrachtet man das Wirken Cohn-Bendits und seines Umfelds Mitte der 70er Jahre genauer, so wird schnell klar, daß die Sponti-Bewegung mitnichten einen Rückfall in die Zeiten des Antiautoritarismus darstellt und daß deswegen die maoistischen Anwürfe als letztes Aufbegehren verwelkender Stilblüten gegen die reife Frucht bewertet werden müssen. Die von Cohn-Bendit in diesen Jahren verkündete monolithische Einheit von „Widerstand und Leben" (20) ist nichts weniger als der Versuch einer bestimmten Negation marxistisch-leninistischer Manneszucht, die deren positive Elemente in sich aufnimmt: „Ich will hier nur sagen, daß für uns die politischen Begriffe von Widerstand und Leben sich nicht nur ergänzen, sondern wirklich die Inhalte sind, an denen sich dann *Organisation* auch *ableiten* läßt, nämlich daß die Organisationsformen verschiedenartig sind und für uns die Wohngemeinschaft, eine Gruppe in einem Stadtteil, die sich zusammengetan hat, eine Organisationsform ist; eine andere Organisationsform ist eine Betriebsgruppe, eine Betriebszelle; eine andere Organisationsform sind alternative Projekte, seien es Landkommunen; andere Organisationsformen sind welche, an die wir überhaupt noch nicht denken. Diese *Einheit* entwickeln, heißt eine revolutionäre Organisation bilden. ...

Es geht darum, daß wir Schwierigkeiten haben, Sätze zu formulieren, die sagen ..., es treibt uns der Heißhunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Sozialismus'. Und da möchte ich sagen, gerade wir als Männer sind es nicht gewöhnt, überhaupt solche Begriffe in politischen Veranstaltungen zu gebrauchen." (21)

Es geht bei dieser auch als „Neue Sensibilität" bekannt gewordenen Strömung offensichtlich darum, die maoistischen Stahlgewitter mit deutscher Innerlichkeit zu verschmelzen und daraus eine Dialektik von Gefühl und Härte zu entwickeln. Was damit gemeint ist, erläuterte Thomas Schmid, damals Redakteur der Zeitschrift „Autonomie", 1978 in seinem Plädoyer für „eine spezifisch deutsche politische Kultur": „... den Sachen auf den Grund gehen, auch auf den Grund des Schreckens, nicht beim seichten common sense stehen bleiben. Tief, unergründlich, rätselhaft sein. ... Ich mag diese Unterwürfigkeit nicht mehr: von ausländischen Genossen nur akzeptiert zu sein, wenn ich mein eigenes Land verleugne. Das ist eine Sackgasse, das steht in der Tradition der imperialistschen Entnazifizierung durch die gottverdammten Yankees, die die Demokratie bei uns verordnet haben." (22)

Auch Klaus Wagenbachs Forderung: „... im Verhältnis zur Sinnlichkeit – von Küche bis Kultur – könnten wir manches von den italienischen und französischen Freunden lernen" (23) entstammt keineswegs dem Gründungsdokument der Toskanafraktion. Der Sinn dieses vermeintlich wahllosen Philoromanismus wird erst klar, wenn man sich die Stellungnahme Ernst Jüngers zum selben Thema vor Augen hält: der nationalkulturell absolut zuverlässige Schriftsteller hatte schon 1929 geschrieben:

„Über das deutsche Bier ist viel geredet worden. Seinen entscheidenden Mangel sehe ich darin, daß seine stimulierende Wirkung in gar keinem Verhältnis zur narkotischen steht, daß es also vor allem schläfrig macht. Die Seßhaftigkeit, die Kannegießerei, der Verein, die deutsche Politik, die deutsche Gemütlichkeit, die deutsche Objektivität – mit einem Worte, die deutsche Schläfrigkeit. Ein Soldat, der vor dem Sturmangriff einen halben Liter Bier austrinkt, dürfte ein Kuriosum sein. Auch der Franzose hat seine ekelhaften Caféhausspießer, seine Bouvards und Pécuchets, aber man hat sich dort den Weg zur Bösartigkeit nicht künstlich verschwemmt. Der Weintrinker ist nüchterner, wie ein Mensch, der mit gefährlichen Stoffen hantiert ..." (24)

Manchmal muß man sich im Kampf gegen die westliche Zivilisation eben derer ureigensten Waffen bedienen.

In die Zeit der späten siebziger Jahre fallen auch die ersten Versuche, das kulturrevolutionäre Potential der Neuen Linken durch eine Zusammenarbeit mit ostdeutschen Kulturschaffenden aufzustocken.

Rudi Dutschke schrieb: „Es wird wichtiger denn je, daß die linke Bewegung in der Bundesrepublik ... die Beziehungen zu den Freunden, Genossinnen und Genossen in der DDR ausbaut bzw. erst einmal entstehen läßt." (25)

Zerrissen zwischen Ost und West

Gemeinsam würde man schlagkräftiger gegen Amerikanisierung und Russifizierung vorgehen. Als Beispiel für die Erweiterung des neulinken Horizonts sei hier eine wahrhaft visionäre Kurzgeschichte des DDR-Schriftstellers Gerald Zschorsch aus dem Jahr 1979 zitiert:

„Neulich nachts hatte ich eine schrecklich schöne Traumvision. Bei einem Besuch in Berlin (West) bei meinem Freund Jürgen Fuchs wurde unser Gespräch durch Nachrichtenmeldungen des Senders Freies Berlin unterbrochen. Der Ansager behauptete, daß aus Richtung Marx-Engels-Platz, im Ostteil der geteilten Stadt gelegen, und aus Richtung der ‚Straße des 17. Juni', im Westteil der Stadt liegend ein breiter Demonstrationszug sich dem Brandenburger Tor nähern würde. Das Auffallende daran sei, daß keinerlei Fahnen und Transparente in diesem Zug mitgeführt würden. Ich sprang auf und schrie: ‚Jürgen, das ist die Wiedervereinigung'. ...

Ach, wär' das schön! Vom Marx-Engels-Platz, dann weiter ‚Unter den Linden', durch das Brandenburger Tor, vorbei an der Siegessäule bis zur TU am Ernst Reuter Platz zu gehen, um dort im Audi-Max einen Vortrag von Dr. Rudi Dutschke zu hören, Dekan des Fachbereichs Politikwissenschaft. Oder aber, vom Wedding aus, einen kleinen Spaziergang ... zur Chausseestraße in Berlin-Mitte zu machen und dann anzuklopfen an der Nummer 131, wo auf dem Türschild steht W. Biermann, der einem dann Kaffee kocht und die neuesten Lieder vorspielt.

Vielleicht auch eine Stippvisite an die Spree, wo auf dem ehemaligen Bauplatz des ‚Palazzo de Prozio' sich die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung erhebt. Im Foyer sitzen Ernest Mandel und Rudolf Bahro beim Tee, in der Bibliothek arbeiten an einem Tisch Bernd Jentzsch und Günter Kunert ... Und eine Literaturzeitschrift gibt es ... In ihr schreiben Erich Loest und Gerhard Zwerenz, Klaus Poche, Jurek Becker und Heinz Brandt, Martin Walser und und ... na eben alle.

Die schönste Aufgabe hat der Dichter Rolf Schneider: Er ist in der obengenannten Akademie der Pförtner, der darüber wacht, daß sich keine verkappten Stasiagenten Einlaß verschaffen. Ach, das wird schön, und es wird uns guttun, uns allen, die wir jetzt noch zwischen Ost und West zerrissen sind." (26)

Auch die Friedens- und Ökologiebewegung der 80er Jahre als Radikalisierung der Sponti- und Alternativszene war keines-

wegs der absolute Antipode zur militanten Radikalität früherer Zeiten. Wolfgang Pohrt hat völlig zurecht schon früh auf den wehrertüchtigenden Aspekt der unentwegten Beschäftigung mit modernsten Waffensystemen und Vernichtungskapazitäten hingewiesen. Zunächst mußte jedoch der Kampf gegen die kulturelle Umweltverschmutzung der gottverdammten Yankees zu Ende geführt werden, z.B. durch den Hermann Peter Piwitt in der Zeitschrift „Konkret“: „Dieses gedrückte Nationalgefühl der Deutschen rührt auch daher, daß ihnen die revolutionären nationalen Traditionen abgeschnitten wurden. Dadurch entstand diese amerikahörige Kultivation, dadurch entstand diese Yankee-Sprache, die mit ‚Fighting‘ und ‚dope‘, ‚Power‘ und ‚message‘ uns selbst dort noch beherrscht, wo wir Widerstand leisten.“ (27)

Wie können wir Deutschland retten?

Tief mußte man sich in die heimische Scholle eingraben, um die bösen Geister zu bannen: „Die Wiederentdeckung der Region heute bedeutet Rehabilitation der Provinz ... – und damit auch Wiederentdeckung von Folklore, Bräuchen und Dialekten. Eine Gegenbewegung zur Nivellierung von Kultur durch das Kapital und seine multinationalen Metropolen drückt sich darin aus, und zum Beispiel Pasolini hat leidenschaftlich darauf hingewiesen.“ (28)

Angesichts solch vielversprechender Ansätze wollten auch die Maoisten nicht mehr abseits stehen. Sie gelobten, alle Sonderorganisationen aufzulösen, und sich verschärft in die Neue Linke einzubringen.

„Die Auflösung der KPD bedeutet nicht nur ‚Asche im Wind‘, wie die FAZ meint, sondern bietet insbesondere für die fortschrittliche und emanzipatorische Bewegung die Chance, Erfahrungen, Substanz und Bildungselemente von einigen Tausend, vorwiegend jungen Menschen, produktiv aufzunehmen.“ (29)

Nun wurde auch deutlich, daß nicht nur kulturelle Fremdherrschaft, sondern auch die territoriale Spaltung Deutschlands die geistige Entfaltung der Deutschen beengte. In der „Kommune“, dem Bildungselement für postmaoistische Wandervögel erläuterte dies 1984 Elisabeth Weber: „Die Gründung des Staates BRD war ein rein politischer und ideologischer Akt, war nicht Ausdruck des Zusammenfalls von Nation und Staat. Dies förderte ein sozusagen geschichtsleeres und identitätsarmes ‚touristisches Bewußtsein‘. Für viele, besonders jüngere, nur in der BRD aufgewachsene Menschen sind Sonne und Strand, Pizza und Retzina, flüchtiger Rucksacktourismus wichtiger als die Möglichkeit, mit den Menschen eines Landes in ihrer/unserer Sprache zu reden ... Beim aufzählen solcher Gedankensplitter würde ich resümieren, daß die Spaltung Deutschlands auch unser Bewußtsein ‚beschädigte‘.“ (30)

Peter Schneider, durch ein bedauerliches Mißverständnis staatlicherseits an seiner Tätigkeit als Deutschlehrer gehindert, verfaßte den Ost-West-Roman „Der Mauerspringer“.

Werner Herzog schrieb in seiner Rezension:

„Wie können wir Deutschland retten, dieses Land, das im Abgrund der Geschichte zu verschwinden droht? Bevor es also endgültig zum Niemandsland wird, wie etwa Holland, dieses langsame Land, das am Saum des Waldes angelangt ist, in dem das Große Vergessen wohnt. ... Peter Schneiders Buch ist aus einer tiefen Notwendigkeit heraus entstanden; der Autor ist damit eine neue Art Patriot. ... Da kommt mitten in West-Berlin ein Kletterfelsen des Alpenvereins vor, nur ein paar Meter hoch, oben auf einem Schuttberg. Man hat alle Schwierigkeitsgrade des Felsenkletterns mit eingebaut, und das Buch beschreibt eine Seilschaft in Bergstiefeln, Höhenjacken und Gletscherbrillen, die den Zementblock erklimmt. ... An der Mauer wächst eine Wunsch-energie, die die Phantasie aus den Erdlöchern kriechen läßt.“ (31)

Damit wurde deutlich, daß die Forderung nach Frieden für das deutsche Volk keineswegs mit der Unterwürfigkeit vor seinen Feinden gleichzusetzen war. Die Menschenkette als Ornament der Masse verwirklichte dann endlich den Traum von einer volksnahen Kultur. 10 Jahre nach Klaus Wagenbachs Anregung, von Frankreich und Italien zu lernen, mußte sich schließlich niemand mehr vor westlicher Kultur verbeugen. 1988 zogen in „Konkret“ Wolfgang Kraushaar, Sibylle Plogstedt und Karl-Heinz Roth Bilanz:

Wolfgang Kraushaar: „Man darf sich bei der Frage nach Erfolg oder Niederlage nicht ins Bockshorn jagen lassen und sie nur auf der institutionellen Ebene beantworten. Man muß gleichzeitig die Dimension ins Gespräch holen, die unterhalb dieser Ebene liegt, um verstehen zu können, warum so viele Strömungen aus dem 68er Bruch in der Bundesrepublik noch so eine Bedeutung haben.“

Sibylle Plogstedt: „Der Grund für diesen Erfolg liegt in der Strategie der Studentenbewegung, keine Härte zu applizieren ...“

Karl-Heinz Roth: „... solche Phänomene wie die Grünen ... oder Projekte wie die ‚Tageszeitung‘ – für die gibt es in Italien, Frankreich, auch in den USA eine stille Form der Bewunderung ...“ (32)

In der Bundesrepublik war ein Kulturbiotop entstanden, von dem andere nur träumen konnten. Doch war der westdeutsche Teilstaat endgültig zu klein geworden, um die aufgestauten Energien voll zur Entfaltung zu bringen.

Nur einer schien den Anschluß verpaßt zu haben. Ausgerechnet Peter Schneider, bis dato immer an der Spitze des Zeitgeistes, schrieb 1988: „Das nationale Selbstbewußtsein des westdeutschen Teilstaates und der Anspruch, für alle Deutschen reden zu dürfen, gründet sich auf eine Geschichtslegende. Die Legende behauptet, die Bundesrepublik habe aus den Trümmern des tausendjährigen Reiches die Idee der nationalen Einheit gerettet und die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung ... lebendig erhalten. Diese Legende konnte sich nur in einem Volk erhalten, das an Neujahrsansprachen glaubt.“ (33)

Diese Instinktlosigkeit konnte Schneider ein knappes Jahr später gerade noch einmal gutmachen und seinen Lernprozeß gleich in Buchform pressen. Rudi Dutschkes Empfehlung, den Kontakt zur ostdeutschen Kulturwelt nicht abreißen zu lassen, sollte sich als goldrichtig erweisen. Noch einmal Peter Schneider:

„Ende Oktober 1989 ergab es sich, daß ich mit fünfhundert anderen Schriftstellern in einem Zug saß, der von Toronto nach Montreal fuhr. Vor den Fenstern war jenes achte Weltwunder zu besichtigen, das man in Canada ‚the peak of the foliage‘ nennt: die Laubwälder leuchteten kilometerweit in den starken, unwirklichen Farben, die die Blätter annehmen, bevor der Novemberwind sie von den Ästen weht. Da ich mit der aus der DDR stammenden Schriftstellerin Monika Maron im gleichen Waggon reiste, sah ich von diesem Schauspiel so gut wie nichts. Binnen wenigen Minuten hatten wir uns in der deutschen Frage festgeredet ...

Monika Maron optierte klar und unumwunden für die Wiedervereinigung. Ich sprach dagegen mit all den Argumenten, die sich im vorangehenden Artikel finden. Monika Maron hielt mir entgegen ... :

‚Ihr wollt doch nur eure Penthousewohnungen, eure Autobahnen, eure Mercedesse für euch behalten. Während ihr Ferien in der Toscana macht, sollen wir hinter der Mauer für den Faschismus büßen und über den Weltfrieden wachen! Was fällt dir, was fällt euch eigentlich ein?‘

Was die Wiedervereinigung angeht, hat Monika Maron ersichtlich gegen mich recht behalten.“ (34)

Nach dieser Kurskorrektur in letzter Sekunde war Schneider wieder ganz der alte, ein Medium, aus dem der Weltgeist spricht: „Vor dem *Gericht der Geschichte* hat der plumpe Cowboysatz: ‚Mr. Gorbatschow, tear down this wall‘ mehr Sinn

für Utopie bewiesen, als das bußfertige Nachbuchstabieren des Status quo." (35)

Der durchschlagende Erfolg der ostdeutschen Liedermacher- und Kleinkunstszene im Herbst 1989 spornte die bundesrepublikanischen Veteranen von 1968 an, endlich die verschiedenen Elemente der Theorie und Praxis der letzten 20 Jahre zu einer stimmigen Einheit zusammenzuführen: „Weg mit den pazifistischen Illusionen!" Diese Parole eines in den 70er Jahren entworfenen Plakates des damaligen Maoisten Jörg Immendorf, ist ein Leitmotiv des regenerierten Aktivismus früherer Zeiten. Der Komplex Gefühl und Härte, Sentiment und Ressentiment gruppiert sich jetzt unmißverständlich um seinen deutschen Kern. Er findet seinen Ausdruck in der Empathie für deutsche „Täteropfer" von 1945, mit denen man jetzt an einer „Soft-Form der Nation" (36) arbeitet. So schreibt das Blatt, für das uns der Westen beneidet, zum 8. Mai 1995:

„In diesen Monaten aber hörten die Enkel den Großeltern zu, und die durch Lebenserfahrung und Wissen milder gestimmten 68er kramten in Tagebüchern und Fotoalben, ohne gleich zu moralisieren. Dieses Niveau ist nicht rückgängig zu machen ..." (37)

Feuer und Flamme dagegen für die Feinde Deutschlands und der Menschheit. Einst als hippieesker Hänger geschmäht, fährt Daniel Cohn-Bendit zum Beispiel angesichts der Aussicht auf Kampfeinsätze auf dem Balkan zu nie gekannter Form auf und dekretiert: „Als erstes wird ... von der Nato Pale bombardiert. ... Wir müssen raus aus unserer depressiven Lähmung. Entweder – oder." (38) Offensichtlich ist niemand anderes als er selbst der „alien rebel", die Stimmungskanone, die ihre „Energie als Bombenladung gezielt anzubringen" versteht. (39) Der ehemalige maoistische Militanzbolzen Christian Semler bringt sich dafür einfühlsam mit der „Frage" ein, „ob Deutschland nicht *gerade* wegen seiner mörderischen Vergangenheit eine besondere Verantwortung für die Verteidigung der Menschenrechte weltweit (und daher auch in Jugoslawien) zu übernehmen hat." (40)

Welche schrecklich schöne Traumvision hätte der ostdeutsche Dichter Gerald Zschorsch – von dem man leider nie wieder etwas gehört hat – wohl angesichts der neuen Lage? Vielleicht folgende: Ernst Jünger, Horst-Eberhard Richter und Daniel Cohn-Bendit – drei Generationen politischer Kultur in Deutschland – melden sich gemeinsam zur Truppenbetreuung im ehemaligen Jugoslawien. Während Ernst Jünger den deutschen Soldaten die aufregende Welt der balkanesischen Flora und Fauna erschließt, führt Cohn-Bendit anregende Gespräche mit den Männern an den Feuerleitstellen. Horst-Eberhard Richter könnte schließlich Leseabende mit Auszügen aus seinen Büchern „Lernziel Solidarität" und „Flüchten oder Standhalten" bestreiten. In der ersten Reihe sitzt – mit Bauchschmerzen – Jürgen Habermas, dem Lutz Rathenow leise ins Ohr flüstert: *„Jürgen, das ist die Wiedervereinigung!"*

„Eins teilt sich in zwei": Wenn man diese chinesische Volksweisheit der 60er Jahre als anschauliche Darstellung von „Dialektik" akzeptiert, dann könnten die deutschen Redewendungen „Ende gut, alles gut", oder noch besser: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört" als Synonyme für das gelten, was Hegel als „das Absolute" bezeichnete.

Der deutsche Philosoph hat zwar im preußischen Staat das „Ende der Geschichte" verwirklicht gesehen. Den Ehrentitel „Weltgeist zu Pferde" hat er jedoch bekanntlich einem Ausländer verliehen. Ohne Zweifel müßte er heute das letzte Urteil revidieren. Angesichts des hier Beschriebenen muß konstatiert werden, daß auch die *personelle* Identität mit Zeit- und Weltgeist heute von Deutschen, nämlich den Veteranen der „Neuen Linken" repräsentiert wird. Zusammen mit dem neopreußisch-deutschen Staat bilden sie das Ganze als Wahres, die Totalität Deutschland.

Andreas Benl

Anmerkungen:

1) Entfällt
2) „Während in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts vor allem die gottlosen Diktaturen des Nationalsozialismus und des stalinistischen Regimes ... Als Bürger und als Christ scheint mir, daß das Grundgesetz einen äußerst klugen Konsens gefunden hat ... Der Sonntag bzw. der Sabbat sind das Geschenk eines 3000 Jahre alten religiösen Gebots, sie sind – wie es der Philosoph Robert Spaemann formulierte – der Baum, unter dem sich unsere Zivilisation seit Jahrtausenden ausruht ... Aufklärung und Religion können gut zueinander passen." Zit. nach: Konkret 2/1996, S. 10f
3) Zit. nach: J. Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 474f
4) Situationistische Internationale 1958-1969, Bd. 2, Hamburg 1977, S. 31
5) A. Kopkind, zit. nach R. Dutschke: Rebellion der Studenten oder: Die neue Opposition, Reinbek 1968, S. 92
6) Kommune II: Der große Zampano der deutschen Wissenschaft kommt!, in: Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971, Darmstadt 1980, S. 51f
7) P. Schneider: Rede an die deutschen Leser und ihre Schriftsteller, in: Der Spiegel 15/1969, S. 177
8) Konkret 5/1970 und 12/1970
9) Kein Fest für Fixer, in: Konkret 8/1972, S. 23
10) D. Diederichsen: Nette Aussichten in den Schützengräben der Nebenkriegsschauplätze, in: Staccato. Musik und Leben, Heidelberg 1982, S. 98
11) Resolution des Aktivistenplenums der Marxisten-Leninisten Westberlins vom 18.1.70, S.2f
12) Sind lange Haare fortschrittlich?, in: Roter Morgen 2/1974, S. 6
13) Deutschland dem deutschen Volk! Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage, in: Der Weg der Partei. Theoretisches Organ der KPD/ML 1/1974, S. 26f
14) Ebd., S. 39
15) Vgl. L. Bisky, A. Brie, C. Gohde, G. Gysi, A. Lederer: Die Borniertheit erneut als eine politische Kategorie? in: Neues Deutschland 29.3.1994, S. 3
16) Sind lange Haare fortschrittlich?, in: Roter Morgen 2/1974, S. 6
17) Über die Lage und die Aufgaben im Kampf gegen den Hegemonismus, in: Der Maoist 1/1975, S. 65, 81
18) j.k.: Cohn-Bendits Lob der Fäulnis. Besprechung des Buches „Der große Basar", in: Kommunismus und Klassenkampf, 6/1976, S. 286ff
19) G.W.F. Hegel: Phänomenologie des Geistes (Vorrede), Frankfurt/M. 1991[3], S. 12
20) D. Cohn-Bendit: „Widerstand und Leben", in: links 79/1976, S. 15
21) Ebd.
22) H. Brüggemann u.a.: Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland, Berlin 1978, S. 113, 112f
23) Ebd., S. 116
24) E. Jünger: Das abenteuerliche Herz, 1. Fassung (1929), Stuttgart 1987, S. 131f
25) R. Dutschke: Breschnew, das DDR-„Manifest" und die „deutsche Frage", in: das da 6/1978, S.15
26) G. Zschorsch: Löwenthal von links?, in: das da 2/1979, S. 22f
27) Heimat ist ein besetztes Land: Konkret-Interview mit H.P. Piwitt und G. Fuchs, in: Konkret 9/1981, S. 41
28) S. Reinhardt: Heimat, das ist ein Zustand der Seele, in: Konkret 11/1981, S. 58
29) W. Jasper: Die Leichen müssen aus dem Keller!, in: Rote Fahne 6/1980, S. 8
30) E. Weber: Warum über die deutsche Frage diskutieren, in: Kommune 2/1984, S. 33f
31) W. Herzog: Absurde Anfälle der Ordnung, in: Der Spiegel 21/1982, S. 210, 212
32) „Da nich für". 1968: Die Revolte und ihre Folgen, in: Konkret 5/1988, S. 46
33) P. Schneider: Geschichte einer Trennung, in: Ders.: Deutsche Ängste. Sieben Essays, Darmstadt 1988, S. 19
34) P. Schneider: Überprüfung eines Szenarios, in: Extreme Mittellage. Eine Reise durch das deutsche Nationalgefühl, 1990, S. 179f
35) Ebd., S. 181
36) Spiegel-Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit, in: Der Spiegel 1/1994, S.133
37) A. Kugler: Gründe zu stolpern, in: taz, 10.5.1995, S. 10
38) taz v. 20.4.94, S. 10
39) Diederichsen a.a.O., S. 98
40) C. Semler: Angst vor dem deutschen Untier, in: taz, 17.9.1994, S. 12

Seit der israelischen Intervention im Libanon im April diesen Jahres und mehr noch seit der Wahl Netanjahus im Mai proben deutsche Linke gemeinsam mit ihrem Staat Völkerfreundschaft und Antiimperialismus an dem Objekt, an dem deutsche Gesinnung zu sich selbst kommt: An den Juden und ihrem Staat.

Unter demTitel „Der ‚ewige Jude' ist wieder da" hat die Bahamas-Redaktion zusammen mit dem *ak kassiber* eine Diskussionsveranstaltung zu den „neuen deutschen Antworten über eine erledigt geglaubte Frage" durchgeführt. Die drei dort gehaltenen Referate werden auf den folgenden Seiten abgedruckt.

Es geht um Israel

„Zu verurteilen ist, wie skrupellos Israel das Völkerrecht mit Füßen tritt, sich herausnimmt, den souveränen Staat Libanon militärisch anzugreifen, ein ganzes Volk als Geisel zu nehmen, um Probleme zu ‚lösen' ... Israel sollte aus eigener Erfahrung wissen, daß Gewalt nur noch mehr Haß, Fanatismus und Gegengewalt erzeugt. ... Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich den israelischen Staatsterrorismus eindeutig zu verurteilen. Durch ihr Nichtstun läßt sie eine wichtige Möglichkeit ungenutzt, Israel zur Achtung des Völkerrechts zu bewegen."

Zu den Schrecknissen, die die Wiedervereinigung dem bundesrepublikanischen Gemeinwesen zugefügt hat, gehört, von vielen unbemerkt, der Import einer links drapierten völkischen Gesinnung, die sich in unversöhnlichem Haß gegen Israel und seine Bewohner entlädt und sich in überbordendender Völkerfreundschaft ganz auf Seiten des arabischen, konkret des palästinensichen Lagers positioniert. Weil Antiimperialismus nun nicht mehr Sache des Warschauer Pakts ist, dem in seinen antiisraelischen Ausfällen kein antisemitisches Stereotyp zu peinlich war, wendet sich der Vorstand der PDS mit seiner Erklärung zur israelischen Libanonkampagne vom 15.4.96 gleich an die Bundesregierung, die er offenkundig für berufen hält, die israelischen Juden mores zu lehren. Eine Aufforderung, der die Bundesregierung zwar vorläufig noch nicht nachkommen kann, die sie aber gerne vernommen haben wird. Paßt sie doch zu der gleich nach der Wahl Netanjahus vorgenommenen Umverteilung von Geldern aus dem Entwicklungshilfetopf, die nun nicht mehr nach Israel, sondern ins palästinesische Autonomiegebiet fließen; oder zu der kürzlich laut gewordenen Warnung vor einer Schwemme von 800.000 Ostjuden, die sich alle an Deutschlands Fleischtöpfen gütlich tun wollten.

Nicht daß es den Antizionismus nicht auch bei der BRD-Linken gegeben hätte und gibt. Doch dort hat er nach den widerwärtigen antisemitischen Exzessen, die in der Spätzeit der APO begannen, in den 80er Jahren und mehr noch im Gefolge des 2. Golfkrieges eine Schlappe erlitten, die ihren Protagonisten zwar zu keinem Zeitpunkt ihre antijüdische Grundüberzeugung geraubt hat, sie aber wenigstens zeitweilig hat auf der Hut sein lassen. Sie haben erfahren müssen, daß andere Linke (wenn auch nur eine Minderheit) und breite Kreise des linksbürgerlichen Lagers sie wegen ihrer judenfeindlichen Ausfälle öffentlich denunzieren würden und selbst Personen aus dem eigenen Lager wie Ingrid Strobl von der reinen Lehre abfallen. So herrschte wenigstens ein paar Jahre relative Ruhe in der „Judenfrage", bis in diesem Frühjahr anscheinend die gesamte deutsche Linke mit der PDS an der Spitze zur endgültigen Revision des Scheinfriedens antrat und damit das vorwegnahm, was in diesem Jahr erstmals auch die bürgerlichen Medien von FAZ bis Spiegel tun: Israel zum Friedensfeind abstempeln und offen über seine Existenzberechtigung räsonieren.

Dabei soll es natürlich nicht gegen die Juden gehen – wer würde sich nicht mit großer Geste vom Antisemitismus und der deutschen Vernichtungsgeschichte distanzieren. Dennoch, seit sich in Deutschland wieder eine Linke rührt, beißt sie sich magisch angezogen am jüdischen Staat fest,und das mit den nobelsten Zielen. Wie man die US-amerikanischen Verbrechen in Vietnam und anderswo stets laustark als verabscheuungswürdig zurückgewiesen hatte, so dürften auch im Fall Israel die Augen nicht verschlossen werden vor dessen Übergriffen gegen die Palästinenser, denen man sich als den Verlierern in der Region solidarisch an die Seite stellen zu müssen glaubte. Dabei werden unvergleichbare Zusammenhänge gleichgemacht. Eine Miltärdiktatur von US-Gnaden oder ein afrikanisches Kolonialreich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt gleichzusetzen als fremde Gewaltherrschaft über ein unterdrücktes Volk ist der uralte Bauerntrick der Antizionisten. Zwar ist von sogenannten Volksbefreiungen grundsätzlich wenig zu halten, dennoch geht es bei solchen Unternehmungen um die Ablösung einer Herrschaft über ein gegebenes Staatsvolk durch eine andere, sei es in einem Kolonialgebiet, sei es in einem diktatorisch beherrschten Staat. Genau darum geht es im Israel-Palästina Konflikt nicht. Die israelischen Juden sind keine Kolonialisten und keine Kompradorenbourgeoisie, sondern eine Nation. Sie haben sich auf nahöstlichem Boden angesiedelt, ihn teilweise gekauft, teilweise mit Gewalt genommen, nicht aber zum Zwekke der Vernutzung vorgefundener Arbeitskraft zu ausbeuterischen Zwecken. Die Israelis haben von Anfang an größten Wert darauf gelegt, sich selbst auszubeuten, auf palästinesische Lohnarbeit möglichst zu verzichten und so im Schnelldurchmarsch das nachgeholt, was normale Nationalstaaten im Laufe von Jahrhunderten mit vorgefundenen Land und Leuten gewalttätig auf die Beine gestellt haben: Ein Volk auf angestammtem Boden etabliert.

Israel ist nur als unauflösbares Bündel aus Territorium, seinen Bewohnern und ihres Staates zu begreifen. Denn den Staat Israel bekommt man, solange diese Welt in Nationalstaaten aufgeteilt ist und gerade Israels Nachbarn nie einen Zweifel daran gelassen haben, daß sie sich mit der sogenannten zionistischen Invasion, wie sie die jüdische Einwanderung nennen, niemals einverstanden erklären würden, nur zusammen mit seiner Bevölkerung von der Landkarte. Allein unter dem Vorzeichen „Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israels" ist daher das Nahost-Problem zu verhandeln, will man ausschließen, daß es seinen Bewohnern ans Leder geht. Solidarität mit dem palästinensischen Volk mag üben wer will, wer sie jedoch unter Vernachlässigung der Israelis und ihrer Sicherheitsinteressen oder gar gegen sie übt, findet sich auf seiten der Landkartenbereiniger wieder, und das ohne erklären zu kön-

nen, warum er dem einen Volk Staatlichkeit zusichern will, während er es dem anderen verweigert. Deshalb soll es im folgenden nicht um die Interessen der Palästinenser gehen, sondern um die Festlegung von Grundvoraussetzungen, ohne die über den Nahostkonflikt nicht geredet werden kann, will man nicht automatisch im antisemitischen Eck sich wiederfinden. Nicht weil einen schlechte Philosemiten mit ihrem „Auschwitzfimmel" – wie das nicht nur auf Gegenstandpunkt-Deutsch heißt – dazu machen, sondern weil antiimperialistische Freundschaft mit dem palästinensischen Volk, verbunden mit Anfeindungen gegen das jüdische, notwendig antisemitische Blut-und-Boden-Ideologie reproduzieren.

Eine Intervention

Die Erklärung des PDS-Vorstands, der verstärkt durch Antizionisten aus dem ehemaligen Kommunistischen Bund und der DKP ein wirklich gesamtdeutscher ist, hat der Redakteur der „Jüdischen Wochenzeitung" Michael Wuliger, in der „jungen Welt" vom 23.4. als eine „Paraphrase der alten These ‚die Juden sind am Antisemitismus selber schuld' " bezeichnet und den notorischen Antizionisten von der PDS vorgemacht, wie eine linke Erklärung zu Israel hätte aussehen müssen. Nämlich so: „Unser antifaschistisches Erbe gebietet uns auch weiterhin die Solidarität mit der Bevölkerung Israels und die Berücksichtigung seiner Sicherheitsinteressen. Der Friede im Nahen Osten kann nur von Dauer sein, wenn er das Existenzrecht Israels unzweifelhaft garantiert." Mit dieser völlig harmlos anmutenden Aussage hat Wuliger ins Zentrum des mehr als brüchigen Konsenses in der „jungen Welt" getroffen und damit genau die Stelle benannt, an der sich Antizionisten und andere grundsätzlich scheiden. Das Existenzrecht Israels wird von Freunden des palästinensischen Volkes und den Friedenstechnikern in deutschen Zeitungsredaktionen gemeinhin als eine Selbstverständlichkeit beiseite geschoben, um die es aktuell gar nicht gehe. Jetzt stünde der Friedensprozeß und der Palästinenserstaat auf der Tagesordnung. Wer nun wie Wuliger behauptet, die Bekräftigung der staatlichen Existenz Israels schließe auch Solidarität mit seinen Bewohnern unter Berücksichtigung ihrer Sicherheitsinteressen ein, formuliert eigentlich auch nur eine Selbstverständlichkeit. Was soll das für eine eigenartige Existenzberechtigung eines Staates sein, die seine Bürger und deren Sicherheit nicht mit einschließt? Doch wie nahe einige Vertreter der neuen „jungen Welt" ihrer offen antizionistischen Vorgängerin, der FDJ-Zeitung immer noch stehen, hat Wuhliger kaum erahnen können.

Ihr Auftritt, Werner Pirker!

Unter dem Titel „Solidarität mit wem?" veröffentlicht die jW einen Text ihres Auslandschefs Werner Pirker, der alle in diesem Blatt erschienenen vernünftigen Erwägungen zum Thema Israel zur Makulatur werden läßt. Pirker weist Wuligers Forderung, Solidarität mit Israels Bewohnern zu üben, ihre Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen und das Existenzrecht Israels zu verteidigen, glatt zurück. „Der Zionismus ist nicht die positive Aufhebung des Antisemitismus, sondern die Flucht aus dem Antisemitismus, die Kapitulation vor den gesellschaftlichen Bedingungen, die ihn hervorrufen und: seine spiegelverkehrte Entsprechung." So tönts zu Anfang. Weiter unten folgt die Auflösung: „Man kann den Auschwitz-Überlebenden nicht den Vorwurf machen, vor dem Antisemitismus geflüchtet zu sein, anstatt ihn in seinen Zentren aktiv zu bekämpfen." Wer einen Vorwurf, den kein ernst zu nehmender Mensch erhebt, dennoch – negativ – formuliert, will ihn diskutierbar machen, ohne mit ihm identifiziert zu werden. Er enthält in verdrucktser Form alles, was mit dem Wort von der „Flucht aus dem Antisemitismus" schon angeklungen war: Die Juden hätten ihre historische Chance auf Beendigung des Antisemitismus vertan, als sie sich widerstandslos in die Gaskammern abführen ließen, statt ihre Mörder rechtzeitig „aktiv zu bekämpfen". Die Staatsgründung durch die Überlebenden habe deshalb keine Legitimation in ihrer Geschichte der Verfolgung. Vielmehr rezipiere der Zionismus „lediglich den Antisemitismus als ebenso ewig wie der Antisemit den ‚ewigen Juden'. Seine Grundannahme besteht darin, daß die Emanzipation der Juden in mehrheitlich nichtjüdischen Gesellschaften nicht möglich sei." Die Richtigkeit dieser „Grundannahme" zu leugnen, spottet genauso eklatant der historischen und aktuellen Realität, wie der Versuch zu bestreiten, daß der Antisemitismus so „ewig" sei wie die Welt aus staatlich verfaßten, warenproduzierenden Gesellschaften besteht. Dies nicht akzeptieren zu wollen, ist pures Ressentiment, ein Ressentiment das dem jüdischen Staat an die Existenz will.

„Bedingt schonungslose Kritik des Antisemitismus ... einen grundsätzlich positiven Bezug zum Staat Israel?" fragt Pirker. Selbstverständlich nicht. Ein kerniges „Israel muß weg!" verbietet sich zwar heutzutage, aber es geht auch anders: „Linke Kritik an Israel richtete sich nicht gegen das jüdische Gemeinwesen im Nahen Osten." Weil er nach wie vor den jüdischen Nationalstaat als zu beseitigendes Grundübel begreift und doch die israelischen Juden nicht geschlossen der Expatriierung oder Schlimmerem aussetzen will, wartet Pirker mit einem billigen Trick auf: Man nehme den schwammigen Begriff „Gemeinwesen", und schon ist er weg, der Staat Israel. „Linke Kritik an Israel" dürfe sich „nicht auf Kritik an der Politik der mehr oder weniger militaristischen Kreise in Jerusalem beschränken. Sie hat sich gegen die zionistische Verfaßtheit dieses Staates in seiner Ausschließlichkeit zu richten." Wem nun doch etwas unheimlich geworden ist, beruhigt Pirker mit jüdischen Antinationalisten als Bundesgenossen: „Solidarität mit Israel? Jede Solidarität mit dem ‚anderen Israel', mit den Antinationalisten, die die herrschencde zionistische Ideologie als Ideologie der herrschenden Klassen bekämpfen, und darüber hinaus mit den Friedenskräften ..."

Antizionisten wollen nicht begreifen, daß Israel ein bürgerlicher Nationalstaat ist und sich seinen Nationalismus geschaffen hat wie jeder andere Staat und jedes nach Staatlichkeit strebende ‚Volk' auch. Weil sie einen angeblich fortschrittlichen gegen einen besonders üblen Nationalismus ins Feld führen wollen, lügen sie den israelischen Nationalismus in eine zionistische Schreckensherrschaft um, gegen die man sogar antinational anstinken darf. Wenn die Losung vom Befreiungsnationalismus Bestand haben soll, dürfen Antiimperialisten nicht zugeben, daß sich Zionismus und palästinensischer Nationalismus in der Sache völlig gleich sind. Beide sind nicht zur Emanzipation ihrer Bürger angetreten, sondern versammeln ihre Leute unterm kollektiven Zwangsdach Staat zu Herrschaftszwecken. Mit dem einen Unterschied, daß Israel und nur Israel allen Juden die Gewähr bietet, nicht wegen ihres Judeseins verfolgt zu werden. Ausgerechnet dem israelischen Staat seinen Nationalismus aberkennen zu wollen, heißt ihn auf ein „Gemeinwesen" zu reduzieren, seinen Bewohnern den Rechtstitel auf Staatlichkeit, nämlich ein „Volk" zu sein, abkaufen zu wollen und sie anderen, die mit der größten Selbstverständlichkeit als Volk firmieren, zu überantworten. Anderen, von denen auch Pirker weiß, daß sie den Israelis nicht nur die Feindschaft der Vertriebenen entgegenbringen, sondern auch jedes antisemitische Ressentiment von der islamischen Judenfeindschaft bis zum modernen an Rosenberg und Hitler geschulten Antisemitismus, eine Haltung die alle Staaten der Region teilen. Dieser Antisemitismus wird überleben, solange für die ökonomische Misere nicht das abstrakte Wirken des Kapitalverhältnisses verantwortlich gemacht wird, sondern der unverstandenen

Abstraktion unterstellt wird, sie habe Namen und Anschrift.

Ein mißglückter Konter

Unter der Überschrift „Es geht nicht um Israel" versuchte Jürgen Elsässer in der „jungen Welt" vom 26.4. seinem antizionistischen Redaktionskollegen etwas entgegenzustellen und hat das Thema doppelt verfehlt – anscheinend um der Wahrung des Redaktionsfriedens willen. Wenn von Israel die Rede sei, gehe es für Linke zwar nicht um „eine Affirmation der israelischen Regierungspolitik – doch muß in Argumentation und Terminologie eine klare Trennschärfe nach rechts gewahrt werden." Daß revolutionäre Linke nicht die Regierungspolitik irgendwelcher Staaten abzufeiern hätten, ist eine Binsenwahrheit. Mit diesem Argument die Debatte um die eingebildeten und wirklichen Sicherheitsprobleme Israels beiseite schieben zu wollen, ist jedoch unredlich. Damit weicht Elsässer der notwendigen Kritik an der deutschen Sehnsucht nach gerechtem Frieden aus, die bekanntlich den Friedensstörer in der israelischen Regierungspolitik ausgemacht hat und die Friedensfreunde im arabischen Lager. In einem hat die vielgescholtene israelische Regierungspolitik nämlich Recht: und zwar darin, daß es im nahen Osten nur einen bewaffneten Frieden unter einander unfreundlich gesinnten Nachbarn geben kann und daß in diesem Frieden Israel nur als starke Territorialmacht überleben kann.

Darüber hinaus geht es keineswegs zuvörderst um eine Trennschärfe gegen rechts, wie Elsässer meint. Jedenfalls nicht in einer linken Tageszeitung, in der sich finsterster Antizionismus gleichberechtigt zu einer anderen, offenbar nur von Elsässer und einigen Gastautoren vertretenen, Position breitmacht. Elsässer bezog seine „Trennschärfe gegen rechts", aus einem Jean Amery-Zitat von 1969. Der hatte geschrieben: „Der Antisemitismus ist im Antiisraelismus oder Antizionismus enthalten wie das Gewitter in der Wolke (...) Die Allianz des antisemitischen Spießer-Stammtisches mit den Barrikaden ist wider die Natur." Von der **Allianz** der Rechten mit den „Barrikaden" in Sachen Antizionismus wäre zu reden gewesen und nicht zuerst von den Rechten.

Denn deren antisemitische Ressentiments äußerten sich gegenüber Israel bis vor kurzer Zeit noch ziemlich verhalten. Sie mußten jahrzehntelang befürchten, als die Rechtsnachfolger des NS-Staates international dingfest gemacht zu werden. So ist es seit 1967 zu einer Arbeitsteilung gekommen, zwischen der Rechten und jenen, die einmal Revolutionäre zu sein sich einbildeten und heute immer noch als „Linke" firmierend dem Staat mit Vorschlägen zur Verbesserung seiner Politik aufwarten. Die Linken und in ihrem Gefolge die Friedensbewegten spielten fast 30 Jahre lang die Rolle des antiisraelischen Minenhundes. Die politische Rechte schaute zu, teils leise tadelnd, teils die „Tabubrüche" lobend. Ihrem Projekt, den USA eine eigenständige europäische Nahost-Politik mit dezidiert pro-arabischer Ausrichtung entgegenzustellen, kommen antiisraelische Ausfälle einer Linken zupaß, mit der man in den Grundkategorien, Volk, Natur und Selbstbestimmungsrecht inzwischen einen einigenden antiimperialitischen Konsens gefunden hat. Mag es bei Cuba, dessen Führung verstockt am Sozialismus festhält, noch Differenzen geben, schon bei Chiapas, wo fast nur noch von Subsistenz, Indigenas und Kolonialismus die Rede ist, wächst das gegenseitige Verständnis, bei bosnischen Muslims und tschetschenischen Freiheitskämpfern schließlich ist die Linke in die peinliche Lage geraten, entweder den antiimperialistischen Durchmarsch des Regierungslagers noch zu forcieren oder zwei Völkern die Solidarität aufzukündigen, ohne dafür eine brauchbare Argumentation bereitzuhalten.

Die, wenn auch unfreiwillige Komplizenschaft von jW-Redakteuren wie Werner Pirker und Max Böhnel mit der zunehmend offen antisemitischen deutschen Außenpolitik gegen Israel hätte sich Elsässer also zur Brust nehmen müssen.

Das Alibi: „linke" Stimmen aus der Region

Es scheint einen Menschenschlag zu geben, der kraft Nationalität, Geschlecht, Hautfarbe plus Gesinnung einfach recht haben muß. So wie für die These, daß die Sklaverei den Schwarzen auch erhebliche zivilisatorische Segnungen gebracht habe, seit 1859 der hündisch treue Negeronkel Tom glaubwürdig einsteht, findet Antisemitismus dann seinen Weg in eine linke Tageszeitung, wenn als Quelle eine Autentizität verbürgende Aussage einer linken jüdischen Israelin vorgewiesen werden kann. Was Roni Ben-Efrat am 2.5.96 dem „junge Welt"-Mitarbeiter Max Böhnel in einem Interview flüsterte, hätte kein Redakteur unter eigenem Namen zu veröffentlichen gewagt. Ben-Efrat sprach sich gegen die Streichung jener Artikel aus der palästinesischen Nationalcharta aus, die die Vernichtung des Staates Israel fordern. Schließlich waren „die Leute, die die Charta schrieben, stark beeinflußt von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, und wer sie liest, erkennt die Spuren dieser Analyse: Kolonialismus gegen Kolonisierte. Aus der Sicht der Palästinenser gab die Charta die wahre Geschichte dessen wieder was ihnen zugestoßen war. Im kollektiven Gedächtnis der Palästinenser symbolisiert die Gründung Israels und das mit Gewalt durchgesetzte Selbstbestimmungsrecht der Juden die ‚al-Naqba', die Katastrophe. ... Israel spielte nach dem Zweiten Weltkrieg die Rolle des Zufluchtsorts für Holocaust-Überlebende, das ist richtig. Die ‚al-Naqba' hätte aber verhindert werden können, wenn sich die Nationen weltweit zur Aufnahme von Juden bereit erklärt hätten. Statt dessen unterstützten sie die zionistische Bewegung und schoben das Problem – eine billige Lösung, denn der Antisemitismus entstand und wütete in Europa, nicht in der arabischen Welt – in den Nahen Osten ab." Diese klassische Argumentation deutscher Hardcore-Antiimps und arabischer Landkartenbereiniger wurde unkommentiert und unwidersprochen unter der Überschrift „Wie sieht die israelische Linke die Änderung der PLO-Charta?" auf Seite 2 untergebracht.

Die linksalternative WoZ vom 19.4., eine Zeitschrift, deren fanatisch antiisraelische Ausfälle eine besondere Begutachtung verdienten, bedient sich der gleichen Methode und läßt Azmi Bishara, Knesseth-Abgeordneter der linken, vorwiegend arabischen Partei „Chadash" über die Streichung der Mordartikel absondern, was ihm Blut und Boden eingaben: „Die palästinensische Nationalcharta ist ein historisches Dokument, die Verfassung der Bewegung. Das kann man nicht ändern, schon gar nicht durch das Diktat einer ausländischen Macht. ... das sind die historischen Stationen palästinensischer Politik, so entwickelt sich ein Nationalbewußtsein. Israel verlangt jetzt von den PalästinenserInnen so etwas wie eine Korrektur ihres Nationalbewußtseins. Sie dringen den Menschen unter die Haut, sie wollen die kollektive Erinnerung ändern." Wieder ein Dokument authentischer Betroffenheit, dessen unkommentierten Abdruck man einer Redaktion, die damit das „Informationsbedürfnis" einer linken, deutschsprachigen Öffentlichkeit bedienen will, unmöglich zum Vorurf machen kann.

In der gleichen WoZ-Ausgabe promoted Max Böhnel die Fluzeugentführerin und PFLP-Aktivistin Leila Khaled, die sich natürlich auch gegen jede Änderung der Nationalcharta ausspricht als „das Gesicht der palästinensischen Revolution der 70er Jahre". Khaled, deren Autobiographie mit dem bezeichnenden Titel „Mein Volk soll leben" „Pflichtlektüre aller InternationalistInnen, die in Sachen Nahost-Revolution mitreden wollten" gewesen sei, hat es nach wie vor mit der völkischen Revolution. Auf die Hamas angesprochen, sagt Khaled: „Wir kooperieren mit ihnen, weil sie gegen die israelische Besatzung kämpfen.

Aber in der sozialen Frage haben wir erhebliche Differenzen." Hier könnte Werner Pirker direkt mit profunden Erwägungen zur Klassenlage einsteigen. Böhnel fährt fort: „Was wollen sie und ihre Partei also erreichen? Ein palästinensischer Staat soll entstehen, neben Israel." Man möchte aufatmen, wenn da nicht noch eine Klitzekleinigkeit nachfolgte: „Und dann müsse man ‚mal weitersehen'. Zusammen mit den Israelis, die ebenfalls für die binationale Idee eintreten." Wieder wird mit linken Israelis als Bündnispartnern aufgewartet, offenbar Leuten vom Schlage der oben zitierte Ben-Efrat.

Bezeichnenderweise war es weder der jW noch der WoZ der Mühe wert, ihre Leser mit den inzwischen gestrichenen Artikeln der palästinensischen Nationalcharta von 1968 bekannt zu machen. „Die Befreiung Palästinas ist nationale Pflicht, um die zionistische imperialistische Invasion des Großen Arabischen Vaterlandes zurückzuschlagen und um Palästina von der zionistischen Präsenz zu reinigen (Artikel 15)." Zionismus ist nach Artikel 22 „eine politische Bewegung, die organisch (!) mit dem Weltimperialismus verbunden ist ... in seiner Entstehung eine rassistische und fanatische Bewegung..." Juden soll es nach dieser Charte sowieso nicht geben. Die „Juden, die vor Beginn der zionistischen Invasion dauernd in Palästina lebten (gelten) als Palästinenser" (Art. 3). Wie sich die antiimperialistischen Verfasser der Charta das Schicksal der übergroßen Mehrheit der „Invasoren" und ihrer Nachkommen vorgestellt haben, dürfte noch in Erinnerung sein ...

Wer keine Roni Ben-Efrat zur Hand hat, erfindet Schlimmere. Am 21.4 gaben libanesische Studenten ihrer Empörung über den Angriff auf Kana dadurch Ausdruck, daß sie Transparente hochhielten, auf denen ein Davidsstern abgebildet ist, in dessen Mitte ein Totenkopf prangt, untertitelt mit „Holocaust?" Unter genau dieses Bild setzte der Schriftleiter der „Wochenpost" (25.4.), die Zeile: „Erst nach dem Massaker von Kana regt sich zaghaft israelischer Protest." Wenn er von Israelis ganz selbstverständlich erwartet, sie müßten sich den Antisemitismus ihrer Gegner zu eigen machen und gegen das zionistische Libanesen-Auschwitz in Kana protestieren, formuliert er, was der deutsche antizionistische Mainstream vom „anderen" Israel erwartet.

Ein linker „Blick auf die israelische Gesellschaft"

Max Böhnel, der exklusive Vorortberichterstatter mit dem großen Herzen für das palästinesische Volk, fährt nach der Wahl Netanjahus zu großer Form auf (in der jW vom 31.5.). Böhnel, der sich vom Antizionismus seiner inzwischen aufgelösten Organisation, des Kommunistischen Bundes, anscheinend nie freimachen konnte, fördert linken Israel-Haß nicht minder – wie seine Ex-Genossen, die heute im Vorstand der PDS sitzen. Zugleich bedient er die Linie seines offen antizionistischen Ressortchefs in der jW, des Parteikommunisten Pirker.

„Liegt das (das falsche Wahlergebnis, jw.) an der Gesamtkonstellation im Nahen Osten, ist es eine Reaktion auf den islamischen Terror, auf die Gefahren, die vom Mullahregime in Teheran ausgehen? Ganz sicher nicht." Dieses „ganz sicher nicht" hätte die bürgerliche Presse durch ein „nicht allein" ersetzt und damit wenigstens einen Teil der Wahrheit angedeutet. Für Antizionisten jedoch sind die 60 Toten vom Monatswechsel Februar/März in Jerusalem und Tel Aviv vorgeschoben und die mehr als 20 Soldaten, die seither auf Minen aufgefahren sind oder in Hinterhalten ermordet wurden, keine Erwähnung wert. Natürlich sagt Böhnel nicht, worin denn für ihn die Gründe für das Wahlergebnis liegen, aber er deutet es an: in der zionistisch-militaristisch-theokratischen Verstocktheit Israels.

„Es wird Zeit, daß die philo- und antisemitischen Freunde Israels im Westen, die den Scheichs gerne die Bärte abschneiden würden und gegen eine Atombombe auf den Iran nichts einzuwenden hätten, ihren Blick auf die israelische Gesellschaft richten." So kehrt in völlig entstellter Form das einzige aus der Golfkriegsdebatte zurück, was sich deutsche Bewegungslinke wie Böhnel und knallharte Antizionisten gemerkt haben: Daß nämlich Wolfgang Pohrt irgendwo etwas von einer Atombombe gesagt hat. Zur Erinnerung. Pohrt meinte, daß bevor Israel vom Irak aus mit Giftgas eingemacht werde, er einen israelischen Präventivschlag selbst mit der Atombombe gutheißen würde. Das reichte den Dummköpfen im ganzen Land aus, den sogenannten Bellizismus im antideutschen Teil des linken Lagers dingfest zu machen. Die Kampagne gegen den linken Antisemitismus, die vor allem in „konkret" geführt worden war, wurde einfach als Spielart des BRD-Imperialismus abgetan und jedes Nachdenken entschieden verweigert.

Selbst das, was Leute wie Pohrt und Geisel am deutschen Philosemitismus richtig kritisiert hatten, weiß Böhnel bis zur Unkenntlichkeit zu entstellen. Den Philosemitismus, in dem der Antisemitismus zwar immer enthalten ist, aber eben nicht notwendig zum Ausbruch kommen muß (siehe die kirchlichen und sozialdemokratischen Gedenk- und Versöhnungsvereine), bringt er umstandslos in den Geruch des offenen Antisemitismus, wie ihn etwa der Auschwitz-Leugner Deckert betreibt. Als Philosemiten will Böhnel natürlich nicht evangelische Pfarrerinnen entlarven, sondern antideutsche Linke wie die „konkret"-Autoren oder Jürgen Elsässer in der „jungen Welt". Diese Leute sind für Böhnel von jener Krankheit befallen, die sonst nur antiimperialistischen Linke und Rechte herbeihalluzinieren, der angeblichen deutschen Feindschaft gegen den Islam. Die „Bärteabschneider" sollen lernen, daß sich die Juden Israels „angesichts der fundamentalistischen Ayathollas im eignen Land auch nicht besonders wohl" fühlten. So kommt Böhnel dort an, wo Spiegel, FAZ und Auswärtiges Amt spätestens seit der Wahl fleißig jede Wahrheit auf den Kopf stellen und den islamische Fundamentalismus als eine Reaktion auf den israelischen verharmlosen und entschuldigen. Schlimmer noch Böhnels Gleichsetzung jüdischer Eiferer für die Heilighaltung des Sabbaths mit Verkündern von Massenmordprogrammen wie Khomeini, Hekmatyar, oder Cemalettin Kaplan.

Als allein seligmachenden Offenbarer der Wahrheit bietet der Nahostkorrepondent sich selber an: Wer, wenn nicht der allseitig Informierte linke Korrespondent von vor Ort könnte das Geheimnis Nahost lüften, indem er „den Blick auf die israelische Gesellschaft richtet"?

Wie dieses genauer-Hinschauen geht, zeigte uns Böhnel schon am 2.6. dieses Jahres: reißerische Stimmungsmache, verpackt als exklusives Stimmungsbild. Er griff sich ein paar orthodoxe Jugendliche der Netanjahu-Fangemeinde und ließ sie ihren Palästinenserhaß auskotzen, der immerhin noch auf Morddrohungen verzichtet und sich auf Vertreibung einschwört, und schon ist es fertig, das meinungsbildende Dokument von der fanatisierten israelischen Gesellschaft.

Nie würde Böhnel seine Ausflüge nach Gaza oder Ost-Jerusalem dazu nutzen, andere authentische Stimmen einzufangen, die vom Judenmord faseln und dem deutschen Journalisten wegen seines Deutschseins und seiner damit verbundenen Partnerschaft im Judenschlachten, kameradschaftlich auf die Schulter klopfen. Noch nicht einmal, wenn vom kritischen oder linken Israel die Rede ist, fiele ihm ein, einmal eine weniger durchgeknallte Person als Frau Ben-Efrat eine ist, vors Mikro zu bingen. Etwa den sozialdemokratischen Schriftsteller Amos Oz, der zu vermelden wußte, daß Arafat seine Politik vor dem eigenen Klientel damit verteidige, daß es sich dabei lediglich um ein listiges Unterfangen handele, ganz Palästina zu erlangen, endlich ohne Juden.

Justus Wertmüller

Vom linken Antizionismus zum deutschen Antiimperialismus

Beginnen wir ausnahmsweise mal mit der Ankündigung von etwas Positivem. Nämlich mit dem positiven Effekt, den die Untersuchung des Antisemitismus in der Linken für eine linksradikale Theorie haben kann. Sigmund Freud war der Meinung, daß eine Analyse und Systematisierung der neurotisch bedingten Probleme der Mitmenschen, ein Erkennen der Zwangsläufigkeit des mannigfaltigen „Abweichens" vom „Normalen" und seiner Ursachen vor allem Aufschluß über das Funktionieren dieses „Normalen" selbst verschaffen könnte.

Linker Antisemitismus erscheint als eine doppelte „Abweichung". Einmal stellen Linke aufgrund ihrer radikalen Gesellschaftskritik sowieso eine Abweichung vom Selbstverständnis einer Gesellschaft dar, die sich selbst nicht anders als eine Verkörperung anthropologisch konstant begriffener Naturnotwendigkeiten denken kann – dies um so mehr nach dem ja auch schon als „Ende der Geschichte" vorgestellten weltweiten Sieg von Markt und Demokratie. Andererseits ist gerade Antisemitismus von Linken vorgetragen eine um so überraschendere Abweichung von den eigentlich von Linken beanspruchten emanzipatorischen Bestrebungen, die sowohl in Methode wie Ziel eine Befreiung der Menschen aus den, in ihrer ideologischen Umkehrung als naturhaft erscheinenden, gesellschaftlichen Zwangsverhältnissen beinhalten. Gerade diese in der Abweichung auftretende Gemeinsamkeit radikaler Gesellschaftskritiker mit dem von ihnen kritisierten Objekt kann uns hier – und das ist das erfreulich Positive bei dieser unerfreulichen Angelegenheit – Aufschluß geben über eine für die Bewältigung der kapitalistischen Realität durch das moderne Staatsbürgersubjekt notwendige Denkfigur.

Antisemitismus nach '45

Die deutschen Linken nach '45 waren in ihrem Selbstverständnis natürlich genauso wenig Antisemiten, wie dies auch der Rest der Gesellschaft nicht war. Nach Auschwitz gab es in Deutschland – dank des staatlich verordneten Philosemitismus im Westen und des ebenso verordneten Antifaschismus im Osten, kaum noch bekennende Antisemiten. Der Antisemitismus war darauf verwiesen, in seine einzelnen Segmente aufgeteilt, vorerst als ein *Antisemitismus ohne Antisemiten und ohne Juden* zu überleben. Die im Bild des Juden zusammengefaßten Abneigungen gegen ein nicht bedingungslos in seinen bornierten ökonomischen und nationalen Voraussetzungen „verwurzeltes" Dasein, gegen ein „parasitär" genanntes, scheinbar müheloses Einkommen von „Schmarotzern" verschiedenster Art, gegen ein Denken, das sich nicht schon in seinen Voraussetzungen bedingungslos der Rechtfertigung des Bestehenden verschrieb, richteten sich auf äußere Feinde (Sowjets oder Amerikaner) und nonkonforme oder nonkonform vorgestellte Gruppen im innerstaatlichen Bereich.

Die sich auf äußere und innere Feinde richtende Abneigung geht in Deutschland fast immer über eine ‚rein politisch' begründete Feinderklärung hinaus. Im *Antikommunismus* bzw. *Antiamerikanismus* findet sich hierzulande stets eine Aversion gegen fremde und nicht volksgemäße Lebensweisen, die den gesunden Volkskörper zu verderben drohen. So heißt es in dem Pamphlet, mit dem die Bundesregierung 1951 das Verbot der KPD beim Bundesverfassungsgericht beantragte: *„Sie [die KPD] ist ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet."* (1) Im Antiintellektualismus – hier ist es schon per definitionem deutlich – drückt sich das aggressive Beharren eines seiner selbst überdrüssigen und mißtrauenden Denkens auf ihm einfach anmutende, aus einer angeblichen Selbstverständlichkeit des Lebens sich ergebende Kategorien wie *Volk*, (nicht nur) bei Linken früher auch *Arbeiter*, heute zunehmend *Betroffene* und *Opfer* aus.

Im Osten: Wiedergeburt der „jüdischen Weltverschwörung"

Dank außenpolitischer Konstellationen war es der DDR-Führung bereits in den fünfziger Jahren wieder möglich, dem von ihr betreuten Teil der deutschen Volksgemeinschaft ein mit dem traditionellen Objekt wieder übereinstimmendes Ventil für den Antisemitismus anzubieten. Der damals aktivierte *Antizionismus* betonte zwar seine ausschließlich politische, weil antiimperialistische Begründung, konnte seine Funktion als schlecht sitzende Verkleidung für alte Gelüste aber kaum verbergen. Die Abrechnungen im spätstalinistischen Lager der frühen fünfziger Jahre wurden im Zeichen des Kampfes gegen den *Zionismus* geführt. (2) Nicht nur den Verlierern parteiinterner Kämpfe, auch früheren Bundesgenossen und jetzigen Abweichlern wie Tito wurde das Prädikat „Zionist" angeheftet. Die aus dem traditionellen Antisemitismus seit dem 19. Jahrhundert bekannte „jüdische Weltverschwörung" erlebte eine Neuauflage als „internationales zionistische Komplott". Dieses „Komplott" wurde als Verschwörung gegen die realsozialistischen Staaten zugunsten des US-Imperialismus begriffen.

Anders als in der Sowjetunion, der CSSR, Ungarn und Bulgarien wurde in der DDR nur eine öffentliche Kampagne, mit vergleichsweise geringer Intensität, gegen „Zionisten" geführt. Das Verfahren richtete sich im wesentlichen gegen Paul Merker, der sich als einziger theoretisch arbeitender deutscher Parteikommunist der Besonderheit der nationalsozialistischen Judenvernichtung bewußt war und Konsequenzen in Form einer publizistischen Unterstützung der israelischen Staatsgründung und der Forderung nach Entschädigung der überlebenden deutschen Juden gezogen hatte. Es endete mit für solche Veranstaltungen relativ geringen Haftstrafen anstatt mit Todesurteilen wie in den „Bruderländern". (3) Der Effekt für das deutsche Selbstbewußtsein war allerdings nicht zu unterschätzen. Endlich konnten Deutsche wieder eine ihrer Errungenschaften – auch wenn es sich um eine ihnen selbst nicht geheuer erscheinende wie den DDR-Sozialismus handelte – von jüdischen Bestrebungen bedroht sehen. Der Anschluß an das „humanistische National-Erbe" der Deutschen, das zu jener Zeit in der DDR besonders hoch im Kurs stand, war nun auch auf diesem Gebiet wieder hergestellt. Israel rangierte fortan als Verkörperung der imperialistischen Aggression gegen die um nationale Selbstbestimmung und andere moderne Segnungen kämpfenden Völker des Nahen Ostens.

In der BRD mußten die Deutschen auf ein solch respektables Ventil für den Antisemitismus, wie es der Antizionismus darstellt, noch ein paar Jahre warten. Zwar gab es immer wieder antijüdische Entladungen des Volksempfinden, angefangen von pogromartigen Krawallen gegen Überlebende in den *displaced-persons-camps* in den Westzonen über antisemitische Schmierereien und Schändungen jüdischer Friedhöfe in der frühen BRD bis zu engagiert vorgetragenen Polemiken gegen Entschädigungszahlungen an Israel, doch offiziell hielt man sich zurück. Dies war einerseits der Einbindung der BRD in das westliche Miltärbündnis, für das auch Israel ein zunehmend bedeutender Faktor wurde, geschuldet. Andererseits war der BRD-Elite, die ja zu einem nicht geringen Teil selbst aus Nazi-Mördern und ihren Gehilfen bestand, wohl klar, daß vorerst eine gewisse Zurückhaltung angesagt war, hauptsächlich wohl aus dem Wissen, daß für Gegner und konkurrierende Verbündete der deutsche Massenmord an den Juden ein gewichtiges Argument gegen deutsche Ansprüche darstellte.

Im Westen: Eine „antizionistische" Avantgarde

Offen antisemitische Bedürfnisse zu formulieren, war dann erst der sich in den sechziger Jahren formierenden gesellschaftlichen Avantgarde in Form der Außerparlamentarischen Opposition vorbehalten. Unter dem Eindruck der Begeisterung der offiziellen BRD für die siegreiche israelische Kriegsführung im sogenannten „6-Tage-Krieg" im Juni 1967 erkannte die westdeutsche Linke Israel als einen typischen *Unrechtsstaat*, der eigentlich nicht einmal die Qualifikation als Staat verdiente. Begriffe wie „Gebilde", gar verdoppelt „künstliches Gebilde", am schlimmsten gemeint allerdings „zionistisches Gebilde" wurden auf den jüdischen Staat angewendet. Israel wurde in dieser Betrachtung zu einem nicht existenzwürdigen *Un-Staat*, wie man ihn in der politischen Polemik bisher nur aus den Einverleibungsansprüchen der BRD gegenüber der DDR kannte. In gewisser Weise war Israel die DDR für die westdeutschen Linken, deren Existenz so schnell wie möglich durch gerechten (arabischen) Volkszorn beendet werden sollte. Während die BRD-Revanchisten auf „Volksaufstände" und andere Manifestationen des Deutschtums in der DDR setzten, proklamierten die Linken wie in dem folgenden Zitat aus einem Aufruf des Frankfurter SDS 1970: *„Der palästinensische Kampf ist ein Bestandteil des Kampfes aller unterdrückten Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus"*, um daraus zu schlußfolgern: *„Nieder mit dem chauvinistischen und rassistischen Staatsgebilde Israel."* (4)

Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die Begeisterung der offiziellen BRD und ihres Volksempfindens den israelischen „Blitzkrieg" bewunderte, weil er sie an noch nicht lange zurückliegende eigene Kriegsführungen erinnerte und ebenfalls in Rechnung stellt, daß die damalige „revolutionäre" Phraseologie palästinensischer Gruppen der sich neu formierenden Linken in der BRD aufgrund ihrer politischen Unerfahrenheit attraktiv erscheinen konnte, erklärt dies noch lange nicht die sich in der antizionistischen Haltung verbergende antijüdische Aggression. Seit 1967 hat der Antizionismus in den tonangebenden Gruppierungen der westdeutschen Linken zum Teil bis heute einen Standardplatz wie der *Klassenkampf*, die *wahre Demokratie*, die *Selbstbestimmung* diverser Subjekte etc. Gerade bei solchen Linken, für die nationale Bestrebungen immer ein wichtiges Anliegen, meistens sogar eine Vorstufe für revolutionäre Emanzipation waren, galt und gilt das nationale Projekt der Juden, der Staat Israel, als ein zutiefst ablehnenswertes.

Dies ist um so verwunderlicher, weil die hiesige Linke sich immer viel darauf zugute hielt, „Lehren aus der Geschichte" zu ziehen. Das war und ist jedenfalls eines ihrer antifaschistischen Standardargumente. Für die Juden sollte es allerdings nicht gelten. Ihnen hatten die Deutschen in ihren Vernichtungslagern deutlich gemacht, wozu der Antisemitismus in seiner Konsequenz fähig ist. Daß ein auf solche Weise gewaltsam zur „Nation" gemachtes Kollektiv die Gelegenheit ergreift, sich als Staat zu konstituieren, kann in einer Welt, deren Normalzustand die gewaltförmige Organisation in Staaten ist, eigentlich nur diejenigen verärgern, denen die Betreiber dieses Staates, die Juden selbst, ein Ärgernis sind. Dafür spricht besonders die erwähnte Qualifizierung Israels als „künstliches Gebilde", dem damit, anders als anderen Staaten und Staatsgründungsprojekten, jegliche Existenzberechtigung abgesprochen wird. Daß Israel für alle Juden eine Bedingung relativer Sicherheit darstellt, solange es Antisemitismus und seine Voraussetzungen gibt und deshalb von der Linken zu verteidigen ist, wäre eine richtige Erkenntnis aus der Geschichte gewesen.

„Lehren aus der Geschichte"?

Warum diese Erkenntnis für Linke so schwer zu entwickeln war, und warum auch dort, wo dies dennoch geschah, es sich als schwierig erwies, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, will ich im folgenden anhand eines Textes untersuchen, der recht untypisch für die linke Zionismusrezeption ist (5). Einerseits bekräftigt dieser Text das *„Existenzrecht"* Israels aufgrund der Geschichte, andererseits kritisiert er auf heftigste und grundsätzliche Weise die israelischen Selbstbehauptungsanstrengungen gegenüber seinen palästinensischen und arabischen Nachbarn. Obwohl explizit der Anspruch formuliert wird, der Geschichte des Antisemitismus gerecht zu werden, verfällt der Text selbst in eine Reihe von antisemitischen Argumentationsmuster und Klischees. Der Text ist heute fünf Jahre alt, er wurde anläßlich des letzten Golfkrieges geschrieben und ist als Kritik an denjenigen deutschen Linken konzipiert, die die damalige Bedrohung Israels durch den Irak zum Anlaß nahmen, sich dem antiirakischen Kriegslager anzudienen. Der Text ist Bestandteil einer *„Flugschrift"* des damaligen Zusammenhangs *„Radikale Linke"*, einer Strömung, die sich gerade von der volkstümelnden Linken erfreulich absetzte und – vor allem nach der „Wende" – antideutsche Positionen mit dem Anspruch theoretischer Fundiertheit entwickelte. Also einer Strömung, der intentional nichts ferner lag, als antisemitische Bedürfnisse zu befriedigen. Aus diesem Grunde eignet sich der Text für die Analyse tiefsitzender antisemitischer Strukturen auch bei radikalen Kritikern deutscher Ambitionen besser als die platten Pamphlete aus der ML-, Autonomen- und Antiimp-Szene. (6)

Der *„Flugschrift"*-Text beansprucht, zwei Gründe für *„die tiefe Verunsicherung auch(!) der Linken"* gegenüber Israel festgestellt zu haben und untersuchen zu wollen. Nämlich: *„die Auswirkungen der Gefühle deutscher Schuld gegenüber den Juden und die Ambivalenz der israelischen Staatsgründung."* Zum ersten Grund wird einerseits festgestellt, daß, weil weder Demokratie noch revolutionäre Bestrebung in Deutschland die Juden vor der Vernichtung haben schützen können, *„wir auch keinen anderen Schutz für die Juden versprechen [können], und müssen die Ansicht(!) vieler Juden respektieren, daß sie durch ihren eigenen Staat Israel erstmalig seit zwei Jahrtausenden wieder eine sichere Zuflucht besitzen."*

Die Schutzfunktion Israels wird hier auf die Ebene der Beliebigkeit einer Meinung gezogen, die man vorerst deshalb gelten läßt, weil man das eigene Bedürfnis nach einen treffenden Gegenargument gerade nicht befriedigen kann (7). Die Besonderheit des modernen völkischen Antisemitismus mit seinen immanenten Vernichtungsabsichten wird relativiert, indem man diesen in einer zweitausendjährigen Tradition christlichen Antijudaismus' verschwin-

den läßt. Aufgabe linker Ideologiekritik wäre es aber gerade, dessen Besonderheit, die keine Rettung in die Konvertierung zur Mehrheitsreligion zuläßt, herauszuarbeiten. Da dies nicht geschieht, wird der Idee vom „ewigen Juden", einer dauerhaften „Judenfrage" und dem von historischen und gesellschaftlichen Situationen unabhängigen Antisemitismus zugearbeitet.

Weil der israelische Staat Produkt einer *„Ansicht"* ist, die zu widerlegen man momentan nicht in der Lage ist, von der man aber glaubt, daß sie eigentlich widerlegt gehöre, wähnen sich die Autoren des „Flugschrift"-Textes in einer unangenehmen Situation (*„tiefe Verunsicherung auch der Linken"*), die für sie und ihre Klientel die Gefahr enthält, durch Einsatz *„diffuser Schuldgefühle"* manipuliert zu werden. In dieser unangenehmen Situation droht die *„notwendige linke Kritik des Zionismus, der die Vertreibung der Araber impliziert, rassistisch ist und neokoloniale Unterdrükkung der Palästinerserlnnen bedingt"* einem *„wenig aufgeklärten Umgang mit unserer Verantwortung in dieser Frage"* zu weichen. In der Folge haben dann *„Demagogen wie Broder auf der Schuld-Klaviatur ein leichtes Spiel, um nur noch die Interessen der israelischen Regierung zu vertreten"*.

„Notwendige Kritik" oder Gerüchte?

Auffällig ist hier, daß die beanspruchte *„notwendige linke Kritik des Zionismus"* als Grundlage des *„Gerüchts über die Juden" (Horkheimer/Adorno)* daherkommt. Stichwort *„Vertreibung der Araber"*: Es wird suggeriert, Vertreibung und Flucht großer arabischer Bevölkerungsteile seien nicht das Produkt der Kriege von 1948 und 1967, sondern seien programmatischer Bestandteil des Zionismus selbst. Stichwort *„rassistisch"*: Unzweifelhaft herrscht in Teilen der israelische Gesellschaft so etwas wie ein „kulturalistischer oder differentialistischer Rassismus". Dieser konstatiert einen kaum aufhebbaren Unterschied zwischen dem „westlichen" Lebensstil und dem der, in Israel zumeist arabischen, Träger einer „fremden" Kultur (8). Die israelischen Anhänger dieser Art Rassismus unterscheiden sich darin nicht von ihren europäischen Geistesverwandten. Ebenso wie in Europa sind sie dort Gegenstand der linken aufklärerischen Kritik. Dies ist aber mit der generellen Kennzeichnung des Zionismus als *„rassistisch"* aber nicht gemeint. Gerade durch die allgemeine Diffusität der Begriffsanwendung soll der Eindruck erweckt werden, in Israel herrsche ein „biologistischer" Rassismus, wie etwa unter der südafrikanischen Apartheid oder – und das drücken andere antiimperialistische Pamphlete deutlicher aus, in denen vom „rassistischen" oder gar „faschistischen Siedlerstaat" die Rede ist – wie im nationalsozialistischen Deutschland. Bekanntlich wird gerade in der deutschen Linken der Antisemitismus gern dem Rassismus in verallgemeinernder und relativierender Weise subsumiert. Stichwort *„neokoloniale Unterdrückung der Palästinenserlnnen"*: Gemeinhin wird in der linken Theorie Neokolonialismus als ein Zustand begriffen, in dem nach Beendigung des unmittelbaren Kolonialstatus die ehemaligen Kolonialmächte vermittels Kapitalexport und Marktbeherrschung die Ökonomie eines nunmehr unabhängigen Staates dominieren. Auf die wirtschaftliche und politische Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe (*„Palästinenserlnnen"*) bezogen, ergibt dieser Begriff keinen Sinn (9). Die Vermutung liegt nahe, daß man eigentlich die Anwesenheit der Juden in Israel denunzieren möchte. Da würde sich dann erst mal der Begriff *Kolonialismus* anbieten, aber sich als untauglich erweisen, weil außer der Anwesenheit der unerwünschten Fremden wichtige Voraussetzungen des Begriffes fehlen, wie z.B. ein „Mutterland" als koloniales Zentrum, dessen koloniale Absichten, der Zweck des Kolonialismus etc. *„Neokolonialismus"* wurde hier ganz offensichtlich aus der Erfahrung gewählt, daß man einer theoretisch auf den Hund gekommenen Linken einfach nur „negativ besetzte" Brocken vorzuwerfen braucht, um sie zum Kläffen zu bringen. Dies scheint umso einfacher, wenn es gegen Juden geht. Daß es publizistische Knallchargen wie Broder mit einer solchen Linken recht leicht haben, ist nur folgerichtig.

Auftritt des jüdischen Kronzeugen

Die Autoren der *„Flugschrift"*, die immerhin feststellen: *„Die Diskussionen um linken Antisemitismus haben also ihren richtigen Kern"* unterziehen sich dann auch der Mühe, die Urheber ihrer *„diffusen Schuldgefühle"* dingfest zu machen. Die Vermutung, daß es sich bei ihnen um Juden handelt, trügt nicht. In den Zeugenstand wird der – inzwischen emeritierte – Berliner Philosophie-Professor Ernst Tugendhat gerufen. Tugendhat sagt aus: *„Wird die Schuld, die man empfindet, nicht bewußt aufgearbeitet, dann ist sie nicht rational und kontrolliert. Das hat zur Folge, daß man sich zu seinem Gegenüber so verhält, daß man alles tut, was er glaubt, was man zu tun hätte. Man gibt also die Autonomie des eigenen Urteilens preis, und das Gegenüber hat so die Chance, die eigene Schuld zu manipulieren. Es gibt Menschen und auch Staaten, die auf dem irrationalen Schuldgefühl eines anderen virtuos wie auf einem Klavier spielen können. So tun es auch die Israelis mit den Deutschen."*

Tugendhats Schlußfolgerung bezüglich Israelis und Deutscher war und ist deutsches Allgemeingut, mag es auch heute deutlicher ausgesprochen werden als vor fünf Jahren. Siehe die von uns im Flugblatt zitierte Warnung des FAZ-Schreibers, Netanjahu möge nicht *„in jene Zeit zurückfallen, wo es Israel nur darum ging, der Deutschen schlechtes Gewissen auszunutzen, um daraus Geld zu prägen."* Doch was qualifizierte eigentlich den Tugendhat, der beiläufig auch als Verfechter einer „offenen Diskussion" der Euthanasie-Forderungen Peter Singers auftrat, zu seiner Aussage bei dem Ringen der *„Flugschrift"*-Autoren um die Wahrheitsfindung bezüglich des Verhältnisses deutscher Linker zu Israel? Auf den ersten Blick fällt seine Gleichsetzung von Schuld und Schuld*gefühl* auf. Der historische Fakt des deutschen Massenmordes wird zu einem bloßen subjektiven Empfinden, das, wenn es *„rational und kontrolliert"* verarbeitet wird, neuem und nicht mehr instrumentalisierbarem Selbstbewußtsein weicht. Dies korrespondiert mit der Auffassung der Autoren von der leider zu respektierenden *„Ansicht"* vieler Juden, der israelische Staat sei für ihre Sicherheit unverzichtbar. An anderer Stelle verwenden sie auch den Terminus *„Vernichtungstrauma der Juden"* um ihr großzügiges Verständnis für die Existenz Israels zu verdeutlichen. Sie wählen damit – und man sollte davon ausgehen, daß dies vorsätzlich geschieht – einen psychologischen Begriff, der die unbewußte und deshalb nicht gelungene Verarbeitung eines nicht begriffenen, bedrohenden und verletzenden Ereignisses umschreibt. Ein Trauma als Voraussetzung eines politischen Projekts deutet die eigentliche Irrationalität dieses Projekts an, und damit auch dessen Gefährlichkeit.

Die wesentliche Qualifikation Tugendhats als Zeuge in diesem merkwürdigen Verfahren ergibt sich aber aus einem anderen Umstand. Er wird nämlich als *„der jüdische Philosoph Ernst Tugendhat"* aufgerufen. Das Adjektiv ist hier das Entscheidende. Ein Jude selbst enthüllt, wie es die Juden mit den Deutschen treiben. Er sagt das, was die Deutschen schon immer von den Juden wußten, aber in letzter Zeit oft nicht zu sagen wagten. Als Jude muß er es schließlich wissen, weil er selbst dazugehört. Der *jüdische Kronzeuge* ist inzwischen eine feste Institution deutscher Selbstvergewisserung, denken wir beispielweise an John Sack, der uns *„Opfer des Holocaust als Täter"* präsentierte, denken

wir an die nun posthum veröffentlichten Tagebücher Victor Klemperers, die als Entlastungsmaterial gegen den infamen Goldhagen angeführt werden und denken wir auch an das *„andere Israel"* der *jungen Welt*.

Auch für den Nachweis der *„Ambivalenz der israelischen Staatsgründung"* – *Staatsgründung* kann im Textzusammenhung durchaus als Synonym für *Staatsgeschichte* verstanden werden – wird jüdische Kronzeugenschaft in Anspruch genommen. Während die eine Seite der „Ambivalenz" sich für die Autoren aus ihrer beklagten Unfähigkeit ergibt, den jüdischen „Ansichten" und „Erfahrungen" etwas Stichhaltiges entgegenzusetzen stellt sich ihnen die andere Seite durch das fortwährende vorsätzliche Unrechtshandeln des israelischen Staates dar. Bezüglich des Golfkrieges heißt es in der *„Flugschrift"*: *„Die israelische Regierung ist scharfmacherisch gegen jede Verhandlungslösung."* Der Beweis für diese Behauptung soll mit dem darauf folgenden Satz, der eigentümlicherweise in Klammern steht, erbracht werden: *„(Dazu die jüdische Anwältin Felicia Langer: ‚Seit der Besetzung Kuwaits hat Israel sich vor einem Kompromiß gefürchtet. Schamir hat alles getan, damit der Krieg ausbricht.')"* Das ist dann die ganze Beweisführung. Nicht die naheliegende Frage, wie denn eigentlich die israelische Regierung den Ausbruch des Golfkrieges verursacht habe, fällt den Autoren ein, sondern daß eine *jüdische* Anwältin dem *jüdischen* Staat einen längst gewußten Vorwurf macht. Als *Jüdin* muß sie schließlich wissen, wovon sie redet.

Gegen die „imperialistische Agentur" – „meistens auf der richtigen Seite"

Überhaupt kommt es auch den *„Flugschrift"*-Autoren, ebenso wie den antizionistischen Hardlinern, von denen sie ja der Anspruch einer differenzierten Herangehensweise trennen soll, auf eine korrekte Darstellung der israelischen Geschichte nicht so sehr an wie auf die Verbreitung von antijüdischen Gerüchten. Noch einmal zur „negativen" Seite der israelischen *„Ambivalenz"*: *„Ohne das Mandat der britischen Kolonialmacht über Palästina bis 1948 und ohne massive westliche Wirtschafts- und Militärhilfe für Israel, vor allem durch die USA, hätte Israel nicht entstehen und sich gegenüber einer feindlichen arabischen Umwelt, die ihrerseits den Staat der Juden immer bekämpft hat, behaupten können."* Als hätte es nicht eines blutigen Guerillakrieges zionistischer Organisationen gegen die britische Kolonialmacht bedurft, als habe es das Eintreten der Sowjetunion und ihrer „Bruderländer" für die Gründung Israels von März 1947 bis Ende 1948 gegen westliche Interessen ebensowenig gegeben wie deren Kursschwenk zugunsten der arabischen Nationalismen, wird das alte Antiimp-Klischee vom „imperialistischen Brückenkopf" Israel hochgehalten. Dessen Urheber werden dann, wie es sich bei einer so ambivalenten Angelegenheit geziemt, der Undifferenziertheit gescholten: *„Israel galt den Linken nicht auch, sondern nur als imperialistische Agentur."* Die Entstehung der meisten arabischen Nationalstaaten aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches nach dessen Niederlage im 1. Weltkrieg allerdings, bei der in der Tat westliche – sprich imperialistische – Interessen wichtige Geburtshelferfunktionen erfüllten, scheint der Erwähnung nicht wert zu sein.

Zur Erklärung der Motivation ihrer Vorgehensweise geben die Verfasser folgende poltisch-biographische Kollektiverklärung ab: *„Historisch speiste sich unsere Ablehnung der israelischen Politik aus dem internationalistischen Motiv der Unterstützung der Befreiungskämpfe [...]. Israels Eroberungskrieg 1967 sowie der Vietnamkrieg waren dafür prägend. Dieser Antiimperialismus war gut, meistens stand die Linke damit auf der richtigen Seite."*

Als *„richtige Seite"* wurde stets diejenige Seite in den politischen Scharmützeln und Kriegen verstanden, die als „antiimperialistische" interpretiert werden konnte. Und zweifellos handelte es sich bei der vietnamesischen Seite um die *„richtigere"* als bei der amerikanischen. Es fällt aber auf, daß das in Anspruch genommene *„internationalistische Motiv"* nicht auf solch verlogene Begriffe wie *„Eroberungskrieg"*, dessen positives Gegenstück im politischen Jargon bekanntlich der „gerechte Verteidungskrieg" ist, verzichten kann. Auffällig ist auch, daß ein positives Prädikat wie *„Befreiungskampf"* nicht auf den zionistischen Kampf angewendet wird, der doch zumindest eine partielle, territoriale Befreiung der Juden vom Antisemitismus garantiert.

Das Elend des Antiimperialismus

Der Antiimperialismus, jahrzehntelang eine tragende Säule linker „Identität", akzeptierte, ohne es selbst zu wollen, den Zustand der Welt als Austragungsort unverstandener Herrschaftsinteressen. Nicht die mit der Kategorie *Imperialismus* sinnvoll erfaßten geopolitischen Bestrebungen der Nationalstaaten gegenüber ihren Konkurrenten in der als Markt organisierten Welt und das damit verbundene Elend waren ihnen Hauptärgernis. Die Welt wurde als Bühne eines historischen Prozesses verstanden, in dem das den sogenannten „Völkern" *Eigene* vermittels Selbstbestimmung gegenüber dem ihnen *Fremden* zu seinem Recht kommen wollte. Unter Zuhilfenahme metaphysischer Kategorien wurde eine Bewertungsskala von „revolutionär" über „fortschrittlich", „demokratisch" bis zu „reaktionär" und schließlich „faschistisch" und „imperialistisch" erstellt. Diese Kategorien wurden nach Maßgabe der Beurteilung eines vorgeblich auf Revolution und Emanzipation hinstrebenden geschichtlichen Weltprozesses an die verschiedenen Nationalstaaten und solche, die es noch werden wollten, vergeben. Mit Revolution und Emanzipation in ihrer einzig realen Bedeutung als prozeßhafte *Brüche* der Menschen mit ihrer unverstandenen selbstgeschaffenen repressiven zweiten Natur in Form von Ökonomie und Staat, hatten die im antiimperialistischen Sinne positiv bewerteten Ereignisse und Bewegungen freilich in der Regel wenig zu schaffen. Und dies nicht nur im Falle Pol Pots und seiner vielgeschmähten Roten Khmer. Wo warenförmig verdinglichtes Bewußtsein – sei es in Form von Klassen- oder Nationalbewußtsein – sich zur gesellschaftlichen Totalität aufschwingen will, reproduziert es auf neuer Stufe die alten, zu überwinden geglaubten, Verhältnisse. Die dann ebenfalls auf neuer Stufe sich neu formierenden Kokurrenzverhältnisse zwischen den kollektiven Kapitalsubjekten, den Nationalstaaten, interpretiert das antiimperialistische Bewußtsein anhand der genannten Bewertungsskala.

Die ideologiegeschichtliche Ursache des Antiimperialismus als Produkt der Linken liegt in der Verklärung der Lohnarbeit als positive Voraussetzung eines die Warenproduktion aufheben sollenden Klassenkampfes. Das Klassenbewußtsein als gerechter Zorn des um die Früchte seiner Arbeit betrogenen *produktiv Schaffenden* soll als Motor des Kampfes für die Aufhebung *unproduktiver* Privilegien fungieren. Die daraus resultierende Verklärung von Arbeit und Produktivität konnte selbstverständlich nicht zur Abschaffung von Arbeit und Staat sowie zur Privilegierung aller führen, sondern mußte Arbeiterbewegungen, Arbeiterstaaten und ein entsprechendes fetischistisches Produktivitätsbewußtsein hervorbringen. Weil dieses Bewußtsein die Voraussetzung seines Elends beständig verklärt, kann es niemals auf eine wirkliche Aufhebung der Verhältnisse, bestenfalls auf eine Variation drängen. Der Appell zur Auszahlung eines gerechten Lohnes richtet sich deshalb immer an den Staat als Gerechtigkeit stiftende Instanz bzw. drückt sich im Kampf um einen „ge-

rechteren" Staat aus. Während Kapital und Arbeit als antagonistische Klassensubjekte personifiziert werden, steht der Staat schlimmstenfalls als „Klassenstaat", als ein von der falschen Klasse mißbrauchtes Instrumentarium da. Die Sehnsucht nach einem gerechten Staat, für den kein Partikularinteresse zählt, sondern nur die Produktivität seiner Untertanen, einte die Anhänger der Arbeiterbewegung mit bürgerlichen Staatsfetischisten.

Die Idealisierung allgemeiner Produktivität bedarf aber Erklärungen für ihre regelmäßig sich einfindenden Mißerfolge. Mißerfolge werden aber – gerade vom deutschen Staatsbürger – nicht nur am eigenen Elend gemessen. Der vermeintlich „unverdiente" Erfolg anderer gilt als wichtiger Indikator für „Ungerechtigkeit". In der eigenen materiellen und geistigen Beschränktheit wird die unabdingbar für alle gelten sollende Staatsbürgertugend gefunden. In der antisemitischen Projektion auf die Juden konzentrieren sich für das Staatsbürgersubjekt die Untugenden des mühelosen Einkommens, der geistigen Ungebundenheit und – mit der Fiktion des „internationalen Judentums" – die aggressive Verkehrung der an sich angenehmen Vorstellung, nicht einem nationalen Souverän auf Gedeih und Verderb ausgesetzt zu sein. Daher auch die Omnipotenzprojektionen auf Juden und auf Israel. Im Antisemitismus kommt das bürgerliche Gleichheitsideal zu sich selbst. Nur noch durch die sogenannte „Natur" selbst gesetzte „biologisch echte" Staatsbürger sollen endgültig die Garantie dafür bieten, daß ein partikulares Entkommen aus der staatsbürgerlichen Produktivitätsverpflichtung nicht möglich ist. Gleiches Elend für alle ist das objektive Ziel. Das ist auch dann der Fall, wenn nicht auf der ideologischen Basis einer Nationen- oder Rassen-Natur argumentiert wird, sondern auch, wenn der Antisemitismus, wie in den eingangs erwähnten Kampagnen, mit einer ontologisch gegebenen Klassen-Natur und deren Verteidigung gegen jüdische „Komplotte" begründet wird.

Antiimperialismus ist die Verlängerung des produktiven Klassen- und Staatsbürgerbewußtseins auf den Weltmarkt. Sein Ideal war und ist das „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Deswegen läßt er nur „echte", aus Blut und Boden entstandene Völkerschaften gelten. Der mit ihm verbundene Antizionismus erweist sich in diesem Zusammenhang als Internationalisierung des staatsbürgerlichen Wahns von der negativen Gleichheit aller durch Ausschaltung der Juden.

Deutscher Antiimperialismus

Der Antiimperialismus hat damit auch seinen Teil zur ideologischen Einstimmung der außenpolitischen Offensive des wiedervereinigten Deutschland geleistet. Was nach der Kapitulation des Realsozialismus in Osteuropa konstant blieb, waren Nationalismus und Antisemitismus. Das Erbe der sogenannten „Metropolenlinken", der Antiimperialismus und das „Selbstbestimmungsrecht der Völker", ist in die treuen Hände der BRD-Außenpolitik übergegangen. *„In Sachen Selbstbestimmung lassen wir Deutsche uns von niemandem übertreffen"*, erkannte der Vorgänger des jetzigen Außenministers. Schon in dessen Amtszeit wurde mit der handfesten Umsetzung seiner Erkenntnis begonnen. Das völkische *„Selbstbestimmungs"*-Konzept, die eigentliche ideologische Basis des deutschen Nationalismus, hatte sich von '45 bis '89 mit einem Platz am Katzentisch abseits der weltpolitisch mächtigen Doktrinen von Demokratie und Realsozialismus begnügen müssen. Davon allerdings keineswegs entmutigt, eher mit frischen Kräften versehen (10), trat das völkisch geeinte Deutschland in die Morgenluft der neu gewonnenen außenpolitischen Souveränität.

Ob in den Schluchten des Balkan, im tibetanischen Hochland, im Muschelkalk des Muroroa-Atolls oder in der Wüste des Gaza-Streifens: antiimperialistischen Handlungsbedarf in Sachen *Selbstbestimmung* erkennt die heutige deutsche Außenpolitik weltweit. Vielleicht ist Deutschland ja inzwischen so etwas wie der „ideelle Gesamt-Antiimperialist". Der Antisemitismus gehört unabdingbar dazu. Schon rümpft die liberale Öffentlichkeit die Nase über *„die Nibelungentreue der USA gegenüber Israel"* (11) und kreidet dem einstigen Senior-Partner *„seine Politik des Appeasement [gegenüber] der neuen israelischen Regierung"* an (12).

Klaus Wehmeier

Anmerkungen:

1) zitiert nach: *40 Jahre blühender Antikommunismus*, Artikel o.V. in *junge Welt* 25.6.96

2) vgl. dazu Léon Poliakov, *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*, Freiburg 1992, S. 49 - 92

3) Merker wurde im März 1955 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Insgesamt saß er knapp drei Jahre (von Dezember 1952 bis Januar 1956) im Knast. Bereits im Juli 1956 wurde das Urteil vom Obersten Gericht der DDR aufgehoben und Merker rehabilitiert. Ähnlich erging es seinen Mitangeklagten – sieht man einmal von zwei Todesfällen während der Haft ab. Vgl. zum Fall Merker den zwar tendenziösen, doch recht materialreichen Artikel *Der Geheimprozeß* von Jeffrey Herf in *Die Zeit* 7.10.94

4) zitiert aus der für das Thema bisher materialreichsten Fleiß-Arbeit von Michael Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt/M. 1990, S. 80

5) o.V., Die Diskussion um die Bedrohung Israels. Krieg, um Schlimmeres zu verhüten? in: Flugschrift Radikale Linke. Kriegsende. Vorkriegszeit, Hamburg 1991

6) Hier sollte ebenfalls angemerkt werden, daß auch ein Teil der Mitarbeiter der BAHAMAS und der Mitglieder der Berliner *Jour-Fixe-Initiative* (wie der Verfasser selbst) sich zur Strömung *„Radikale Linke"* zählten.

7) An anderer Stelle ist dann auch von einem *„in der neueren Geschichte bedingten Existenzrecht eines jüdischen Staates"* die Rede.

8) Hinzu kommen beträchtliche – ebenfalls „kulturalistisch" artikulierte – Widersprüche innerhalb der jüdischen Mehrheitsbevölkerung, die entlang der einwanderungs-biographischen Grenzen zwischen Israelis europäischer bzw. us-amerikanischer Herkunft und solchen aus außereuropäischen Gegenden verlaufen. Vom Gros der Antizionisten wird dies – zugunsten der Projektion eines in sich geschlossenen „Rassismus" – nicht zur Kenntnis genommen.

9) An anderer Stelle heißt es auch, bei Israel handele es sich um einen *„immer noch westlich-demokratischen Staat, der (wie alle kolonialistischen Demokratien der Vergangenheit) die Palästinenser in neokolonialer Weise unterdrückt"*.

10) Zu diesen frischen Kräften zählen – wenn vielleicht auch nicht gerade an erster Stelle – Vertreter des westdeutschen Antiimperialismus der „ersten Generation" nach '67. Der Werdegang der Schmierer, Semler, Vollmer etc. scheint zu verdeutlichen, daß zwischen *„Hoch die internationale Solidarität!"* und *„Serbien muß sterbien!"* nur ein gradueller Unterschied besteht, ja daß die letzte Losung in der ersten eingeschlossen sein kann.

11) *Die Zeit* 4.7.96

12) *Der Tagesspiegel* 27.6.96

Die Wiederkehr des „ewigen Juden"

Elemente des Antisemitismus 1996

I. Der Widerspruch dieser Veranstaltung liegt in ihrem Thema: Der moderne Antisemitismus ist eine so umfassende Lebenseinstellung, daß er jeder Aufklärung gegenüber resistent ist; als Produkt der Aufklärung beschreibt der Antisemitismus zugleich ihr Umschlagen in die Barbarei. Er ist aufs Engste mit der kapitalistischen Vergesellschaftung verzahnt. In diesem Sinne ist auch der Titel dieser Veranstaltung – *Der „ewige Jude" ist wieder da – Neue deutsche Antworten auf eine erledigt geglaubte Frage* – Ausdruck dieses Widerspruchs: Die Mißverständnisse, die er implizieren kann, liegen in einer Wirklichkeit begründet, in der das Ressentiment wieder demonstrativ gezeigt werden kann. Die Wiederkehr des klassischen Ressentiments gegen „den Juden", das sich seiner antizionistischen Verkleidung in dem Maße selbst entledigt, wie man in Deutschland wieder seine eigene Meinung haben darf, die selbstverständlich die aller anderen Volksgenossinnen und Volksgenossen ist und sich dennoch ebenso selbstverständlich in der Minderheit wähnt, ist in den letzten Monaten zu einem bestimmenden Element der öffentlichen Meinung geworden.

1. Die „jüdische Geldgier":

Januar 1996: Als der israelische Staatspräsident Ezer Weizman die Bundesrepublik besucht, unter anderem um die Frage der Renten für aus Deutschland kommende Israelis zu klären, entbrennt eine Diskussion um die Rechtmäßigkeit dieser Rentenzahlungen, die als „weitere Entschädigungszahlungen" an die nimmersatten Israelis bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um durch Lohnarbeit in Deutschland erworbene Ansprüche von ausgewanderten Juden. Solche Zahlungen an jeden ehemaligen SS-Mann sind in Litauen eine Selbstverständlichkeit, während den jüdischen Überlebenden dort 50 Deutschmark als monatliche Rente angeboten wurden, worauf diese dankend verzichteten. Wortführer dieser Kampagne gegen die „weitere Belastung unserer Rentenkassen" war neben der *FAZ* das *Neue Deutschland (ND)*, dessen Chefredakteur den *junge Welt*-Redakteur Jürgen Elsässer dafür anzeigte, daß er dessen Kommentar als das bezeichnete, was er war: antisemitisch.

Mai 1996: Auch die autonomen Antikapitalisten lassen sich nicht lumpen: Die Besetzerinnen und Besetzer der Villa Bertini in Potsdam ließen vor zwei Jahren noch ein Statement eines Besetzers in der *taz* undementiert: „Einst gehörte die Riesenvilla einem Mitbegründer der deutschen Bank, der, weil er Jude war, Deutschland verlassen mußte. Was, wenn eines Tages seine Erben vor der Tür stehen und das Haus verlangen? ‚Auch die würden die Villa nicht kriegen', antwortet ein junger Bertini mit Angelrute in der Hand. Sieht er keinen Unterschied zwischen den Spekulanten der Marktwirtschaft und Alteigentümern, die heute das zurückverlangen, was ihnen die Nazis weggenommen haben? ‚Jüdisches Kapital hat doch am Krieg verdient. Und in die Gaskammern gingen doch die armen Juden. Die Reichen, wie der Besitzer der Villa, die konnten doch fliehen.'"

Das stand vor über zwei Jahren in der *taz*; zu vielen anderen Aspekten dieser Reportage über die damals wegen Auseinandersetzungen mit der Polizei ins Rampenlicht geratenen Potsdamer Besetzerszene gab es eine Reihe von Leserbriefen, allerdings nicht zu diesen Bemerkungen. Die skandalöse Aussage wurde einige Monate später noch in der *Interim* aufgegriffen und scharf kritisiert – erneut keine Reaktion.

Nun ist der Fall aber eingetreten, über den im Artikel noch spekuliert wurde. Und die Besetzerinnen und Besetzer sollen von den Erben des geflohenen, reichen Juden herausgeschmissen werden. Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir haben größtes Verständnis dafür, wenn Leute sich den Wohnraum nehmen, den sie brauchen; allerdings fragen wir uns, weshalb ausgerechnet in diesem Fall eine Kompromißlösung so sehr ausgeschlossen scheint. Am meisten aber erstaunt uns die mehr als freundliche Berichterstattung in der *jungen Welt*, die zwar aus Objektivitätsgründen auch darstellt, was die Erben fordern, aber nicht einmal die Frage aufwirft, ob unter diesen konkreten Umständen vielleicht ein Kompromiß angezeigt wäre, den die Besetzerinnen und Besetzer offensichtlich nicht wollen. Daß die eingangs zitierten Statements nicht dementiert wurden und bis heute keine eindeutige Stellungnahme der Besetzerinnen und Besetzer vorliegt, in der sie begründen, weshalb sie es nicht ablehnen, von einem „arisierten" Besitz zu profitieren, läßt darauf schließen, daß hier ein antisemitisches Exempel unter antikapitalistischen Vorzeichen statuiert werden soll. (1)

2. Der „ewige Jude":

Februar und März 1996: Nach den Anschlägen der Hisb'allah auf zivile Ziele in Israel, bei denen 60 Menschen ums Leben kamen, beschießt die israelische Armee den UN-Stützpunkt Kana, 104 libanesische Flüchtlinge kommen ums Leben. „Mit dem gestrigen Massaker im Libanon hat (Israel) ganz nach dem Gesetz der Blutrache die Untaten, die die islamischen Terroristen verübten mit Zins und Zinseszins vergolten", schreibt das *ND*. Und die PDS belehrt in ihrer Erklärung die Juden: „Israel sollte aus eigener Erfahrung wissen, daß Gewalt nur noch mehr Haß, Fanatismus und Gegengewalt erzeugt." Die archaischen Gesetze einhaltend, die Charakterzüge eingeschrieben, ist „der Jude" unfähig aus seiner Verfolgung zu lernen.

3. Die „jüdische Weltverschwörung":

März 1996: In den USA erscheint das Buch „Hitler's Willing Executioners" des amerikanischen Soziologen Daniel Jonah Goldhagen, der mit seiner Untersuchung darlegen will, daß die Deutschen nicht nur von der Vernichtung der Juden gewußt, sondern sie auch gewollt, ja geradezu herbeigesehnt haben. Sein Ansatz, die Deutschen als nationales Kollektiv zusammenzufassen und auf ihre ideologischen Prägungen zu untersuchen, wird in Deutschland zum Anlaß genommen, von einer Neuauflage der Kollektivschuldthese zu sprechen: „Was wir hier vor uns haben, ist ein Fall rückwärtsgewandter Prophetie, ein deterministisches Geschichtsbild von jener Art, mit der die Nazis die Juden zu Sündenböcken stempelten." Der *Tagesspiegel* befürchtet hier nicht zum ersten Mal, daß die Juden mit den Deutschen irgendwann das machen könnten, was die Deutschen mit ihnen gemacht haben. „Er [Goldhagen] inszeniert einen zweiten Nürnberger Prozeß, nun ‚gegen ein ganzes Volk'", zitiert der *Spiegel* den Londoner *Spectator*. Goldhagen wird unterstellt, er sei der Kopf einer Gruppe von jüdischen Soziologen, die es jetzt auf Deutschland abgesehen hätten. So kommt zum Bild vom „ewigen Juden" und der „jüdischen Weltverschwörung", die eigene Unfähigkeit, aus der Geschichte zu lernen, wird auf das Opfer von damals projiziert. Zum

Verfolgungswahn gesellt sich hier schon die Warnung an die Juden, sie sollten es nicht zu bunt treiben.

Dazu gehört auch, daß die deutschen Historiker dem Judenjungen einmal kräftig die Meinung sagen wollen und damit in der Abgrenzung zu etwas, das nicht behauptet wird, eine neue Sichtweise von Auschwitz gesellschaftlich durchsetzen. Nachdem man unter den Nationalsozialismus keinen Schlußstrich zu ziehen brauchte, weil sich 1989 neue Perspektiven auftaten, und man folglich seine „fortschrittlichen Anteile" integrieren will, wird nun mit der Shoah das Gleiche versucht: Irgend etwas muß sich doch für Deutschland aus der Shoah ziehen lassen, und sei es ein Denkmal in der neuen Hauptstadt, mit dem man die Opfer der Massenvernichtung heim ins Reich zwingen will. „Sind die Deutschen wirklich ein Volk von Judenmördern?" fragt der *Spiegel*-Redakteur Fritjof Meyer am Anfang der von ihm verantworteten Titelgeschichte: „Neuer Streit um Kollektivschuld: Die Deutschen: Hitlers willige Mordgesellen?" und beantwortet sie auf den folgenden Seiten mit einem klaren Nein. Um zu diesem Nein zu kommen, muß die jüngere deutsche Geschichte freilich zurechtgebogen werden: „Unterwerfung aus Ohnmacht", so das zusammenfassende Urteil über die Deutschen im Nationalsozialismus. Darüberhinaus wird das Bild einer antideutschen Verschwörung gezeichnet, die mit ollen Kamellen das von Antje Vollmer „gründlich zivilisierte" Deutschland daran hindern will, seine Aufgaben weltweit zu erfüllen: Goldhagens Buch, meint Frank Schirrmacher in der *FAZ*, sei „ein merkwürdiges Gegenmanifest gegen die zivilisatorischen Anstrengungen, deren sich die Deutschen nach 1945 unterzogen haben."

4. Der „verschlagene Ostjude":

April 1996: Das Auswärtige Amt spielt dem *Spiegel* Dokumente zu, die belegen sollen, daß mit den erleichterten Einwanderungsmöglichkeiten für Juden aus der ehemaligen Sowjetunion Mißbrauch getrieben werde, indem Abstammungsnachweise gefälscht und Scheinehen eingegangen würden. Entwicklungshilfeminister Spranger berichtet nach einem Besuch der Ukraine, Mitarbeiter der dortigen deutschen Botschaft sprächen von 800 000 auf Einreise in die Bundesrepublik wartenden Juden. Die Bedrohung durch massenhafte jüdische Einwanderung, wie sie hier konstruiert wurde, gemahnt an ein zentrales Element antisemitischer Propaganda der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Wir haben nicht mit dieser kleinen Darstellung dieser aktuellen Elemente der deutschen Wirklichkeit begonnen, um einen verkannten Skandal aufzudecken, den bisher niemand bemerkt hätte, und auch nicht, um einen angeblich erstarkenden Antisemitismus zu beklagen, der dem Ansehen der Nation schaden könne: Diese Elemente sind vielmehr Anzeichen dafür, daß die deutsche Gesellschaft ihr Verhältnis zu den Juden – sprich zu Israel und zu Auschwitz, zu der eigenen Vergangenheit und damit letztlich zu den eigenen antisemitischen Projektionen – nun auch in der Öffentlichkeit normalisiert. Der Antisemitismus wegen Auschwitz, der den Juden nicht verzeihen konnte, daß einige überlebt hatten, wird abgelöst von den alten antisemitischen Projektionen: zum Beispiel der des „ewigen Juden", der wegen Heimatlosigkeit dazu verurteilt ist, ewig zu wandern und der an seinen unangenehmen Eigenschaften überall erkannt wird. Nur stößt diese Projektion vom Juden, der zur Diaspora verurteilt sei, heute auf eine materielle Grenze – die Existenz Israels. Deswegen wird die Projektion erweitert und die antiisraelische Politik der arabischen Staaten als Indiz dafür genommen, daß die Juden kein richtiges „authentisches" Volk seien und deswegen diese Schwierigkeiten hätten, einen Staat zu errichten. Was nicht völkisch sich definiert, ist nicht Volk – so begründet sich der deutsche Antizionismus, der heute nicht mehr nur die Angelegenheit einer antiimperialistischen Linken ist, sondern die der gesamten Nation, weil sich diese Projektion zur Legitimation der neuen Weltmachtpläne hervorragend eignet.

Projektion übrigens ist, anderen die eigenen schlechten Eigenschaften zuzuschreiben. Diese Eigenschaften sind ein unmittelbares Produkt der kapitalistischen Wertvergesellschaftung. Auf die Juden, deren Emanzipation in Deutschland mit der Durchsetzung des Kapitalismus zusammenfiel, wird dieser abstrakte Zusammenhang personifiziert, um diese Eigenschaften, die jedes Subjekt im Kapitalismus sich aneignen muß, abzuspalten. Ein bekanntes Beispiel ist die Projektion der „jüdischen Weltverschwörung": Die eigenen großdeutschen Pläne werden „dem Juden" zugeschrieben. So läßt sich jeder Eroberungszug als Verteidigungsmaßnahme verkaufen. Mehr noch: Weil man ja das Opfer der Juden sei, müsse man sich zur Wehr setzen – „Deutsche kauft nicht bei Juden". Die realen Eroberungspläne der Nazis wurden durchgesetzt als Verteidigung gegen die unterstellten der Juden. Die Wiederkehr dieser Projektionen Normalisierung zu nennen, nimmt ihnen nicht ihren unzweifelhaft skandalösen und gefährlichen Charakter.

II.

Je deutlicher die Wiederkehr der klassischen antijüdischen Ressentiments in ihrer ursprünglichen Form zu fassen ist, desto klarer wird auch, wer die Wegbereiter dieser Normalisierung waren. Antizionisten beschweren sich seit Jahren darüber, daß in Deutschland über Israel reden heißt, über Deutschland, genauer: über Auschwitz zu reden. Man müsse doch auch Kritik an Israel üben können, ohne gleich Antisemit zu sein. Eine „offene Auseinandersetzung" wird eingeklagt, in der man auch sagen können muß, daß es „in den USA mal eine kleine Minderheit jüdischer Kapitalisten (gab), die dafür gesorgt hat, daß die USA lange Zeit gegen ihre eigenen Interessen Israel unterstützte ... Auch in der BRD habe eine jüdische Lobby dafür gesorgt, daß die BRD erst mit zehn Jahren Verspätung in den arabischen Staaten ihren Interessen nachging." Immerhin fragt noch jemand, ob „es denn in diesem Zusammenhang nötig sei, ‚jüdisch' als beschreibenden Begriff zu gebrauchen." Die Antwort ist voll Verständnis für die Juden: „Geantwortet wurde, daß die Stärke des ‚jüdischen Finanzkapitals' in der Neuzeit ja auch seine Ursache gehabt habe, v.a. in der frühen Religionsverfolgung."

„Der Vorwurf des Antisemitismus mache als Totschlagargument eine genaue, offene Auseinandersetzung nicht mehr möglich und versuche zudem, Befreiungsbewegungen die deutsche Sichtweise überzustülpen. Vor zehn Jahren sei das Argument der ‚Frauenfeindlichkeit' den Befreiungskämpfen entgegengehalten worden, um die eigene Nichtunterstützung zu legitimieren, heute sei es der Antisemitismus."

Diese Zitate stammen aus einem von Nürnberger und Würzburger GenossInnen in der Nürnberger Szenezeitung *Wie Weiter?* veröffentlichten Protokoll eines Treffens süddeutscher Gruppen und Einzelpersonen – nicht des rechten, sondern des linken, antiimperialistischen Spektrums – zum 8. Mai 1995, der in dem Protokoll als „Tag der Niederlage der Sowjetunion" bezeichnet wird. „Wer sei denn befreit worden? Der NS sei nicht einmalig gewesen. Für den Trikont habe die Vernichtung und Unterdrückung danach erst richtig begonnen," wird am Ende die Debatte zusammengefaßt. Die Diskussion dieser Genossinnen und Genossen aus sechs Städten markiert den Beginn einer bis heute anhaltenden Auseinandersetzung um die Legitimation des Antizionismus. Das Treffen fand im Februar statt und die Veröffentlichung im Sommer 1995 ist der Endpunkt einer internen Auseinandersetzung in einer Nürnberger Gruppe gewesen. Selbstverständlich sollte dieses Protokoll nicht veröffentlicht werden; im Gegenteil gab es zunächst auch Distanzierungen, man

wollte es unter dem Deckel halten. Nach der Veröffentlichung stand man allerdings zu diesem antisemitischen Konglomerat in der typisch indifferenten Szenesprache und führte als „antiimperialistische Gruppe" in Nürnberg mehrere Veranstaltungen durch.

Es geht dieser Gruppe, wie das Protokoll und die Materialien von den Veranstaltungen zeigen, nicht nur um Israel, dessen Existenzrecht sie bestreitet, sondern um die deutsche Vergangenheit. Und in der „sehr offenen Atmosphäre" lassen sie auch schnell die Hosen runter: „Indem Auschwitz als das größte Verbrechen herausgehoben werde, werde es unmöglich gemacht, dem andere Opfer und Verbrechen des Imperialismus entgegenzustellen." Schließlich sei „die Zusammenarbeit der Nazis mit dem Zionistischen Weltkongreß", bei der letzterer „quasi mitentschieden habe, wer ‚über die Rampe muß' und wer nach Palästina gehen kann", eine Tatsache. Die Juden haben also mitgemacht – „die Vernichtung der Juden habe erst im zweiten Kriegsjahr begonnen, vorher seien die Enteignungen und der Transfer jüdischen Kapitals nach Palästina gelaufen." Die Gleichsetzung der Arisierung mit dem wenigen, was Juden aus Deutschland an Kapital retten konnten – und von dem das wenigste nach Palästina ging – ist eine plumpe Entschuldung, aber schließlich sollte „das spätere Forcieren der Judenvernichtung vor allem der Vertuschung dienen. Außerdem betreibe der Imperialismus im Moment der Niederlage immer eine Politik der verbrannten Erde (siehe z.B. die USA in Vietnam, Frankreich in Algerien.)" Mit Deutschland hat die Massenvernichtung sowieso nichts zu tun, es ist „der Imperialismus", der heute wie damals ein Verbrechen nach dem anderen begehe. Aber eine Besonderheit kann Auschwitz doch vorweisen: „Das Besondere an Auschwitz sei doch auch gewesen, daß zum ersten Mal in der Geschichte Weiße massenhaft vernichtet worden seien. Insofern sei die Betonung der Einmaligkeit der Judenvernichtung auch eine metropolitane Geschichtssicht, denn wer rede von den systematischen Völkervernichtungen in den USA oder anderen Ländern." Der altbekannte Mechanismus, von etwas anderem zu reden, wenn das Thema zu heikel wird, verbindet sich hier mit dem Ressentiment, die Juden haben doch nun zur Genüge aus ihrem Opferstatus Profit gezogen. Jetzt müsse mal von den wirklichen Opfern des Imperialismus die Rede sein – damit man sich in der Solidarität mit den Opfern selbst als eines gerieren kann.

„Dem Einwurf, daß der NS von außen besiegt werden mußte, da es im Innern keinen relevanten Widerstand gegeben habe, wurde entgegnet, daß die Alliierten sehr wohl von den Vernichtungslagern gewußt haben, daß es ihnen aber ganz gut gepaßt hätte, weil es ihnen um die Bildung eines zionistischen Staates in der arabischen Region gegangen sei," In der „sehr offenen Atmosphäre" dieses antiimperialistischen deutschen Stammtisches geht es zur Sache wie in der *Nationalzeitung*, die für Geschichtsentsorgung der gröberen Art zuständig ist. Aber Auschwitz war ja auch „keine Besonderheit" „in der Geschichte des deutschen Imperialismus". „Heute brauche er kein Auschwitz mehr", beruhigt man sich konsequenterweise.

Nachdem die ungewollte Veröffentlichung dieser Protokolle der Bekloppten von Deutschland einigen Wirbel machte, lud man Spezialisten ein. Eine erste „Diskussionsveranstaltung gegen linke Geschichtsabwicklung" wurde in Nürnberg einberufen, auf der man sich mit dem „zunehmend pauschal erhobenen Vorwurf" auseinandersetzen wollte, die „revolutionäre deutsche Linke" – man beachte die Reihenfolge der Worte! – „sei antisemitisch und habe sich nicht hinreichend mit ihrem ‚geschichtlichen Erbe' auseinandergesetzt." Als Referent zur „Geschichte des Zionismus" (sic!) wird ein Vertreter des „Arbeitskreises Antiimperialistische Solidarität (AKAS)" aus Heidelberg angekündigt, einer Gruppe, die in einer Stellungnahme zum letztjährigen 8. Mai die Geschichte folgendermaßen auf den Punkt brachte: „Alles Opfergedenken wird zur Makulatur, wenn wir den hunderttausend- und millionenfach geplant kalkulierten Tod heute – etwa durch die Embargo– und Blockadepolitik – ohne Widerspruch hinnehmen. Das Auschwitz der neunziger Jahre ist das Embargo gegen den Irak, gegen Jugoslawien ..."

Kritische Nachfragen, so war nach dieser Diskussionsveranstaltung zu hören, die die antisemitischen Stereotype des Vortrags (in dem die Geschichte des Zionismus anhand der Gründung verschiedener zionistischer Institutionen dargestellt wurde, um das Bild einer „zionistischen Weltverschwörung" zu erzeugen) hinterfragen wollten, wurden als Störungen behandelt: „Im Endeffekt war es genauso, wie Ingrid Strobl in dem Zitat beschreibt, das im Flugblatt zur Veranstaltung als Beispiel für pauschalisierende Vorwürfe und den Zersetzungsprozeß der Linken dienen sollte: ‚So dient der Antizionismus (der deutschen Linken) nicht nur der Entlastung von historischer Verantwortung, sondern befriedigte auch klammheimliche antisemitische Bedürfnisse.' Denn daß mit dem Vortrag zur Geschichte des Zionismus Bedürfnisse befriedigt worden waren, war am erschreckend starken Applaus abzulesen," wird in einem Kritikpapier die Atmosphäre dieser Diskussion beschrieben.

In dem Redebeitrag der veranstaltenden „antiimperialistischen Gruppe" wird der wahre Hauptfeind des antiimperialistischen Kampfes entlarvt: Die „Political Correctness" – die, wie alles Böse, aus den USA kommt – soll es gewesen sein, die politische Kriterien durch moralische ersetzte. Diese würden „eurozentristisch auf die Befreiungsbewegungen in anderen Ländern" angewandt. Über diesen Weg kommen die Antiimperialisten zu der „Kontroverse um die Bewertung und Einordnung des NS-Faschismus in die gesamte imperialistische und koloniale Geschichte von Völkermorden, Vernichtung und Ausbeutung," zu der dann der Vertreter des AKAS seinen Senf gab: in Form eines Referats über die „Geschichte des Zionismus".

Doch damit ist diese Geschichte nicht zu Ende: Als nächste wurden Felicia Langer, die israelische Anwältin, und der unvermeidliche Karam Khella, der arabische Nationalist, zu Veranstaltungen eingeladen. Die Veranstaltung mit Felicia Langer wurde in Frageform angekündigt, ohne die eigene Position zu verraten; bei Karam Khella wurde man eindeutiger: „Wir leben in einer gespaltenen Welt: Der imperialistische Norden will den Völkern seine Weltherrschaft aufzwingen ... Am Beispiel der arabischen Welt als Opfer der Daueraggression der imperialistischen Mächte" sollten die aktuellen „Aufgaben für die antiimperialistische Solidarität" diskutiert werden. Der Imperialismus und die Völker: So vereinfacht wird die nationalrevolutionäre Diktion auf den Punkt gebracht.

„Der Holocaustkredit ist längst schon verspielt/ sie haben lange genug auf unser Mitleid geschielt/ Wenn sie Massenmord als Politik ansehen/ ist die bombige Rache nur zu gut zu verstehen."

Das sangen nicht die *Böhsen Onkelz*. Diesen Text dichtete die Politpunkband *Daily Terror* nach dem Massaker von Sabra und Shatila 1982. Die dem linken Antizionismus innewohnende Normalisierung und Abwehr der Tatsache, daß es Auschwitz gegeben hat, ist heute Allgemeingut. Ein typischer Fall von Antisemitismus *wegen* Auschwitz, wo von ganzem Herzen mitgesungen wurde und wird, wenn Israel die „bombige Rache" angedroht wird: Vor fünfzehn Jahren noch ein Szenehit fand sich diese Punkversion des Horst-Wessel-Liedes 1989 auf einen Benefiz-Sampler von Antifagruppen wieder.

Zusammenfassend bestätigt sich: „Während die zionistische Tradition in Israel ihre Macht über die Hirne der Lebenden zu verlieren beginnt, kämpfen die europäischen Antizionisten noch immer einen Kampf um die Legitimität der israelischen Ideologie. In ihren Köpfen nimmt die Politik des Staates Israel den zentralen Platz ein, den die Erinnerung an die Ver-

nichtung der europäischen Juden einnehmen müßte." (Detlev Clausen)

III. Aber auch und gerade dort, wo eine Antizionismus-Definition jenseits des antisemitischen Ressentiments gesucht wird – zum Beispiel in der neuen *radikal*, in der sich „Frauen/Lesben für eine kritische Aneignung der Geschichte" mit dieser Frage anhand der RZ-Diskussion beschäftigen –, wird deutlich, daß der Versuch der Ehrenrettung dieses Begriffs, weil er ideologisch nicht vom Antisemitismus zu trennen ist, nicht nur scheitern muß, sondern auch die Fortsetzung eines fatalen und falschen Politikverständnisses ist, in dem Gut und Böse, Weiß und Schwarz, der Imperialismus und die Völker, oben und unten die zentralen Bezugspunkte sind, ohne die der ganze Begriff nicht gedacht werden kann. Wir möchten dafür drei Beispiele aus dem *radikal*-Artikel, nennen, die verdeutlichen, daß inkonsequente Kritik zwangsläufig – ohne selbst antisemitisch zu sein – antisemitische Klischees oder Relativierungen reproduziert:

1. In der Begriffsdefinition des Antisemitismus heißt es: Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sei sein „grundlegendes Merkmal die Konstruktion einer einheitlichen Gruppe (unabhängig davon, daß sie tatsächlich in sich mehrmals gespalten und vielfältig war und ist – von der Klasse, ihrem Geschlecht oder ihrem politischen Standpunkt her), der *undifferenziert* (Hervorhebung von uns) aggressive und feindliche Ziele unterstellt wurden." Die Alternative zu undifferenziert heißt differenziert; differenzierte Unterstellungen, vielleicht noch nach Klasse, Geschlecht, politischem Standpunkt – das wird wohl kaum gemeint sein. Daß sich das so einschleicht, hat zum einen mit dem Irrtum zu tun, „die Juden" wären nicht schon immer als einheitliche Gruppe von außen definiert worden, sondern als religiöse Minderheit verfolgt worden, zum anderen mit der wirklich falschen Sichtweise, den Antisemitismus ausschließlich über die den Juden zugeschriebenen Eigenschaften zu definieren. Weil sich das Judentum weder religiös noch ethnisch, weder kulturell noch politisch nach den Rastern der definitionsmächtigen „christlich-abendländischen Kultur" definieren ließ und läßt, sind die antisemitischen Stereotype so vielfältig und zum Teil widersprüchlich; gerade aufgrund der bis zur Paranoia differenzierten Wahrnehmung, sind die Vorurteile so vielfältig. Den christlichen vormodernen Antijudaismus auf die Zwangstaufe zu reduzieren, wie es die Autoren machen, zeugt vom Verschwinden der Objekte des Antisemitismus, auch wenn fortwährend Juden und Jüdinnen dabei zitiert werden. Auschwitz wird nicht im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte, sondern ausschließlich als Chiffre für die Legitimation linker oder zionistischer Politik zitiert, die Massenvernichtung kommt so nur negativ als Vorwand für die Gründung des Staates Israel oder positiv für die Legitimation von Aktionen deutscher Linker gegen Israel vor. Als Israelis schließlich kommen Juden als Subjekte vor, hier aber in der Definition von Tätern.

2. In dem gesamten Artikel wird nicht thematisiert, wie zunächst die sozialistischen Staaten Israel unterstützten und wie real die Versuche waren, Israel von der Landkarte verschwinden zu lassen. Stattdessen wird die These von den Opfern der Opfer unreflektiert aufgegriffen – allerdings in Formulierungen, die uns nur spekulieren lassen können, was die Verfasserinnen meinen: „Der Spiegel zitierte (1972) einen Fedayin aus einer Diskussion in Kairo mit den Worten: ‚Wir büßen für das, was die Deutschen mit den Juden gemacht haben.'" Ebensowenig findet sich in dem Artikel eine Anmerkung dazu, wie die zum Teil (ehemals) linken palästinensischen Organisationen mehr und mehr auf den Nationalismus sich beziehen und mit der Hamas zusammenarbeiten.

3. Zum Kern, der Ehrenrettung des antizionistischen Antiimperialismus, kommen die Verfasserinnen im Zusammenhang mit der Flugzeugentführung von Entebbe. Obwohl sie selbst zugeben, daß wohl kaum zu rekonstruieren sein wird, ob die jüdischen Passagiere oder aber jene mit israelischer Staatsbürgerschaft von den Entführern, unter ihnen zwei Deutsche, selektiert wurden – und sie nicht auf die Frage eingehen, wieso die Auswahl von Juden, ob sie nun Israelis sind oder nicht, durch deutsche Entführer nicht schon an sich ein Skandal wäre – kommen sie zu dem Schluß: „Neben der generellen Kritik an Flugzeugentführungen ist speziell die Teilnahme von Deutschen an dieser Aktion falsch gewesen. Eine andere Frage ist, ob man das antisemitisch nennen kann." Wie denn sonst, fragen wir uns verwirrt. Wir haben den Verdacht, daß genau diese Bruchstelle linker Politik und Geschichte nivelliert werden soll. So werden Gewaltverhältnisse verschleiert, zumal radikale Kritik am Antizionismus als „ahistorisch und abwicklerisch" – also in der Diktion der eben zitierten Antiimperialisten – bezeichnet wird.

IV. „Die tiefsitzende Emotionalität bei dieser Diskussion liegt in dem Gegensatz begründet, daß die, die den völligen Bruch mit der BRD-Gesellschaft vollziehen wollten, mit dem Vorwurf belegt wurden, in eben die verhaßten Strukturen verstrickt zu sein," schreiben die *radikal*-Autorinnen.

Die beinah zeitlos aktuellen Zitate aus dem erwähnten Protokoll zeigen das Gegenteil, nämlich daß der Antizionismus nur so lange eine Funktion hatte, wie das antisemitische Ressentiment sich nicht offen äußern konnte. Von einem „Vorwurf" in diesem Zusammenhang zu sprechen, wo die Verstrickung in die verhaßten Strukturen, wie wir gezeigt haben, immer neue Blüten treibt, ist eine Verharmlosung. Daß ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt Antiimperialisten erneut mit ihrem Lieblingsbegriff in einer Art und Weise hausieren gehen, daß Leute, denen wir dieses Protokoll gezeigt haben, dachten, es handele sich um ein Diskussionsprotokoll der Nationalrevolutionäre, ist kein Zufall. Schließlich ist der Antizionismus ein wesentlicher Bestandteil dieser politischen Identität gewesen und nachgerade der einzige, der nach den Jahren des „Zersetzungsprozesses in der Linken" – wie diese Antiimperialisten das im Flugblatt zur ihrer Veranstaltung in reinstem Nazideutsch nennen – noch übrig ist. Daß sich solche Ansichten in den Köpfen halten können, ist aber auch Ausdruck der Heimkehr derer, „die den völligen Bruch mit der BRD-Gesellschaft vollziehen wollten", in den Schoß der deutschen Gesellschaft: Der deutsche linke Antizionismus gerierte sich als Opposition zum staatlich verordneten „Philosemitismus" der Tätergeneration, die diesen spätestens seit 1989 hinter sich gelassen hat: Hier – und nicht im Bruch mit dieser Generation, welche sie kollektiv die Schuld an der Ermordung der europäischen Juden zu verantworten hat – liegt die Wahrheit, die doppelt gedrehte Opposition, die die Nabelschnur zu den deutschen Mördern nicht durchtrennen konnte.

Der Bruch mit den gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen wird für die Revolution immer die Bedingung sein, die erfüllt sein will, sollte es einmal ernst werden mit der „Emanzipation der Deutschen zu Menschen." (Karl Marx) Wer ausgerechnet auf das reaktionärste Element der Geschichte der Linken zurückgreift, will diesen Bruch nicht; im Gegenteil: er oder sie negiert die Notwendigkeit der Revolution als Notwendigkeit der Abschaffung eines Systems, das Auschwitz hervorbrachte.

ak kassiber, Juli 1996

Anmerkung:

1) Auf der Veranstaltung sagte ein Genosse, daß die Besetzerinnen und Besetzer ihre Haltung wohl verändert haben oder verändern – wenn dem so ist, würden wir ein öffentliches Verhalten sehr begrüßen!

Von Zionisten und Antideutschen – ein Protokoll des Antisemitismus

Wir dokumentieren einige im Text „Die Wiederkehr des ‚ewigen Juden'" nicht eingearbeitete Auszüge aus dem Protokoll des süddeutschen „Regionaltreffens" vom Februar 1995 in Nürnberg. Das Protokoll wurde erstmals – zu Entlarvungszwecken – in der Nürnberger Zeitschrift „Wie weiter?", 9/95 veröffentlicht.

Auf dem Regionaltreffen waren Antiimperialisten aus Heidelberg, Mannheim, Darmstadt, Kaiserslautern, Würzburg und Nürnberg anwesend.

„Darauf wurde auf Zusammenarbeit der Nazis mit dem Zionistischen Weltkongreß verwiesen, der quasi mitentschieden habe, wer „über die Rampe" muß, und wer nach Palästina kann.

Außerdem sei Dresden natürlich ein Kriegsverbrechen gewesen, weil die Bombardierung von Zivilbevölkerung immer ein Kriegsverbrechen sei.

Auf die Frage, welche Zivilbevölkerung es denn damals gegeben habe, nachdem doch fast alle Deutschen mitgemacht haben, kam die Antwort, mit dem Argument könnten auch heute Berlin und Bonn bombardiert werden.

(...)

In dem Zusammenhang wurde zu bedenken gegeben, daß die Art, wie diese Diskussion von bestimmten Kreisen forciert würde, eine Rückführung auf Imperialismus als Ursache unmöglich mache. Israel dürfe nicht mehr kritisiert werden, und durch die besondere Betonung und Hervorhebung des deutschen Imperialismus werde es gerade jüngeren Leuten unmöglich gemacht, sich als deutsche AntifaschistInnen auch als AntiimperialistInnen (gegen den weltweiten Imperialismus) zu begreifen und zu verhalten. Eine geschichtliche Verfälschung, wie sie von der antinationalen/antideutschen Vorbereitung betrieben werde, indem einfach die ganze Geschichte von revolutionärem Widerstand der letzten 25 Jahre unter den Tisch fällt, mache das möglich.

Insbesondere wurde auf die Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus (z.B. Ingrid Strobl, Jürgen Elsässer, bahamas), welche auf einer moralischen Ebene eine Kritik an der Linken (nicht nur in diesem Land) übt. Hierzu sei es sicher hilfreich nochmal das „Schwarze-September"-Papier der RAF von 1972 zu lesen.

(...)

Die Gefahr eines innerimperialistischen Krieges sei so gering wie nie. Das Problem sei vielmehr die Ausblutung des Trikonts: Seuchen und Krankheiten aus früheren Jahrhunderten brechen z.B. „plötzlich" wieder auf in bestimmten Regionen. Der Verdacht dränge sich auf, ob hier nicht biologische Kriegsführung im Spiel sei. Zu fragen sei, ob das kein Völkermord sei, ob das nicht mit Auschwitz zu vergleichen sei ...

(...)

Teile der radikalen Linken wie Elsässer oder die Bahamas (Leute, die sich in den 70er Jahren aus guten Gründen zurückgehalten hätten) würden das Argument des „Antisemitismus der Linken" funktionalisieren.

(...)

Das neue Feindbild nicht nur in Deutschland sondern v.a. auch in Frankreich sei der „Islamismus". Einen Nationalismus gebe es auch woanders.

Es habe schon immer Überschneidungen zwischen den Inhalten von Rechten und InternationalistInnen gegeben. Wenn die Rechten Argumente übernehmen würden, müsse das nicht gleich heißen, daß diese Inhalte dann falsch würden deswegen."

Die Täter sind überall ...

Scheiß Grevesmühlen

Aus einem Kaff wie *Grevesmühlen* zu stammen und dort leben zu müssen, ist an sich schon Grund für schärfsten Hader mit der Einrichtung der Welt, Grund den revolutionären Umsturz aller bestehenden Verhältnisse zu wollen. Doch Grevesmühlen liegt in *Deutschland*. Auch hier wird mit der Welt gehadert, aber eher, weil nicht überall Deutschland, weil nicht jeder ein Deutscher ist.

In der Nacht zum 18. Januar brachen vier junge Männer mit einschlägiger patriotischer Gesinnung aus Grevesmühlen nach Lübeck auf.

Dort setzten in der gleichen Nacht Unbekannte ein Flüchtlingsheim in Brand und töteten 10 Menschen, 38 verletzten sie schwer. Die Opfer wurden ausgewählt, weil sie keine Deutsche waren.

Scheiß Deutschland

Grevesmühlen ist auch in Deutschland nur ein anderer, austauschbarer Name für den Arsch der Welt. Bonn ist (noch) Hauptstadt. Was von Bewohnern der vielen Grevesmühlen in diesem Land mit Brandbomben angegangen wird, löst man dort mit Gesetzen und Verordnungen. Deutsche Politiker bevorzugen die legale Abschiebung unerwünschter Flüchtlinge aus Deutschland und am liebsten aus der Welt. Die spontane, „wilde" Erfüllung nationaler Anforderungen ist ihnen peinlich - wg. „Ansehen Deutschlands in der Welt".

Deutsche Juristen sind findig. Sie finden einen Weg, die übereiligen Vollstrekker zwar nicht zu belohnen, aber doch vor Strafe zu schützen. Die Lübecker Mordtat wird einem Flüchtling angehängt, schließlich waren in Deutschland die Opfer immer schon mindestens mitschuldig. „Diese Ordnung gilt es zu stören!", heißt es im Aufruf zu einer Demonstration unter dem Motto „Die Täter sind überall...". Diese soll am 31.8. im Heimatort jener 4 Lübeckbesucher stattfinden, die nicht nur deutsche Werte hochalten, sondern sich auch kollektiv mit Benzin beschmutzten und die Haare versengten, als andere unter Zuhilfenahme des gleichen Brandbeschleunigers ermordet wurden.

Grevesmühlen ist überall

„Es hätte auch jedes andere Dorf, jede andere Stadt in Deutschland sein können." Das stellen die InitiatorInnen der Demonstration zu Recht fest. Ihre Aufforderung lautet, „Den TäterInnen auf die Pelle rükken!" Dem kann sich die BAHAMAS-Redaktion nur anschließen und fordert ihrer LeserInnen zur Teilnahme auf.

Weitere Informationen über: Anti-Repressionsbüro, c/o PDS, Diefenbachstraße 33, 10967 Berlin, Fax: 030/6949354

Demonstration in Grevesmühlen
Samstag, 31.August 1996
13.00 Uhr ab Bahnhof

Der Revisionismus – die modernste Form des Antisemitismus

Am Beispiel einer Männerfreundschaft

Was haben der beliebteste Mann Frankreichs und der berühmteste Philosoph der arabischen Welt gemeinsam außer ihrem biblischen Alter? Dieser Frage stellte sich vor wenigen Monaten eine entsetzte französische Öffentlichkeit. Denn die Affäre Garaudy/Abbé Pierre könnte eine qualitative Veränderung der französischen Gesellschaft im Umgang mit dem Antisemitismus zur Folge haben. An dem im folgenden erörterten Beispiel einer alten Freundschaft soll der Fortschritt des auch in Frankreich grassierenden Geschichtsrevisionismus und seiner Folgen deutlich gemacht werden.

I. Der Philosoph

Roger Garaudy war bis 1970 Hausphilosoph der KPF (Kommunistische Partei Frankreichs), betraut mit der Intellektuellenfrage. Mit 14 war er Protestant, mit 20 Stalinist und Protestant, mit 60 zur Abwechslung Katholik, um dann mit 70 den Islam zu entdecken. Zum Islam kam Garaudy über die orientalische Philosophie und eine antikolonialistische Position, die schon so manchen Linken ins antisemitische Lager manövriert hatte. „Denn die Geschichte ist stets von Siegern geschrieben worden. Und der Triumph der stärksten Armeen ist nicht notgedrungen der Sieg der höchsten Kulturen. Über diese Geschichte und diese Kulturen, die unterlegenen, habe ich nichts aus den Handbüchern oder Seminaren meiner akademischen Lehrer, noch aus den Arbeiten meiner Kollegen ‚Philosophen' gelernt. Meine Fibel waren die ‚heiligen Bücher'. (Nach 1968 entdeckte ich erst die orientalische Philosophie.)"

1982 konvertiert Garaudy zum Islam. Die Begründung war eindeutig antisemitisch: Das Christentum setze der zionistischen Ideologie zu wenig entgegen.

Garaudy ist Autor von 50 Büchern (1), bekannte sich im Laufe der Jahre zu einem halben Dutzend Weltanschauungen und landete am Ende seiner Karriere bei den Geschichtsrevisionisten und Neonazis. Seit 1991 ist er Mitarbeiter des neofaschistischen Organs *„Nationalisme et République"*. Heute steht er vor Gericht wegen Leugnung von Verbrechen gegen die Menschheit. Es handelt sich dabei um sein 1995 erschienenes Buch „Gründungsmythen der israelischen Politik".

Dieses neueste Machwerk Garaudys stellt die Vernichtung der europäischen Juden im Laufe des 2. Weltkriegs grundsätzlich in Frage. Dieser nicht mehr ganz so neue akademische Antisemitismus, der in Frankreich bereits 1948 mit Paul Rassinier, auf den ich später noch näher eingehen werde, begann und mit dem Lyoner Professor Faurisson in den 80er Jahren über die französische Grenze hinaus bekannt wurde, wünscht den Juden nicht den Tod, sondern behauptet, sie seien gar nicht umgekommen. Garaudys Auschwitzlüge zentriert sich auf den Staat Israel, dem er alle Übel der Welt anlastet und dessen Existenzrecht er anficht. Die Shoah sei ein Mythos, und so lautet auch der Titel eines Kapitels seines Buches: Er akzeptiere weder die Grundlagen noch die Beschlüsse der Nürnberger Prozesse. Die Infragestellung der Nürnberger Prozesse beruht auf der alten revisionistischen These, daß es sich nicht um ein internationales Tribunal handelte, da es sich nur aus den Siegern zusammensetzte. Garaudy zufolge sanktioniere der Mythos der Shoah alle Schweinereien der Israelis in Palästina. Er schlägt vor, den Begriff der Vernichtung durch den des Pogrom zu ersetzen. Garaudy schlägt einen Bogen vom Buch Josua im Alten Testament – der angeblichen Vernichtung der Kanaanäer und anderer Völker durch die Juden – zum Rassismus, zur ethnischen Säuberung, zur Shoah und zum angeblichen Genozid an den Palästinensern, den Israel praktiziere. Seine Hauptthese lautet: Die Opfer sind die eigentlichen Täter. Der Judaismus bzw. Zionismus seien eigentlich für das Unglück der Juden verantwortlich. Es gebe einen langsamen Genozid an den Palästinensern, der an den Juden allerdings habe nie stattgefunden. Den Nazis sei nie eine Vernichtungsabsicht nachgewiesen worden, Gaskammern habe es auch keine gegeben.

Nachdem sein neues Buch drei Monate erschienen war, ohne großes Aufsehen zu erregen (außer einer Anzeige wegen Leugnung der Shoah von zwei Vereinigungen ehemaliger Deportierter) benötigte Garaudy eine PR-Offensive, um sein Buch unter die Leute zu bringen. Mit seinem Anwalt, dem Ex-Maoisten und Araberfreund Jacques Vergès, der 1987 schon Klaus Barbie in Lyon verteidigt hatte, berief er eine Pressekonferenz ein, bei der er beanspruchte, Opfer einer Verschwörung des Schweigens zu sein. Der Clou der Veranstaltung waren drei Leumundszeugnisse, ein Brief des Dominikaners Jean Cardonnel, ein Brief des Schweizer Linken Jean Ziegler und einer des Armenpriesters Abbé Pierre. Alle drei hatten diese Schreiben in Unkenntnis des Buches verfaßt. Als Cardonnel und Ziegler erfuhren, um was es in diesem Werk geht, distanzierten sie sich auch schon von Garaudy. Abbé Pierre reagierte auf einen offenen Brief von Bernard Kouchner, einem ehemaligen Minister Mitterands, in *Le Monde* vom 30.4.96 und kündigte seine Solidarität mit Garaudy. Allerdings nur um sogleich mit eigener antisemitischer Argumentation seinem alten Freund zur Seite zu stehen. Es waren schließlich nicht seine negationistischen Thesen, die Garaudys neues Buch populär machten, es war die Unterstützung seines Freundes Abbé Pierre.

II. Der katholische Agitator

Abbé Pierre hat außer seiner Priesterkutte möglicherweise alles, um durchschnittlichen Linken zu gefallen. Seit 1949, als er die Emmaus-Bewegung gründete, die heute in 32 Ländern gegen Armut und Analphabetismus vorgeht, engagierte er sich an sozialen Brennpunkten auf seiten der Armen und Entrechteten. Selbstredend war er *Résistant*, wurde deportiert und hatte dabei noch einigen Juden unter persönlichem Einsatz das Leben gerettet. Bis zum heutigen Tag respektlos gegenüber Autoritäten, schleuderte er Le Pen ein „Halt die Fresse!" entgegen und warf Chirac schon vor dem Wahlausgang der letzten Präsidentschaftswahlen vor, daß er seine Versprechen gegenüber den sozial Schwachen nicht einhalten werde. Um dieser Feststellung Nachdruck zu verleihen, zog er mit den Hausbesetzern in der Rue de Dragon zusammen und verhinderte mit dieser Aktion eine geplante Räumung. Chirac sah sich dadurch gezwungen, mehrere leerstehende Häuser zu beschlagnahmen und für Wohnungssuchende zur Verfügung zu stellen. Seine größte Zeit war in den 50er Jahren, als er durch seine Agitation während des eiskalten Winters von 1954, in dem

einige obdachlose Menschen erfroren, die Gründung von mehreren Obdachlosenzentren erzwang. Mit einer Ansprache in Radio Luxembourg brachte er 20.000 Menschen dazu, für diesen Zweck Geld zu spenden. Aus dieser Zeit kannte er seinen Freund Roger Garaudy, der damals Kommunist war und mit Abbé Pierre gemeinsam am Aufbau der Obdachlosenhilfe wirkte.

1987 gründete der Abbé eine Stiftung für sozialen Wohnungsbau, im Februar 1994 lancierte er einen „Aufruf gegen die Gleichgültigkeit" und desavouierte damit Mitterands Sozialpolitik. Ganz nebenbei war er, zusammen mit Chirac und dem ehemaligen Premierminister Laurent Fabius Ehrenmitglied einer Antirassismus-Organisation (LICRA, *Ligue internationale contre le rassisme et l'antisémitisme*), aus der er nach seinen antisemitischen Bekenntnissen ausgeschlossen wurde. Der nach Umfragen beliebteste Franzose, die „Ikone der Wohltätigkeit", der Armenpriester und Medienstar, den Roland Barthes in seinen „Mythen des Alltags" 1957 als scheinbar Neutralen, über den Klassen stehenden Scheinheiligen porträtierte, der statt Gerechtigkeit Nächstenliebe predige, ist ernsthaft dabei, seine Popularität einzubüßen. Dies der Parkinsonschen Krankheit, die den Priester ereilte, zuzuschreiben, wäre zu einfach. Seine jüngste Solidarität mit den afrikansichen Einwanderen, die in der Pariser Kirche St. Ambroise Schutz vor den Behörden gesucht hatten, blieb erfolglos: Die Kirche wurde mit Einwilligung des Pariser Erzbischofs Lustiger geräumt, die Afrikaner wurden ausgewiesen. Auch der sinkende Erfolg ist nicht für die antisemitischen Bekenntnisse des Abbé verantwortlich, da er sich bereits 1993 dazu hinreißen ließ, die Juden des Völkermordes zu bezichtigen. Am 27.3.93 wandte er sich mit folgendem Ausruf an die in Israel lebenden Juden: „Laßt mich doch mit eurem gelobten Land in Ruhe!" Bernard Kouchner der mit dem Abbé 1994 das Buch „Gott und die Menschen" veröffentlicht hatte, unternahm mit ihm 1993 eine Reise nach Jerusalem, während derer sich der Geistliche, Kouchner zufolge, mehrere antijüdische Äußerungen zuschulde kommen ließ. Abbé Pierre und Kouchner waren einer Einladung Arafats gefolgt. Dort angekommen, entschuldigte sich der Abbé im Namen aller Europäer für das Leid der Palästinenser, das ihnen durch die Gründung des Staates Israel zugefügt wurde. Auf die Frage warum er dies tat, antwortete der Abbé mit einem Argument, das eher für einen arabischen Linken typisch wäre als für einen katholischen Armenpriester in Frankreich: An den Verbrechen, die die Gründung des Staates Israel erzeugten, wäre kein einziger Araber beteiligt gewesen. Hitler war schließlich ein katholischer Europäer. Die Europäer hätten dann nach der einfachsten Möglichkeit der Wiedergutmachung gegenüber den Juden gegriffen, nämlich die Palästinenser von ihrem Boden zu verjagen. Man habe sich auf dem Rücken der Palästinenser revanchiert. Nach seinem offenen Brief an den Abbé und nach dessen Solidaritätsbekundungen für Garaudy befürchtet Bernard Kouchner, daß der Geistliche aufgrund seiner Halsstarrigkeit bald ganz zum Lager der Revisionisten zählen wird.

Garaudys Anwalt Vergès hatte den Abbé Pierre gebeten, zur Pressekonferenz jenen skandalträchtigen fünfseitigen Brief zu formulieren: „Aber mit ‚Josua' (freilich Jahrhunderte nach den Ereignissen erzählt) entdeckte ich, wie eine wirkliche ‚Shoah' im gelobten Land durchgeführt wurde. Und um mich haben einige Personen, deren Ansprüche und Kompetenz groß sind und die es in Gänze gelesen haben, mir die Bedeutung dessen gesagt, was sie durchaus aufgenommen haben. Man muß alles tun, und ich bemühe mich darum, damit echte Historiker, mit derselben Leidenschaft für die Wahrheit wie der Deinen (gemeint ist Garaudy), sich daran machen, mit Dir zu debattieren". (zitiert nach der jungen Welt vom 24.4.96).

Die katholische Bischofskonferenz distanzierte sich schnell vom Abbé. Nachdem die französische Presse den Abbé und seine Forderung nach einem neuen Historikerstreit über die Anzahl der Opfer der Shoah kritisiert hatte, verurteilte der Abbé wiederum alle „die die Shoah verneinen, verfälschen oder banalisieren". Der nur kurz währenden Reue waren Gespräche mit dem Großrabbiner und dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Frankreich vorausgegangen. Aus der Ankündigung, sich nach Italien in ein Kloster zurückzuziehen, ist auch nichts geworden. Nach der Selbstkritik wandte der Abbé sich erneut mit eigener antisemitischer Argumentation an die Öffentlichkeit, die sich beim alten christlichen Antijudaismus bediente, den Kaiser Konstantin, das Bündnis mit Gott und die Autodiebe beschwor (2).

III. Die moderne Form des Antijudaismus

Abbé Pierre trat vor dem 2. Weltkrieg dem asketischen Kapuzinerorden bei. Sein Biograph Pierre Lumel gab im *L'Evenement du Jeudi* vom 29.4.96 zu, daß das dort gepredigte Christentum mit den Juden nicht zimperlich verfahre. Bis zum zweiten vatikanischen Konzil (3) entsprach dieser Umgang durchaus der offiziellen Position der katholischen Kirche. So verweist der Abbé Pierre im besagten Brief auch darauf, daß die Juden ihrem Auftrag und Versprechen seit Moses' Auszug aus Ägypten nicht nachgekommen wären. Kritische Kirchenmänner werfen dem Abbé nun vor, das reaktionäre Denken eines Katholiken des 19. Jahrhunderts zu reproduzieren. Das Christentum präsentiere sich als das eigentliche Israel, deshalb sei die Existenz des Judaismus immer noch ein Affront für überzeugte Christen, interpretierte der israelische Philosoph Y. Leibowitz noch 1992 die moderne Version des Antijudaismus.

Claude Lanzmann konstatiert die Rückkehr des alten christlichen Antijudaismus. Diese Position könnte auf Gemeinsamkeiten zwischen dem Abbé Pierre und dem deutschen Hofprediger Adolf Stoecker verweisen, welcher im deutschen Kaiserreich der Sozialdemokratie ihre soziale Basis abspenstig machen wollte. Doch Stoeckers Antisemitismus hatte bei den Arbeitern keinen Erfolg. Mehr Beifall fand er beim Kleinbürgertum. Deshalb wechselte er auch von der 1878 gegründeten Christlichen Sozialen Arbeiterpartei zum rechten Flügel der Deutschkonservativen. Mit Stoecker verbindet Abbé Pierre das christlich soziale Engagement. Und bereits bei Stoecker handelte es sich nicht mehr um den kirchlichen Antijudaismus, da er anders als die meisten katholischen Antisemiten den Kampf des „jüdischen Liberalismus" gegen Christentum und Kirche nicht auf die jüdische Religion zurückführte. Seine Angriffe enthielten bereits Elemente des modernen Antisemitismus. Sie richteteten sich nicht gegen die fremde Religion, sondern gegen die Religionsfreiheit der emanzipierten Juden.

Wie Abbé Pierre teilte Stoecker die in seiner Zeit an Bedeutung zunehmenden rassenideologischen Positionen, ohne sich seiner antisemitischen Einstellung völlig bewußt zu sein. Und wie damals leben wir in einer Zeit der ökonomischen Rezension – zu Stoeckers Zeiten fand der Gründerkrach statt – und in einer Zeit des starken Nationalismus. Damit dürften sich die durchaus nicht unwesentlichen Gemeinsamkeiten zwischen Stoecker und dem Abbé aber auch schon erschöpft haben.

Es war im 19. Jahrhundert, als sich der religiös geprägte Judenhaß zum modernen Antisemitismus transformierte. Im Gegensatz zu Deutschland waren in Frankreich, nach der Revolution von 1789, christliche Argumente gegen jüdische Gleichberechtigung kaum noch zu vernehmen. Der christlich begründete Judenhaß verwandelte sich in moderne antisemitische Argumentationen. Ein neues historisches Subjekt, die Nation, war entstanden. Der moderne Antisemitismus war eine Reaktion auf die französische Revolution und ihre politischen und ökonomischen Folgen. Der

Formwechsel des Judenhasses zum modernen Antisemitismus vollzog sich von 1789 bis 1870. Der elementare Judenhaß wandte sich gegen die Härte der christlichen Herrschaft, traf aber die ihrer Religion treuen Juden. „Ihr Judenhaß ist im Grunde Christenhaß, und man braucht sich nicht zu wundern, daß in der deutschen nationalsozialistischen Religion diese innige Beziehung der zwei monotheistischen Religionen in der feindseligen Behandlung beider so deutlichen Ausdruck findet". (4) Die christliche Herrschaft ließ die Juden totschlagen: „Gott will es!", lautete der Schlachtruf der Kreuzzüge, und sie erntete selbst Liebe und Respekt damit. Die christliche Herrschaftsordnung bedurfte der speziellen Unterdrückung der Juden, damit die allgemeine erträglicher wurde.

In der vorkapitalistischen Welt erschienen die Juden als das personifizierte Unglück. Heute kann die antisemitische Meinung verinnerlichte Gewalt veräußerlichen. In das Meinen sickert der historische Gehalt über die affektive Besetzung des Meinenden unreflektiert mit ein. Das Meinen scheint individuell, ist seiner Struktur nach aber konformistisch. Detlev Clausen analysiert dies in seinem Aufsatz „Vom Judenhaß zum Antisemitismus": Gerade in dem er auf *seiner* Meinung beharrt, fühle der Einzelne sich von den anderen bestätigt, das sei gewissermaßen der psychische Gewinn des Einzelnen, komme seinem Selbstwertgefühl zugute. Man müsse sich lösen von der Vorstellung, das antisemitische Meinen wäre das Unnormale und aufgeklärte Rationalität das Normale – das Gegenteil sei der Fall. Antisemitisches Meinen sei gerade deswegen schwer zu erschüttern, weil es nicht allein auf subjektiv fehlerhaftem Denken beruhe, sondern dem ohnmächtigen Individuum das Gefühl gebe, mit einer objektiv gesellschaftlichen Tendenz im Bunde, also: „stark zu sein".

Der moderne Antisemitismus hat einen pseudodemokratischen Gestus des Mitreden-Wollens, der sich bei Abbé Pierre so anhört: „Wir wollen uns nicht länger als antijüdisch oder antisemitisch bezeichnen lassen, wenn wir nur sagen, daß ein Jude falsch singt. (...) Wenn das Gewitter (gemeint ist die Kritik an ihm) vorbeigezogen sein wird, werden viele durchschnittliche Franzosen über mich sagen: Er hat uns geholfen, klarer zu sehen. „ (*Libération*-Interview mit dem Abbé während der Pressekonferenz vom 29.4.96)

Daß Abbé Pierre in eine antijudaistische Argumentation verfällt, bedeutet nicht, wie Lanzmann glaubt, die Rückkehr des alten christlichen Antijudaismus, sondern verweist auf die historischen Ursprünge des modernen Antisemitismus. Denn der Abbé zieht seine antijudaistischen Argumente nur heran, um seine Unterstützung an Garaudy zu begründen. Diese Unterstützung von Garaudy wiederum ist die Verleugnung von Auschwitz, der Versuch am status quo ante des Antisemitismus anzuknüpfen. Der Antisemitismus des Abbé ist nicht vor-, sondern hochmodern oder besser gesagt die modernste Form des Antisemitismus in Frankreich: Der Geschichtsrevisionismus.

IV. Geschichtsrevisionismus oder Negationismus

In Frankreich ging der Revisionismus selbstredend immer mit dem Antisemitismus einher. Er war nicht nur und nicht immer eine Angelegenheit von Ex-Linken, wie die bürgerliche Presse heute gerne feixt. Nach dem Faschismus war Frankreich zunächst Vorreiter im Kampf für die Rehabilitierung der Juden. Daran beteiligte sich sogar die katholische Kirche. 1967 war das vorbei. DeGaulle nannte Israel einen Aggressorstaat und 1969 die Juden „ein elitäres, eingebildetes und herrschsüchtiges Volk". Damit legitimierte er seine neue Nahostpolitik und das damit einhergehende Embargo gegen Israel.

1967 erklärte Maxime Rodinson in *„Le Monde diplomatique"*, daß die Araber „nicht anders könnten, als davon zu träumen, Israel zu vernichten." Sogar Sartre glaubte von Israel mehr erwarten zu dürfen als von anderen Staaten, da seine Bevölkerung ja schließlich Juden seien. Es gab auch Linksintellektuelle, die sich solidarisch zu Israel verhielten, wie Eugène Ionesco oder die Zeitung *„Le Canard enchainè"*. Pierre Vidal-Naquet, der heute mehrfach gegen den Abbé Pierre auftrat, kündigte 1967 Israel die Solidarität auf. Die kommunistische Partei, deren führendes Mitglied Garaudy damals noch war, blieb nach wie vor unerschütterlich antizionistisch und kritisierte den „israelischen Imperialismus". De Gaulle glaubte eine doppelte nationale Zugehörigkeit der französischen Juden zu entdecken.

Der eigentliche Geschichtsrevisionismus begann bereits 1948 mit der Veröffentlichung von Maurice Bardèche „Nürnberg oder das gelobte Land", eine Abhandlung des Nürnberger Prozesses aus nationalsozialistischer Sicht, wie sie heute von Garaudy wieder aufgenommen wurde. Die Zeitschrift von Bardèche, „Verteidigung des Westens", bekundete offene Sympathien mit dem Nationalsozialismus. Diese neue „Schule", die sich bald darauf selbst „revisionistisch" taufte, versammelte schon damals Leute der extremen Rechten und ehemalige Kollaborateure, aber auch Leute, die aus der Linken und der radikalen Linken kamen, wie z.B. Paul Rassinier, spiritus rector der heutigen Revisionistengeneration um Robert Faurisson und andere. Vom eigentlichen Start des Negationismus kann man ab 1950 sprechen. Rassinier, ehemaliger Kommunist, dann Trotzkist und Pivertist (5), wurde von den Nazis verhaftet und nach Buchenwald und Dora deportiert. Nach seiner Rückkehr begann er, an einer Schrift zu arbeiten, die er „Die Lügen der Literatur über die Konzentrationslager" nannte. Darin stellte er Zeugenaussagen von Deportierten in Frage. Er denunzierte die Bürokratie der Kapos, die ihm zufolge härter gewesen seien als die SS, und beschuldigte die Kommunisten, in den Lagern Terror und Selektion betrieben zu haben. (6) Die Gaskammern zog er aufgrund seiner eigenen Erfahrung in Zweifel, weil es doch in Buchenwald und Dora keine Gaskammern gab.

Unterstützt von Bardèche entwickelte Rassinier die Ideen, die Faurisson 20 Jahre später berühmt gemacht haben. Rassinier behauptete, die Gaskammern und die Shoah wären Mythen, die von den alliierten Siegern und der zionistischen Propaganda verbreitet würden. 1962 denunzierte er in seiner Schrift „Der wirkliche Eichmannprozeß oder die unbelehrbaren Sieger" den Nürnberger Prozeß als Resultat einer Siegerlogik und erklärte die Unterzeichner des Versailler Vertrages zu den eigentlichen Verantwortlichen des Krieges. Im Dezember 1980 hörte sich das bei Faurisson dann so an: „Die sogenannten Gaskammern Hitlers und der sogenannte Genozid bilden einen gemeinsamen historischen Schwindel, der einen immensen finanziellen Betrug ermöglichte, von dem vor allem der israelische Staat und der internationale Zionismus profitierten und dessen Opfer das deutsche Volk – nicht seine Führer – und das gesamte palästinensische Volk darstellen." Wenn man die französischen Revisionisten von heute ins Visier nimmt, so stellt man fest, daß Rassinier eigentlich schon alles gesagt hat. Die „Logik der Sieger" findet sich auch bei Le Pens Veröffentlichung „Die Franzosen zuerst". Le Pen droht darin, daß der Nationialsozialismus, der bisher nur von den Siegern beurteilt worden sei, einmal von der Geschichte anders bewertet werden würde.

V. Die Allianz

Die heute viel beschworene Verbindung von Links- und Rechsradikalen bezüglich des Antisemitismus besteht wirklich. Sie beruht bei den Rechten auf einem vorrangigen Antikommunismus, der die Unterstützung für den Nationalsozialismus legitimierte, und bei den Linken auf einem Antistalinismus, der den Nationalsozialismus relativiert, Auschwitz mit dem Gulag

gleichsetzt und soweit geht, die Shoah zu leugnen. Ein positives Verhältnis zu Staat und Nation, die nur mit den richtigen Inhalten zu füllen seien, versteht sich von selbst. Was die Linke angeht, so sei noch auf die populistische Tradition des 19. Jahrhunderts verwiesen, die das Kapital mit den Juden identifizierte, wie etwa bei Fourier oder Proudhon. Diese Tradition wurde im 20. Jahrhundert von der antiimperialistischen und antizionistischen Position abgelöst, wie bei P. Guillaume, S. Thion, K. Khella oder R. Garaudy.

1960 publizierte die linksradikale Revue „*Programme communiste*", einen Artikel mit dem Titel: „Auschwitz oder das große Alibi". Demnach diene „die Funktionalisierung der Shoah durch die imperialistischen Sieger, ob sie bürgerlich oder angeblich marxistischer Provenienz sind, als Alibi, um die proletarischen Massen zu verblenden, indem sie eine völlig fiktive Opposition zwischen Demokraten und faschistischen Regimen herstellen". Ein kruder Antikapitalismus macht es möglich, Faschismus, Demokratie und Stalinismus identisch zu setzen. Dieses Begriffswirrwarrs bedienen sich die Veröffentlichungen der Zeitschrift „*Vielle Taupe*" (Alter Maulwurf), „Vom sozialen Krieg" oder „Der kleine libertäre Berichterstatter". Herausgeber ist Pierre Guillaume, ein Ehemaliger der libertär-maoistischen Gruppierung „Sozialismus oder Barberei". Diese in den 70er und 80er Jahren entwickelten Thesen wurden von der Neuen Rechten teilweise übernommen und durch das Erstarken der traditionellen extremen Rechten, die einen Teil davon schon lange selbst entwickelt hatte, weiter unterstützt.

In den 80er Jahren übersetzte und vertrieb François Duprat, der heute Mitglied des *Front National* ist, all diese Texte und versah sie noch mit Vorworten. Zur selben Zeit veröffentlichte Pierre Guillaume die ersten Schriften von Faurisson, und Darquier de Pellepoix (ein ehemaliger Kommissar für jüdische Fragen im Vichyregime) erklärte dem *Express*: „In Auschwitz wurden nur die Läuse vergast." 1986 veröffentlicht die „*Vielle Taupe*" das Werk von Staglich: „Der Mythos Auschwitz, Legende und Wahrheit", ein Buch, das in der BRD 1979 beschlagnahmt und eingestampft wurde. 1987 erscheint die erste Nummer der „*Annales d'histoire révisionniste*", herausgegeben von Faurisson, Thion, Guillaume und anderen. Diese Strömung war eigentlich die ganze Nachkriegszeit aktiv. Bei der bislang letzten Episode Garaudy/Abbé Pierre, dem darauffolgenden Echo und den erfreuten Artikeln in der rechtsradikalen Presse wurde eine neue Grenze überschritten. Die Revisionisten profitieren von einer historischen Situation, in der die tradtionellen französischen Interpretationen der Kriegsjahre über Bord geworfen werden. Nach der Phase des gaullistischen „*Résistancialisme*" kam die Zeit der Anklagen gegen Vichy, das Ende der positiven Mythen, die der französischen Generation der 40er Jahre erlaubt hatte, die Nachkriegsjahre zu ertragen. Die „Rückkehr zur Geschichte" war für die Negationisten ein glücklicher Zufall. Wenn man schon einen Teil der Realität verschwiegen hatte, nämlich den, daß nicht alle Franzosen in die Résistance gegangen waren, warum also nicht andere „Wahrheiten" in Frage stellen? Um eine Floskel von Henri Rousso (7) zu zitieren: „Die Zeit war günstig, denn Frankreich krankt an seiner Vergangenheit."

Vichy wurde nie der Prozeß gemacht, die Säuberungen trafen nur Statisten. Die Nachkriegspolitiker jedweder Couleur legitimierten diese Tatsache damit, daß die Kontinuität des Staates zu wahren sei. Bousquet, der 1943 für die Polizei zuständiger Staatssekretär der Regierung Laval war, wurde vor kurzem erst angeklagt. Papon, der Generalsekretär der Präfektur Gironde unter deutscher Besatzung, war persönlich verantwortlich für die Deportation französischer Juden und wurde erst 1981 angeklagt, als er das Budget für die Präsidentschaftswahlen verwaltete. Er erwartet immer noch seinen Prozeß, und die Elsässer, die sich der berüchtigten Einheit „Das Reich" freiwillig anschlossen und in Oradour-sur-Glane berühmt wurden, kamen völlig ungeschoren davon. Jüngst verlangte ein Ehemaliger dieser Division sogar eine Pension als alter Widerstandskämpfer.

Mit der Affäre Gauraudy/Abbé Pierre besteht die Gefahr einer grundsätzlichen Revision der bisherigen Geschichtsinterpretation dieser Jahre. Mitterand integrierte bereits über seinen persönlichen Werdegang das Vichyregime in die offizielle französische Geschichte. François Furet, Bernard Henri-Levy und andere ehemalige Linke sehen im Stalinismus das eigentliche Übel des 20. Jahrhunderts. Die linksradikale Wochenzeitung „*Rouge*" befürchtet, daß die französischen Revisionisten auch vor 1789 nicht halt machen werden.

Hinter der Offensive der Revisionisten steht eine politische Logik. Die französische Regierung konkurriert bereits mit dem *Front National* um das Erbe der Jeanne d'Arc. Der Front behauptet nämlich, daß darin der eigentliche Ursprung der französischen Nation liege, nicht in der bürgerlichen Revolution von 1789. Dies bedeutet eindeutig Punkte für den *Front National* im historischen Diskurs um eine Uminterpretation des Ursprungs des französischen Staates. Die Forderung des Abbé Pierre, ein historisches Kolloquium einzuberufen, um die Shoah neu zu diskutieren, zielt in die gleiche Richtung. Die Revisionisten werden als eine Schule oder ein wissenschaftlicher Ansatz eingeführt und salonfähig gemacht, der Negationismus wird in den öffentlichen Diskurs als eine Position unter anderen gestellt. In einem Land in dem sich das rechtsradikale Wählerpotential auf 15 % stabilisiert hat, der *Front National* große Städte verwaltet und die Staatsmacht beansprucht, können diese Positionen nicht ohne Auswirkungen auf die von der Regierung gemachte Politik bleiben. Vor 12 Jahren hatte Le Pen einen Tabubruch in puncto Rassismus erzielt. 1987 bezeichnete er die Gaskammern als Detail der Geschichte des 2. Weltkrieges. Heute sieht es so aus, als würde es dem Abbé Pierre gelingen mit dem Antisemitismus das zu vollziehen, was Le Pen vor 12 Jahren mit dem Rassismus gelang: die Tabugrenzen der antisemitischen Äußerungen zu durchbrechen. Das seit 1990 bestehende Gesetz Gayssot gegen die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie der Nürnberger Prozess 1946 definierte, wird erneut in Frage gestellt. Die extreme Rechte forderte schon immer die Rücknahme des Gesetzes. Bereits 1990, als es auf Initiative des kommunistischen Abgeordneten Gayssot mit Unterstützung der PS und KPF beschlossen wurde, kritisierten es die Rechten als „kommunistisches Unternehmen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit".

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen, ob in Frankreich oder Deutschland, ermöglichen es den Menschen nicht, vom Antisemitismus loszukommen. Sie tragen im Gegenteil dazu bei, den Antisemitismus affektiv zu besetzen, wie das Beispiel des Abbé Pierre verdeutlicht.

Elfriede Müller

Anmerkungen:

1) Über die Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus (1949); Materialistische Theorie (1953); Karl Marx (1965); über ein vom Argument Verlag hochgelobtes Werk über Hegel (1966) und eins über Lenin (1968) zu Fragestellungen wie: „Kann man heute Kommunist sein?", „Brauchen wir Gott?" (1984) bis zu „Größe und Dekadenz des Islam" (1986). Als linker Intellektueller veröffentlichte Garaudy bei renommierten Verlagen wie Gallimard, Grasset, Fayard und Seuil. Für sein letztes Werk fand er zunächst keinen Verleger.

2) Vgl. *Le Monde Diplomatique* Juni 96, S. 20

3) Dieses Konzil veröffentlichte 1965 eine Erklärung „Nostra aetate", die den 2000 Jahre währenden antisemitischen Diskurs der katho

Anmerkungen 3 – 7 nächste Seite

Wiener G'schichten

Linker Antisemitismus in Österreich

Antisemitismus ist bekanntlich nicht nur ein Phänomen der politischen Rechten. Auch in Österreich nicht. Wenn auch der Großteil der österreichischen Linken stets ein entschiedener Gegner des Antisemitismus war, gab es doch schon im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts reichlich Fälle, in denen linke Theoretiker und Politiker Antisemitismus entweder leugneten, verharmlosten und entschuldigten oder – auch offen propagierten. Als Ruth Fischer für die deutsche KP 1923 die Losung ausgab „Tretet die Judenkapitalisten nieder!", bemühte man sich auch in der österreichischen Arbeiterbewegung, den Antisemitismus der breiten Massen zu bedienen. Das äußerte sich unter anderem darin, daß der Name *Rothschild* der einzige war, der österreichischen Sozialdemokraten in ihrer Propaganda zu einem Kapitalisten zu passen schien. So verwundert es nicht, daß zwischen den Weltkriegen die Personifikationen des Kapitals auf den Plakaten der Wiener Sozialdemokratie häufig eine Physiognomie aufwiesen, die Antisemiten für Juden reserviert haben. Entsprechend konnte sich Georg von Schönerer, einer der radikalsten Antisemiten seiner Zeit, lange Zeit der Sympathien von Teilen der österreichischen Arbeiterbewegung erfreuen (1). Schönerer zeichnete sich durch demagogische Angriffe gegen den *„Einfluß der Rothschilds"* auf Politik und Gesellschaft aus.

Von Antisemitismus zum Antizionismus

Nach dem Sieg über den Nationalsozialismus war antisemitische Propaganda in Europa weitgehend geächtet. So kam es, daß Antisemiten sich ein scheinbar neues Objekt ihres Hasses suchten. Gewettert wurde nun nicht mehr gegen „die Juden" sondern gegen den Staat Israel. Man war nicht mehr Antisemit; nun war man *Antizionist*. Zuerst war diese Entwicklung bei der äußeren Rechten in Deutschland und Österreich zu beobachten. Doch je mehr nach '45 die europäischen Linken sich an der Sowjetunion orientierten, umso mehr entwickelten auch sie einen Antizionismus, der eindeutig Affinitäten zum Antisemitismus aufwies.

Dabei ging die Orientierung an der Sowjetunion nicht immer mit einer antizionistischen Agitation einher. Die von Lenin geführte Oktoberrevolution hatte den russischen Juden – trotz struktureller Ähnlichkeiten der Leninschen Imperialismuskritik mit dem Antisemitismus (2) – durchaus Vorteile im Vergleich zur Zarenzeit gebracht. Mit Stalin kam jedoch ein Mann an die Macht, der sich nicht scheute, den Antisemitismus als Mittel im Kampf gegen die linke Opposition einzusetzen. Nach einer kurzen Phase der Unterstützung der israelischen Staatsgründung wurde der *Antizionismus* Ende der 40er Jahre zur politischen Doktrin der Sowjetunion.

KP und Neue Linke in Österreich

Aufgrund der Abhängigkeit von der KPdSU begriff es die *Kommunistische Partei Österreichs* als ihre Pflicht, der antizionistischen Agitation der SU und der anderen Ostblockstaaten zu bescheinigen, daß sie rein gar nichts mit Antisemitismus zu tun habe. In der *„Volksstimme"*, der damals täglich erscheinenden Zeitung der KPÖ, ging man 1952 sogar so weit, den Slànsky-Prozeß in der Tschechoslowakei vorbehaltslos zu verteidigen (3). In diesem Prozeß waren elf der vierzehn Angeklagten Juden, und die Anklage, die auf *„trotzkistisch-zionistisch-titoistische Verschwörung"* lautete, wurde von dem deklarierten Antisemiten Major Smola vertreten. Ein Jahr später rechtfertigte das gleiche Organ den sogenannten *„Ärztekomplott-Prozeß"* in der SU (4), in dem sechs Juden und drei weitere Angeklagte als *„Agenten des Zionismus"* wegen angeblicher Morde an hohen Staats- und Parteifunktionären und wegen unterstellter Mordpläne gegen Stalin vor Gericht standen. Die *„Volksstimme"* konnte in den Angeklagten keine Opfer einer antisemitischen Kampagne erkennen. Stattdessen erblickte sie in den Ärzten „Bestien in Menschengestalt" (5).

Als 1968 die Aktionen gegen jüdische Parteifunktionäre in Polen begannen, gab es innerhalb der KPÖ heftige Diskussionen über eine angemessene Reaktion. Mit mehr als einen Jahr Verspätung führten diese dann auch zu einer offiziellen Erklärung, die einer Besorgnis über die Vorgänge Ausdruck verlieh (6). Zuvor veröffentlichte die *„Volksstimme"* allerdings die Rechtfertigungen der polnischen KP-Führung für ihr Vorgehen gegen Juden (7).

Seit Ende der 60er Jahre spielt in Österreich wie auch in der übrigen westlichen Welt der *Antizionismus der Neuen Linken* seine Rolle. Seit 1970 wird an den Wiener Hochschulen von linken österreichischen und arabischen Gruppen Propaganda gegen Israel betrieben, die sich in einigen Punkten kaum von den zeitgleich verbreiteten Schriften rechter Gruppen unterscheidet. 1982 begründen Wiener Demonstranten ihren Protest gegen die Kriegspolitik Begins mit der Behauptung, Begin sei ein *„Nazifaschist"*. Ein Jahr später bringen die *„Alternative Liste Wien"* und die *„Gewerkschaftliche Einheit"* ihre Ablehnung der israelischen Libanonpolitik in einem Aufruf zu einer Kundgebung vor der israelischen Botschaft dadurch zum Ausdruck, daß sie vom *„vorsätzlichen Genozid"* an den Palästinensern reden, und leisten damit den Versuchen zur Relativierung des Holocaust Vorschub.

Nennenswerte Kritik am linken Verhältnis zu Israel kommt zu dieser Zeit kaum aus der Linken selbst, sondern findet sich fast ausschließlich in jüdischen Publikationen, insbesondere der *„Gemeinde"*, dem offiziellen Organ der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien.

Anmerkungen zu Männerfreundschaft ... :

lischen Kirche beendete. Übrigens war die französische katholische Kirche die erste, die den Vatikan 1973 aufforderte, den Staat Israel anzuerkennen.

4) Freud, S.: Der Mann Moses und die monotheistische Religion. GW Bd. XVI, London 1950, S. 198

5) Der Pivertismus war eine linke Tendenz der S.F.I.O (*Section Française de l'Internationale Ouvrière*, franz. sozialistische Partei der 3., 4. und frühen 5. Republik), die für die Einheit der Arbeiterparteien eintrat. Rassinier blieb 20 Jahre in der S.F.I.O.

6) Ob Lutz Niethammer und seine Coautoren sich bei „Die roten Kapos von Buchwald" vielleicht davon inspirieren ließen?

7) H. Rousso ist der Verfasser von *„Le syndrome de Vichy"*, erschienen 1987 in Paris.

Autonome und Antiimps

1990 machte eine *„autonome Palästina-Gruppe"* durch Veranstaltungen und Interviews mit dem völkisch-stalinistischen Antizionisten Karam Khella auf sich aufmerksam. Khella vertritt in seinen Schriften die Ansicht, der Zionismus schüre den Antisemitismus, die Juden seien also selbst Schuld an ihrer Bedrohung. Als 1993 auf einem Büchertisch eines autonomen Wiener Info-Ladens während des jährlichen Festes der KPÖ die Schriften Karam Khellas verkauft wurden, führte das noch zu zaghaften Protesten einiger Anwesender. Inzwischen gilt es als normal, daß diese Schriften auf jeder linken 3.-Welt-Veranstaltung angeboten werden.

Die Redaktion der autonom-umweltbewegten Zeitschrift *„Tatblatt"*, war durchaus in der Lage, den Antisemitismus bei Karam Khella und der *„autonomen Palästina-Gruppe"* zu bemerken. Allerdings schmetterte sie am Ende ihrer dazu verfaßten Stellungnahme (8) die Parole *„Boykottiert Waren aus Israel"* heraus. Sie belegte damit nicht nur ihre historische Amnesie, sondern auch, daß sie einer verkürzten – auch dem Antisemitismus nicht unbekannten – Kapitalismuskritik anhängt, die glaubt, zwischen guten und schlechten Waren und guten und schlechten Kapitalisten unterscheiden zu können.

In letzter Zeit führt vor allem eine Gruppe namens *„Kampagne Tawfik Chaovali"* – sie setzt sich für die Freilassung des wegen eines Anschlags auf den El-Al-Schalter im Wiener Flughafen inhaftierten Tawfik Chaovali ein – die unselige Tradition eines völlig unreflektierten linken Antizionismus fort. In einem Flugblatt verkündet sie, daß Israel *„seit Beginn seines Bestehens seine Existenz auf Gewalt gegründet"* habe und tut dabei so, als wäre das eine Besonderheit des israelischen Staates. Dieser massiven Kritik an Israel entspricht die sonst völlige Abwesenheit einer grundsätzlichen Staatskritik in antizionistischen Kreisen. Was man an Israel kritisiert, seine Staatsgewalt, seine Nationwerdung inklusive der nationalen Mythen etc., wünscht man sich für die palästinensischen Brüder und Schwestern. Staat und Nation sind für Antizionisten Erfüllungsgehilfen der Freiheit – es sei denn, sie werden von Juden in Anspruch genommen.

Die Flugblattschreiber wissen zwar von *„Deportationen jüdischer Menschen aus Osteuropa und Nazi-Deutschland nach Palästina"* zu berichten; über die tatsächlichen Deportationen nach Auschwitz und Treblinka schweigen sie sich aus.

Im Denken solcher Leute funktioniert die israelische Politik nicht so wie die anderer Staaten, sondern hier wird alles von *„langer Hand"* vorbereitet.In diesem Punkt befinden sich die linken Antizionisten in trauter Einheit mit Kurt Waldheim, ehemaliger Bundespräsident mit Nazi-Vergangenheit. Dieser hat erst kürzlich deutlich gemacht, wer seiner Meinung nach damals gegen seine Kandidatur intrigiert hat: eine *„allmächtige Lobby"*, ein *„weltweites Netzwerk"*, das *„enorm wirksam"* ist und Menschen auf dem ganzen Erdball *„Pressionen"* aussetzt (9). Waldheim und die linken Antizionisten sehen sich hier dem selben Feind gegenüber: der jüdischen Weltverschwörung.Die jüngste Errungenschaft der *„Kampagne Tawfik Chaovali"* besteht in einem Pamphlet zum 100. Jahrestag des Erscheinens von Theodor Herzls *„Judenstaat"*. Darin wird der Zionismus abermals für den Antisemitismus verantwortlich gemacht. Auch alle anderen Register der antisemitischen Propaganda werden gezogen. Gleichzeitig wird das eigene Unverständnis des modernen Antisemitismus zur Schau gestellt, wenn die Autoren schreiben, Antisemitismus richte sich gegen *„Menschen jüdischen Glaubens"*. Als hätte es sich bei der Judenverfolgung und Vernichtung in diesem Jahrhundert um eine Art religiöser Auseinandersetzung gehandelt. Sie verkennen die Qualität eines rassistisch motivierten Antisemitismus, der auch Menschen als Juden zu erkennen glaubt, deren Urgroßeltern bereits Atheisten waren oder konvertierten.

Die österreichischen Antiimps, die sich nicht zu blöd sind, ihre Mao-Lektüre zur Schau zu stellen, wenn sie vom *„palästinensischen Widerstand"* faseln, der *„sich wie ein Fisch im Wasser der Bevölkerung bewegt"* (10), wollen sich, wie ihre Glaubensgeschwister in der BRD, am *„Kampf der Völker um ihre Befreiung"* beteiligen. Dabei geht der Einzelne im Kampf für das Große und Ganze der Volksgemeinschaft auf. Wie gut, daß *„Tawfik nicht aus persönlichen Motiven [handelte], sondern aus der Überzeugung, etwas für sein Volk tun zu müssen."* (11) Angesichts solcher Begeisterung für einen völkischen Vorkämpfer nimmt es nicht Wunder, wenn sich österreichische Antiimps über die Beiträge von Rainer Dittrich, politischer Gefangener in Lübeck, freuen. Der, von Sorge wegen *„schacherei [...] um palästinensischen boden"* geplagt, stärkt die Kämpfer mit dem National-Kitsch eines Fatah-Liedes: *„mein Land, mein land, / al fatah, die revolution, führt uns gegen / den feind! / palästina, du bist das land unserer väter, / zu dir werden wir zurückkehren."* (12)

Während es für Antizionisten feststeht, daß Juden weder Volk noch Nation sind, reden sie von Palästinensern nie anders als in der kollektivierten Form des *palästinensischen Volkes*. Schließlich können Palästinenser auf einen Boden verweisen, der ihnen nicht nur *„rechtmäßig"* zusteht, sondern ein Boden mit besonderen Qualitäten ist, einer, mit dem man sogar reden kann. Versprach man in der Hamburger Hafenstraße diesem *„Palästina"* genannten Boden *„Das Volk wird dich befreien"*, so versichert man ihm in Wien *„Dein Volk wird siegen!"* (13)

Anti-Antizionismus von links

In letzter Zeit zeichnen sich allerdings auch Regungen des Widerstandes aus der Linken gegen die Antizionisten ab. Eine linkskommunistisch-anarchistische Gruppe verweigerte dem *„Palästina-Komitee"* die Unterstützung zur Verbreitung seiner Materialien. Eine Gruppe im Umkreis der antifaschistischen Zeitschrift *„lotta dura"* hat sich vorgenommen, zumindest publizistisch gegen Zusammenhänge wie die *„Kampagne Tawfik Chaovali"* vorzugehen. Eine intensivere Auseinandersetzung mit linkem Antizionismus und dessen antisemitischen Implikationen wird auch vom nicht ganz einflußlosen *„Kommunistischen StudentInnenverband"* gefordert, der kürzlich mit einer Delegation Israel und Palästina bereiste.

Ob es in Österreich tatsächlich zu einer weitergehenden Diskussion kommt, bleibt vorerst abzuwarten. In ihr müßten neben der Geschichte des linken Antisemitismus auch dessen theoretische Grundlagen aufgearbeitet werden. Seine falschen Vorstellungen über Kapitalismus und Imperialismus, seine positive Bezugnahme auf Herrschaftskategorien wie Volk, Nation und Staat sowie die weitgehende Ignoranz gegenüber Auschwitz und dem modernen Antisemitismus müßten thematisiert werden.

Stephan Grigat

Anmerkungen:

1) Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, München 1986, S. 88
2) Jürgen Elsässer, *Nationaler Sozialismus und Antisemitismus*, in: BAHAMAS Nr. 12, 1993, S. 10
3) Leitartikel in der *Volksstimme* vom 28.3.52 sowie die Ausgabe vom 1.11.53, S. 2
4) *Volksstimme* 14.1.53, S. 1
5) *Volksstimme* 11.2.53, S. 2
6) Leopold Spira, Antisemitismus in der KPÖ, in: Jüdisches Museum der Stadt Wien (Hg.): *Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen*, Wien 1995, S. 288 f
7) *Volksstimme* 14.3.68, S. 2; 15.3.68, S.4; 16.3.68, S. 4; 21.3.68, S. 3
8) *Tatblatt* 24.4.90
9) Waldheim-Interview in: *profil*, 17.6.96,S. 34 f
10) *Info zu Tawfik Ben Ahmed Chaovali* Nr.1, 1995, S. 7 f
11) ebd., S. 20
12) ebd., S. 16
13) ebd., S. 19

Phantom Kollektivschuld

I. Schuld – nein danke! Verantwortung – ja bitte!

Am 7. Juni verkündete die freie deutsche Meinungsbildnergilde (Sektion Presse) ihren Lesern, daß die bewährte deutsche Ärzteschaft auf ihrem soeben abgeschlossenen *„99. Deutschen Ärztetag"* wieder einmal Großes vollbracht habe. Zeitgleich und wortidentisch präsentierten *die tageszeitung* und *Der Tagesspiegel* Verlauf und Ergebnis einer für die mentale Volksgesundheit bedeutsamen Operation: *„Engagiert wurde darum gestritten, ob das Bekunden von Betroffenheit allein ausreiche, ob nicht vielmehr die Ärzte des Jahres 1996 die Hinterbliebenen der Opfer um Vergebung bitten müßten. Am Ende stand ein Kompromiß. Der Ärztetag akzeptierte seine Gesamtverantwortung, lehnte aber eine Kollektivschuld ab."* (1)

Von den Fortschritten der deutschen Medizin beflügelt, hielt bereits einen Monat zuvor ein als deutscher Außenminister tätiger deutscher Jurist ein engagiertes Plädoyer. *„Offenbar mit Blick auf das Buch des jungen amerikanischen Historikers Daniel Goldhagen über den NS-Massenmord an den Juden"*, schreibt der *Tagesspiegel* (9.5.96), *„hat Bundesaußenminister Kinkel die These einer Kollektivschuld der Deutschen zurückgewiesen. ‚Schuld ist immer persönlich, nicht kollektiv und nicht erblich', sagte Kinkel [...] in einer Rede vor dem American Jewish Committee (AWC) in Washington. [...] Deutschland bekenne sich zur Verantwortung, die ihm aus dem ‚furchtbaren Geschehen' erwachsen sei"*. Zwar läßt das deutsche Blatt seine Leser darüber im Unklaren, wie dieses Plädoyer vom Auditorium aufgenommen wurde, keine Unklarheit kommt jedoch darüber auf, daß der Redner nicht von seiner *persönlichen* (Mit-)Schuld am Verlauf des Jugoslawien-Krieges sprach. Die Schuld der Deutschen am von ihnen begangenen Massenmord an den Juden steht zur Disposition. Und die möchten sie gern gegen eine weltpolitische *Verantwortung* eintauschen, die sie sich schon lange anmaßen, die ihnen aber von ihren „Partnern" für ihr Empfinden nur zu zögernd und hinhaltend zugestanden wird.

Der *„junge amerikanische Historiker"* hat mit seinem *„Machwerk"* (*taz* 13.14.4.96) offenbar eine empfindliche Stelle des deutschen Abwehrsystems getroffen. Nach dem hierzulande beliebten homöopathischen Prinzip verfahrend, injizierte die *Zeit* am 12. April eine geringe Dosis des bedrohlichen Wirkstoffes (2) in die Zirkulation der öffentlichen Meinungsbildung und rief damit gewaltige stabilisierende Kräfte hervor. Was mit der Aussicht auf einen *„neuen Historikerstreit"* angekündigt worden war, entwickelte sich zu einem medialen Volkssturm gegen die Schatten der Vergangenheit auf dem selbstgemalten Menschenrechts-Porträt des deutschen Anspruchs auf *Verantwortung*. Diagnose: Ungebrochene Latenz der *„Kollektivschuld-These"*.

„Was der Autor meint, steht in seinem Buch." Mit dankenswerter Präzision legt Doktor Schirrmacher den Krankheitsherd frei: *„Deutschland, fundamental antisemitisch, hat den Judenmord willig und mit innerer Zustimmung vollzogen. Hätte das Land die Möglichkeit dazu gehabt, wäre die Vernichtung der Juden bereits im 19. Jahrhundert durchgeführt worden. Besäße es ein anderes politisches System, wäre es auch heute wieder zum Genozid fähig."* (*FAZ* 30.4.96) Die Kompetenz für die *moralisch*-therapeutische Stärkung des angegriffenen Patienten darf mit Recht die Kino-Reporterin der *taz* für sich beanspruchen: *„... in der Tat wird hier das Fantasy-Material der 40er und 50er Jahre neu aufbereitet, eine Art ‚Pulp-Fiction' mit soziologischem Tarncode."* (13./14.4.96) Auf gut deutsch: *Schund.*

Schirrmacher hatte allerdings schon zu Beginn der Affäre ihre möglichen Folgen erkannt: *„Glaubt man den Thesen des Buches, kann der Weg der Deutschen ins einundzwanzigste Jahrhundert nur mit Skepsis und Furcht betrachtet werden."* (*FAZ* 15.4.96) Dem konnte sich auch das deutsche Außenministerium nicht verschließen, zumal es ohnehin Betrübliches feststellen mußte: *„In den USA steht Goldhagens Werk [...] auf den Bestsellerlisten. Es sei ‚davon auszugehen, daß es auf das Bild des Holocaust in der amerikanischen Öffentlichkeit prägend wirkt – mehr als andere Bücher', analysierte die deutsche Botschaft in Washington in einem achtseitigen Papier."* (*Spiegel* 21/96)

Wenn deutschen Journalisten die Rolle des Allgemeinmediziners bei der Pflege der geistigen Kollektivhygiene zukommt, und einige von ihnen – wie die erwähnte Kino-Reporterin – dank Zusatzausbildung im ehemals linken Milieu auch psychotherapeutische Brachialkuren gegen *„die zur Flagellanten-Geste verkommene Selbstbezichtigungsrhetorik"* liberaler Schwächlinge anbieten können, dann sind die deutschen Historiker hochqualifizierte Spezialisten, zuständig für richtungweisende Neuerungen. Auf dem eingangs erwähnten *„Ärztetag"*, der sich im demokratischen Deutschland auch als *„Ärzteparlament"* titulieren läßt, breitet der Historiker Eberhard Jäckel eine fundamentale Erkenntnis vor den Delegierten aus: *„Das ist der einzige Vorteil, den uns diese belastende Vergangenheit bietet, daß wir die Freiheit und die Menschenrechte deswegen mit größerer Entschiedenheit verteidigen können, weil wir wissen, daß sie bei uns einmal mißachtet und mit Füßen getreten worden sind."* Das Presseprotokoll vermerkt dazu den dankbaren Befund eines Arzt-Parlamentariers, *„die Ärzteschaft könne nun erstmals ‚eine Brücke schlagen zwischen der Generation der Söhne und der Väter'"*. (*Tsp* 7.6.96) Eben dies wollte der deutsche Außenminister in seinem Washingtoner Plädoyer für die Zunft der Staatslenker zum Ausdruck bringen.

II. Eine „These" wird ausgetrieben

Ihre Eltern und ihre Geburt liegen im Nebel der jüngeren deutschen Geschichte. Den einen gilt sie als typische Importware US-amerikanischer *re-education*, für andere ist sie Produkt christlichen Grübelns in der Nachkriegszeit, wieder andere begreifen sie als Mittel, um von Widersprüchen im deutschen Volke abzulenken. Einig sind sich alle nur in ihrer Zurückweisung. Die Rede ist von der *Kollektivschuld-These*.

Leibhaftige Verfechter dieser These wurden bislang noch von niemandem erblickt. Es ist wie bei manchen Geistererscheinungen, es sind andere, die wiederum andere kennen, welche Augen- oder Ohrenzeugen des Rätsels wurden. Die Annahme ihrer Existenz weckt Verdacht und Mißtrauen. Gelegentlich wird der Vorwurf erhoben, jemand sei von ihr befallen wie von einer Manie, sie drücke sich sich gleichsam zwanghaft in seiner Argumentation aus. Goldhagen soll so jemand sein. Der weist dies zwar umgehend zurück (3), doch der auf auf ihm lastende Verdacht allerdings wächst dadurch nur.

Versucht man die verschiedenen Positionen der mannigfaltigen Thesen-Banner auf Gemeinsamkeiten bezüglich Funktion und Inhalt des Phantoms zu befragen, so ergibt sich folgendes: Die Kollektivschuld-These wurde aufgestellt, um die Entfaltung eines nationalen Selbstbewußtseins der Deutschen nach '45 zu unterbinden oder zumindest aufs schwerste zu beeinträchtigen. Die Deutschen – so der Kern der These – seien in ihrer Gesamtheit mitschuldig gewesen an den Verbrechen ihrer nationalsozialistischen Führung – namentlich dem

Mord an den Juden. Eine wesentliche Differenz zwischen Regierung und Staatsbürgern, jedenfalls was die Verbrechen und deren Motive betraf, sei nicht feststellbar. Darum sei jeder deutschen Staatlichkeit nach '45 aufs schärfste zu mißtrauen und nur solche Deutsche könnten in einer nichtdeutschen Welt akzeptiert werden, die von der berüchtigten These überzeugt seien und demzufolge sich die Warnung vor künftigen deutschen Aktivitäten zu eigen machten. Das sei aber schlechterdings unzumutbar, weil so jeder künftige Beitrag Deutschlands zur Lösung der Probleme dieser Welt, der die gleichberechtigte Teilnahme an den weltpolitischen Aktivitäten plus Übernahme von „Verantwortung" zur Voraussetzung habe, verunmöglicht werde. Das finden alle engagierten Gegner der Kollektivschuld-These, deren politisches Spektrum Deutsche jeglicher Couleur in einer wahren Volksgemeinschaft eint, sehr ungerecht.

Die eilige Verallgemeinerung *aller Deutschen in ihrer Gesamtheit* als *Komplizen der Anordnenden und Ausführenden* muß der Kollektivschuld-These zu Recht vorgeworfen werden. Selbstverständlich zeugt es nicht gerade von analytischer Genauigkeit, Kinder und geistig nicht zurechnungsfähige Personen einem politisch *bewußten* Kollektiv zuzuschlagen. Ohne Frage müssen diejenigen, die Verfolgten Unterschlupf gewährten und auf andere Weise deren Leben schützten, einen besonderen Status beanspruchen dürfen. Auch der antifaschistische Widerstand in Deutschland – obgleich quantitativ nicht sehr bedeutsam – stellt eine Ausnahme dar. Ähnliches gilt für die freiwillig oder unfreiwillig Exilierten. Doch schon hier kann sich zeigen, daß ein Fragen nach den Antworten deutscher linker und liberaler Intellektueller auf die „Judenfrage" so wenig Erbauliches ans Licht bringt wie ein Stochern im Vermächtnis der deutschen Arbeiterbewegung zur „nationalen Frage". Die Ikone des deutschen Exils, Thomas Mann, notierte noch im Oktober '45 in seinem Tagebuch: *„,Rasse' ist vollends kompromitiert. Wie soll man sie [die Juden] nennen? Denn irgend etwas anderes ist es mit ihnen und nicht nur Mediterranes. Ist dies Erlebnis Anti-Semitismus? Heine, Kerr, Harden, Kraus bis zu dem faschistischen Typ Goldberg – es ist doch ein Geblüt." (4)*.

Es brauchen keine akribischen Berechnungen angestellt werden; die Zahl derjenigen, die irgendetwas zugunsten der von Deutschland zur Vernichtung bestimmten getan haben, war hierzulande so gering wie in keinem anderen Land unter deutschem Einfluß. Wie sich die „einfachen" Deutschen gegenüber dem allgegenwärtigen Vernichtungsgeschehen verhielten, ist den Berichten Überlebender zu entnehmen. Die aus Jugoslawien in das KZ Bergen-Belsen verschleppte jüdische Kommunistin Hanna Lévy-Hass hat ihre Erfahrungen mit der deutschen Bevölkerung präzise festgehalten: *„Erloschen und erdfahl, ausgehungert, mit den letzten Kräften, bleich und mit fiebrigen Augen, schleppten wir uns auf einer endlos scheinenden Straße ins Lager Bergen-Belsen. [...] Dorfbewohner, Frauen in sehr netten Sommerkleidern, Radfahrer und Fußgänger, alle gut gekleidet, gepflegt, ausgeruht, mit der Ruhe einer normalen Lebensführung im Gesicht, hielten einen Augenblick an, um uns neugierig anzustarren. Ohne aus ihrer absoluten Indifferenz herauszugehen! Und die zahlreichen Soldaten [damit sind nicht die SS-Bewacher, sondern ,einfache', gerade vorbeikommende Soldaten gemeint, H.P.] begleiteten uns, ohne je das Gewehr aus der Hand zu legen, teilten entlang der Kolonne Stockschläge an jeden aus, der sich umwandte oder ein wenig zurückzubleiben wagte."* (5)

Die Indifferenten und die Prügelnden von Schuld am Geschehen freizusprechen, ihnen nicht vorzuwerfen, *daß* sie geprügelt haben, *daß* sie sie indifferent zugesehen haben – weil man das, wenn nötig, jederzeit wieder von ihnen erwarten möchte – ist *ein* Zweck der permanenten Austreibung der Kollektivschuld-These. Von Überlebenden selbst wurde diese These interessantewrweise – jedenfalls soweit dies hierzulande bekannt ist – niemals aufgestellt. Abwegig schien sie ihnen angesichts ihrer Erfahrungen aber nicht zu sein. Jean Améry schreibt fast zwei Jahrzehnte nach seiner Befreiung aus Auschwitz: *„Mir schien, ich hätte die Untaten als kollektive erfahren: Vor dem braungewandeten NS-Amtswalter mit Hakenkreuzbinde hatte ich auch nicht mehr Angst gehabt als vor dem schlichten feldgrauen Landser. Auch wurde ich den Anblick der Deutschen auf einem kleinen Bahnsteig nicht los, wo man aus den Viehwaggons unseres Deportationszuges die Leichen ausgeladen und aufgeschichtet hatte, ohne daß ich auch nur auf einem der steinernen Gesichter den Ausdruck des Abscheus hätte lesen können."* (6)

Zwar war Améry der Meinung, es sei unsinnig, die Nazi-Ideologie insofern für wahr zu nehnem, als man den NS-Deutschen ein gemeinsames Bewußtsein, einen ebensolchen Willen und ein entsprechendes Handeln zuschreibe. Ein wenig spielte hier wohl auch seine linksdemokratische Hoffnung auf ein irgendwie „anderes", besseres Deutschland eine Rolle. Trotzdem fand er aber *„Kollektivschuld"* sei *„eine brauchbare Hypothese, wenn man nichts anderes darunter versteht als die objektiv manifest gewordene Summe individuellen Schuldverhaltens. Dann wird aus der Schuld jeweils einzelner Deutscher – Tatschuld, Unterlassungsschuld, Redeschuld, Schweigeschuld – die Gesamtschuld eines Volkes."* (7) Eine wohl kaum widerlegbare *„Hypothese"*.

Einen *anderen* und in der gegenwärtigen Goldhagen-Aufregung akuten Zweck der Austreibung der Kollektivschuld-These hat Günther Anders bereits anläßlich des „Historikerstreits" der 80er Jahre aufgedeckt. Nach Anders ist die These nur deshalb in der Welt, damit sie von den Deutschen zurückgewiesen werden kann. Sie folge der geheimen Logik des antisemitischen Wahns: *„Ich bekämpfe etwas, also ist es."* Durch die Bestreitung der *„hartnäckig und eifersüchtig"* am Leben gehaltenen These erhoffe man sich die Möglichkeit, die Überlebenden nicht nur als *„unversöhnlich"* und *„rachsüchtig"* zu kennzeichnen, was ja auch geschieht, sondern langfristig als Lügner hinzustellen und damit die deutsche Vergangenheit endgültig zu entsorgen. Damit dann – müßte man Anders, der mehr auf Dinge wie die „Ehre" der Täter und ihres Anhangs fixiert ist, ergänzen – der Übernahme und Ausübung von „Verantwortung" der deutschen Großmacht keine moralisch formulierten, aber politisch praktizierten, Bedenken mehr im Wege stehen dürften. *„Gäbe es das Wort nicht"*, so Anders, *„Ihr würdet es erfinden, um es zu bekämpfen. So wie Ihr, wenn es uns Juden nicht gegeben hätte, Juden erfunden und sogar hergestellt hättet, um uns verfolgen und liquidieren zu können."* (8)

Goldhagen allerdings hätten sie nicht erfunden. Die zentrale Aussage seines Buches würde in Deutschland niemals hergestellt. Seine Erkenntnis, daß der völkische Antisemitismus der Deutschen von Anfang an auf Vernichtung angelegt war, soll mit der Kollektivschuld-These exorziert werden.

Horst Pankow

Anmerkungen:

1) o.V., Ärztetag zur NS-Zeit: Nie wieder „terminale Versuche", in: *die tageszeitung* 7.6.96; o.V., Ärztetag verurteilt Verbrechen von NS-Medizinern, in *Der Tagesspiegel* 7.6.96

2) Auszug aus der Einleitung zu Goldhagens *„Hitler's willing executioners"*

3) In einem Bief an *„liebe Buchhändlerinnen, liebe Buchhändler"* in Deutschland, den er als bezahlte Anzeige in deren Zentralorgan *„Börsenblatt"* (31/96) veröffentlichen durfte

4) Thomas Mann am 27.10.45, in: ders. *Tagebücher 1944 – 1.4.1946*, hrg. von Inge Jens, Frankfurt/M. 1986, S. 269

5) Hanna Lévy-Hass, *Vielleicht war das alles erst der Anfang. Tagebuch aus dem KZ Bergen-Belsen*, Berlin 1979, S. 21 u. 22

6) Jean Améry, *Ressentiments*, in: ders. *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*, München 88, S. 84

7) Améry S. 92

8) Günther Anders, *Wir Eichmannsöhne*, München 1988, S. 80 ff

„No Germans, no Holocaust“ (1)

Zur Kritik von Daniel Jonah Goldhagen: Hitler's Willing Executioners

Selten hat ein Buch in Deutschland in den letzten Jahren so spontanes und einhelliges Ressentiment hervorgerufen, wie Daniel Jonah Goldhagens „Hitler's willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust“. Ein Jahr nachdem die Nation im Vorfeld des 8. Mai 1995 ein letztes Mal pflichtschuldig Betroffenheit über die „im deutschen Namen“ begangenen Verbrechen demonstrierte, zeigt sich der Sinn der Aktion: Nicht nur der Holocaust, auch dessen „Bewältigung“ ist Sache der Deutschen. „Intention“ und „Struktur“, der Nationalsozialismus als Modernisierungsfaktor und/oder Reaktion auf eine „asiatische Tat“ – seit den 60er Jahren wurde die Geschichtsschreibung des NS *„in großem Maße davon geprägt [...], was westdeutsche Historiker als ihre Aufgabe bei der Bildung des ‚politischen Bewußtseins' und der Überwindung der Vergangenheit ansahen.“* (2)

Der Fleiß hat seinen Preis: Die deutsche Fachwelt verbittet sich ausländische Interventionen in die routinierte „Aufarbeitung“ des Holocaust, die über den von ihr vorgegebenen Rahmen hinausgehen. So schreibt Eberhard Jäckel, Spezialist für Hitler-Tagebücher, fachlicher Berater der Fernsehserie „Hitler heute“ und Mitinitiator der geplanten Berliner Holocaust-Gedenkstätte: *„Goldhagens Buch [...] ist einfach schlecht. Ich sage das mit Bedauern. Denn ich habe den Verfasser als einen intelligenten, sympathischen jungen Mann in Erinnerung. [...] Er erzählte mir, er bereite eine Doktorarbeit über die Anfänge der Erschießungen in der Sowjetunion vor. Das war ein gutes Thema. [...] Wir hatten sehr intensive Gespräche. Dann scheint ihm seine Frage nicht genügt zu haben, und das führte ihn auf Abwege.“* (3) Die paternalistische Geste ist noch freundlich im Vergleich zu den Phantasien der deutschen Publizistik über die „jüdische Rache“ des „Henkers“ Goldhagen. (4) Der zentrale Anklagepunkt gegen den amerikanischen Autor lautet: *„Goldhagen aber eröffnet noch einmal die Debatte über eine kollektive Schuld [...] der Deutschen. [...] Goldhagen hat recht, wenn er auch für das vorige Jahrhundert unglaublichen Rassismus in Deutschland ortet. Aber er teilt diesen Irrwahn einer kollektiven Verurteilung in seinem Verdikt über die Deutschen.“* (5) Das sei längst überholter Forschungsstand der 50er Jahre und doch gerade das, was *„deutsche Historiker [...] seit Jahren und Jahrzehnten“* (6) gezeigt hätten. Wie geht das zusammen?

Die Behauptung, die (West-)Deutschen hätten sich in den 50er Jahren hauptsächlich mit der Produktion und dem Konsum von *„Belehrungs- und Selbstbezichtigungsliteratur“* (7) befaßt, wird auch dadurch nicht wahrer, daß der Konsens über diesen „Fakt“ von den Deutschnationalen bis zu den Antiimps (8) reicht. Der gebetsmühlenhaft vorgetragene Vorwurf des Rückfalls in die frühe Nachkriegszeit verweist unausgesprochen auf etwas anderes: auf die bitteren Jahre, als die Wiedererlangung einer gesamtdeutschen Souveränität in unerreichbare Ferne gerückt zu sein schien; und auf das nationale Versagen der deutschen Historiker, die gerade mit ihren durch und durch **apologetischen** Werken über den NS und die deutsche Nation im Ausland keinen Anklang fanden.

Deutschland braucht Auschwitz

Um die Definitionsmacht auf diesem Gebiet zurückzuerobern, bedurfte es einer neuen Generation liberaler deutscher Historiker, die sich, ursprünglich sogar meistens mit antifaschistischen Intentionen, seit den 60er Jahren gegen die Plattheiten der „old school“ verwahrten. Der Holocaust wurde in die bundesdeutsche Identität eingemeindet. Spätestens im Historikerstreit sollte sich die nationalpädagogische Nützlichkeit dieser progressiven Geschichtspolitik beweisen. Gegen die Versuche rechtskonservativer Geschichtsklitterung setzte Habermas konsequent die nationale Identität **wegen** Auschwitz, die sich auch nach 1989 als brauchbar erwiesen hat: *„Nach Auschwitz können wir nationales Selbstbewußtsein allein aus den besseren Traditionen unserer nicht unbesehen, sondern kritisch angeeigneten Geschichte schöpfen. Wir können einen nationalen Lebenszusammenhang, der einmal eine unvergleichliche Versehrung der Substanz menschlicher Zusammengehörigkeit zugelassen hat, einzig im Lichte von solchen Traditionen fortbilden, die einem durch die moralische Katastrophe belehrten, ja argwöhnischen Blick standhalten.“* (9) Je düsterer das Bild der „vormodernen“ Erblasten der deutschen Geschichte gezeichnet wurde, umso heller erstrahlte die in die „westliche Wertegemeinschaft“ aufgenommene Bundesrepublik. Es kann deshalb nur auf den ersten Blick verwundern, daß die wüstesten Polemiken gegen Goldhagen gerade von liberalen Historikern und Publizisten kommen. Sie sehen die mühsam erlangte Souveränität über die Interpretation der deutschen Geschichte bedroht.

In der Würdigung, die ein Reinhard Kühnl dem „besseren Deutschland“ (beginnend mit Thomas Müntzer) angedeihen läßt, zeigt sich hingegen der endgültige Bankrott der akademischen Volksfrontstrategie. Für ihn ist die *„Kritik von Mommsen, Jäckel und Wehler“* schon deshalb berechtigt, weil diese *„im Historikerstreit 1986 nicht zufällig auf der Seite der liberalen und linken Kritiker* [der Rechtskonservativen] *standen“*. In Goldhagens Thesen sieht er eine Bedrohung der *„sozialistischen und antifaschistischen Kräfte und Traditionen“* (10) und schließt sich damit (gewollt oder ungewollt) einer Geschichtspolitik an, die *„vereinzelte [...] und von der großen Mehrheit der Deutschen damals zu Tode gehetzte Menschen dazu benutzt, das Deutschlandbild aufzupolieren.“* (11)

Goldhagen fragt sich, wie „ordinary germans“ im Nationalsozialismus zu Massenmördern wurden. Einige der herkömmlichen Vermutungen über die Täter und ihre Motive (es war nur eine „kleine Clique“ von Sadisten und/oder Karrieristen, „Befehlsnotstand“, der Gruppendruck in der Truppe, Indifferenz und Obrigkeitshörigkeit) hält er für unzureichend oder lehnt sie ab. Sie alle können die subjektive Motivation der Täter nicht erklären. Es sei deshalb notwendig, *„to reveal something of the perpetrators' backgrounds, to convey the character and quality of their lives as genocidal killers, to bring life to their **Lebenswelt**.“* (S. 7) Das spontane, willige Mitmachen, der praktisch nichtexistente Widerstand gegen den Holocaust lasse nur die Ausgangsthese zu, die Mehrheit der Deutschen habe zumindest in puncto Antisemitismus die nationalsozialistische Ideologie geteilt und die Judenverfolgung aktiv befürwortet oder zumindest nicht als Unrecht gesehen.

Da die Nazis es „versäumten“, die Volksgenossen über ihre antisemitischen Einstellungen zu befragen (Elisabeth Noelle-Neumann schrieb damals noch Artikel für Goebbels' Zeitschrift „Das

Reich"), kann Goldhagen seine These nur anhand der Untersuchung exemplarischer Fallbeispiele überprüfen, für die Dokumente vorhanden sind.

Im Zentrum seiner Studie steht deshalb die Analyse dreier „Institutionen" des Holocaust und ihrer Akteure: Polizeibataillone, „Arbeits"lager und die Todesmärsche am Ende des Krieges. Sie interessieren ihn, weil hier die „conventional explanations" über die Motivationen der Täter nicht greifen: Die Polizeibataillone bestanden nicht aus Nazi-Fanatikern, sondern aus einem willkürlich zusammengestellten Durchschnitt der Bevölkerung. Sie waren keine Schreibtischtäter, die sich hinter „Strukturen" hätten verstecken können, sondern Teilnehmer an Massenexekutionen. Sie brauchten keine besondere ideologische Schulung, um sich ohne Zögern an der „Endlösung der Judenfrage" zu beteiligen. *„The Germans appear to have learned that, contrary to their original expectations, easing the men into genocidal killing was not necessary."* (S. 276) Viele hatten die Möglichkeit, straflos die Teilnahme an den Mordaktionen zu verweigern – kaum jemand tat es. Sie waren in anderen Situationen durchaus in der Lage, aus moralischen Gründen gegen Befehle zu rebellieren – doch gab es über die Legitimität des antisemitischen Vernichtungsprogramms offensichtlich kaum einen Dissens.

Auch die von Goldhagen dokumentierten „Todesmärsche", die Evakuierung der KZ-Häftlinge nach Westen kurz vor Kriegsende, zeigen den unbedingten antisemitischen Vernichtungswillen des deutschen Wachpersonals (das wiederum mehrheitlich nicht aus SS-Leuten, sondern aus „ordinary germans" bestand). Inmitten der Auflösung des NS-Systems errichtete dieses Wachpersonal noch einmal eine rassistisch gegliederte Hierarchie, die von z.T. als Helfern eingesetzten deutschen Häftlingen über die schlechter behandelten nichtjüdischen Osteuropäer bis zu den Juden reichte, deren Terrorisierung nur den Schluß zuläßt, daß hier buchstäblich bis zum letzten Tag (der letzte Todesmarsch begann am 7. Mai 1945) die „Endlösung" exekutiert werden sollte. *„The Germans chose to act as they did with no effectual supervision, guided only by their own comprehension of the world, by their own notions of justice, and in contradistinction to their own interests in avoiding capture with blood on their hands."* (S. 369)

Die deutsche Medienöffentlichkeit, die selbst am liebsten im Pluralis majestatis spricht, wirft Goldhagen vor, daß er deutsche Täter „Deutsche" nennt und damit ein „quasirassistisches" Verdikt (Hans-Ulrich Wehler) über die Nation verhängt habe. Schwerer wiegt jedoch, daß Goldhagen den Antisemitismus als konstitutives Element der deutschen Nationsbildung beschreibt und die Frage offenläßt, ob es sich beim Nationalsozialismus wirklich um einen auf vormodernen Altlasten beruhenden Betriebsunfall der deutschen Geschichte gehandelt hat.

Ohne Zweifel trifft Goldhagens inhaltliche Beschreibung der antisemitischen Denkmuster in vielen Punkten den Kern der Sache. Das Bild der jüdischen „Gegenrasse", die sich nicht nur parasitär am „Wirtsvolk" nährt, sondern damit dieses auch zu zersetzen trachtet, ist ebenso zentral für das nationalsozialistische Denken, wie das Bestreben, diese „Gefahr" zu eliminieren, seine notwendige Konsequenz sind. So richtig die Beschreibungen auch sein mögen, sie vermögen nicht zu erhellen, welchen theoretischen Stellenwert diese Muster für Goldhagens Antisemitismusbegriff besitzen.

Der Begriff Antisemitismus bei Goldhagen

Dabei zeigt sich im Wesentlichen eines: sie **sind** Goldhagens Antisemitismusbegriff. Antisemitismus gilt ihm als „kognitives Muster" (S. 45), als kulturelles Axiom, in dem sich Ansichten und Wertungen zu einer stabilen Struktur verdichten. Dieses Muster wird auf der sprachlichen und symbolischen Ebene, im Bereich der gesellschaftlichen *„conversation"* produziert und reproduziert. Es liegt in erster Linie deswegen vor, weil es schon immer vorgelegen hat. Dem unterliegt ein wissenssoziologischer Ansatz, der von einem autonomen Subjekt ausgeht, das seiner Objektwelt gegenübersteht und sie mit Hilfe teils vorgefundener, teils neugeschaffener Schablonen interpretiert.

Weil das Subjekt dieser Auffassung schon von vornherein fix und fertig vorliegt, bedarf es keines Nachdenkens mehr über die Funktion, die „kognitive Muster" Antisemitismus für die Subjektkonstitution erfüllt, eine solche Konstitution findet dann ja gar nicht statt. Weil das Subjekt mit seiner Gesellschaft primär in einem „linguistischen und symbolischen" Verhältnis steht, muß mit dieser Auffassung die Rolle, die der Antisemitismus im Prozeß der Vergesellschaftung spielt, nicht definiert werden. Ein solcher Prozeß gerät überhaupt nicht ins Blickfeld. Wer einräumt, daß das Subjekt das kulturelle Axiom Antisemitismus zwar praktiziere, ihm aber sonst äußerlich gegenüberstehe, braucht sich nicht weiter für dessen Genese zu interessieren, sie erschöpft sich ihm in der Tradition des bereits vorliegenden Musters.

Konsequenterweise vertritt Goldhagen explizit die These von der Kontinuität antisemitischer Vorstellungen, wonach zwischen dem mittelalterlichen Antijudaismus und dem modernen Antisemitismus kein grundsätzlicher Unterschied bestehe. Goldhagen spezifiziert dies dahingehend, daß sich seit dem Mittelalter zwar der Inhalt des kognitiven Musters Antisemitismus geändert habe, nicht aber das Muster selbst (S. 53). Da sich ihm das Muster in seinem Inhalt erschöpft, bleibt als Kontinuum lediglich der Begriff Antisemitismus, bar jeder Bestimmung, zurück. Die Evolution des Antisemitismus, die Goldhagen schildert, findet so ausschließlich auf der phänomenologischen Ebene statt. Den ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklungen, vor deren Hintergrund sich Antisemitismus herausbildet und verändert, schenkt er kaum Beachtung. Völlig ungeklärt bleibt etwa der Umstand, daß sich Goldhagens Untersuchungsgegenstand unter der Hand geographisch zuspitzt: geht es im Mittelalter noch um den gesamten europäischen, nämlich christlichen Raum, so handelt es sich in der Neuzeit nur noch um Deutschland (S. 53). Ist dies die pure Willkür des Autors, ein notdürftig kaschierter Erklärungsnotstand oder vielleicht doch das Resultat einer unreflektierten historischen Entwicklung?

Trotz alledem bringt die phänomenologische Antisemitismustheorie Goldhagens Elemente zum Vorschein, die über seinen eigenen Ansatz hinausweisen, ohne daß dies dem Autor bewußt geworden zu sein scheint. Goldhagen erkennt die Zentralität des „Volks"-Begriffs für die antisemitische Ideologie und ihr gegenseitiges Aufeinanderverwiesensein. *„The foundational concept for German popular political thought, the Volk, was conceptually linked to, and partly dependent upon, a definition of Jews as the Volk's antithesis."* (S. 77) Ohne Antisemitismus ist das deutsche „Volk" nicht zu haben. Allerdings sieht er die Spezifik des deutschen Volksbegriffs ausschließlich darin, daß er rassistisch gefaßt ist. Welche gesellschaftliche Konzeption dem Begriff sowohl in seiner biologistischen, als auch in seiner kulturalistischen Variante zugrundeliegt, bleibt im Dunkeln.

Goldhagen betont, daß die Besonderheit des deutschen Antisemitismus in seiner Umsetzung in staatlich organisierte Praxis liegt. *„Whatever the antisemitic traditions were in other European countries, it was only in Germany that an openly and rabidly antisemitic movement came to power [...] that was bent upon turning antisemitic fantasy into state-organized genocidal slaughter. This alone ensured that German antisemitism would have qualitatively different consequences from the antisemitism of other countries [...]."* (S. 419) Wie ein Staat beschaffen sein muß, der an-

tisemitische Ideologie in Vernichtungspraxis zu transformieren imstande ist, darüber ist bei ihm jedoch wiederum nichts zu erfahren.

Goldhagen weist schließlich auch darauf hin, daß sich der Antisemitismus die Juden nicht nur als faul und parasitär imaginiert, sondern als *„antithesis of productive work“* (S. 284). Der qualitative Unterschied zwischen dem Lutherschen Axiom des schmarotzerischen Juden und der nationalsozialistischen Identifizierung von „Judentum“ und (ökonomischer) Ausbeutung scheint ihm allerdings nicht aufzufallen. Demzufolge stellt sich ihm auch nicht die Frage, was diese Identifizierung zu bedeuten hat.

Wie großzügig Goldhagen Erklärungsmöglichkeiten verschenkt, wird in dem kurzen Kapitel besonders deutlich, das den Titel *„Jewish ‚Work‘ Is Annihilation“* trägt. Goldhagen stellt, unter anderem gegen Aly/Heim und Hans Mommsen, ganz richtig fest, daß die nationalsozialistische Judenpolitik keineswegs den Gesetzen kapitalistischer Rationalität gefolgt ist, die ja ansonsten durchaus Geltung behielten. Wenn die Nazis Juden zur Arbeit zwangen, dann war das Ziel nicht Verwertung, sondern Vernichtung. *„In its essence, Jewish ‚work‘ was not work in an ordinary sense of ‚work‘, but a suspended form of death – in other words, it was death itself.“* (S. 323) Ebenso zutreffend ist die Beobachtung, daß den Juden nicht nur der Vorwurf gemacht würde, sie würden keine produktive Arbeit verrichten (und doch in Saus und Braus leben), sondern daß sie im Begriff des „Ausbeuters“ dieser Idee der produktiven Arbeit förmlich entgegengesetzt wurden. Die offensichtliche Widersprüchlichkeit des nationalsozialistischen Arbeitsbegriffs hätte durchaus Goldhagens Aufmerksamkeit verdient.

Anstatt nun aber von den Begriffen „Ausbeutung“ und „(produktive) Arbeit“ aus über den rein kognitiven Bereich hinauszugelangen, anstatt sich das Kapitalverhältnis einmal aus der Nähe zu betrachten, dessen Logik der Antisemitismus nicht mehr zu folgen scheint, anstatt die so diametral entgegengesetzten Begriffe von Verwertung und Vernichtung einmal tatsächlich ins Verhältnis zu setzen, beschränkt sich Goldhagen darauf, aus der Darstellung jüdischer „Arbeit“ im nationalsozialistischen Lager das zugrundeliegende *„cognitive framework“* (S. 319) herauszudestillieren. So kann er zwar einige Annahmen über die subjektive Einstellungen der Deutschen über die Situation der Juden in den Ghettos und Arbeitslagern formulieren, bleibt aber die Antwort darauf schuldig, welcher Logik diese Einstellungen folgen, und das an einer Stelle, wo sie sozusagen zum Greifen naheliegt.

Spätestens beim Begriff der „Arbeit“ hätte Goldhagen sich fragen müssen, welche Rolle diese Kategorie denn außerhalb der antisemitischen Denkformen spielt und weshalb sie der antisemitischen Kategorie „Jude“ antagonistisch gegenübergestellt wird. Unter kapitalistischen Bedingungen ist die Arbeitskraft exakt das Bindeglied zwischen Einzelsubjekten und Gesellschaft. *„Die Arbeitskraft vermittelt den Materialismus des einzelnen mit dem Materialismus des Kapitals.“* (12) Arbeit hat im Kapitalismus nichts mit Selbstverwirklichung zu tun, nicht einmal mit „Selbst-“: im kapitalen Verwertungsprozeß ist von einem autonomen Subjekt nichts mehr zu sehen. Das ideologische Moment des antisemitischen Begriffs der „Arbeit“ liegt also nicht erst in dem Umstand, daß er einer angeblichen jüdischen anti-Arbeit gegenübergestellt wird, sondern in der Konsistenz der Kategorie selbst.

Verwertung oder Tod

Ihre Schlüsselstellung im Kapitalverhältnis verdankt die Arbeitskraft bekanntlich der Fähigkeit, Wert zu produzieren. Den Besitzern dieser Arbeitskraft kommt dabei die ambivalente Aufgabe zu, sich zu reproduzieren, in dem sie das Kapitalverhältnis reproduzieren. Um sich in den Verwertungsprozeß werfen zu können, müssen die Subjekte aber von aller leiblichen Besonderheit Abschied nehmen, müssen sich in ihr Schicksal als bloße Arbeitskraftbehälter fügen und sich auf Gedeih und Verderb an das Kapitalverhältnis ketten. Ihre Alternative lautet: Verwertung oder Tod, und die Entscheidung darüber ist beileibe nicht die ihre. *„Die Subjektform garantiert nicht den kapitalproduktiven Gebrauch des Individuums, obwohl sie es dafür zurichtet. Als formelles Subjekt ist es nicht Herr seiner Identität, denn es hat keine Substanz. Seine Substanz als materielles Subjekt dagegen – die Arbeitskraft – ist variables Kapital, d.h. lebendige Darstellung der Selbstverwertung des Werts. Sein Inhalt ist das Nichts, bloße Funktion, und seine Perspektive daher der Tod.“* (13)

Da das Subjekt für das Kapital lediglich in seiner Abstraktion, als bloßer Arbeitskraftbehälter von Belang, als besonderes Subjekt aber schlichtweg überflüssig ist, muß es alle Anstrengungen unternehmen, seine besondere Nützlichkeit für das Kapital dauernd unter Beweis zu stellen. Gegen das Kapital, also jene Instanz, die es als Besonderes negiert und dem es sich dennoch andienen muß, richtet sich der ganze Haß des bürgerlichen Subjekts. In unauflösbarer Schizophrenie versucht es, gleichzeitig den Verwertungsprozeß nach Kräften zu fördern und gegen ihn zu rebellieren. Das Resultat ist die Raserei gegen ein Ersatzsubjekt, die Verpflichtung der Juden als Personifikation dieses Verwertungsprozesses.

Wie die Logik dieser systematischen Verschiebung aussieht, zeigt Moishe Postone in seinem Aufsatz „Nationalsozialismus und Antisemitismus“ (14). Postone weist darin auf, daß diese Logik in der Wertform selbst zu suchen ist. In ihr zeigt sich der Doppelcharakter der Ware als Trägerin einerseits von Gebrauchswert, andererseits von Wert. Die so bestimmte Kategorie Ware erhält dadurch Fetischcharakter, daß sie die Form ist, in der gesellschaftliche Verhältnisse sich ausdrücken müssen. Weil sie sich so vergegenständlichen müssen, erscheinen den Produzenten *„die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.“* (15)

Der Fetischcharakter der Ware drückt sich unmittelbar in der Wertform aus. Der Warenwert erscheint doppelt: einmal in der Ware selbst, sodann in der Geldform. Erst in dieser Verdopplung wird die scheinbare Trennung von Wert und Gebrauchswert vollständig: Die Ware scheint nur noch Gebrauchswert zu besitzen, der Wert scheint vollständig in die Geldform übergegangen zu sein und nur dieser anzugehören. Die Ware scheint sich ihrer Wertdimension entäußert und in eine eigene, ihr gänzlich fremde Existenzform, in Geld, verwandelt zu haben. Der Vorgang, den Marx anhand der einfachen Warenform entwickelt, erhält auf dem Niveau entwickelter kapitalistischer Produktionsverhältnisse eine neue Qualität. Im Austauschprozeß wird nun der Spieß umgedreht und der Wert setzt sich als „automatisches Subjekt“. Seine Selbstverwertung konstituiert einen fortwährenden Prozeß, in dem ständig Mehrwert zugesetzt wird. *„Er hat die okkulte Qualität erhalten, Wert zu setzen, weil er Wert ist. Er wirft lebendige Junge oder legt wenigstens goldene Eier.“* (16)

Wird vom fetischisierten Bewußtsein auf der Ebene der einfachen Wertform Geld als Abstraktes von der Ware als Konkreter abgetrennt und verdinglicht, so transponiert sich dieser Vorgang auf der Ebene der entfalteten Wertform in eine Spaltung von als konkret begriffenem Produktions- und als abstrakt verstandenem Verwertungsprozeß. Die Phrase vom raffenden und schaffenden Kapital ist damit in die Welt gesetzt. *„Auf der logischen Ebene des Kapitals läßt der ‚Doppelcharakter‘ (Arbeits- und Verwertungsprozeß) industrielle Produktion als ausschließlich materiellen schöpferischen Prozeß, ablösbar vom Kapital, er-*

scheinen. [...] So kann das industrielle Kapital als direkter Nachfolger ‚natürlicher' handwerklicher Arbeit auftreten und, im Gegensatz zum ‚parasitären' Finanzkapital, als ‚organisch verwurzelt'.“ (17)

Was hier als „Finanzkapital“ und in dem Maße allein als „Kapitalismus“ firmiert, wie seinem abgespalteten siamesischen Zwillingsbruder „produktive Arbeit“ Natürlichkeit attestiert wird, deckt sich in auffälliger Weise mit den Attributen, die der Antisemitismus den Juden zuschreibt. Tatsächlich werden im modernen Antisemitismus die Juden mit dem als abstrakt begriffenen kapitalistischen Verwertungsprozeß und schließlich mit „dem Kapital“ identifiziert. Moderner Antisemitismus ist also eine Konsequenz warenförmigen Denkens und damit die affirmative Rebellion gegen den Kapitalismus, die genuine Verschiebungsleistung des kapitalen Subjekts.

Nun kann Postone, wie er selbst einschränkt, zwar erklären, welche Logik hinter dem antisemitischen Denken steckt, aber nicht, wie und warum es historisch in Erscheinung trat. Insbesondere die auch von Goldhagen aufgeworfene Frage, warum in Deutschland der Antisemitismus zu seiner mörderischen Konsequenz getrieben wurde, bleibt unbeantwortet. Das Defizit liegt in Postones strukturalistischem Verständnis der Marxschen Arbeitswertlehre, die die Verdinglichung als einmalig statthabenden Vorgang begreift, und nicht als ständig sich neu abspielenden Prozeß. Der Warenfetisch erstarrt darin zum strukturalen Rahmen, die Frage nach seiner Genese und seinen Trägern wird systematisch ausgeblendet.

Verfolgt man die historische Genese des Antisemitismus seit dem Beginn der Warenwirtschaft, wie dies etwa Ulrich Enderwitz in „Antisemitismus und Volksstaat“ (18) tut, so stößt man zwangsläufig auf den modernen Staat. Dieser entwickelt im Zuge des entstehenden Kapitalismus ein erstaunliches Eigenleben, wodurch sich im Laufe des 19. Jahrunderts insbesondere sein Verhältnis zum Kapital entscheidend verändert. Das Kapital sah sich in einem rein bürgerlichen Klassenstaat seinem eigenen Untergang entgegentreiben, sei es in Form seiner revolutionären Aufhebung durch das Proletariat, sei es in der Auflösung der Gesellschaft im Krieg aller gegen alle. Der sich abzeichnenden Katastrophe war nur durch eine Emanzipation des Staates von der engen Bindung an seine eigene Klassenklientel zu begegnen. Diese Entwicklung fand in allen europäischen Staaten statt, kam jedoch in Deutschland zu ihrer idealen Verwirklichung. Aus der Not der Rückständigkeit eine Tugend machend, übernimmt hier der absolutistische Staat anstelle der nur rudimentär vorhandenen Bourgeoisie *„die politische Vormundschaft für das in den Anfängen seiner ökonomischen Entwicklung stehende industrielle Kapital“* (19). Als dieser Vormund regulierte der preußisch-deutsche Staat von Anfang an die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Entwicklung, die ihn in anderen Ländern erst auf den Plan gerufen hat.

Der Sonderfall

Die Konsequenzen waren weitreichend: Einerseits wurde das Bürgertum auf eine Existenz als Staatsbürgertum verpflichtet. Es hatte den Staat, der das kapitale Ausbeutungsverhältnis garantierte, im Gegenzug ebenso zu garantieren und im Zweifelsfall auf liberale Errungenschaften zu verzichten. Im deutschen Fall fand diese Subsumierung des Bürgertums unter den Staat gleich von vornherein statt, das Bürgertum kam als Staatsbürgertum zur Welt. Andererseits garantiert der Staat, ganz im Gegensatz zur bourgeoisen Klasse, mit den Verwertungsbedingungen des Kapitals gleichzeitig die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraftbesitzer, weswegen diese, sprich das entstehende Proletariat, den Staat in zunehmendem Maße als Verbündeten begreifen. Bourgeoisie wie Proletariat unterziehen sich also einer „Verstaatlichung“ (Enderwitz), einer freiwilligen Unterwerfung unter die politische Herrschaft zur Garantie ihrer jeweiligen Existenz als bürgerliches Subjekt. Der preußisch-deutsche bürgerliche Staat seinerseits verwandelt sich zum „Volksstaat“.

Daß Antisemitismus nunmehr zur gemeinsamen Sache von Volksstaat und Staatsvolk werden kann, hat seine Ursache in der Form der bürgerlichen Subjektkonstitution. Die Abstraktion des Individuums einerseits zum marktfähigen Warenhüter, andererseits zum herrschaftskompatiblen Exemplar *des* Menschen sind die beiden Seiten der Subjektform. Während die Anerkennung als Subjekt des Verwertungsprozesses immer prekär und ein Unternehmen auf privates Risiko bleibt, scheint sich im staatlichen Souverän ein mächtiger Bündnispartner anzubieten, der eine stabile Subjektivität garantieren kann. In der Zugehörigkeit zum Staatsvolk scheint sich die Möglichkeit einer substantiellen Anerkennung als Subjekt zu eröffnen. Im „Volk“ glaubt das Subjekt eine Trutzburg gefunden zu haben gegen all das, was seine Subjektivität zu bedrohen scheint. Während die angebliche Bedrohung „von außen“ im rassistischen Stereotyp bekämpft wird, projiziert es die Bedrohung „von innen“, diejenige nämlich, die es in der Gesellschaft vermutet und die tatsächlich im Subjekt selbst steckt, in „den Juden“. *„Im Rassismus halluziniert der Bürger den Untergang in krude Natur, im Antisemitismus seine Annihilation durch den hypertrophen Geist.“* (20)

In Deutschland stößt das nach völkischer Identität schreiende Subjekt seit jeher auf besonderes Entgegenkommen staatlicherseits. Der Schritt vom Volksstaat zum Volksgemeinschaftsstaat, der diese Identität zu garantieren verspricht, erfolgte schließlich in dem Augenblick, in dem die Labilität des bürgerlichen Subjekts in seine offene Krise umschlug. Je prekärer die Situation wird, desto grundsätzlicher muß die „Lösung“ ausfallen. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sollte im nationalsozialistischen Staat nicht mehr nur ausgeglichen, sondern ganz zum Verschwinden gebracht werden. Das Bedürfnis nach Identität wird zum „existentiellen Wahn“ (Bruhn), das antisemtische Ressentiment zur unerbittlichen Verfolgungs- und Vernichtungspraxis. Nicht mehr nur vorübergehend und bis auf Widerruf sollte dem Subjekt Subjektivität und Identität zukommen, sondern ein für allemal und endgültig. Die Raserei gegen das in den Juden immaginierte Nichtidentische und dessen unwiderrufliche Vernichtung sollte der Schlüssel zur Identität sein.

Der Versuch, im Gegensatz zu Goldhagen Antisemitismus nicht als bloße Vorurteilsstruktur oder „Mentalität“ zu begreifen, sondern nach seiner logischen Struktur und historischen Genese zu fragen, hat vor allem zwei Momente herauszuarbeiten. Einerseits muß Antisemitismus generell als Konsequenz kapitalistischer Subjektkonstitution verstanden werden. Andererseits ist die Radikalisierung des Antisemitismus in Deutschland und seine Einmündung in das Projekt der Ermordung der europäischen Juden zwar in dieser Logik angelegt, jedoch nur vor der spezifischen historischen Entwicklung zu erklären. Dies rückt für die Erklärung des deutschen Antisemitismus den deutschen Staat in zweifacher Weise in den Mittelpunkt: einmal als institutioneller Organisator des antisemitischen Projekts, sodann als Gravitationszentrum der Subjektform, die den völkischen Wahn ausbrütet.

Die phänomenologischen Betrachtungen, die Goldhagen über den deutschen Antisemitismus anstellt, fangen den Widerschein genau dieser Verhältnisse ein, ohne jedoch dessen Quelle zu erahnen. Er beschreibt Antisemitismus nicht als funktional eingesetzte Propaganda, sondern als ideologisches Grundmuster, das die nationalsozialistische deutsche Gesellschaft prägte. Er erkennt im Holocaust ein „deutsches nationales Projekt“ (S. 11), das von der großen Mehrheit der Deutschen auch als solches begriffen wurde. Und er sieht im Holocaust die Verschränkung staatlicher Politik und individuellen Handelns am

Werk, deren Schnittpunkt die antisemitische Praxis war.

Die deutschnationalliberale Kritik an Goldhagens Buch reflektiert in ihren Versuchen, den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und deutscher Nation abzuleugnen, genau diese richtigen Einsichten des Autors. Darin liegt die politische Bedeutung des Buches. Eine theoretische Erkenntnis verbaut sich Goldhagen jedoch selbst, indem er in seinem strikt subjektivistischen Ansatz verharrt. Die Aussagen, die er über das individuelle Denken und Handeln der Täter treffen kann, bestätigen zwar eine Analyse des Antisemitismus, wie sie hier dargestellt wurde. Doch gelangt Goldhagen nirgends über diese individuelle Ebene hinaus.

Nicht umsonst macht sich seine Darstellung an den Formen des Mordens fest, die im Gegensatz zu der fabrikmäßigen Vernichtung in Auschwitz und anderswo individuelle Täter aufweisen. Im System der Vernichtungslager und im Projekt der totalen Vernichtung verschwindet der Gegensatz zwischen der individuellen Tat und der Politik des Souveräns jedoch endgültig. Die Raserei der Subjektform erstrebt die Beteiligung am Souverän, und der Souverän verleiht der Subjektform die Macht zur Raserei. Die Subjektform kommt den Einzelnen jedoch nur von Gnaden des Souveräns zu, unter der Bedingung, aller subjektiven Besonderheit zu entsagen. *„Die antisemitische Verhaltensweise wird in den Situationen ausgelöst, in denen verblendete, der Subjektivität beraubte Menschen als Subjekte losgelassen werden.“* (21) Eine subjektivistische Theorie des Antisemitismus kann immer nur dessen ideologischen Abdruck aufnehmen, niemals aber seine Logik und seine Genese rekonstruieren.

Stefan Vogt/Andreas Benl

Anmerkungen:

1) Daniel Jonah Goldhagen, Hitler's Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust, London 1996, S. 6. Zitate aus dem Buch werden im folgenden im Text vermerkt.
2) So der britische Historiker Ian Kershaw in: Der NS-Staat, Reinbek 1994, S.14
3) Zeit, 17.5.96
4) Vgl. R. Augstein: Der Soziologe als Scharfrichter, Spiegel 16/96
5) F. Meyer: Ein Volk von Dämonen?, Spiegel 21/96
6) P. Glotz: Nation der Killer?, Woche 19.4.96
7) F. Schirrmacher: Hitlers Code, FAZ 15.4.96
8) „Anders als es heute viele wahrnehmen wollen, ist es gerade die Kollektivschuld-These gewesen, die es der herrschenden Klasse mit ermöglicht hat, nach 1945 wieder in die alten Positionen zu kommen.“ Autonome Nahostgruppe Hamburg/Gruppe Arbeiterpolitik: Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld, Bremen 89, S. 20
9) J. Habermas: Vom öffentlichen Gebrauch der Historie, Zeit 7.11.86
10) R. Kühnl: Kampf ums Geschichtsbild, in: junge Welt, 24.6.96
11) W. Pohrt: Endstation. Über die Wiedergeburt der Nation, Berlin 1983, S.128
12) I. Bindseil, Über Prinzipien und Fallstricke des Materialismus beim Umgang mit Überbauphänomenen, in: dies., Streitschriften, Freiburg 1993, S. 143
13) J. Bruhn, „Typisch deutsch“. Christian R. und der linke Antirassismus, in: ders., Was deutsch ist, Freiburg 1994, S. 149
14) M. Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: D. Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a.M. 1988, S. 242-254
15) MEW 23, S. 87
16) MEW 23, S. 169
17) Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus, S. 249/50
18) U. Enderwitz, Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, Freiburg 1991
19) Enderwitz, Antisemitismus und ... , S. 89
20) J. Bruhn, Unmensch und Übermensch. Über Rassismus und Antisemitismus, in: Kritik & Krise 4/5 (1991), S. 18
21) Th. W. Adorno/M. Horkheimer, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1989, S. 180

Lernziel Volksgemeinschaft

Das Elend der warentauschenden Gesellschaft und die kommunitaristische Wiederkehr der Gemeinschaft

Nach dem Sieg über den Kommunismus sieht sich das Abendland einer neuen Bedrohung ausgesetzt. Im Innern der *westlichen Wertegemeinschaft* wütet ein Feind: der zersetzende *schrankenlose Egoismus*. Als Wunderwaffe haben demokratische Geistesgrößen den *Kommunitarismus* entwickelt, integraler Bestandteil einer gigantischen *Werteoffensive*. Jede Gemeinschaft, von der Großfamilie über den Sportverein bis zur religiösen Sekte, ist den Kommunitaristen ein Baustein zur Stärkung eines staatsbürgerlichen Kollektivs. Als Erben einer Gesellschaft der Staatsbürger sollen wertorientierte *soziale Milieus* zum Bändiger marktwirtschaftlicher Subjektivität werden.

I. Tausch und Moral

Die säkulare Theologie der Aozialität

Was war geschehen, als ein Sprecher der 8-Uhr-Tagesschau in den Top-News des 22.06.96 mit pietätvoller Miene vor den Gefahren eines „radikalen Kapitalismus“ warnte? Nun, an diesem Tage hatte Petri Nachfolger, aus dessen Statement gegen den „hemmungslosen Individualismus“ zitiert wurde, vor mehreren 10.000 Bundesbürgern demonstriert, daß die sogenannte katholische Soziallehre mitnichten ein Relikt aus Zeiten ist, in denen sich der Heilige Stuhl gegen Aufklärung und säkularisierende Industrialisierung nur mühsam zu behaupten wußte. Im Gegenteil: Was die Popen schon immer als Antidot gegen ein heilloses Dasein verkündeten, nämlich besinnungslose Unterordnung in der Herdengemeinschaft im Zeichen des Verzichts, ist gleichzeitig der letzte Schrei von Leitartiklern, Gesellschaftsplanern und Politikberatern des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Das Schlagwort, unter dem zunächst im akademischen Bereich die „rastlose Selbstzerstörung der Aufklärung“ (1) bis zur Ununterscheidbarkeit von Gesellschaftstheorie und Erbauungspredigt vorangetrieben wurde – mittlerweile von altbundeskanzlerndden Flakhelfern und profisonoren Nachrichtensprechern popularisiert – lautet: Kommunitarismus.

Auf die Frage, was es nun mit diesem auf sich habe, antwortet der US-amerikanische Präsidentenberater Amitai Etzioni, Verfasser des aktuell gültigen Manifests

des „communitarism“ in schlichten Worten: „,Was ist Kommunitarismus?‘ werden wir oft gefragt. Wir sind eine soziale Bewegung, die darauf zielt, das moralische, soziale und politische Umfeld der Menschen zu erhalten und zu stützen. Teils durch Gesinnungswandel, teils durch Erneuerung sozialer Bindungen ... Vorrangig ist der Wandel der Gesinnung. Ohne gestärkte moralische Instanzen werden öffentliche Dienstleistungen überlastet, **und funktioniert der Markt nicht. Denn ohne moralische Verpflichtung dazu handeln Menschen ohne Rücksicht aufeinander.**“ (2)

Das älteste Problem der Aufklärung, das nie bewältigt und immer gern verdrängt wurde, meldet sich also zurück: Die genuine Asozialität des Tausches, die jedem ihr fremden Bändigungsversuch spottet.

Den kaum ermeßlichen Schock, den das physische Ausgeliefertsein an die prinzipielle Grenzenlosigkeit der Geldbewegung hervorrief, als sie die naturalwirtschaftlichen Schranken des kleinen Warentausches durchstieß, läßt sich sehr gut noch an den Entwürfen der „dunklen Schriftsteller der bürgerlichen Frühzeit“ wie Machiavelli oder Hobbes ablesen: Scheint bei dem einem im Gedankenspiel über die absolute Machtausübung die Erfahrung durch, daß der neuen Vergesellschaftungsform, die allein auf Äquivalententausch beruht, keine natürliche Grenze mehr gesetzt ist, weckt beim anderen der Markt, der nur noch in steter, kriegsartiger Konkurrenz aller gegen alle die Selbsterhaltung ermöglicht, den Wunsch nach dem biblischen Schreckbild des Leviathan, als dem kleineren Übel. Beide aber, „die dem Egoismus des Selbst das Wort redeten, haben eben damit die Gesellschaft als das zerstörende Prinzip erkannt.“ (3)

Wertdynamik und Willkür

Dieser klare böse Blick der Frühzeit trübte sich, je mehr die Gesellschaft vom Tausch zwar zerrissen, aber doch gelenkt wurde. Die Verheißung, die in der Behandlung der inneren, wie äußeren Natur als eines zu beherrschenden Materials eben auch steckt – nämlich die Befreiung von Naturnotwendigkeit derart, daß schlechtes Wetter auch zugleich Hunger bedeutete – schien die dunklen Seiten von Geldverkehr und Warentausch mehr als aufzuwiegen: Bacons und Campanellas Wissenschaftsutopien, in denen die Disziplin des Forschers als Vorbild einer allgemeinen Arbeitsmoral den entworfenen Gesellschaften ein neues Fundament verlieh, waren Ausdruck eines steigenden Vertrauens in den neuen Typus ökonomisch-technischer Zweckrationalität. Tatsächlich mäßigten sich an der Oberfläche zunächst die unmittelbaren Folgen der Asozialtät des Tausches: Fortschritte im Landfrieden, Rechtsgaranatien für Freizügigkeit und körperliche Unversehrtheit wurden zu Rahmenbedingungen der Ausbeutung vermittels des freien und gleichen Tausches. Der mörderische Zwang, den die Schatzbildung der ursprünglichen Akkumulation – deren Früchte zunehmend „zivilisiert“ verteilt wurden – bedeutete, blieb den „Armen und Wilden“ vorbehalten, die „den entfesselten kapitalistischen Elementen ausgesetzt,, (4) waren.

Diese blieben häufig genug unter Deck von Sklavenschiffen, oder hinter Mauern von Fabrikgefängnissen verborgen. Der Blick der Philosophen hing mehr am gesellschaftlich notwendigen Schein einer in Rechtsfrieden miteinander tauschenden Gesellschaft kleiner Eigentümer: Statt sich als reißende Bestien zueinander zu verhalten, schien ihr marktförmiger Zusammenhang sie nicht nur zum tugendhaften Zusammenleben anzuhalten, sondern gar die bestmögliche Form zu sein, in der die Potenzen der kalkulierenden Vernunft sich, statt nur zum Wohle einiger weniger, auch zu dem der Allgemeinheit entfalten konnten. Lockes Emphase einer zivilen Gesellschaft, deren ökonomische Kräfte, so man sie nur ließe, ein neues Gemeinwohl noch überträfe, weil es auf institutionelle Gewalt verzichten könne, ist wohl – zusammen mit Adam Smith‘ Wohlstandskonzept – die konsequenteste Utopie bürgerlichen Rationalismus.

Nicht lange dauerte es, bis Freiheit und Gleichheit des Tausches den Nimbus prästabilisierter Harmonie zu verlieren begannen. Die eigentätige Dynamik der Verwertung machte nicht halt auf der Stufe, auf der es so erschien, als ob unabhängige Produzenten nur die Produkte ihrer verausgabten Arbeitskraft miteinander tauschten. Denn die steigende Zahl derjenigen, die nicht mehr mithalten konnten, denen Mißerfolg beschieden war oder die, die nie etwas zu tauschen besessen hatten, waren gezwungen, höchstselbst zu lebendigem Tauschwert zu werden. Der Hunger zwang die pauperisierten Massen in gänzlich unharmonische Abhängigkeitsverhältnisse.

Enfaltet sich der Äquivalententausch zur allgemeinen gesellschaftlichen Verkehrsform, wird Gesellschaft ein (selbst)zerstörerischer Zusammenhang. Die Stunde einer von der Gesellschaftsanalyse unüberbrückbar getrennten Moralphilosophie hat geschlagen. Der kategorische Imperativ Kants registriert das genau: Die Aufforderung an jeden einzelnen, sein Handeln so einzurichten, daß es als Maxime einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne, bezeugt, daß das Allgemeinwohl mitnichten aus dem Wirken der „Praktischen Vernunft“ des Kaufmanns und Unternehmers sich quasi natürlich ergibt. Im Gegenteil: Moral muß als gänzlich äußerliches, letztendlich individuell nicht-vernünftiges Korrektiv einer aus dem Leim gehenden Gesellschaft aufgepfropft werden.

Die Einforderung dieser Moral ist also von vornherein willkürlich. Hatte Kant in seiner „Metaphysik der Sitten“ aber noch darum gerungen, den empirischen Menschen als Eigentümer mit seiner Verpflichtung gegenüber der Menschheit als emanzipatorischem Begriff zusammenzubringen (5), so entpuppt sich bei den Predigern der Moral 200 Jahre später Willkür als Bösartigkeit: Denn das „allgemeine Gesetz“, auf welches moralisches Handeln sich beziehen soll, kann heute nicht mehr mit Emanzipation verwechselt werden: Daß es „Tausch Dich oder stirb!“ lautet, weiß jeder der Menschenfreunde, die vor „individualisiertem Kapitalismus“ warnen, und die „moralischen Instanzen“ stärken wollen. Sie trachten bloß danach, die, aufgrund stets noch mißlungener Befreiung, nun katastrophisch erodierenden Zwangsgemeinschaften wie die Familie, nochmals zusammenzuschweißen. Die Forderung nach moralischer Erneuerung, nach Schutz sogenannter traditioneller Lebenszusammenhänge, nach unfreiwilliger Gemeinschaftlichkeit aller Art unter Bedingungen allseitiger Konkurrenz und sinkenden Werts der Ware Arbeitskraft, kürzt aus dem Desaster der Wertvergesellschaftung auch noch die allerletzte emanzipatorische Potentialität heraus.

II. Zivilisationstheorie und Entzivilisierung
Die sekundäre Archaik des Kommunitarismus

Die Moral oder, wie es heißt, die „Normenethik“, der die beiden Vorzeigedenker des amerikanischen „communitarism“ huldigen, unterscheidet sich grundlegend von der Kantschen: Michael Walzer distanziert sich nachdrücklich vom Universalismus früherer abendländischer Ethik, die sich zu weit über den jeweils partikularen „kulturellen Kontext“ ihres lokalen, historischen Entstehungsortes erhoben habe, um noch wirklich verbindlich sein zu können. (6) Was im einzelnen dann verbindlich ist, hängt nur vom Kodex der jeweiligen Gemeinschaft ab: Je reiner und unvermischter diese sich das erhält, was unter „Verteidigung von Integrität partikularer Lebensformen“ firmiert, desto stärker der „normative Kontext“. Deutlicher als Walzer selber entfährt es dem deutschen Diskursethiker und vermeintlichen Sozialphilosophen Honneth, dem der „kulturelle Pluralismus“ so recht aus tiefster Seele spricht: Er, Walzer, setze „eine Art von allgemein-

gültiger Grundnorm voraus, die besagt, daß jeder menschlichen Lebensform ein Recht auf die Entwicklung einer eigenständigen Kultur zukommt". Dieses „Eigenrecht jeder kulturellen Lebensform" fände nur „insofern eine moralische Grenze, als sie nur soziale Praktiken fördern und zulassen darf, die ihrerseits das komplementäre Recht aller anderen Lebensformen nicht verletzen" (7) – ein Schelm, wer sich da etwa an Xenophobie, Ethnopluralismus und Neue Rechte erinnert fühlt. Konsequent streift damit die regionalisierte kommunitäte Moral die Rhetorik des Menschlich – Allgemeinen der Moralphilosophie klassischen Zuschnitts ab. Bei populären US-amerikanischen Autoren überwiegen die Essentials der christlichen Refundamentalisierung, in Deutschland hingegen bevorzugt man die Neuauflage der Naziparole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Gemeinsam ist den Ideologen der Gemeinschaft und des universellen Partikularismus nur eins: Gegen die „Desintegrationstendenzen" der modernen Gesellschaft (8) hilft allein die besinnungslose Stärkung jeglicher Gemeinschaft, von der Kleinfamilie bis zur religiösen Eiferergemeinde – Hauptsache, sie hält ihre Mitglieder bei der Stange.

Gar bis unter die Rockschöße konstitutionell-monarchistischer Theorie, zu Montesquieu nämlich, treibt die Frage „Was verleiht einer Gesellschaft ihre Identität?" (9). Noch deutlicher als bei Walzer korrespondiert Taylors Kommunitarismus mit einem Bekenntnis zur Autorität sans phrase. Gegen die befürchtete „Selbstzerstörung der bürgerlichen Gesellschaft" empfiehlt Taylor mit einem auf das vormoderne bürgerliche Europa sich berufenden Rekurs die „Politische Gesellschaft", die durch einen stets zu erneuernden politischen Willensakt zusammengehalten werden muß. Den Verdacht, eine absolutistische Diktatur herbeizuwünschen, meint er ausräumen zu können durch die binnengesellschaftlichen Gemeinschaften. Ganz im Sinne der „corps intermediaires" Montesquieus und der Tocquevilleschen Dezentralisierungsthese, die dem aristokratischen Degout an der „"Massengesellschaft" entsprang, weist er den Gemeinschaften in der Gesellschaft die Aufgabe zu, die umfassende politische Autorität zu fragmentieren und, gerade aufgrund der kommunitäten Nähe zu den Beherrschten, diese normativ zu binden.

Zivilisation, Moral und Modernisierung

Wie kommt es nun aber zu dieser panischen Hochkonjunktur der Ethik? Warum erscheint die bürgerliche Gesellschaft ihren Apologeten so labil, daß gar ihre „Selbstzerstörung" droht? Wie es dem Moralisten gebührt, macht Taylor dafür eine Geisteshaltung verantwortlich: Den von ihm so bezeichneten „Locke-Strang" des Denkens innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Auf John Lockes „civil society" basiert laut Taylor die Annahme einer „Vorpolitischen Gesellschaft", eine Annahme, die das (ökonomische) Funktionieren der Gesellschaft jenseits dauernder normativer Eingriffe postuliere. Der „Locke-Strang" teile sich in zwei – nur scheinbar – entgegengesetzte Flügel, den klassisch marktliberalen, der letztendlich zum Neoliberalismus führe, und einen anderen, der über Rousseaus Postulat des apriorischen Gemeinwillens via Marx in die „leninistische Diktatur" münde.

Mit diesem aberwitzigen totalitarismustheoretischen Manöver verschleiert Taylor nicht nur die eigene bedingungslose Autoriätssucht, sondern schiebt den schwarzen Peter der Entzivilisierung, d. h. der Wiederkehr der schrankenlosen Asozialität des Tausches an die Oberfläche der Gesellschaft, ausgerechnet der Zivilisationstheorie und ihrer Popularisierung zu: „Die oben beschriebenen Entwicklungen des 18. Jahrhunderts ... entwickelten auch eine Vorstellung von ‚Zivilisation' ... Innerhalb der Selbstdefinition der modernen europäischen Gesellschaft, die sich als eine ‚zivilisierte' verstand ... spielten die Tugenden der friedlichen Produktion eine bedeutende Rolle, während die älteren kriegerischen Tugenden in einem ungünstigeren Licht erschienen. Die europäische Gesellschaft erhielt ihren Schliff, indem sie diesen kriegerischen Tugenden und dem **damit verbundenen Ethos der Ehre den Rücken kehrte. Indessen war es gerade diese Ehre, die dem politischen Leben seinen inneren Wert gab**". (10)

Ohne sie beim Namen zu nennen ziehlt Taylor offensichtlich auf die prononcierte Theorie der Modernisierung von Norbert Elias. Wie in keiner anderen bündeln sich in ihr die Hoffnungen und ex negativo auch die Befürchtungen, die vom 19. Jahrhundert bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts mit dem Aufstieg von „organisiertem Kapitalismus" (Schumpeter) und Etatismus sich verknüpften: Intensivierung der Produktion, Ausdehnung der Märkte, Monopolisierung der ökonomischen und politischen Gewalt, Regulierung und Organisierung des öffentlichen Lebens, Aufbau des public-welfare-Systems, Zähmung des Proletatiats, Nivellierung regionaler wie kultureller Unterschiede – all das deutete daraufhin, daß Gesellschaft sich zum „unzerbrechlichen Gehäuse" (Weber) entwickele in dem Integration sich auf unauffälligem, quasi selbsttätigen Wege vollzöge, und der externen Moral nicht bedürfe. Dierse Annahme wurde weitgehend von allen Theoretikern geteilt, ob man nun, wie (Elias) über die „Pazifizierung" jubelte, oder die Defizite an Individualität beklagte.

Elias gehört insofern zum „Locke-Strang", als er zwar der staatlichen Organisation die treibende Rolle im Prozeß der Zivilisation zuschreibt, aber ihre Rolle nicht in der ständigen Präsenz in einer vom Zerfall bedrohten Gesellschaft sieht, sondern ihren zunehmenden Rückzug aus dem pazifizierten öffentlichen Leben prognostiziert. (11) Diese nur transitorische Funktion erhält sie durch einen Prozeß, der mit der Bildung vom organisierten Territorialherrschaften im Europa des 14. Jahrhunderts begann, ein Prozeß, der erstmals an den Höfen Menschen zu „Interdependenzketten" zusammenschloß. Die „Interdependenz" – Elias` zentrale Idee – verlangte von den in ihr eingebundenen Menschen eine Mäßigung ihres affektiven Verhaltens: Selbstbeherrschung. Dieses Modell erweist sich als überlegenes, es dehnt sich in zwei weiteren Studien über die Gesellschaft aus: Ab dem 16. Jahrhundert entsteht daraus die „höfisch-absolutistische Gesellschaft", die nicht nur die Kriegerelite in einen Hofadel verwandelt, und politisch eine zentrale Monopolinstanz der Gewaltsamkeit hervorbringt, sondern die auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet die Bildung längerer und komplexerer „Interdependenzketten" ermöglicht und fördert. Auf der dritten Stufe, der des bürgelichen Nationalstaates, schreitet die Vernetzung des „Menschengeflechts" derart voran, daß die letzten Machtmonopole „öffentlich" werden. Die Interdependenzketten wachsen zu erdumspannender Dimension an, was die Pazifizierung der Erde erwarten läßt.

Diese äußere Entwicklung schlägt sich als „Affektmodulierung" im Individuum nieder. In drei Stufen verschieben sich die Gewichte zwischen den psychischen Instanzen Es, Ich und Über-Ich. Anfangs wird das Es, das für den unkontrollierten Affekt steht, nur zeitweise durch das Ich gebremst. Das Ich steht dabei für die bewußte Unterordnung unter die Spielregeln der friedlichen Interdependenz (Stufe 2). Auf der dritten Stufe wirkt die gesellschaftliche Verflechtung so stark auf den Einzelnen ein (d.h. die Interdependenzketten haben sich in einem zuvor unvorstellbaren Maße verlängert und verdichtet), daß die „civilisation" auf den Plan tritt: Das bedeutet, daß affektkontrolliertes Verhalten vom bloß akzeptierten Außenzwang zum Selbstzwang automatisiert wird. Das Über-Ich, Instanz automatisierter Selbstkontrolle übernimmt das Ruder in der menschlichen Psyche. Die endgültige Verallgemeinerung des vorausschauenden Handelns und des affektnivellierten Verhaltens folgt der Bewegung der „Interdependenzkette" Markt:

Im Inneren assimilieren sich die Mittel- und Unterschichten, extern die Eliten anderer Regionen, die dort denselben Zivilisationsprozeß verallgemeinern helfen.

Gerade aber weil Elias´ Theorie der Zivilisation auf einem Zusammenhang zwischen Durchorganisierung der Gesellschaft und innerer wie äußerer Befriedung beharrt, läßt sich an ihr wie an keiner anderen zeigen, daß Vergesellschaftung durch Äquivalententausch gerade durch die Gestalt totaler Organisation gerade nicht von der Gesellschaft als vernunftlosem Naturzwang wegführt. Nur vorübergehend bringt das „Interdependenzgeflecht" ein hochsteuerungsfähiges Gewaltmonopol und eine straff organisierte Gesellschaft mit sich.

Markt und Subjekt

Marx hat in den „Grundrissen" den grundlegenden Unterschied zwischen" gesellschaftlichen Verhältnissen, die ein unentwickelte System des Austauschs, der Tauschwerte und des Geldes erzeugen", und dem gesellschaftlichen Nexus, der im „Geldverhältnisse, im entwickelten Austauschsystem" gründet, hervorgehoben: „Die Bestimmtheit, die im ersten Falle als eine **persönliche Beschränkung** des Individuums durch ein anderes, erscheint im letzten ausgebildet als eine **sachliche Beschränkung** des Individuums durch von ihm unabhängige und in sich selbst ruhende Verhältnisse." (12) Nur im ersten Fall kann von einem durch personale Interaktion gebildetem Menschengeflecht, mit all seinen „zivilisierenden" Konnotationen, die Elias an dieses Konzept knüpft, sinnvoll gesprochen werden. Im zweiten Fall hingegen vollzieht sich die Bildung der „Interdependenzen" als Rückfall in eine überpersonale zweite Natur, zu der der geldvermittelte Warenaustausch die Gesellschaft macht: Die „**Existenzbedingungen** ... sind wieder von Individuen unabhängige und erscheinen, obgleich von der Gesellschaft erzeugt, gleichsam als **Naturbedingungen**, d.h. als von den Individuen unkontrollierbare." (13)

Der Etatismus (vom Absolutismus bis zum „Wohlfahrtstaat") suggerierte aber zunächst eine steigende Ordnung und Regulierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die nicht nur Elias die zersetzende Potenz übersehen ließ, die in der ausschließlichen Koppelung der Reproduktion der vergesellschafteten Individuen an die Realisierung ihrer Produkte (bei der Mehrzahl ist dies nur noch das nackte Arbeitsvermögen) als Waren schlummerte.

Die subjektlose Verwertungslogik des Marktes verhielt sich zur politischen Ordnungsanstrengung nur begrenzt symmetrisch. Aber erstere, die auf dem Niveau des Weltmarktes über Gedeih und Verderb ganzer Staaten entscheidet, setzt sich „a posteriori als innere, stumme, im Barometerwechsel der Marktpreise wahrnehmbare ... überwältigende Naturnotwendigkeit" durch. (14) Diese aber sorgt dafür, daß die universelle Konkurrenz früher oder später die mühselig pazifizierte Oberfläche durchbricht: Der Kampf um die Realisierung des in den Waren eingeschlossenen Mehrwerts verschärft sich zusehends. (15) Je höher der Grad der Produktivität der Arbeit, desto mehr Menschengruppen werden als überflüssige ausgeschieden, sei es, weil sie ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können, sich als „Geldmonaden" nicht mehr realisieren, sei es, weil der Wertanteil ihrer aufgewendeten Arbeitskraft unter das zur Reproduktion derselben notwendige Maß sinkt. „ Die entfesselten kapitalistischen Elemente" kehren mit aller destruktiven Gewalt auch in einst für gefestigt gehaltene Staaten und Gesellschaften zurück. Der Gesamtzusammenbruch nachholender Mordenisierung" (Kurz), der die 3. Welt seit den 70er Jahren in Schutt und Asche legt; die Konkurrenzunfähigkeit aufgrund der rapide gestiegenen Kapitalintensität der Produktion und des damit verbundenen Produktivitätsnivesaus, die die sozialistischen Länder kollabieren ließ, zeigt, wie die „Interdependenzkette" wahrlich weltumspannend geworden ist: Die „One World" des Weltmarktes sieht allerdings nicht die Heraufkunft einer Weltharmonie, sinnvoll vermittelt durch ein einziges zentrales Kraftzentrum, wie Elias wähnte, sondern das krasse Gegenteil: Den Zerfall politischer Einheiten in von Stammesfehden und Bandenkriegen heimgesuchte Territorien und die Wiederauferstehung des unproduktiven Raubrittertums – alles verstrickt in zunehmend sich ausbreitenden und sicherlich aussichtslosen Dauerkrieg um die weniger werdenden Brösel, die vom Tisch des Weltmarktes noch abfallen.

Deregulierung statt Weltharmonie

Diesem Zerfall folgt die Deregulierung auf dem Fuße: Statt sich als ultrastabile Herrschaftsgebilde zu verfestigen, zerfallen intermittierende Instanzen innerhalb der Marktvergesellschaftung, wie z.B. die Gewerkschaften. Statt „straffer Regulierung ... des gesamten gesellschaftlichen Verkehrs von stabilen Zentren aus" (16) fallen immer weitere gesellschaftliche Bereiche aus eben jener Regulierung heraus. Konkurrenz war nicht nur Movens, das zu immer umfassenderen gesellschaftlichen Aggregaten führte, sondern sie führt auch, je weiter sich die Vergesellschaftung des „entwickelten Austauschs" (Marx), deren Ausdruck sie ist, ausdehnt und vernetzt, zum geraden Gegenteil, dem kampf aller gegen alle im Dschungel der zweiten Natur.

Daß Bandenbildung mit Gewalttätigkeit und Rohheit einhergeht, kann nicht überraschen. Daß dieser Stil in die Mittelklassen vordringt, in denen der materielle Unterbau der Zivilisation noch vorhanden ist, indiziert aber überdeutlich, daß auch die Innenseite des Zivilisationsprozesses keineswegs nach harmonischer Ausgeglichenheit strebt.

Das Über-Ich als Träger von Religion und Moral – diese Ansicht teilt Elias mit Freud: Es sorgt dafür, daß aus Kulturgegnern Kulturträger werden. Aber die Vorstellung, daß das Über-Ich nur einen „Abdruck der Gesellschaft im Innern" (Elias) darstelle, bleibt rettungslos naiv.

Freud zufolge vereint das Über-Ich nämlich zwei entgegengesetzte Tendenzen: Die Steigerung der Sozialisierungsfähigkeit ruht auf einem geradezu antisozialen Fundament. Die Verinnerlichung gesellschaftlicher Anforderungen in Form eines Über-Ichs kann nur erfolgen, wenn dieses wiederum mit bestimmten Triebregungen amalgiert; es sind dies jene der ödipalen Phase. Der in dieser Phase erzwungene Verzicht aud die ursprünglichen Liebes- und Feindseligkeitsregungen und die Frustration der unmittelbaren Triebbefriedigung, auf die das Es drängt, führen zur Aufrichtung einer neuen Instanz, des Über-Ichs. Dieses verwaltet die von außen nach innen umgelenkten aggressiven Energien. Das Über-Ich tritt dem Ich mit der archaischen Kraft des Es, aus dem es sich bildet, gegenüber. Je weniger Aggression nach außen gelangt, desto grausamer wird das Über-Ich (Schuldgefühle, Angst). Das Verdrängte kehrt gerade über das Über-Ich wieder und droht das Ich zu überwältigen – im Individuum wie in der „Kulturgemeinschaft" (Freud) als Ganzem.

Diese Wiederkehr des Verdrängten wird nur durch das Ich aufgehalten, der Instanz, die sich am weitesten vom Es entfernt hat. Freuds Vertrauen auf eine ausreichende Stärke des Ichs gründet sich auf den privaten Schutzraum der Familie, in der die Ablösung von den archaischen Vorstufen (17)des Über-Ichs bereits stattgefunden hat – durch die Erledigung des Ödipus-Komplexes- **bevor** die Gesellschaft das Über-Ich in den Dienst nimmt, sich „introjiziert".

Die historische wie soziale Begrenztheit dieser familialen Sozialisation springt klar ins Auge: Die individuell-autoritäre „Vaterkultur" (Mitscherlich) ist am Ende. Das Ich als Träger der Individuation gerät zunehmend zwischen die Mühlsteine von Es und Über-Ich: Die Aufhebung der bürgerlichen Familie findet nämlich nicht als

bewußt-emanzipativer Akt statt, sondern als blinde Konsequenz der „asozialen" Komponente der Marktvergesellschaftung.

Die Gemeinschaft der Kind-Erwachsenen

Hierauf bezieht sich die Rede der Kritischen Theorie von der „Ich-Schwäche". Nicht gemeint ist, entgegen der üblichen Vorurteile, die Auflösung der zunehmend unmittelbar vergesellschafteten Menschen in eine quasi hypnotisierte, über kein eigenes Selbst mehr verfügende, konturlose Masse. Vielmehr bezieht die Theorie sich auf Prozesse des Umbaus der psychischen Struktur, auf eine antizivilisatorische Verschiebung in der Hierarchie der psychischen Instanzen – verursacht von der warentauschenden Zivilisation selber. Marcuses Annahme einer „vorzeitigen Sozialisation" könnte die allenthalben zu beobachtende immer geringere Affektdämpfung und die Unfähigkeit zur Kommunikation erklären: „ Nun aber, unter der Herrschaft ökonomischer, politischer und kultureller Monopole, scheint die Bildung des erwachsenen Über-Ichs das Stadium der Individualisierung zu überspringen. Die unterdrückende Triebsorganisation scheint kollektiv, und das Ich durch ein ganzes System extrafamilialer Einrichtungen ... vorzeitig sozialisiert zu sein." (18)

Da das Ich schon fast mit dem gesellschaftlichen Über-Ich verschmilzt, wird die unterbrechende Instanz gegenüber gesellschaftlicher Beeinflussung entscheidend geschwächt: Überidentifikation mit kolportierten Charakteren und Verhaltensweisen ist die Folge. Auf der anderen Seite sind die (Es-förmigen) antisozialen Vorstufen des Über-Ichs im Individuum nicht überwunden worden: Der archaische Größenwahn des Kleinkindes lebt fort; seine unmittelbaren, um die realen Folgen unbekümmerten Triebregungen (auch die sadistischen) verlangen nach unmittelbarer Befriedigung. Damit schwindet die Fähigkeit zwischen dem eigenen Selbst und der Außenwelt zu differenzieren (Narzißmus): Das Erwachsenen-Kind und der Kind-Erwachsene werden austauschbar.

Dieselbe „Interdependenz" des Warentauschs, die an ihrem Anfang die stammesförmig-bornierten Gemeinschaften aufhob, produziert sie am Ende aufs neue. Die Wiederauferstehung der **Gemeinschaft** ist identisch mit der Regression der **Geselllschaft**. All das, was Elias für die überwundene **Vergangenheit** des Zivilisationsprozesses gehalten hatte, enthüllt sich als sein **Resultat**. Wahrhaftig unübersehbar haftet eine **sekundäre Archaik** an den „posttraditionellen Gemeinschaften" (Honneth). Rackets sind sie allesamt: Das gilt für den Neotribalismus der gangs, der mit der Transformation der altehrwürdigen „black community" in ein Zwangsbehältnis mörderisch verdichteten Konkurrenzkampfs einhergeht; noch mehr gilt dies für die Bandenbildung ehemaliger Mittelschichtler, bei denen der hysterische Narzißmus wahre Triumphe feiert, sei es in Waco oder bei den Montana-Milizen. Das Programm des Kommunitarismus, das die Folgen der „asozialen Sozialität" (Breuer) mit seinen Produkten bekämpfen will, bekommt dadurch trotz seiner altväterlichen Diktion einen drohenden Unterton: „Amerikanische Männer, Frauen und Kinder sind eingebunden in viele Gemeinschaften – Familien, Nachbarschaft; in unzählige soziale, religiöse, ethnische Zusammenschlüsse, in Betriebsgemeinschaften und Berufsvereinigungen ... **Weder die menschliche Existenz noch die individuelle Freiheit kann außerhalb der unabhängigen und sich überschneidenden Gemeinschaften, denen wir alle angehören, aufrechterhalten werden**." (19) Die „moralische Erneuerung" des Kommunitarismus verdammt die in Gemeinschaften Gepferchten dazu, zu werden und zu bleiben, was sie schon jetzt sind: Gefangene ihrer zufälligen Hautfarben, religiösen Bekenntnisse und Geburtsorte.

III. Gemeinschaft und Lebenswelt Die Flexibilisierung des Völkischen

Den Unterschied zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft hat man in dem Land, das stets sich für kultiviert statt nur zivilisiert hielt, immer deutlich wahrgenommen: Im Gegensatz aber zum lange Zeit vergessenen Emigranten Elias zogen es deutsche Philosophen in den letzten 150 Jahren vor, das hohe Lied der Gemeinschaft zu singen: Es war Ferdinand Tönnies, erster Präsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der dieses verbreitete Ressentiment gegen die Abstraktion Gesellschaft in seinem, 1935 zum achten Mal aufgelegten, Hauptwerk „Gemeinschaft und Gesellschaft" in idealtypische Form brachte. Ihm zufolge gibt es zwei grundverschiedene, einander entgegengesetzte, Geisteshaltungen die die im Titel bereits genannten Grundtypen menschlichen Zuisammenlebens hervorbringen: Auf der einen Seite ist es der nicht-zweckrationale, dem innersten Verlangen entspringende „Wesenswille", der sich in „Gemeinschaft", wie z.B. Familie und Nachbarschaft ausdrückt. Diese ursprüngliche, affektive Gemeinschaftlichkeit wird in der Neuzeit zerstört durch das Auftreten des „Kürwillens": Seine Materialisierung ist „Gesellschaft", ein Produkt des Zweck-Mittel-Denkens von (ungemeinschaftlichen) Einzelmenschen. „Gesellschaft" fehlt dementsprechend „die Mitte", sie ist gekennzeichnet durch lose Beziehungen, Individualismus und Interessenkonflikte: Ihre gemeinschaftszerstörenden Organe sind Politik, Großstädte und Aktiengesellschaften.

Den deutschen Adepten des Kommunitarismus erscheint es oft noch zu peinlich, diese klassische autoritär-antisemitische Stereotypie herbeizuzitieren. Unendlicch viel unverdächtiger steht dagegen Husserls Konzept der „Lebenswelt" da. Dennoch gehorcht es untergründig einem ähnlichen Muster: Husserl (dem, als Person wie Tönnies auch, bewußten Antisemitismus zu unterstellen, absurd wäre) setzt – aufgrund der Gefahr, daß sich die Welt durch die Verselbständigung des naturwissenschaftlichen Denkens selbst vergäße – auf die „Wesensschau". Auf dem Wege der „phänomenologischen Reduktion" kommt er zu folgendem Ergebnis: „Es gehört zu den ... vorausliegenden Selbstverständlichkeiten, daß die Welt ist, immer im voraus ist, ... schon seiende Welt voraussetzt, und darin irgendeinen Bestand von Bekanntem und zweifellos Gewissem" (20) enthält.

Dieses „zweifellos Gewisse", das der Konfusion der Moderne widersteht, ja als deren Korrektiv funktioniert, nennt Husserl „Lebenswelt". Als dieser Begriff, in dem die Emphase von „Leben" mitschwingt, und der zweifelsfreie Gewißheit verspricht, der deutschen Soziologie in die Hände fiel, wurde er dann auch konsequent mit affektiver Gemeinschaftsromantik von Schlage Tönnies´ „beseelt".

Solcherart hatte die „phänomenologische Sozialtheorie" die Lebenswelt denn auch präpariert, als Jürgen Habermas sich aufmachte, die Zivilisation vor ihrer Selbstzerstörung zu erretten. Der Schachzug, mit dem er das zu bewerkstelligen versuchte, entbehrt nicht der genialen Schlichtheit. Er teilt Gesellschaft – und damit den Prozeß der Zivilisation, bei Habermas „Rationalisierung" genannt, einfach in **zwei** Sphären, (21) die zwar ineinander verwoben, aber dennoch gegensätzlichen Ursprungs sind: Einerseits die „systemischen Imperative", die für die Lebenserhaltung sorgen, und darum notwendig rechenhaft und eigengesetzlich-subjektfern funktionieren müssen, und andererseits die „kommunikative Lebenswelt", die dem Ganzen „symbolisch Sinn verleihe, und die Subjekte erst zu „zweckrationalem Handeln" motivieren könne. Die abendländische Rationalsisierung führt nach Habermas im ersten Fall dazu, daß ein ausgeprägtes Netz von Subsystemen zweckrationalen Handelns" (Wirtschaft, Staat) und dazugehörigen „Medien" (Geld, Macht), im zweiten da-

für die Möglichkeit eines aufgeklärt-demokratischen „herrschaftsfreien" Diskurses entsteht. Leider trage es sich nun in der Moderne zu, daß „indem die Subsysteme Wirtschaft und Staat über die Medien Geld und Macht aus einem den Horizont der Lebenswelt eingelassenen Institutionensystem ausdifferenzieren, formal organisierte Handlungsbereiche entstehen, die nicht mehr über den Mechanismus der Verständigung integriert werden ... und zu einer Art normfreier Sozialität gerinnen." (22) Diese normfreie Sozialität erschüttere die Grundstrukturen der Lebenswelt, was ihre „Kolonialisierung" zur Folge habe. Die Lebenswelt, als Ort „kommunikativer Verständigung" vertrüge es überhaupt nicht, daß ihr die notwendigen Normen abhanden kämen, und reagiere mit „Lebensweltpathologien", die sich in Sinnverlust und Einsamkeit äußerten – nach heutigem Jargon: Desintegration.

Das altbekannte Schema: Hier kalte Gesellschaft, System, dort warme Gemeinschaft, Lebenswelt, hat sich gründlich modernisiert. Mit der Koexistenz von Lebenswelt, die in ihrem Bestand bedroht sei und unter Artenschutz gestellt wird, und Systenimperativ, dessen so-seiende Notwendigkeit über jeden Zweifel erhaben sei, aber die Lebenswelt nicht antasten dürfe, wirft Habermas den nicht mehr funktionalen Ballast bisheriger deutscher Gemeinschaftsmetaphysik ab : Einig mit dieser Metaphysik im Beklagen zivilisationsbedingter Anomien (ohne ihren Grund nennen zu wollen), schafft er deren negative Utopie ab. Statt wie diese als Heilmittel eine reaktionär-ständische, im traditionellen Sinne völkisch-mythologische, Rückkehr ins „Goldenene Zeitalter" zu propagieren, kann Habermas einen modernen, demokratischen Konformismus anbieten. Die deutsche Gemeinschaftsideologie der zu stärkenden Lebenswelt wird salon- und anschlußfähig.

Artenschutz für die „Lebenswelt"

Im Puppenstübchen des Exportweltmeisters Deutschland konnte man es sich noch während der 80er Jahre – im Gegensatz zu den bereits auf breiter Front deregulierenden USA – leisten, betulich die „Neue Unübersichtlichkeit" zu beklagen, und es mit sogenannter Diskursethik bewenden lassen. Seit nun aber auch hier die Krisenlogik des Zerfalls der warentauschenden Gesellschaft wieder sicht- und spürbar Gestalt annimmt, Hedonismus der gesellschaftlichen Ächtung anheimfällt und der Volksstaat seinem Staatsvolk mit Nachdruck zu verstehen gibt, daß sein „Schutzversprechen" (Jacob) dieselbe Opferbereitschaft wie eh und je verlangt, wächst der Bedarf an Gemeinschaft und „verbindlicher" Ethik sprunghaft an.

Da dürfen sich auch die Vertreter des Lebensweltschutzes nicht lumpen lassen. Rasch wird die Zivilgesellschaft entsorgt, der Kommunitarismus herbeigerufen, und Habermas gibt bei Taylor – natürlich zum Thema „Multikulturalismus" – sein Stelldichein. (23) Habermas´ Adept Honneth übernimmt dabei den Part, den Kommunitarismus in Deutschlands Geisteslandschaft zu propagieren, und ihm eine „kommunikationstheoretische" Variante beizugeben. Ein Unterfangen, das sich als schwierig entpuppt: Nicht, daß es am **Begriff** der Gemeinschaft fehlte, allein es fehlt in Deutschland jenes Netz traditionell voneinander „kulturdifferentialistisch" separierter und **staatsunabhängiger** Gemeinschaften, das der „communitarism" reanimieren möchte.

Honneths Überraschung, daß „das kategoriale Zentrum, was unter Bedingungen moderner Gesellschaft unter ‚Gemeinschaft' verstanden werden kann", ungeklärt blieb, hat also ihren Grund. Da, wie er richtig feststellt, alte ständische Zuordnungen, die einst die Grenzen von Gemeinschaften festlegten, längst verflüssigt sind, sucht er nach dem Konstruktionsplan „posttraditionaler Gemeinschaften" – und findet ihn auch: Nämlich, daß unter „‚Gemeinschaften' solche Muster der sozialen Integration verstanden werden, **innerhalb derer sich die Subjekte wechselseitig in ihren Leistungen und Fähigkeiten anerkennen können**." (24)

Dieses Ei des Kolumbus verrät mehr über das Nest, aus dem es stammt, als es dem Finder lieb sein dürfte. Denn freiwillig kann das bürgerliche Subjekt bei Strafe des eigenen Unterganges kein anderes anerkennen. Dieses andere Subjekt, das genau wie das eigene nur durch erfolgreiche Realisierung als Tauschwert sich am Leben erhalten kann, ist prinzipiell Konkurrent, und als solcher Objekt von Ausmerzungswünschen und nicht von Solidarität. Nur die unmäßige Last dieser Situation des „Jeder Einzelne gegen alle Anderen" erfordert die widerwillige Einordnung in eine Anerkennungsgemeinschaft. Diese Gemeinschaft in Reinkultur ist die des Staatsvolkes, das der Logik der gebündelten Konkurrenz gehorcht: Der Staat ist Garant dafür, daß die krisenhaften Folgen der Tauschvergesellschaftung wenigstens seine ihr Lebensrecht wechselseitig anerkennenden Mitglieder nicht einholen. Anderenfalls massakrierten sich diese gegenseitig – und er muß aufgrund dieser Garantie die Mitgliedschaft zur Gemeinschaft limitieren. Der Staatsbürger selber wiederum sehnt sich nach einem unverrückbarem Kriterium, das ihm einen Naturrechtsanspruch auf die Garantie des Staates zusichert. Ein Ein- und Ausschlußkriterium, oder anders gesagt: ein Kriterium für Anerkennung und Nichtanerkennung wird unverzichtbar. Da Staatsbürgerschaft ein unsichtbares Merkmal ist, ebenso wie der Tauschwertcharakter eines Produktes, bemühte sich das fetischistische Bewußtsein, die Staatsvolkszugehörigkeit im äußerlich Sichtbaren, in zufälligen Naturgegebenheiten oder in historischer Mythologie zu finden: Die Volksgemeinschaft des Dritten Reiches war die Konsequenz. Gerade ihr so archaisch anmutender, eben völkischer Charakter deckt sich mit dem in Deutschland modellhaft entfalteten, modernen abstrakten Staatsbürgertum, das alle Eierschalen „traditionaler Gemeinschaftlichkeit" abgestreift hat.

Die fetischistische Substanzialisierung der Staatsbürgerschaft, die rassengeschichtlich untermauerte Zugehörigkeit aber wird durch die Notwendigkeit zur Optimierung des „Volkskörpers" für die Weltmarktkonkurrenz modifiziert. Im NS bereits kündigte sich mit der Rede vom Gemeinnutz bzw. den Volksschädlingen eine neue Stufe des (staats)völkischen Ausschlußmechanismus an: Nicht, daß bei Bedarf gern auch die alte Blut-und-Boden-Keule geschwungen wird – aber ein flexibilisiertes völkisches Muster ohne Blutsgarantie entspricht der Maßgabe der Verwertbarkeit erheblich besser. Die „pathische Projektion", die als Konstitutionsmerkmal des Staatsbürgertums gelten muß, weil sie Volk und Anti-Volk halluziniert und identifiziert, befreit sich von ihrer historischen Substanz und wird zu „**frei flottierender Projektivität**" (Pohrt) (25). Sie begeistert sich genauso für die völkische Selbstbestimmung der Tibeter und Palästinenser und zieht doch insgeheim „nützliche" Einwanderer den sogenannten Rußlanddeutschen vor, wie jederzeit ökologischer Verfolgungswahn sich mit Xenophobie verbinden kann, um ins Pogrom zu kippen, das hernach wieder mit einer Menschenkette bedauert wird.

In der Terminologie der wechselnden Identitäten schien das bereits wieder, was in der „posttraditionalen Gemeinschaft" als Anerkennungsgemeinschaft nach „flottierenden" Kriterien auf den Punkt gebracht ist. Das kulturdifferentialistische Ethikkonzept der Kommunitaristen, dessen Inhalt im Gegensatz zu seiner Rigorosität gleichgültig ist, plaudert im Land des Gemeinschaftswahns ohne Gemeinschaften – Erbe des Nationalsozialismus – seine raison d`etre aus: Eine Volksgemeinschaft neuen Typs.

Uli Krug

Das Kochbuch des postmodernen Gourmets

Zu Judith Butlers Feminismus-Kritik

Die Diskurstheorie reklamiert für sich, den Klassifikations- und Identitätszwang der Moderne zu überwinden. Ihre Haupterrungenschaft die Dekonstruktion, ermöglicht ihr tatsächlich Identität als gesellschaftliches Produkt detailschart zu enthüllen. Letzten Endes bleibt diese Dekonstruktion aber konstruktiv: Der Mythos der Macht, die als Ultima Ratio jedes Diskurses erscheint, ist ihr ebenso unüberwind licher Fetisch wie dem Identitätsdenken die Natur. Darüber gelangt auch Judith Butler nicht hinaus: Ihre Diskursivierung des Geschlechts hilft nicht den Identitätszwang aufzuheben, sondern nur diesen Zwang zu flexibilisieren. Nicht die Zerstörung der Norm interessiert Butler sondern die Erringung einer Machtposition bei der Zuweisung gesellschaftlich vermittelter Identität.

Die radikale Frauenbewegung in den 60/70er Jahren bezog sich theoretisch auf die bekannte These von Simone de Beauvoir: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es." Diese These stammt aus ihren Buch „Das andere Geschlecht", das schon Ende der 40iger Jahre entstanden war. Mittlerweile ist der Anspruch der Frauenbewegungen, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung zu erkämpfen, weitgehendst der Beschwörung einer substantiellen „Weiblichkeit", also der Betonung von Differenz, gewichen. Angesichts dieser Tatsache ist es um so bemerkenswerter, daß sich die amerikanische Feministin Judith Butler nicht nur wieder auf jene These bezieht, sondern darüberhinaus beansprucht, sie mit ihrem dekonstruktivistischen Ansatz zu radikalisieren. Butler stellt die Unterscheidung zwischen Geschlecht („sex") und Geschlechtsidentität („gender") in Frage und will nachweisen, daß auch Geschlecht ein kulturelles Konstrukt ist. Mit dieser These ist sie nicht nur in universitären Kreisen, besonders in der feministischen Frauenforschung, auf breite Resonanz gestoßen. Auch Teile der Linken beziehen sich positiv auf Butler und ihre dekonstruktivistische Theorie: man könne bei Butler „auf Anhieb mehr gute

Anmerkungen zu Lernziel ... :

1) Horkheimer/Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1988, S.1

2) Amitai Etzioni: The Spirit of Community, New York 1993, S.247. Hrvb. v. mir. Dieses Standardwerk des Kommunitarismus ist zum Jahreswechsel 95/96 in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Die Entdeckung des Gemeinwesens" – bejubelt u.a. von R. Scharping – erschienen. Da mir diese „Entdeckung nicht vorliegt, zitiere ich nach dem Original, aber in eigener Übersetzung.

3) Dialektik der Aufklärung, a. a. O., S. 97

4) ebda.,S.93

5) Kant: Die Metaphysik der Sitten (1797), in Werke, Bd. 5, S. 325: "Der äußere Gegenstand, welcher der Substanz nach das Seine von jemand ist, ist dessen Eigentum (dominium), welchem alle Rechte in dieser Sache (wie Accidenzen der Substanz) inhärieren, über welche also der Eigentümer (dominus) nach Belieben verfügen kann (ius disponendie de re sua). Aber hieraus folgt von selbst: daß ein solcher Gegenstand nur eine körperliche Sache (gegen die man keine Verbindlichkeit hat) sein könne, daher ein Mensch sein eigener Herr (sui iuris), aber nicht Eigentümer von sich selbst (sui dominus) (über sich nach Belieben disponiren zu können), geschweige denn von anderen Menschen sein kann, weil er der Menschheit in seiner eigenen Person verantwortlich ist."

6) Breit entwickelt Walzer seine Vorstellung nicht-universalistischer Normensetzung in „Kritik und Gemeinsinn", Berlin 1990

7) A. Honneth: Desintegration, Ffm 1994,S. 78

8) Vier zählt Walzer in seiner Streitschrift „The communitarian critique of liberalism" (dt. in A. Honneth: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften", Frankfurt 1993) auf: Neben der räumlichen, politischen und sozialen Mobilität ist v. a. die Auflösung der Kleinfamilie zu beklagen.

9) C. Taylor: Der Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft" im politischen Denken des Westens, in M. Brumlik/H. Brunkhorst: „Gemeinschaft und Gerechtigkeit", Ffm 93, S.126. Die weitere Darstel-lung Taylors orientiert sich an diesem Aufsatz.

10) ebda.,S.139

11) Elias wird entlang seines „Entwurfes zu einer Theorie der Zivilisation" dargestellt, in: Ders.: Über den Prozeß der Zivilisation, Bd.II, Frankfurt 1976, S.312ff

12) K.Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S.81. Hrvb.v.mir.

13) ebda., Hrvb. im Original

14) MEW 23, S.377

15) Vgl.: R.Kurz: Der Kollaps der Modernisierung: „ Der einzelnen betriebswirtschaftlichen Einheit wird nicht etwa diejenige Menge des Mehrwerts vergütet, die sie selber partikular in ihren Gütern als Masse vernutzter Stunden und Minuten abstrakter Arbeit inkorporiert hat ... sondern ganz im Gegenteil: Sie muß sich einen Anteil an der gesamtgesellschaftlichen Geldgestalt des Mehrwerts (herrührend aus vergangenen abstrakten Vernutzungsprozessen lebendiger Arbeit) ergattern ..."

16) N.Elias: Der Prozeß ... , a.a.O., Bd.II, S.227

17) Zu nennen wären als derartige Archaismen: Kleinkindliche destruktiv-sadistische Projektionen, und die ebenfalls kleinkindliche narzißtische Fixierung auf das eigene „Größen-Selbst".

18) H.Marcuse: Triebstruktur und Gesellschaft, Frankfurt 1979, S.98

19) A.Etzioni: The spirit ... , a.a.O., S.253. Hrvb.v.mir

20) E.Husserl: Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendentale Phänomenologie (1936), In: Husserliana VI, Den Haag, 1954, S.112

21) Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bd., Frankfurt 1981, Bd.II, S.179f.: „Die Unterscheidung zwischen einer sozialen, an den Handlungsorientierungen ansetzenden, und der systemischen, durch die Handlungsorientierungen hindurchgreifenden Integration der Gesellschaft nötigt zu einer entsprechenden Differenzierung im Begriff der Gesellschaft selber ... Deshalb (sind) Gesellschaften gleichzeitig als System und Lebenswelt zu konzipieren."

22) ebda., Bd.II, S.455

23) In C.Taylors Band: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt 1993

24) A.Honneth: Posttraditionale Gemeinschaften, in: Brumlik/ Brunkhorst: Gemeinschaft ... , a.a.O., S.262 bzw. 264

25) W.Pohrt: Wege zur inneren Einheit. Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990, Hamburg 1991, S.28

Argumente gegen Identitätspolitik und Wir-Konstruktionen finden als in jedem ‚marxistischen' Text", heißt es z.B. in der Nr.10 der 17° Celsius. Im folgenden sollen die Grundzüge von Butlers Theorie dargestellt und kritisiert werden.

In ihrem Aufsatz, „Variationen zum Thema Sex und Geschlecht: Beauvoir, Wittig und Foucault" bezieht sich Butler auf die genannte These von Beauvoir. Sie stellt sich dabei folgende Frage: wenn bei Beauvoir Geschlecht durch Kultur und freie Wahl bestimmt wird, welcher Stellenwert würde dann überhaupt noch dem „Sex", d.h. dem anatomischen Geschlecht, zukommen? Um dies zu beantworten, müsse man die Unterscheidung zwischen Sex und Geschlecht bei Beauvoir rekonstruieren. (1)

Beauvoir sagt in ihrer These, „man *wird* zur Frau". Dieses „Werden" interpretiert Butler dahingehend, daß ein Geschlecht durch Kultur und freie Wahl entsteht. Beauvoir habe sich an diesem Punkt, so Butler, vom cartesianischen Denken befreit, welches durch die Gegenüberstellung von reinem Denken, Geist, Bewußtsein („res cogitans") und reiner Dinghaftigkeit, Körper, Sein („res extensa") charakterisiert ist und das Butler als Grundlegung der „Geschlechterbinarität" begreift. Denn nach der Lesart von Butler bezeichnet Körperidentität bei Beauvoir eine *Bewegung* vom natürlichen Körper zum Körper, der eine kulturelle Rolle annimmt. Butler nimmt an, daß Beauvoir damit das cartesianische Konzept des „cogito" verläßt. Sie trenne nicht mehr den Körper vom Geist, sondern begreife das Bewußtsein (Geist) als ein in und durch den Körper verkörpertes, d.h. demnach gebe es weder einen ursprünglichen, natürlichen Körper an sich noch ein außerhalb des Körpers situiertes, transzendentales Bewußtsein. Daß man ein Geschlecht, der Beauvoirschen These zufolge, erst „wird", bezeichnet nach Butler aber keine lineare, zeitliche Progression eines Prozesses, da der Ursprung des Geschlechtes nicht zeitlich bestimmbar ist. Da kein bestimmbarer Ursprung vorliegt, ist es eine gesellschaftliche Norm, die dem Geschlecht immer schon vorgeschrieben ist. Das Geschlecht muß eine für es vorbestimmte Rolle annehmen, die der Körper in der Welt leben muß, es existiert durch eine unaufhörliche Bewegung durch den eigenen Körper. Die Darstellung des Körpers paßt sich unbewußt den gesellschaftlich normierten Körperstilen und Geschlechtsnormen an. Diese gesellschaftliche Norm muß das Geschlecht erfüllen, wenn es sich nicht gesellschaftlichen Sanktionen aussetzen will. Ein Geschlecht „werden" bzw. die Wahl, ein Geschlecht zu „werden" und nach der vorgeschriebenen Norm zu leben, impliziert, so Butler, „eine Welt von bereits etablierten Körperstilen." (2)

Körper als Ort der kulturellen Interpretation

Der Körper als eine materielle Realität ist der Ort der kulturellen Interpretation, der Austragung eines Wechselspiels zwischen Kultur und Wahl. Er ist das „Theater des Geschlechts", wo die gesellschaftlichen Geschlechtsnormen zur Aufführung kommen. Butler kritisiert den Feminismus als politische Institution, weil dieser die Möglichkeit ausklammert, gerade durch Variation und Vervielfältigung von Körperstilen politisch zu agieren. Diese Kritik ist der Hauptschwerpunkt in ihrem Buch „Das Unbehagen der Geschlechter".

Butler beginnt im Vorwort mit der Feststellung, daß die Bedeutung der Geschlechtsidentität immer ein gewisses Gefühl des Unbehagens hervorrufe. Der Feminismus scheitere daran, daß die Bildung feministischer Identität immer „eine Reihe von Prädikaten wie Farbe, Sexualität, Ethnie, Klasse und Gesundheit" ausarbeite und dann stets ein verlegenes „usw." an das Ende der Liste von Prädikaten setze. Die horizontale Aufzählung der Prädikate bezwecke, ein Subjekt in seiner konkreten Situiertheit zu umfassen; „doch gelingt es dieser Aufzählung niemals, vollständig zu sein." (3) Der Feminismus stößt an Grenzen, weil er von der Grundkategorie „Frau" ausgeht, wobei sich das Frau-Sein aus der allgemein-verbindenden Unterdrückung durch das Patriarchat herleitet. Daraus entwickeln sich Schwierigkeiten in der feministischen Zielsetzung, weil das feministische Subjekt, das der Feminismus selbst hervorgebracht hat, sich weigert, gegenüber der konstitutiven Macht die feministischen Ziele zu repräsentieren. Diesem Dilemma könne, so Butler, nur dadurch entgangen werden, daß eine Kritik an jenen Identitätskategorien entfaltet werde, die von den herrschenden Rechtsstrukturen erzeugt und verdinglicht werden. Ihre zentrale Fragestellung lautet deshalb: „Stellt nicht die Konstruktion der Kategorie „Frau(en)" als kohärentes festes Subjekt eine unvermeidliche Regulierung und Verdinglichung der Geschlechterbeziehung dar?" (4)

Butler schlägt vor, die Vorstellung von einer „weiblichen Identität" gänzlich fallen zu lassen. Solange man auf der anatomischen Unterscheidung des Geschlechts insistiere, bleibt man in einer Binarität stekken, woraus nach Butler folgt, daß dem Konstrukt „Männer" ausschließlich der männliche Körper zukommt wie den „Frauen" nur der weibliche; diese Konstrukte sind aber Produktde der Kultur. Durch diesen wird den Frauen kulturell eine bestimmte Rolle („gender" als soziales Konstrukt) zugeschrieben. Mit der Unterscheidung von „sex" und „gender", so Butler, verfalle man wieder in den alten Dualismus von Natur und Kultur. Deswegen fragt sich Butler, was der Begriff Geschlecht überhaupt bedeute. Handelt es sich hier nicht bloß um eine „natürliche, anatomische, durch Hormone und Chromosomen bedingte Tatsache?" (5) Ihre Antwort ist klar: die Geschlechter sind keine Naturtatsache, sondern in Wirklichkeit diskursiv produziert, von einer Wissenschaft, die im Dienst der Macht steht. Das Geschlecht (sex) ist immer schon Geschlechteridentität (gender) gewesen. Die Geschlechterordnung oder Binarität der Geschlechter ist nichts Natürliches, sondern eine normative, sprachliche Festlegung, die sich aus der Zwangsheterosexualität ableitet. Sexualität, im Sinne heterosexueller und phallischer Kulturkonventionen, ist nach Butler immer durch Diskurs und Macht konstruiert. Damit erweise sich das Postulat einer normativen Sexualität „vor", „außerhalb" oder „jenseits" der Macht als kulturelle Unmöglichkeit und politisch unrealisierbarer Traum. Für Butler gibt es keinen Ursprung des Geschlechts: das wäre in ihren Augen ein kausales Denken, während sie konsequent unterstellt, daß es keine vordiskursive Welt gibt. Gender oder Geschlechtsidentität ist eine kulturelle Konstruktion. Der Körper fungiert, dann als passives Medium, als Instrument für die gesellschaftliche Norm. Die kulturelle Konstruktion wirkt nach Butler genauso determinierend, wie es in der Formel „Biologie ist Schicksal" der Natur zugeschrieben wird. (6)

Butlers Umwälzung der abendländischen Philosophie

Mit ihrer Kritik am Feminismus will Butler nichts weniger als jene philosophische Tradition überwinden, die sie für die binäre Konstruktion der Geschlechter verantwortlich macht. Ob sie damit Descartes als einen der Begründer der neuzeitlichen Subjektphilosophie, den Existenzialismus oder ganz allgemein die traditionelle Philosophie meint, wird dabei nicht recht klar.

Die Binarität der Geschlechter hat für Butler jedenfalls seine Ursache im westlichen Denken und in der Metaphysik der Substanz. Mit ihrer Kritik geht sie auf Nietzsches Kritik der Metaphysik der Substanz zurück. Jeglicher Anspruch auf Identität führe dazu, daß dem Vielfältigen und Unausdrückbaren in der Wirklichkeit eine falsche Einheit aufgezwungen werde. Was bedeutet diese Metaphysik der Substanz für

die Kategorie des Geschlechts? Bis heute werde in den Gesellschaftswissenschaften von Geschlechtsidentität immer in Verbindung mit einer leiblichen Person gesprochen: dabei werde „nur die weibliche Identität ... als solche markiert, während die männliche Geschlechtsidentität mit der Vorstellung von einer universalen Person verschmelze, so daß die Frauen mittels ihres Geschlechtes definiert, die Männer dagegen als Träger einer den Leib überschreitenden, universalen Perspektive gefeiert werden." (7) Daraus erwachse die Vorstellung, daß ein Geschlecht „Frau" genannt wird, was aber die Tatsache verdecke, daß die Frau nur in Beziehung zum Mann Frau ist. Humanistische Konzeptionen, so Butler, unterstellen dem Subjekt immer eine substantielle Person, die mit verschiedenen Eigenschaften ausgestattet ist, die sich nach der jeweiligen gesellschaftlichen Norm richten. Dieses Subjekt, das „Ich", ist aber genauso wie seine „Eigenschaften" wie eben z.B. „Geschlecht" ein bloßes Konstrukt. Da sich Gesellschaft laufend verändert, wandelt sich auch die Geschlechtsidentität und somit ist Geschlechtsidentität nichts substantiell Seiendes.

Unter dieser Prämisse setzt sich Butler im „Unbehagen der Geschlechter" nochmals mit Simone de Beauvoir auseinander. Hier stellt sie darauf ab, daß für Beauvoir zwar Geschlechtsidentität eine Konstruktion sei, doch impliziere ihre These „man wird zur Frau gemacht", einen Handlungsträger, ein cogito, der eine Geschlechtsidentität übernimmt, d.h. daß es jemanden gibt, der für die Tat steht und auch verantwortlich dafür ist. Beauvoir behauptet Butler zufolge, der weibliche Körper sei für die Frauen Situation und Instrument der Freiheit und nicht eine zu definierende Wesensheit. Butler zieht daraus den Schluß – anders als in dem Text „Variationen zum Thema Sex" – daß die Analyse von Beauvoir durch Leiblichkeit geprägt sei. Damit bleibe Beauvoir im cartesianischen Denken stecken; dieses Denken produziert aber die Geschlechterbinarität sowie die Geschlechterhierarchie. Auch der Existenzialismus überwinde diese traditionelle Denkweise nicht.

Butler will diese philosophische Tradition mit Hilfe der diskurstheoretischen Perspektive überwinden. Unter Diskurs versteht Butler die „geschichtlich spezifische Organisationsform der Sprache", wobei aus den Überschneidungen der Diskurse", verschiedene Modalitäten und diskursive Möglichkeiten erzeugt werden." (8) Butler schreibt aber an anderer Stelle, daß innerhalb der Diskurse Beziehungen stattfinden; Diskurs sei kein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß, der sich durch Wiederholung zu etwas Neuem entwickele. Butler definiert die Geschlechter als sprachliche Konstrukte, deren bewegendes Moment die Macht ist, die Machtbeziehung der Diskurse.

In ihrer Theorie entwirft sie eine Totalität, in der alles gesellschaftliche Leben von der herrschenden Macht konstruiert ist und woraus es kein Entrinnen mehr geben kann. Möglich ist nur eine Subversion der Identität, die sich daraus ergibt, daß eine Vielfalt von Identitäten existiert, in die das Subjekt schlüpfen kann, und in der auch die Geschlechteridentität nur ein momentaner Akt sei. Bei Butler wird die Macht dekonstruiert, indem das Subjekt verschiedene Identitäten annimmt. Zwar hatte Butler zuvor das „Ich" als grammatikalische Größe verworfen, sie negiert das Subjekt aber nicht in toto. Sie schreibt an anderer Stelle, daß das Subjekt zu dekonstruieren nicht heiße, es zu verneinen, sondern nur, es in Frage zu stellen, um es für eine neue „Wieder-Verwendung" zu öffnen. (9)

Subversion der Identität

Das Subjekt verfüge über die Möglichkeit, der bestehenden Macht zu entfliehen – aber nur, um sich wieder einer neuen Macht zu unterwerfen. Durch die Möglichkeit der Vervielfältigung der Körperstile, durch die „Maskerade der Geschlechter", dadurch, daß das Subjekt „politisch" wird, könne die Macht umgestaltet werden.

Und damit ist Butler wieder da angelangt, wo ihre Kritik einsetzte. Denn daß das Subjekt durch Hineinschlüpfen in verschiedene Identitäten eine Parodie auf das „Normale" vollführt, setzt zwingend voraus, daß hinter diesen bewußt durchgeführten Handlungen, hinter den verschiedenen Identitäten, ein „cogito" als Handlungsträger steht, der für seine Taten verantwortlich ist. Ihre Theorie ist letztendlich eine Subjektivitätstheorie, die sie doch überwinden wollte und für die auch der Existenzialismus steht. Butler stützt sich, wie bereits deutlich werden sollte, zu diesem Zweck auf die theoretischen Arbeiten von Michel Foucault. Indem nämlich Foucault die Analyse objektiver, dem individuellen Handeln vorgelagerter Machtstrukturen, in den Mittelpunkt rückt, scheint seine Theorie den radikalen Bruch mit allen „humanistischen" Theorien zu verkörpern, die vom einzelnen Subjekt ausgehen. Bereits Foucaults Machttheorie schlägt aber, wie nun gezeigt werden soll, notwendig in eine Subjektivitätstheorie zurück.

Foucault setzt sich historisch mit der Machtbeziehung zwischen Individuen und Institutionen auf verschiedenen Gebieten auseinander. In jeder Gesellschaft werde der soziale Körper, so Foucault, von vielfältigen Machtbeziehungen überzogen, charakterisiert und konstituiert – und diese Machtbeziehungen können sich nicht auflösen oder sich stabilisieren ohne Diskurse. Diskurs ist bei Foucault eine sprachliche oder durch Handlungen vollzogene Verständigungsform, die den gesellschaftlichen Raum gestaltet.

Die Macht kann nach Foucault nur anhand ihrer Erscheinung, ihrer Anwendungsbereiche, ihrer Strategien analysiert werden. Die Strategien der Macht sind als ein ununterbrochener, kontinuierlicher Prozeß zu begreifen, der auch das Subjekt konstituiert hat. Die materielle Instanz der Unterwerfung ist in ihrer subjektkonstituierenden Funktion zu erfassen. Foucault versucht sich damit von jenen Theorien abzusetzen, die von einer Vielfalt von Individuen ausgehen, die sich dem Staat unterwerfen. Unter Macht versteht er nicht nur Staat oder eine Klasse, die die andere unterdrückt. „Macht" – das sind entweder Herrschaftsverhältnisse, die als starr, einseitig verlaufend und unmittelbar gewaltförmig charakterisiert sind oder Machtbeziehungen, die nicht hierarchisch funktionieren. Von diesen Machtbeziehungen gibt es vielfältige Formen, die im Inneren der Gesellschaft existieren, z.B. Familie, pädagogische Institutionen, politische Gruppierungen etc. Macht ist überall, so Foucault, weil sie von oben nach unten und umgekehrt verläuft; sie „funktioniert und wird ausgeübt über eine netzförmige Organisation". (10) Die Individuen besetzen in dieser Organisation nicht die Maschen, sondern sie befinden sich in einer Position, wo sie einerseits Macht ausüben, da sie Verbindungelemente der Macht sind, wo andererseits auf sie Macht ausgeübt wird. Diese vielfältigen Machtbeziehungen machen einseitige Herrschaftsverhältnisse unmöglich. So transformierte sich das Souveränitätsherrschaftsverhältnis, wo der Souverän seine Macht über seine Untertanen ausübte, indem er über deren Leben oder Tod verfügte, zu einer Disziplinarmacht, die sich auf den Körper stützt und ihre Zugriffe auf das Leben ausrichtet.

Das Positive der Macht

Das Entscheidende dabei: „Macht" ist für Foucault ein Positives, und zwar im Doppelsinn des Worts. Sie ist zum einen etwas selbstverständlich Vorhandenes, etwas Gegebenes, das sich nur hinsichtlich seines Funktionierens beschreiben, nicht aber ursächlich erklären oder kritisieren läßt. Foucault kann hier seinen Lehrer Althusser nicht verleugnen, denn auch dieser begreift Ideologie nur funktionalistisch, als Institution, die die Individuen zu gesellschaftlichen Subjekten konstituiert. (11) In Foucaults historischen Analysen wird deshalb erklärtt, wie bestimmte Institutionen

und Machtstrukturen sich entwickelt haben, welche Faktoren, wie z.B. gesetzliche Bestimmungen, Entwicklungen in der Wissenschaft etc., hinzugekommen oder weggefallen sind. Die Macht als positive Tatsache ist für Foucault aber auch positiv zu bewerten: so gibt es in der Macht Strukturen, die nach zwei Seiten hin aufzulösen seien. Foucault hat dies an „unproduktiven" Formen der Sexualität zu veranschaulichen versucht: Sie funktionieren nach einem „Doppelimpulsmechanismus" von „Lust und Macht": einerseits gibt es die Lust, Macht auszuüben, andererseits „eine Lust, die sich daran entzündet, dieser Macht zu entrinnen, sie lächerlich zu machen. (12)

An diesem Punkt schlägt Foucaults strukturale Analyse der „Macht" in Subjektivismus um. Die totale Unentrinnbarkeit der Macht wird von ihm einfach umgemünzt in eine großartige Chance für das Subjekt, um besonders intelligente subversive Strategien im Kleinen zu entwickeln. Das Subjekt hat nach Foucault die Wahl, sich im Sinne der herrschenden Macht zu führen oder sich den Vorgaben bzw. der Norm zu entziehen, was dem Subjekt ein Potential an Kritik am Bestehenden ermöglicht. Um dies zu erreichen, muß sich das Subjekt eine gesteigerte politische Sensibilität aneignen, um aufzuspüren, was für die aktuellen Herrschaftsverhältnisse nicht mehr hinnehmbar ist. Um diese Sensibilität zu erreichen, benötige das Subjekt Erfahrung, kein Wissen, das sich durch reines Denken konstituiert hat. Um nicht in dies reine Denken zu verfallen, brauche das Subjekt außerdem Urteilskraft, welche es durch Kommunikation und Streit mit anderen, wo es durch deren Vernunft anderer korrigiert werde, erlange.

Butler teilt mit Foucault nicht nur dessen theoretische Grundannahmen. Beide stimmen auch darin überein, daß sie eine praktische Nutzanwendung ihrer theoretischen Überlegungen nicht nur in Kauf nehmen, sondern auch selbst verfechten. Allerdings verwahren sich beide dagegen, Stellvertreterpolitik zu machen, d.h. den Menschen vorzuschreiben, wie sie zu handeln haben, was in ihren Augen die Linken tun. Dies stimmt insofern, als ihre Analysen kein, wie man so sagt, „fertiges Rezept" anbieten, das nur noch praktisch umzusetzen wäre. Butlers Theorie richtet sich an den postmodernen Gourmet, dem sie lediglich die Zutaten bereitstellt, die dieser dann kreativ und phantasievoll zu einer Identitätsmahlzeit verrührt und dabei je nach Gusto und Laune neue Zutaten und Mischungen hinzufügen kann. Butlers Theorie liefert damit lediglich die theoretische Verdoppelung eines ohnehin existierenden gesellschaftlichen Zustands.

Seit dem Übergang zur „fordistischen" Massenproduktion hat das Kapital auch die Reproduktions- und Konsumtionssphäre in seine Regie genommen. Massenhafte Konsumtion ist für das Kapital zu einer Überlebensfrage geworden, da erst durch den schlußendlichen Absatz der produzierten Warenfülle die Verwertung des Werts sich realisiert. Damit einher geht die durch Reklame forcierte Propagierung und beständige Umwälzung von Moden, Lebensstilen, Leitbildern und Subjekt-Entwürfen, die ihrerseits wieder der Bereitschaft der umworbenen Subjekte entspricht, sich durch souveräne Auswahl aus dem Warenangebot seine höchst eigene, unverwechselbare „Identität" zusammenzubasteln. Bei Butler erfährt diese konsumtionsfreudige Gesellschaft gewissermaßen ihre theoretische „Veredelung". Sie affirmiert das, was gängige Praxis eines jeden Gesellschaftsmitglieds ist, sich als identisches (im Sinne von: unverwechselbares) Subjekt zu verstehen, als gewitzten „subversiven" Akt.

Pluralismus der Identitäten

An die Stelle der einen, kohärenten, Identität des Subjekts bzw. der binären Mann/Frau-Geschlechtsidentität setzt Butler einfach den Pluralismus vieler Identitäten. Damit ist aber weder der Identitätszwang als solcher noch die Metaphysik der Substanz, die Butler kritisieren wollte, im Kern angetastet, geschweige denn überwunden. Butler kritisiert, wie gesagt, am Feminismus und an der Subjektphilosophie, daß sie dem Vielfältigen und Unausdrückbaren eine falsche Einheit aufzwingen, es regulieren und verdinglichen. Angesichts ihrer theoretischen Prämisse, in der das Individuum sowieso nur der Inbegriff diskursiver Konstruktion ist, muß es aber unklar bleiben, warum diese Einheit zwanghaft und falsch sein soll, woher plötzlich die Vielfalt kommen und warum diese richtig sein soll. Vor allem aber ist die von Butler proklamierte Freiheit des permanenten Identitätswechsels nicht weniger zwanghaft als die alte, vermeintlich feste Subjekt-Identität. Der Identitätswechsel bedeutet für den Einzelnen den Zwang, ständig „up to date" zu sein, im rasanten Wechsel der Moden den Anschluß nicht zu verpassen. Das Butlersche Subjekt des „Identitätspluralismus" ist der gewaltsam auf sich selbst verwiesene, auf sein bloßes Subjekt-Sein reduzierte Einzelne. Was ihm Butler als großartige und bedeutsame Handlungsmöglichkeit zuspricht, ist in Wahrheit völlig belanglos und nichtig. Dem Subjekt bleibt nichts als die trostlose Wiederholung seiner Identitätsmaskerade. Seine Freiheit, die Butler hochhält, entpuppt sich als Unfreiheit, die Macht freier Tathandlung als die aus Ohnmacht geborene Verzweiflungstat.

Daß diese Freiheit also notwendig mit der Unterwerfung unter den Zwangscharakter, die „zweite Natur", der Gesellschaft zusammenfällt, verrät Butler selbst, wenn sie meint, daß die machtgestützten diskursiven Konstruktionen so determinierend wirken, wie es in der Formel „Biologie ist Schicksal" ausgedrückt ist. Aber dies ist bei Butler – und darin adaptiert sie Foucault – nicht kritisch gemeint, sondern ganz und gar positiv. Die Macht und ihre Diskurspraktiken infragezustellen, ist für sie ein sinnloses und sogar undenkbares Unterfangen.

Die Macht als solche ist für Butler eine derart selbstverständliche Tatsache, daß sie als Ermöglichung und Garantie selbstbestimmten, freien Handelns erscheint. Der Spruch, daß eine jede Veränderung sich im Rahmen der bestehenden Verhältnisse zu bewegen habe, hat, wenn er von herrschenden Politikern gebracht, immer etwas von einer Drohgebärde an sich. Butler hingegen geht derselbe Spruch völlig freundlich und arglos von den Lippen, wenn sie die Absicht ihrer theoretischen Arbeit folgendermaßen charakterisiert: es sei „die gegenwärtige Aufgabe (...) die subversiven Möglichkeiten von Sexualität und Identität im Rahmen der bestehenden Macht neu zu überdenken."(13) „Im Rahmen der bestehenden Macht" – etwas anderes gibt es nicht. Butlers Versuch, Natur in den diskursiven Konstruktionen verschwinden zu lassen, ihre restlose „Diskursivierung" der Natur, affirmiert die restlose Naturalisierung der Gesellschaft und damit die zur zweiten Natur verdinglichte Gesellschaft.

Jutta Willutzki

Anmerkungen:

1) vgl. Butler, Judith, Variationen zum Thema Sex und Geschlecht. Beauvoir, Wittig und Foucault, in: Gertrud Nunner-Winkler (Hrsg.), Weibliche Moral. Die Kontroverse um geschlechtsspezifische Ethik, Frankfurt/M. 1991, S. 57
2) Butler Judith, Variationen zum Thema ..., S.61
3) Butler, Judith, Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/M. 1991, S.210
4) ebenda, S.21
5) ebenda, S.23
6) vgl. ebenda, S.25
7) ebenda, S.27
8) ebenda, S.212
9) vgl. Butler, Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der „Postmoderne", in: Der Streit um die Differenz, Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Hrg. Seyla Benhabib und andere, Frankfurt/M 1993, S.46
10) Foucault Michel, Recht der Souveränität/ Mechanismus der Diziplin der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978, S.82
11)vgl. dazu bahamas 18, Die wundersame Renaissance des Louis Althusser
12) vgl. Foucault Michel, Der Wille zum Wissen, Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt /M 1983, S.61
13) Butler Judith, Das Unbehagen ..., S.56f

„200 Jahre deutsche Intelligenz“

Niemals in der Menschheitsgeschichte hat die gesellschaftliche Intelligenz so frei von politischer Ökonomie reflektiert, wie es die bürgerliche Intelligenz seit den letzten fast zweihundert Jahren tut. Sie beschäftigt sich mit Ästhetik, mit Psychologie, mit Moral, mit Anthropologie, mit der ganzen Palette geisteswissenschaftlicher Disziplinen, Theorien und Erkenntnisstrategien, nur nicht mit politischer Ökonomie. Sie redet von Kunst, von Wille, von Sinnlichkeit, von Phänomen, von Existenz, von Kommunikation, von Diskurs, nur nicht von Industrie, Klasse, Konsum, Ware, Lohnarbeit und Kapital. Ich habe viele Jahre eine Lehrveranstaltung an der Universität gemacht und habe immer gestaunt, wie immun, in einem gutartigen, gar nicht abwehrenden Sinne immun, viele Studenten gegenüber politischer Ökonomie sind, wie sehr sie davon überzeugt sind, daß sie mit ihren spezifischen geisteswissenschaftlichen Interessen den Kern dessen, was sich zu erkennen lohnt, treffen.

Es ist, als lebten sie in einer eigenen Welt, die sich vor die reale Welt schiebt, und die offenbar nur deshalb so viel Plausibilität hat, weil sie sich im Diskurs, wie man heute sagen würde, zu einer Totalität entfaltet, medial veranschaulicht und bebildert, einer Realität sui generis. Selbst da, wo die reale Welt einmal ins Blickfeld gerät, wie das zur Zeit der Studentenbewegung und danach in den sogenannten Kapitalkursen zu sein schien, bleibt das Interesse nicht lange daran hängen. Es regt sich Überdruß, der bürgerliche Geist wendet sich ab und wendet sich wieder *seinen* wahren Interessen zu, treibt Psychoökonomie statt Ökonomie oder redet vom herrschaftsfreien Diskurs statt vom herrschenden Staat.

Das heißt natürlich nicht, daß die vor- und frühbürgerlichen Intellektuellen politische Ökonomie getrieben hätten, aber mangels eines gesellschaftsanalytischen Vokabulars waren sie gezwungen, in den Reflexionen, die sie betrieben, gesellschaftsanalytische Einsichten und gesellschaftsstrategische Absichten zu artikulieren. Wir können traditionelle Philosophien lesen als chiffrierte oder auch nicht chiffrierte Aussagen über Gesellschaft, ihre Verhältnisse, ihre Reproduktionsformen. Von Platons Metaphysik über den Nominalismus/Realismus-Streit bis zur Hegelschen Wesenslogik gilt, daß die Philosophie entgegen ihrem unmittelbaren Anschein Gesellschaftstheorie produziert.

Mittlerweile hat uns das 19. Jahrhundert ein gesellschaftsanalytisches Vokabular beschert, mit dem wir die Struktur, wie man heute sagen würde – Marx hätte gesagt, die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft – thematisieren und erkennen könnten aber nun, da wir dieses Vokabular haben, will niemand etwas davon wissen, und wer es trotzdem benutzt, stellt sich außerhalb des bürgerlichen Reflexionszusammenhangs, stellt sich außerhalb der Universität, stellt sich außerhalb des sogenannten Diskurses.

Dieser Aufsatz ist eine in Absprache mit Ulrich Enderwitz redaktionell erstellte Fassung eines Vortrages, den dieser am 16.3.96 auf einer Veranstaltung der Jour-fixe-Initiative frei gehalten hat. Von U. Enderwitz ist zum gleichen Thema das Buch *Der Konsument als Ideologe, 200 Jahre deutsche Inteligenz erschienen*. Freiburg 1995

Die Reflexionsmittel, die diesen Diskurszusammenhang ausmachen, sind nicht mehr Transportmittel für gesellschaftstheoretische Erfahrungen, geschweige denn gesellschaftstheoretische Überlegungen. Sie sind es nur noch in symptomatischer Form, unwillkürlich, denn: was sie ignorieren, wogegen sie ihre eigene Welt entfalten, das setzt sich in ihnen als Fehlleistung, als symptomatische Leistung, durch. Eben deshalb gibt es in unserer Zeit etwas, was es eigentlich in der Menschheitsgeschichte vorher nie gegeben hat, nämlich Ideologiekritik. Ideologiekritik – durchaus parallel zur nicht zufällig auch in unserer Zeit entstandenen Psychoanalyse – ist eine spezifische Form der Kritik, die versucht, Gedankengängen, Texten, die entgegen ihrer Oberfläche, entgegen dem Anschein, den sie besitzen, anderes verraten – und verraten eben im Sinne des bloß Unwillkürlichen, bloß Zufälligen – zu Leibe zu rücken und herauszufinden, was sich da verrät und worum es in Wahrheit geht. Die Tatsache, daß es Ideologiekritik gibt, ist Ausdruck dessen, daß die bürgerliche Reflexion oberflächlich, ihrer ganzen Erscheinung nach, von gesellschaftlichen Interessen und gesellschaftlichen Analysen nichts wissen will.

Die Abdankung der bürgerlichen Intelligenz und ihre Folgen

Der Grund für diesen schon fast 200 Jahre lang dauernden Zustand ist die Abdankung der bürgerlichen Intelligenz als politischer Kraft zu Anfang des letzten Jahrhunderts und die Ersetzung der von dieser bürgerlichen Intelligenz repräsentierten bürgerlichen Öffentlichkeit durch den Staat.

Diese Abdankung nimmt aus Gründen, die in der Rückständigkeit Deutschlands bestehen, hierzulande eine besonders krasse Form an. Eben deshalb ist das, was die bürgerliche Intelligenz als abgedankte politische Kraft produziert, auch in Deutschland besonders instruktiv; eine Rekonstruktion dessen, was da produziert wird, auch und gerade in der Kontinuität, in der es produziert wird und in den Etappen, die dabei durchlaufen werden, kann sehr interessante Aufschlüsse über die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selber geben, weil es sich ideologiekritisch, als zu entschlüsselnder Reflex eben dieser Entwicklung, thematisieren und verstehen läßt.

Abgedankt wird die bürgerliche Öffentlichkeit, die bürgerliche Intelligenz, nachdem sie sich in den vorangegangenen 200 Jahren als unmittelbare Kapitalklientel entwickelt und in der französischen Revolution ihren ersten und letzten Triumph gefeiert hat. Sie wird abgedankt, weil, nachdem die bürgerliche Klasse, oder kurz gesagt: das Kapital, die politische Macht in der französischen Revolution errungen hat, ihre Klientel, eben die bürgerliche Intelligenz, dem Kapital nicht mehr als die geeignete Kraft erscheint, die Sozialkonflikte und Klassenkämpfe unter Kontrolle zu halten, die im Zuge der ökonomischen Entwicklung, die nun das mit politischer Macht ausgestattete Kapital nimmt, entstehen. Die bürgerliche Intelligenz scheint im Gegenteil eher geeignet, diese Konflikte anzuheizen, und deshalb geht das Kapital eine Allianz mit dem traditionellen Staat ein, entscheidet es sich dafür, die bürgerliche Öffentlichkeit durch den Staat als politischen Sachwalter zu ersetzen. Solange das Kapital die politische Macht noch nicht innehat, geriert es sich noch als Sachwal-

ter einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsperspektive, einer Gattungsgeschichte. Es macht sich zum Fürsprecher aller Klassen unterhalb der absolutistisch herrschenden Schicht, weil es an die politische Macht will und das nur durch einen Solidarpakt mit den anderen Klassen erreichen kann.

In dem Augenblick, wo es die politische Macht errungen hat, gibt es diese gesamtgesellschaftliche Perspektive, diese gattungsgeschichtliche Fortschrittlichkeit auf und braucht deshalb diejenigen nicht mehr, die bislang diese Perspektive vertreten haben, die also Sprachrohr waren für die bürgerliche Klasse.

Was bleibt der mit ihrer universalgeschichtlichen Perspektive, ihrer Gattungsfortschrittlichkeit allein gelassenen bürgerlichen Intelligenz zu tun? In Deutschland, zu Beginn des letzten Jahrhunderts, nimmt sie Anstoß am Verrat der eigenen Klasse, Anstoß daran, daß diese Klasse mit ihr plötzlich nichts mehr im Sinn hat und geht auf Distanz zu dem, was sie jetzt als rücksichtslose Abstraktheit und Konkurrenzhaftigkeit der eigenen Klasse diagnostiziert. Sie wird zum Reformer und Erzieher, so wie es paradigmatisch der späte Schiller in seinen ästhetischen Briefen zur Erziehung des Menschen vorführt. Er diagnostiziert die bürgerliche Gesellschaft als ein abstraktes, konkurrenzhaftes, mechanistisches Tierreich und setzt dagegen eine Erziehung des Menschen, eine ästhetische Durchbildung des Menschen, die aus ihm mehr macht als den Bewohner dieses Tierreichs und die damit die Bedingung dafür schafft, daß andere gesellschaftliche Verhältnisse, als er sie in der bürgerlichen Gesellschaft vorfindet, eintreten können.

Was er gegen die Abstraktheit und Konkurrenzhaftigkeit seiner eigenen Klasse setzt, ist eine neue sinnliche Konkretheit und menschliche Solidarität, eine neue Ästhetik. Wenn es gelungen ist, den Menschen durchzubilden, ihn zu einem neuen, sinnlich konkreten, humanen, solidarischen Wesen zu formen, dann werden sich die Verhältnisse ändern. Solange dieses erzieherische Programm, das Schiller dem bürgerlichen Intellektuellen ans Herz legt, aber noch nicht verwirklicht ist, werden und müssen die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind. Auch und vor allem diejenige Instanz, die dafür sorgt, daß das Tierreich nicht ins Chaos gestürzt wird, daß ein Minimum an Ordnung und an Zusammenhang bestehen bleibt, nämlich das, was Schiller den Notstaat nennt – womit er eben den Staat meint – muß erhalten bleiben. Schillers Konzept ist also: die Verhältnisse sind, wie sie sind, chaotisch, tierhaft, konkurrenzhaft, abstrakt. Es braucht einen Zuchtmeister, den Notstaat, der für Ordnung sorgt. Die Verhältnisse selber lassen sich aber nicht ändern, solange nicht der Mensch ein anderer geworden ist, und Aufgabe des bürgerlichen Intellektuellen ist es, den Menschen zu ändern.

Das ist ein Teufelskreis. Hier soll unter dem Stichwort der Ästhetik, der ästhetischen Bildung, eine neue Lebensform herbeigeführt werden, die dann neue Verhältnisse schafft, aber solange sie nicht herbeigeführt ist, bleiben die Verhältnisse so, wie sie sind. Wenn sie so bleiben, wie sie sind, dann fragt sich: wie soll eigentlich der neue Mensch herbeigeführt werden? Wie soll dieses Bildungskonzept in einer von Abstraktheit und Konkurrenzhaftigkeit bestimmten bürgerlichen Gesellschaft funktionieren?

Dieser Teufelskreis ist Ausdruck der Zweideutigkeit derer, die das ästhetische Reformprogramm à la Schiller propagieren, eben der bürgerlichen Intelligenz. Sie hat als politische Kraft abgedankt, durch den traditionellen Staat ersetzt, aber sie ist – und das macht ihre Zweideutigkeit aus – nach wie vor Kapitalklientel. Sie ist der ökonomische Hauptnutznießer der kapitalistischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts. Über Renten, über Gehälter, über Leibrenten, über Grundrente ist sie der Hauptempfänger dessen, was die Segnungen der kapitalistischen Entwicklung zugänglich macht und was eine konsumtive Existenz über der Sphäre der unmittelbaren gesellschaftlichen Reproduktion ermöglicht. Insofern sie ökonomischer Hauptnutznießer dieser Entwicklung ist, bleibt sie natürlich auch an die Verhältnisse, die sie ästhetisch überwinden will, denen sie ihre modifizierte Gattungsgeschichtlichkeit entgegenhält, gebunden. Mehr noch: das, was sie den Verhältnissen als ästhetisches Programm entgegensetzt, ist vielleicht nur der Reflex, der Widerschein dieser ihrer Existenz in einer Gesellschaft, in der sie politisch nichts mehr zu bestellen hat, von der sie aber gleichzeitig ökonomisch wesentlich profitiert. In dieser Doppeldeutigkeit formiert sie sich als das, was bis in unser Jahrhundert hinein bekannt ist, als Bildungsbürgertum.

Schopenhauers Reaktion auf die Politisierung des ästhetischen Reformkonzepts

Die Distanzierung von der Abstraktheit und Konkurrenzhaftigkeit der bürgerlichen Klasse, der bürgerlichen Gesellschaft, ist bei einem anderen Philosophen des 19. Jahrhunderts, bei Schopenhauer, sogar noch extremer. Schopenhauer ist kein ästhetischer Reformpolitiker mehr, wie das noch Schiller meinte sein zu können. Schopenhauer kündigt der bürgerlichen Gesellschaft und seiner eigenen Klasse den Dienst auf. Für ihn ist die bürgerliche Gesellschaft das Reich der miteinander im Streit liegenden Willen bzw. das Reich des einen Willens, der in Raum und Zeit herabgefallen, in tausend Körper zersprungen ist und sich nun gegenseitig bekämpft, in der Hoffnung, auf diese Weise sich als Totalität wieder herstellen zu können, mit dem Resultat, daß er eben diesen Kampf ad infinitum fortsetzen muß, weil er ständig die Entzweiung reproduziert, die er aufheben will.

Das ist das Bild, das Schopenhauer von der bürgerlichen Gesellschaft entwirft. Er kennt aber nun eine zweite Instanz: das ist der Verstand, der Geist, die Intelligenz, und diese ist dem Reich der wollenden Leiber, oder der als Leib erscheinenden Willen dienstbar. Sie ist als Verstand ein Mittel im Kampf der Willen gegeneinander. Wenn sie kein dienstbares Mittel sein will, dann kann sie sich aus diesem Reich der gegeneinander kämpfenden Willen nur herausmogeln, wenn sie ästhetisch zu diesem Reich auf Distanz geht, dieses Reich in die ästhetische Ferne bannt und auf diese Weise zeitweilig auch Befreiung davon erlangt. Indem sie diese Welt anschaut, tritt sie aus ihr heraus und tritt ihr gegenüber und ist insofern zeitweilig frei. Nur zeitweilig ist diese Befreiung, weil der Geist gebunden bleibt an den verkörperten Willen, an den Leib und insofern auch immer wieder zurückfällt in den Kampf. Die einzige echte Befreiung besteht nach Schopenhauer eben darin, daß der Verstand den Willen verneint, daß er tatsächlich seine Dienstbotentätigkeit aufkündigt und das heißt de facto: sich selber vernichtet, denn ohne Leib ist er nichts. Das Nirwana, das der Geist anstreben kann, ist die letzte und wahrste Befreiung von einem Zusammenhang der kämpfenden Willen, von dem der Geist nichts mehr wissen will, von dem er sich distanzieren möchte. Individueller Eskapismus – das ist für Schopenhauer die Lösung für den Geist, für die bürgerliche Intelligenz. Der einzige Weg, der ihr bleibt, ist, daß sie sich selber zerstört, daß sie sich zugrunde richtet. Nur so kann sie aus dem Zusammenhang von Dienstbarkeit, die sie nicht will und vom Immer-Wieder-Eingefangen-Werden, das sie auch nicht will, herauskommen.

Ideologiekritisch gesehen heißt die Botschaft von Schopenhauer, daß das bürgerliche Tierreich, das Reich der streitenden Willen, total ist, daß es keine Instanz dagegen gibt. In gewisser Weise ist das eine Verklärung des bürgerlichen Tierreichs: Es gibt nichts, was aus ihm herausführt und das Einzige, was herausführt, ist die Selbstverneinung, das Nichts, ist die Selbstvernichtung, die absolute Dysfunktionalisie-

rung der Intelligenz selber; insofern leistet Schopenhauer einen sehr nützlichen ideologischen Beitrag zum Bestand dieses Tierreichs, das er angreift.

Wie kommt Schopenhauer zu diesem quietistischen Pessimismus? Er reagiert damit auf eine linksliberale Intelligenz, die unter dem Eindruck der wachsenden sozialen Gegensätze des 19. Jahrhunderts das Schillersche Reformkonzept politisiert. Das ästhetische Reformkonzept wird unter dem Stichwort des Materialismus in ein Programm zur Parteinahme für die ausgebeuteten unteren Schichten, zur Hebung der Lebensbedingungen dieser Schichten, umfunktioniert – man denke dabei an die Theoretiker nach dem Vormärz oder an die Nachfolger der Saint-Simonisten und was es sonst noch an frühsozialistischen oder linksliberalen Bewegungen gab. Schopenhauer attackiert aber gerade den Glauben, daß es irgendeine ethische Haltung gäbe, die einen über den eigenen Interessenstandpunkt hinausführte und eine Möglichkeit der Parteinahme für andere eröffnete. Davon will Schopenhauer nichts wissen: für ihn gibt es entweder nur den Verstand – und der ist egoistisch, weil er dem eigenen Leib, den eigenen körperlichen, materialen Interessen dienstbar ist – oder die absolute Verneinung – und diese ist, wenn man so will, auch egoistisch, weil sie durch Selbstzerstörung oder durch individuellen Eskapismus sich herausmogelt aus dem Zusammenhang. Ein Drittes gibt es für ihn nicht und soll es nicht geben, nämlich die ethische, moralische Parteinahme für irgend etwas. Aber genau das ist es ja, woran die linksliberalen oder frühsozialistischen Theoretiker glauben: daß es ein stellvertretendes Eintreten, eine Parteinahme für die gesellschaftlichen Gruppen, die Hauptopfer der kapitalistischen Entwicklung sind, gäbe.

Vielleicht müßte sich Schopenhauer vor diesem Materialismus auch gar nicht so sehr fürchten, müßte gar nicht so großartig seine Theorie vom kämpfenden Willen entfalten. Nehmen wir den vielleicht bekanntesten Vertreter dieser Richtung, zumindest in Deutschland, nämlich Feuerbach, dann sehen wir, daß dieser Materialismus gegen die kapitalistische Abstraktheit und konkurrenzgesellschaftliche Aggressivität eine sinnliche Konkretheit, eine kontemplative Humanität vertritt, der schon Marx den Vorwurf gemacht hat, daß sie von Arbeit nichts wissen will und daß sie im Wesentlichen eine passive Genußhaltung gegenüber der Welt sei, daß das einzige, was sie vom Hedonismus unterscheidet, das Insistieren auf Simplizität, auf leiblicher Bescheidung ist. Was Feuerbach predigt, ist, daß man sich der Welt freuen soll, daß man sie genießen soll, daß man die Sinne gebrauchen soll, daß man in der Welt sich als in der einzig vorhandenen einrichten soll, kurz: was er predigt, ist eine Form der Konsumtion, der passiven Versöhnung mit der Welt, ist eigentlich nur das bürgerliche Dasein, das diese Rentiersschicht des 19. Jahrhunderts, diese bürgerliche Intelligenz, dank ihrer ökonomischen Gutgestelltheit tatsächlich führt.

Darin liegt nun aber tatsächlich ein objektives Moment von Zynismus. Feuerbach will Partei für die Ausgebeuteten ergreifen und preist ihnen das Leben derer an, die ihr gutes Leben auf die Ausbeutung eben dieser Schichten gründen. Feuerbach erhebt zu einem gesellschaftlichen Ideal, was doch nur ein Ausfluß der kapitalistischen Entwicklung ist, gegen die er dieses Ideal geltend macht. Der objektive Zynismus der Feuerbachschen Reformvorstellungen wird vielleicht nicht zuletzt symptomatisch daran deutlich, daß sich die ganze Gesellschaftskritik bei Feuerbach letztendlich auf Religionskritik reduziert. Warum? Feuerbach wirft der Religion ihre Jenseitigkeit und Abstraktheit vor, wirft ihr vor, daß sie die Welt als im Dienste eines höheren Zwecks stehend betrachte, nicht so nehme, wie sie sei, nicht als sinnliche Totalität und Konkretheit, sondern sie auf etwas beziehe, was als Negation dieser Welt erscheine. Genau dieses Moment hat aber die Religion mit dem Kapital gemeinsam, denn auch das Kapital betrachtet die Welt nicht in ihrer unmittelbaren Sinnlichkeit und Konkretheit, sondern bezieht sie auf einen höheren Zweck, nämlich auf den der Verwertung. Die Erscheinungen, also das, worum es den ästhetischen Reformern bis hin zu den Sozialreformern geht: Erscheinungen, an denen man sich delektieren, auf die man sich ästhetisch beziehen, mit denen man konsumtiv Umgang pflegen kann, sind für die Religion und für das Kapital Durchgangsmomente, nichts positiv und unmittelbar Geltendes. Feuerbach stört an der Religion, daß sie ans Kapital erinnert. Mit der Religion will er zugleich jede Form der Transzendenz und Durchdringung der Verhältnisse aus der Welt schaffen, er will alle Gesellschaftsmitglieder darauf vereidigen, zumindest ideologisch nur diese Unmittelbarkeit, diese Positivität im Blick zu behalten und die Prozesse, die dahinter ablaufen und von der diese Unmittelbarkeit doch in Wahrheit nur ein Abfallprodukt, ein Resultat ist, aus dem Blickfeld schaffen. So gesehen ist Feuerbach, auch wenn er das subjektiv, seinem eigenen Bewußtsein nach, gar nicht ist, objektiv ein Zyniker und ein Ideologe.

Daß diese sich selber den Begriff verschlagende Sozialkritik, die Feuerbach praktiziert, im Zeitalter der sich zuspitzenden Klassenkämpfe nicht verfangen kann, liegt auf der Hand. Gegen den Feuerbachschen Versuch, die konsumtiv-kontemplative bildungsbürgerliche Existenz als Vorbild hinzustellen, schlägt die sozialistische Theorie, schlägt das Proletariat in den Klassenkämpfen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Bürgertum zunehmend als Nutznießer und Schmarotzer des Kapitals eben diesem Kapital zu. Das, was das Bildungsbürgertum seit Anfang des Jahrhunderts erreichen will – nämlich die Suggestion einer kritischen Distanz zur bürgerlichen Gesellschaft zu behaupten und eine ästhetische Lebensform zu propagieren, die für sich in Anspruch nimmt, eine Alternative zur bestehenden bürgerlichen Gesellschaft zu sein – das wird im Zeitalter der sich zuspitzenden Klassenkämpfe als Unwahrheit durchschaut und das Bildungsbürgertum fällt auf die Seite des Kapitals, dessen Klientel es ja auch tatsächlich ist.

Nietzsches Affirmation der bildungsbürgerlichen Konsumentenexistenz

Das ist genau der Punkt, an dem jemand wie Nietzsche ins Spiel kommt. Er reagiert auf diese Zuordnung des Bildungsbürgertums zur Kapitalseite mit dem affirmativen Bekenntnis zur Nutznießerrolle dieser bildungsbürgerlichen konsumtiven Schicht. Nietzsche bringt aber den Zynismus nicht auf, einfach zu sagen: Wir haben Glück gehabt, wir sind die Rentiers, wir sind wesentlich damit befaßt, die Reichtümer zu konsumieren, die das Kapital mit seinen perfektionierten Ausbeutungspraktiken schafft. Diesen Zynismus, der objektiv darin steckt, daß er sich zu dieser Nutznießerrolle bekennt, verbrämt er mithilfe einer Geschichtstheorie. Er legitimiert die konsumtive Rolle des Bildungsbürgertums durch die Konstruktion einer Herrenrasse, die die ganze Menschheitsentwicklung nicht als eine Geschichte der Klassenkämpfe, wohl aber als die einer Zweiteilung der Gesellschaft in Herren und Sklaven, Aristokraten und Gemeine begreift und die die Herrenrasse zum Subjekt eines sozialdarwinistischen Bildungsromans erklärt. In die Tradition dieser Herrenrasse, die Subjekt dieses Bildungsromans bzw. der Menschheitsgeschichte ist, stellt er nun das konsumtive Bildungsbürgertum seiner Zeit. Zuerst, in der Antike, ist diese überlegene Gruppe der Gesellschaft eine naiv drauflosschlagende Herrenschicht, die Aristokratie. Diese geht dann aus Gründen, die bei Nietzsche nicht ganz klar werden, in sich, geht in die Reflexion, wird weich und zieht sich Tugenden, speziell christliche, zu. Sie legt ihre alte affirmative, drauflosschlägerische Seite ab und wird zu einer grüblerischen, vom

Gewissen gepeinigten, von Solidaritätsempfindungen heimgesuchten Gruppe, die dann speziell in der christlichen Entwicklung die Oberschicht darstellt. Dies ist für Nietzsche die Krise dieses historischen Subjekts. Wenn es jedoch diese Krise überwunden hat – und Nietzsche ist guten Mutes, daß die Aristokratie diese Krise überwinden wird – dann wird sie als neue, konsumtive Aristokratie, also eigentlich als die Schicht der Nietzscheschen Zeit, wieder strahlend emporsteigen und wird ihre alte herrische Position in der bürgerlichen Gesellschaft wieder einnehmen. Durch ihre Krise hindurch hat sich die Aristokratie erneuert und sich im Wortsinne raffiniert: Sie hat sich neue Techniken der Herrschaft, der Ranküne, der Auseinandersetzung, neue Spielformen des Sich-Behauptens angeeignet, die nun ihr Leben noch viel strahlender und viel großartiger machen. Aus der fundamentalen Krise geht der zarathustrische neue Mensch hervor, der aber nichts anderes ist, als ein verklärter Repräsentant der bildungsbürgerlichen Schicht. Als dieses auf den höchsten Stand evolutionierte biologische Telos des menschlichen Geschlechts ist die neue Konsumaristokratie legitimer Empfänger der materialen Segnungen der industriekapitalistischen Gesellschaft, die sie für ihren virtuosen ästhetischen Lebensstil nutzt, der nun allerdings nicht mehr wie bei Schiller Vorbildfunktion, sondern nur noch Vorzeigefunktion hat. Er soll ja nicht mehr wie bei Schiller irgendwann die Menschheit insgesamt verändern, neu schaffen, neu bestimmen, ästhetisch umbilden, sondern er ist Sache einer bestimmten Schicht, für die die Gesellschaft da ist, für deren aufwendigen und virtuosen Lebensstil die Gesellschaft eigentlich arbeitet. Auf die Seite der Gesellschaft, die dieser Schicht zuarbeitet, ihr ihren Lebensstil ermöglicht – und das ist das Besondere, sozusagen das Klassenkämpferische an Nietzsche – fallen sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten. Nietzsche wird nicht müde, gegen die Pfeffersäcke und Krämerseelen zu Felde zu ziehen, und das hat ihm völlig ungerechtfertigterweise den Ruf eines Gesellschaftskritikers, eines Quasisozialisten eingetragen.

Was ermöglicht aber nun diese Verkehrung der tatsächlichen Verhältnisse, in der das Kapital nur ein Faktotum ist für die höhere Lebensform dieser Konsumaristokratie, die als eigentliches historisches Subjekt erscheint und der das Kapital zu Diensten ist, damit sie so leben kann, wie es ihr zusteht? Es gibt drei Gründe dafür, daß Nietzsche diese merkwürdige Perspektivenverschiebung vornehmen kann. Der erste ist ein psychologisches Moment. Für das Bildungsbürgertum, das seine alternative Lebensform gegen die Tatsächlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft hochhält, ist die kritische Distanz zu ihr unerläßlich, der Anspruch, etwas zu zelebrieren, etwas zu tun, was in kritischer Distanz steht zur Tatsächlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Nietzsches geschichtsphilosophische Konstruktion, in der das Kapital, also die eigentliche Substanz, von der das Bildungsbürgertum zehrt, zu dessen Faktotum herabgesetzt wird, muß deshalb auf das nutznießende Bildungsbürgertum einen unwiderstehlichen Reiz ausüben: Sie ermöglicht es der bürgerlichen Intelligenz, ihre mit den Insignien ästhetischer Virtuosität und aristokratischer Genußfähigkeit versehene Konsumentenexistenz zu verknüpfen mit der schmeichelhaften Illusion, nicht nur ihre Rolle als kritische Distanz zur Gesellschaft behauptende Schicht zu wahren, sondern diese Distanz als noch tiefere und radikalere Kritik gegen die sozialistische geltend zu machen.

Zum anderen ist die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der Nietzsche seine Philosophie ausarbeitet, genau jene Zeit, in der in Deutschland der Staat eine ganz eigene Kraft wird, eine über den Klassen stehende Souveränität und Eigenständigkeit gewinnt, die ihm tatsächlich den Anschein verleiht, als sei er das gesellschaftliche Telos, das gesellschaftliche Subjekt, für das die übrige Gesellschaft da sei. Sosehr Nietzsche einerseits gegen den preußischen Staat polemisiert, sosehr kann er andererseits am preußischen Staat und an seiner Gesellschaftsüberhobenheit sich das Beispiel nehmen für das, was er seiner Konsumaristokratie konzedieren möchte, nämlich, daß sie eine über der Gesellschaft, die für sie da ist, stehende Macht ist. Die Konsumaristokratie wird in gewisser Weise abgebildet auf den tatsächlich bestehenden preußischen oder dann deutschen Staat, der so tut, als wäre er der Herr der Geschichte und der Herr der Gesellschaft, auf den diese in ihren Abläufen bezogen bleibt.

Das Dritte und vielleicht Wichtigste ist ein ökonomisches Moment, das Nietzsche die erwähnte Verkehrung ermöglicht. Im Zuge der kapitalistischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts kommt es zu einer immer größeren, immer massiveren Produktion von Wert in Gestalt von Konsumgütern. Gleichzeitig wird der Wert, der in Form von Lohn an diejenigen, welche diese Konsumgüter produzieren, ausbezahlt wird, durch die extensiven und intensiven Ausbeutungstechniken, die das 19. Jahrhundert charakterisieren, immer geringer, was massenhafte Pauperisierung zur Folge hat. Die Schere zwischen der vorhandenen Kaufkraft und dem, was tatsächlich produziert wird, wird auf der direkten Ebene von Produzenten und Kapital immer größer. Eben deshalb kommt im 19. Jahrhundert der quasi außenstehenden, durch Renten dotierten, bildungsbürgerlichen Schicht eine immer größere Rolle in der Wertrealisierung zu, also im Kauf der produzierten Güter und in ihrer Rückverwandlung in Wert, der wiederum als Kapital verwendbar ist. Das Bildungsbürgertum muß, was die Konsumtion angeht, die Lücke füllen, die dadurch entsteht, daß die Arbeiter zuwenig Lohn bekommen, um die von ihnen produzierten Güter kaufen zu können. Das ist der Grund, warum das 19. Jahrhundert im sogenannten Fin de siècle endet, also in einer Luxusgesellschaft, in der auf den oberen Etagen ungeheuer konsumiert wird und in der die Gesellschaft insgesamt zugeschnitten scheint auf den Konsum dieser oberen Etagen. Eine Spätfolge dieses Phänomens besteht darin, daß bis heute die Antiquitätengeschäfte überquellen von den merkwürdigen Konsumgütern, die für das Fin de siècle-Bildungsbürgertum produziert wurden, um die Kluft zu schließen, die durch die spezifischen Ausbeutungspraktiken des 19. Jahrhunderts aufgerissen wurde.

Das Ende des Erscheinungskults und Husserls Phänomenologie

Tatsächlich aber läßt sich durch eine Hebung des Luxuskonsums die Schere, die sich durch die ungeheure Steigerung der Produktivität und durch die gleichzeitige absolute Verarmung der arbeitenden Schichten öffnet, nicht schließen. Deshalb kommt es Ende des 19. Jahrhunderts zu einer vom Staat vorangetriebenen Entwicklung, in der versucht wird, durch sozial- und steuerpolitische Maßnahmen, durch die Zulassung von Gewerkschaften, durch regulierte Klassenkämpfe etc. eine gewisse Umverteilung vorzunehmen, um die Kluft zwischen dem, was die arbeitenden Schichten produzieren und dem, was sie dafür bekommen, so weit zu schließen, daß tatsächlich ein bestimmtes Quantum Kaufkraft erhalten bleibt und das, was die Produktivität hervortreibt, auch auf dem Markt unterzubringen ist. Diese Sozialstrategien, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dann in das 20. Jahrhundert hinein verfolgt werden, führen zu der Ersetzung der Klassenkampfgesellschaft des 19. Jahrhunderts zu einer – mit allem Vorbehalt gesagt – Massenkonsumgesellschaft des 20. Jahrhunderts, einer Gesellschaft, in der eine Umverteilung mit hilfe des Staates soweit statthat, daß diejenigen, die produzieren, auch wesentlich daran beteiligt sind, daß die ungeheuren Quanten, die da produziert werden, in ihrem Wert realisiert

und das heißt letztlich konsumiert werden können.

Dieser Fortgang zur Massenkonsumgesellschaft bedeutet eine radikale Entwertung des bis dahin von der bildungsbürgerlichen Schicht gepflegten konsumtiven Erscheinungskultes, eine radikale Entwertung des Pochens auf eine alternative, ästhetische Lebensform mit dem ganzen materialen Fundament, das diese ästhetische Lebensform von Anfang an hat und das die Schicht, die diese ästhetische Lebensform praktiziert, als die Hauptnutznießerin der kapitalistischen Entwicklung ausweist. Der Erscheinungskult wird nicht etwa deshalb entwertet, weil das, was vorher Privileg der bildungsbürgerlichen Schichten war, eine Massenerscheinung wird. Er ist nicht deshalb entwertet, weil die Bildungsbürger sich jetzt deklassiert fühlen, denn es setzen sofort wieder neue Differenzierungen ein, die es ihnen ermöglichen, trotzdem das Gefühl zu haben, etwas eigenes zu sein und ihren besonderen Status aufrechterhalten zu können. Der Erscheinungskult ist deshalb entwertet, weil im Zuge dieser Herausbildung einer Massenkonsumgesellschaft die Suggestion der unmittelbaren Erscheinung, der ästhetischen Unmittelbarkeit nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Indem das Kapital massenhaft industriell produziert, zeigt es die Erscheinungen als das, was sie wirklich sind, nämlich bloße Durchgangsmomente der Verwertung. Es löst sie als Erscheinungen auf, es zeigt, daß sie vermittelt sind und daß sie eigentlich nur kurze Momente sind in einem Prozeß, in dem ihre Erscheinungsqualität eben nur Schein ist.

Angesichts der Massenhaftigkeit dessen, was produziert und konsumiert wird, müssen die Menschen erkennen, daß sie Wertrealisierer sind, die als Konsumenten nicht etwa ein unmittelbares Verhältnis zu Erscheinungen, zu Gegenständen haben, sondern daß sie die Arbeit der Vernichtung von Erscheinungen leisten, zum Zwecke der Realisierung des Werts, der in den Erscheinungen steckt. Was das 19. Jahrhundert oder die Bildungsbürgerschicht sich noch gar nicht vorstellen konnte, ist eine für unser Jahrhundert maßgebende und prägende Erfahrung: daß das, was da vor uns ist, keine unmittelbare Erscheinung, sondern ein Gesetztes ist, das wir vernichten müssen, damit seine Gesetztheit deutlich und der Wert dahinter sichtbar wird, der es ausmacht und der es gesetzt hat. Das ist der eigentliche Entwertungseffekt, der hier greift. Der für das 19. Jahrhundert so entscheidende Kult der unmittelbaren Erscheinung läßt sich nicht mehr aufrechterhalten angesichts der Art, wie das Kapital durch die Erscheinung hindurch sich nun direkt und erkennbar reproduziert.

Das ist die Stunde der Phänomenologie und ihres zutiefst halluzinatorischen Duktus. Husserls Devise lautet: zurück zu den Sachen selbst. Weg von Empirismus, Psychologismus, Subjektivismus, weg von der Zeug- und Gebrauchshaltung gegenüber den Dingen, um Heidegger vorwegzunehmen, hin zum objektiven Gehalt der Phänomene. Gegen die von keinem Erscheinungskult mehr zu leugnende Benutzung der Dinge durch die äußerliche Kapitalrücksicht macht Husserl in einem halluzinatorischen Gestus sozusagen ein Gegenkapital geltend: ein unmittelbares Wesen in den Erscheinungen selbst, das, wenn man es denn ins Auge faßt, wenn man Wesensschau betreibt, diesen Erscheinungen ihre Eigenständigkeit, ihre Haltbarkeit bewahrt. Gegen die falsche Vermittlung, die doch zugleich die allgemeine Vermittlung ist, die die Wertrealisierung darstellt und die ihren gesellschaftlichen Ausdruck im Konsum findet, den Husserl mit Begriffen wie Subjektivsmus oder Psychologismus meint – gegen diese falsche Vermittlung, die die Erscheinungen immer nur als Momente zeigt und dann aufhebt, versucht Husserl ein Moment, ein Kapital zu ergreifen, das den Phänomenen eigen ist und das den Phänomenen gegen ihre Vergänglichkeit Bestand verleiht. Das heißt, er kann nicht mehr festhalten an der Unmittelbarkeit der Erscheinungen, auf die das 19. Jahrhundert sich etwas zugute hält. Er muß akzeptieren, daß die Erscheinungen vermittelt sind, aber um diese negative Vermittlung durch das Kapital nicht benennen zu müssen, schreibt er ihnen, sozusagen als Vexierbild des Kapitals, eine phänomenimmanente Vermittlung, eben dieses Wesen zu, das per Wesensschau gewahrt wird.

Es ist Husserls Leistung, daß er halluzinatorisch einen Kapitalkult treibt, der das eigentlich doch die Erscheinungen zerstörende, das erscheinungsfremde Kapital, in die Erscheinungen bannt und zu einem Haltepunkt, zu einem Substrat, zu einer Substanz eben der Erscheinungen macht. Damit kann er einen Erscheinungskult treiben, der nun allerdings nicht mehr wie im 19. Jahrhundert konsumtive und ästhetische Dimensionen aufweist. In Husserls Phänomenologie wird die Erscheinung zu einem Statussymbol, zu einem Ausweis der Überlegenheit, der Stellung dieses Bildungsbürgertums, das die Phänomenologie treibt. Denn die Erscheinung ist gerettet durch dieses Vexierbild des Kapitals, das in sich selber hineingebannt ist, aber sie ist gerettet eigentlich mehr als etwas, das denjenigen, der sich ihrem Dienst priesterlich weiht, heraushebt und eher als einen Schüler und Jünger der Erscheinung ausweist, als daß tatsächlich ein irgendwie konsumtives oder ästhetisches Verhältnis dadurch hergestellt würde. Insofern ist die Husserlsche Phänomenologie von Anfang an ein Restposten des Erscheinungskultes des 19. Jahrhunderts.

Faschismus in Philosophie übersetzt: Martin Heidegger

Bei Husserl soll das Wesen, die Idee, das Sein, das in die Erscheinung gebannte Kapital, ein der Willkür des Subjektes entzogenes Objektives sein. Bei Heidegger, dem Schüler Husserls, spielt das Subjekt – bei Heidegger heißt es Dasein – in seiner emphatischen Form dann doch wieder eine konstitutive Rolle, wobei sich diese konstitutive Rolle beim späten Husserl übrigens mit dessen transzendentalphilosophischer Wendung auch schon wieder ankündigt. Ohne das sich behauptende, ins Nichts sich haltende Dasein, sprich, ohne das Subjekt, ist bei Heidegger das Sein bedroht, hat es keine Lichtung, kann es sich nicht ereignen, d.h. es kommt dem Subjekt für dieses objektive Wesen eine wesentliche und in der Tat konstitutive Rolle zu. Aus der Husserlschen Ontologie, der Seinslehre, wird die Heideggersche Existenzialontologie, die Lehre von dem Zusammenhang zwischen Dasein und Sein.

Heidegger reagiert damit auf den Faschismus. Er setzt politische Entwicklungen in philosophische Konstruktionen um. Wenn das Husserlsche Sein das nach dem Gusto des Konsumenten in die Immanenz des Phänomens zurückgestauchte Kapital ist, dann ist das Heiderggersche Sein dieses Kapital, zusätzlich der politischen Veranstaltung, die es in Kraft zu halten dient. Heidegger faßt in Worte, was angesichts der damaligen gesellschaftlichen Krise evident wird: daß es subjektiv politischer Veranstaltungen bedarf, um die objektiv ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft in Kraft zu erhalten. Das, was die führerkultliche Bewegung tut, nämlich die politischen Bedingungen zu schaffen, damit das Sein Kapital sich weiter ereignen kann, das tut Heidegger in philosophischer Form. Das Dasein hält sich ins Nichts hinaus, schafft die Lichtung, auf der sich das Sein weiter ereignen kann. Sosehr Heidegger auch immer wieder mystifiziert wird: *seine* Philosophie ist wirklich ganz einfach. Das, was Heidegger retten will und wozu er die politisch subjektive Veranstaltung braucht, das ist der bürgerliche Erscheinungskult in seiner phänomenologischen Husserlschen Form; und das Dasein, das er sich vorstellt, ist der Bildungsbürger, der diesen Erscheinungskult betreibt. Aber in der Wirklichkeit ist es anders: da geht es um die Rettung des Kapitals, um die Rettung der kapitalistischen Reproduk-

tionsordnung und um die Rettung der kapitalisierten Arbeit. Deshalb ist auch das Dasein, das Subjekt, das in der politischen Wirklichkeit tätig ist, nicht ein Bildungsbürger, sondern ein Pseudoproletarier, ein Kleinbürger, jemand, der sozusagen seiner Charakterologie nach beanspruchen kann, das Volk zu vertreten. Als Heidegger, nachdem er zuerst vom Faschismus das Rezept philosophischen Denkens abgeschrieben hat, mitbekommt, daß die Realität doch anders aussieht, ist er vergrätzt, zieht sich in einen Schmollwinkel zurück und will von der Realität, der er die Philosophie entlehnt hat, nichts mehr wissen.

Von der Seinslehre zur Kommunikationstheorie

Nach dem 2. Weltkrieg setzt sich zunächst die Existenzialontologie fort, allerdings in zwei Hälften auseinandergesprengt. In der rechten mythologisierenden Ontologie, an der Heidegger selber noch partizipiert, verkehrt sich das Husserlsche Sein, das Husserlsche Wesen, in Sinn. Was einst halluzinatorisch als objektiver Gehalt in den Erscheinungen beschworen wurde, der ihnen ihren Bestand verleiht, ist jetzt nur noch das Raunen der Tradition, d.h. der Konsens, auf den sich die Bildungsbürger berufen und den sie selber bilden. Im anarchoindividualistischen Existenzialismus überlebt das Daseinsmoment als der Gestus engagiert-entschlossenen Handelns, das sich in verschiedenen Akten immer wieder der Erscheinungswelt zuwendet, um jedesmal wieder die Erfahrung von deren Nichtigkeit und Sinnlosigkeit zu machen. Diese beiden Momente sind die Konkursmasse dessen, was bei Heidegger als Paket vorhanden war. Aber allmählich setzt sich dann im Zusammenhang mit der Wohlstandsgesellschaft, die sich nach dem 2. Weltkrieg herausbildet, ein neues Paradigma durch: das Paradigma der Kommunikation.

Kommunikationstheorie – heute heißt es Diskurs – ist eine Phänomenologie, die auf die gesellschaftsstiftende Funktion der Phänomene abstellt und baut. Gegen die Fremdbestimmtheit, die blinde Verwertung der Phänomene, dagegen, daß die Erscheinungen nur Durchgangsmoment sind, wird jetzt nicht mehr ein eigenes, in ihnen steckendes Kapital aufgeboten, eine innere Substanz, sondern ihre Bedeutung als intersubjektive Spielmünzen. Auch die Kommunikationstheorie teilt mit Husserl die Überzeugung, daß die Phänomene dazu tendieren, fremdbestimmt zu sein, konsumiert zu werden im Dienste des Werts, der in ihnen steckt und der aus ihnen herausgebracht werden soll, aber sie flüchtet nicht mehr in ein angebliches Wesen, das in den Erscheinungen steckt und das sie, sofern man die Erscheinungen sub specie dieses Wesens betrachtet, immun macht gegen die Fremdbestimmtheit, sondern sie unterläuft die Fremdbestimmtheit, indem sie sagt: eignen wir uns die Dinge an, und zwar anders, als wir sie uns eigentlich aneignen sollen. Konsumieren wir sie nicht, sondern spielen wir mit ihnen, nehmen wir sie nicht privativ auf, sondern lassen wir sie in der Öffentlichkeit und vergesellschaften wir uns mit ihrer Hilfe und durch sie. Das ist die Botschaft der Kommunikationstherorie, der die Erscheinung Symbol ist, also etwas, das Menschen zusammenfügt und über das sich Menschen spielerisch und durch die Organisation dieser Erscheinung qua Symbolen vergesellschaften.

Der Witz der Kommunikationstheorie besteht darin, daß sie das verdoppelt, was das Kapital selber macht, daß sie nur eine unmittelbare Theoretisierung der Reklametechnik ist. Was der Kommunikationstheoretiker sagt: nehmen wir die Erscheinungen als Spielmünzen, Symbole, nehmen wir sie nicht privativ an uns, sondern lassen wir sie im freien Raum der Öffentlichkeit stehen, vergesellschaften wir uns über sie, ist im Prinzip das, was die Peter Stuyvesant macht, die auch die Öffentlichkeit auffordert, sich über ihre Produkte zu vergesellschaften und die Suggestion erzeugt, als sei der Sinn dieser Produkte, sich über sie zu vergesellschaften und an ihnen „together to comen". Es ist eine wesentliche Bestimmung der heutigen Gesellschaft, daß das Kapital so verfährt und wenn die Kommunikationstheorie eben diese Anregung aufnimmt und daraus eine Gesellschaftstheorie macht, dann zeigt sich, wie stark offenbar die Suggestion ist, die da ausgeübt wird, wie bereitwillig wir darauf eingehen und uns auf diese Weise unseren Konsum, der uns vereinzelt und privativ macht, der uns zu bloßen Arbeitern im Dienste der Wertrealisierung degradiert, gesellschaftsfähig machen lassen, daß wir ihn mit dem Mantel des „come together", eben des Vergesellschaftens, behängen.

Worin besteht das Neue dieser Situation? Bis zu Husserl konnten die bürgerlichen Intellektuellen, die sich als Theoriebildner betätigten, für sich in Anspruch nehmen, daß das, was sie als Lebensform verkündeten, ihrer eigenen Existenz entspringt. Daß diese Existenz durch das Kapital gesetzt war, machte sich in ihren Reflexionen geltend als durchgängiges Gefühl der Fremdbestimmung durch äußere Mächte, die man durch die Wahrung kritischer Distanz zu bannen versuchte. Das Neue an der Kommunikationstheorie ist, daß sie ein Modell übernimmt, das tatsächlich gesellschaftsübergreifend und das nicht mehr schichtspezifisch zu vereinnahmen ist. Sie stellt kein eigenes, schichtspezifisches, utopisches Modell mehr auf, sondern übersetzt eine gesellschaftszentrale Strategie des Kapitals in eine Gesellschaftstheorie, die das Utopische in die Befolgung dieses Modells setzt. Indem das Kapital mit seinen Reklameveranstaltungen selbst für die kommunikationstheoretische Utopie einsteht, ist auch kein Raum mehr für einen Bruch zwischen bürgerlicher Intelligenz und den Verhältnissen. Die Kommunikationstheorie markiert deshalb die Aussöhnung zwischen dem Kapital und seiner bildungsbürgerlichen Klientel.

Ulrich Enderwitz

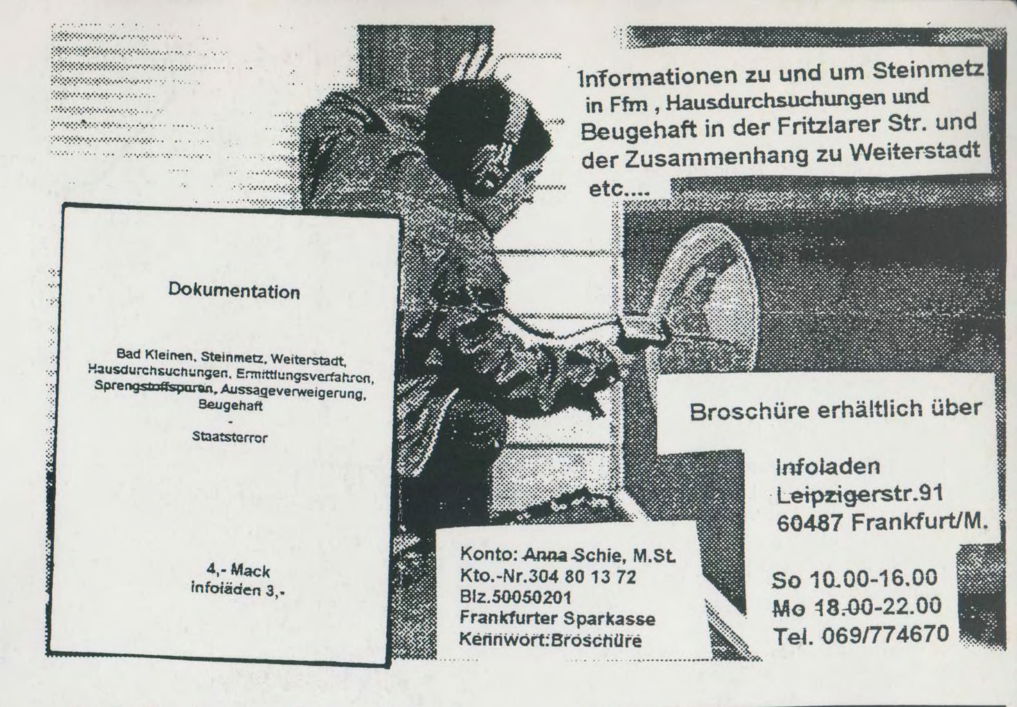
Marburg Virus

Nr. 58 (Mai): Schwerpunkt Geld mit Artikel z.B. von Robert Kurz und Heinz Scholler zu Casino-Kapitalismus

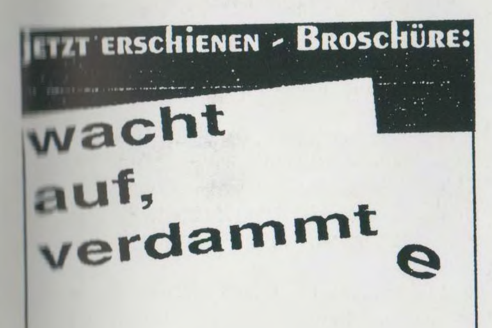
Nr. 59 (Juni): Schwerpunkt Körper Gesundeit-sex/gender-Körperkult Political Corectness (Teil 1)

Nr. 60 (Juli): Schwerpunkt (Mythen über) die USA political Corectness (Teil 2)

zu beziehen in gut sortierten Buchläden oder besser direkt bei: marburg virus,c/o Asta, Erlenring 5,35037 Marburg, tel: 06421-682136 (gegen 4 DM)



JETZT ERSCHIENEN - BROSCHÜRE:

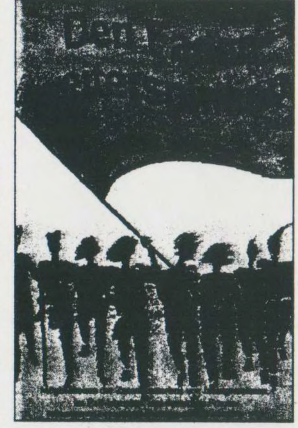


gegen
sozialabbau
faschismus
kriegsgefahr

erhältlich bei
JARAMA!
Postf. 1205 55002 Mainz
1 Ex. 2,- 5 Ex. 8,- 10 Ex. 15,-DM
VORAUSKASSE zuzüglich porto

Den Faden weiterspinnen

Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Immigrantinnen, im Exil-lebenden und deutschen Frauen. Mit dieser Broschüre dokumentiert das internationale Frauenplenum, Berlin, die Erfahrungen der politschen Zusammenarbeit, von 1988 - 1991, von Frauen aus unterschiedlichen Ländern und unterschiedlichen Organisationen. Dabei werden die Knackpunkte, an denen die Zusammenarbeit besonders schwierig war, aufgearbeitet: z.B. bedeutet eine internationale Zusammensetzung auch internationalistische Arbeit? Warum ist eine Frauenorganisierung notwendig und wie ist ihr Verhältnis zu nationalen Befreiungsbewegungen? -Lesben und Heteras; eine Auseinandersetzung über Heterosexismus. - Schwierigkeiten im Umgang mit den unterschiedlichen Lebensrealitäten - diese ganzen Punkte im Zusammenhang mit der Rassismusdiskussion. In dieser Broschüre geht es weniger um eine theoretische Auseinandersetzung sondern vielmehr um praktische Erfahrungen und hoffentlich weitere Anregungen für die politische Praxis in der internationalen und internationalistischen Zusammenarbeit von Frauen.



Den Faden weiterspinnen
ISBN 3-88384-048-4
150 Seiten, DM 12.-
Rotation Verlag & Vertrieb
Mehringdamm 51
10961 Berlin, Fon: 030-6927934

RECHTLOS AUF ARBEIT

Flüchtlinge berichten



Interviews & Hintergründe

ZAK - Tübingen 1996 DM 5.-

Eine Broschüre über
- **Flüchtlingsarbeit auf dem Bau, in der Gastronomie, im Putzgewerbe etc.**
- **mit Interviews und Hintergrundtexten, Widersprüchen und Forderungen**
- **für Menschen in der Asyl-, Flüchtlings- und Gewerkschaftsarbeit**

+ mit Beilage "Arbeitsrecht für Flüchtlinge" der Gruppe ABC (Köln)

Bestellungen gegen Überweisung oder Briefmarken (Preis incl. Porto)
1 Ex. 7 DM; 5 Ex. 20 DM; 10 Ex. 35 DM
größere Mengen nach Absprache
Adresse: ZAK, Belthlestr.40 72070 Tübingen
Tel: 07072/80298
Konto: P.Seitz / ZAK, KSK Tübingen
Nr.: 155 87 26 BLZ 641 500 20

nr. 41/42
juli 1996
2 mark

themen:

- zu den prozessen gegen kurden und kurdinnen in der brd
- perspektiven der solidarität mit mumia abu-jamal
- ¡ya basta! - zur lage des zapatistischen befreiungskampfes
- interviews & gespräche mit esther berjerano, gioconda belli und dem kommunistischen jugendverband cubas

clock work

zusammen für befreiung kämpfen

Einzelexemplare (für 4 DM in Briefmarken) und Abos: clockwork Leibnizstr. 24 55118 Mainz

★ ★ ★ Die Göttinger Autonome Antifa (M) soll vor der Staatsschutzkammer Lüneburg in einem Mammutprozeß zu einer „kriminellen Vereinigung" gemacht werden. Die Angeklagten brauchen unsere Solidarität und unsere Spenden für diesen Prozeß. Durch 131 anberaumte Prozeßtage mit zwei Pflichtverteidigern pro Person werden die Angeklagten allein durch die zu erwartenden Prozeßkosten in den finanziellen Ruin getrieben. ★ ★ ★

Solidarität braucht Geld

Rote Hilfe Göttingen
Stichwort „Solidarität"
Konto-Nr. 35 06 70-309
Postgiro Hannover
BLZ 250 100 30

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444 · 24125 Kiel
AB + Fax: (04 31) 7 51 41



